

16.01.2015 bis 19.01.2015, bundesweit, ddnf Pressespiegel

Geheimdienst-Informationen: Hinweise auf mögliche Anschläge auf deutsche Bahnhöfe und Pegida-Demos

spiegel, 16.01.2015

Ausländische Nachrichtendienste warnen nach SPIEGEL-Informationen die deutschen Behörden: Die Hauptbahnhöfe von Berlin und Dresden könnten zum Ziel von Terroranschlägen werden. Dschihadisten diskutieren demnach auch über Angriffe auf Pegida-Märsche.

Bei deutschen Sicherheitsbehörden sind Hinweise auf mögliche Terroranschläge eingegangen, die mutmaßliche Anschlagziele in Deutschland benennen. Nach Informationen des SPIEGEL haben mehrere ausländische Nachrichtendienste übereinstimmende Meldungen an die deutschen Behörden weitergeleitet. (Lesen Sie hier die ganze Geschichte im neuen SPIEGEL.)

Genannt wurden darin die Hauptbahnhöfe in Berlin und Dresden als mutmaßliche Ziele. Zudem fingen ausländische Geheimdienste Kommunikationsinhalte namentlich bekannter, international agierender Dschihadisten ab. Diese hätten mögliche Anschläge auf die wöchentlichen Aufmärsche der antiislamischen Pegida-Bewegung diskutiert.

Attentate auf solche Massenversammlungen gelten den Sicherheitsbehörden als Horrorszenario. "Wir nehmen diese Hinweise sehr ernst", sagte ein hochrangiger Sicherheitsbeamter.

Vor Parlamentariern gaben sich die Sicherheitsbehörden zurückhaltend. Es gebe keine konkreten Hinweise auf Zeit oder Ort eines Anschlags, teilten sie den Abgeordneten mit. Ein Sprecher des Bundesinnenministeriums sagte, seine Behörde kommentiere "ungeklärte Einzelsachverhalte" nicht. Maßnahmen zu "erkannten Handlungserfordernissen" würden getroffen. Nach SPIEGEL-Informationen wurde die Polizeipräsenz an Bahnhöfen deutscher Großstädte verstärkt.

Indirekte Verbindung der Paris-Attentäter nach Deutschland

In ihren Ermittlungen haben die Behörden inzwischen eine erste indirekte Verbindung zwischen den Männern, die das Attentat auf das französische Satiremagazin "Charlie Hebdo" verübten, und deutschen Islamisten hergestellt. So hat offenbar einer der beiden Brüder Kouachi bei einer Reise nach Oman 2011 einen Qaida-Funktionär getroffen, der später nach Syrien reiste. Dort benutzte der Qaida-Mann ein Telefon, das die deutschen Behörden dem inzwischen in Syrien gestorbenen Dinslakener Dschihadisten Marcel L. zuordnen.

Zudem hat sich auch die Gesamtzahl jener Islamisten erhöht, die aus Deutschland in die Kampfgebiete in Syrien und im Irak reisen. Die Sicherheitsbehörden gehen nun von mehr als 600 Menschen aus, die in die Dschihadgebiete gereist sind. 60 von ihnen sollen inzwischen unter anderem bei Selbstmordattentaten und Kampfhandlungen ums Leben gekommen sein. Zuletzt wurde der Tod der Dinslakener Mustafa K., Hassan D. und Marcel L. bekannt.

Die komplette Geschichte finden Sie ab Samstag im neuen SPIEGEL. Den digitalen SPIEGEL bekommen Sie schon jetzt: Seit 18 Uhr sind die Apps für iPhone, iPad, Android und Windows 8 sowie die Web-App und das PDF freigeschaltet.

Erinnern an Khaled Idris Bahray

taz, 17.01.2015, dpa

Tausende sind in der sächsischen Landeshauptstadt auf die Straße gegangen. Sie forderten Aufklärung im Fall des getöteten Asylbewerbers aus Eritrea.

„Ich bin Khaled!“ steht auf vielen Schildern geschrieben. Bei einem mehrstündigen Marsch durch Dresden erinnern am Samstag Tausende des erstochenen Asylbewerbers aus Eritrea im Nordosten Afrikas. Ein junges Mädchen hält weiße Rosen in der Hand und spricht von Mitgefühl. Ein älteres Ehepaar zeigt sich zufrieden, dass so viele Demonstranten gekommen sind. Der Fall Khaled hat die ohnehin aufgewühlten Dresdner erschüttert. Die Leiche des 20-Jährigen Mannes war am Dienstagmorgen vor einem Wohnhaus in einer Plattenbausiedlung im Südosten der Stadt gefunden worden. Die Hintergründe seines Todes sind weiter unklar.

In einer Erklärung zur Demo wurde die Befürchtung geäußert, die Gewalttat könne rassistisch motiviert sein. So weit will Ali Moradi, Geschäftsführer des Sächsischen Flüchtlingsrats, nicht gehen. „Ich hoffe, auf ein klares Ergebnis der Ermittlungen und die Gerechtigkeit“, sagt er.

Moradi beschreibt die Angst der Ausländer in der Stadt. Schon die islamfeindlichen Pegida-Märsche verfolgten sie mit Argwohn. „Sie haben Angst gleichgültig, ob sie einen deutschen Pass oder einen Flüchtlingsausweis in der Tasche haben“, sagt er.

Fremdenfeindlichkeit habe es vor Pegida auch schon gegeben – in ganz Sachsen. „Aber jetzt ist es unerträglich“, so Moradi. „Seit das mit Pegida angefangen hat, werden Ausländer beschimpft und teilweise sogar angespuckt. Anders aussehende Menschen sind hier nicht willkommen.“ Der Ausländerrat Dresden berichtet von Musliminnen, die sich mit Kopftuch kaum noch auf die Straße trauen. „Wir dürfen nicht zulassen, dass Menschen, die bei uns Schutz suchen und ein Recht darauf haben, sich unsicher und verängstigt fühlen“, sagt eine Sprecherin.

Undurchsichtiges Vorgehen der Polizei

Die Polizei hatte bei dem Tod des Asylbewerbers zunächst keine Hinweise auf eine Gewalttat festgestellt. Erst die Obduktion ergab, dass der Mann durch Messerstiche in Hals und Brust getötet worden war. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft gibt es bislang keine Hinweise auf Täter und Motiv. Die Ermittler stehen unter Druck – auch angesichts der durch die Anti-Islambewegung Pegida aufgeheizten Stimmung. Das dürfe nicht für Spekulationen genutzt werden, warnte Innenminister Markus Ulbig (CDU). Es gehe darum, einen „kühlen Kopf“ zu bewahren. Der 20-jährige Khaled wohnte mit sieben Landsleuten in einer Vierzimmerwohnung eines grauen Plattenbaus. Leubnitz-Neuostra, nur wenige Autominuten vom Campus der TU Dresden entfernt, gilt nicht unbedingt als sozialer Brennpunkt der Stadt. In anderen Stadtteilen wie Gorbitz sind weitaus mehr Flüchtlinge untergebracht. Die Einwohnerschaft sei eher gemischt, meint Dorothee Marth, Vorsitzende der SPD im Ortsamt.

Plattenbauten wechseln sich mit kleinen Einfamilienhäusern entlang einer großen Ausfallstraße ab. Vor einem der Sechsgeschosser stehen drei junge Ostafrikaner, sprechen leise auf Englisch mit ihren Sozialarbeiterinnen. Sie wollen nicht über Khaled reden. Sie dächten über einen Umzug nach, heißt es im Sozialamt der Stadt. Über entsprechende Pläne habe man bereits gesprochen. Ärger habe es bisher im Viertel nicht gegeben, erzählt der Betreiber eines Asia-Imbisses im Einkaufszentrum direkt gegenüber dem Plattenbau.

Die Sozialarbeiterin beim Sächsischen Flüchtlingsrat, die auch für Flüchtlinge aus Eritrea zuständig ist, zeigt sich betroffen vom Tod des jungen Mannes. Ohnehin hätten die Flüchtlinge sich in

Dresden nicht willkommen gefühlt, sagt Margit Lehr. „Und das hat sich durch den Mord noch verstärkt“. Wenn sie mit den Männern spreche, erzählten diese immer wieder von Pöbeleien und Feindseligkeiten, auch Hakenkreuz-Schmierereien habe es in den vergangenen Monaten gegeben.

Tausende erinnern in Dresden an getöteten Asylbewerber

stern, 17.01.2015

"Ich bin Khaled!" steht auf vielen Schildern geschrieben. Bei einem mehrstündigen Marsch durch Dresden erinnern am Samstag tausende Menschen des erstochenen Asylbewerbers aus Eritrea im Nordosten Afrikas.

Dresden - "Ich bin Khaled!" steht auf vielen Schildern geschrieben. Bei einem mehrstündigen Marsch durch Dresden erinnern am Samstag tausende Menschen des erstochenen Asylbewerbers aus Eritrea im Nordosten Afrikas.

Ein junges Mädchen hält weiße Rosen in der Hand und spricht von Mitgefühl. Ein älteres Ehepaar zeigt sich zufrieden, dass so viele Demonstranten gekommen sind. Der Fall Khaled hat die ohnehin aufgewühlten Dresdner erschüttert. Die Leiche des 20-Jährigen Mannes war am Dienstagmorgen vor einem Wohnhaus in einer Plattenbausiedlung im Südosten der Stadt gefunden worden. Die Hintergründe seines Todes sind weiter unklar.

In einer Erklärung zur Demo wurde die Befürchtung geäußert, die Gewalttat könne rassistisch motiviert sein. So weit will Ali Moradi, Geschäftsführer des Sächsischen Flüchtlingsrats, nicht gehen. "Ich hoffe, auf ein klares Ergebnis der Ermittlungen und die Gerechtigkeit", sagt er.

Moradi beschreibt die Angst der Ausländer in der Stadt. Schon die islamfeindlichen Pegida-Märsche verfolgten sie mit Argwohn. "Sie haben Angst - gleichgültig, ob sie einen deutschen Pass oder einen Flüchtlingsausweis in der Tasche haben", sagt er.

Fremdenfeindlichkeit habe es vor Pegida auch schon gegeben - in ganz Sachsen. "Aber jetzt ist es unerträglich", so Moradi. "Seit das mit Pegida angefangen hat, werden Ausländer beschimpft und teilweise sogar angespuckt. Anders aussehende Menschen sind hier nicht willkommen."

Der Ausländerrat Dresden berichtet von Musliminnen, die sich mit Kopftuch kaum noch auf die Straße trauen. "Wir dürfen nicht zulassen, dass Menschen, die bei uns Schutz suchen und ein Recht darauf haben, sich unsicher und verängstigt fühlen", sagt eine Sprecherin.

Die Polizei hatte bei dem Tod des Asylbewerbers zunächst keine Hinweise auf eine Gewalttat festgestellt. Erst die Obduktion ergab, dass der Mann durch Messerstiche in Hals und Brust getötet worden war. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft gibt es bislang keine Hinweise auf Täter und Motiv. Die Ermittler stehen unter Druck - auch angesichts der durch die Anti-Islambewegung Pegida aufgeheizten Stimmung. Das dürfe nicht für Spekulationen genutzt werden, warnte Innenminister Markus Ulbig (CDU). Es gehe darum, einen "kühlen Kopf" zu bewahren.

Der 20-jährige Khaled wohnte mit sieben Landsleuten in einer Vierzimmerwohnung eines grauen Plattenbaus. Leubnitz-Neuostra, nur wenige Autominuten vom Campus der TU Dresden entfernt, gilt nicht unbedingt als sozialer Brennpunkt der Stadt. In anderen Stadtteilen wie Gorbitz sind weitaus mehr Flüchtlinge untergebracht. Die Einwohnerschaft sei eher gemischt, meint Dorothee Marth, Vorsitzende der SPD im Ortsamt.

Plattenbauten wechseln sich mit kleinen Einfamilienhäusern entlang einer großen Ausfallstraße ab. Vor einem der Sechsgeschosser stehen drei junge Ostafrikaner, sprechen leise auf Englisch mit ihren Sozialarbeiterinnen. Sie wollen nicht über Khaled reden. Sie dächten über einen Umzug nach, heißt es im Sozialamt der Stadt. Über entsprechende Pläne habe man bereits gesprochen. Ärger habe es bisher im Viertel nicht gegeben, erzählt der Betreiber eines Asia-Imbisses im Einkaufszentrum direkt gegenüber dem Plattenbau.

Die Sozialarbeiterin beim Sächsischen Flüchtlingsrat, die auch für Flüchtlinge aus Eritrea zuständig ist, zeigt sich betroffen vom Tod des jungen Mannes. Ohnehin hätten die Flüchtlinge sich in Dresden nicht willkommen gefühlt, sagt Margit Lehr. "Und das hat sich durch den Mord noch verstärkt". Wenn sie mit den Männern spreche, erzählten diese immer wieder von Pöbeleien und Feindseligkeiten, auch Hakenkreuz-Schmierereien habe es in den vergangenen Monaten gegeben.

Was Pegida und die 68er gemeinsam haben

welt, 17.01.2015, Alan Poser

"Wutbürger" und "Lügenpresse" gab es schon einmal, nämlich vor gut vierzig Jahren. Damals ging ein Teil der Studenten auf die Straße. Aus manchen wurden Terroristen, die meisten aber Studienräte.

Immer wieder gehen sie auf die Straße. Ziehen durch die Nacht, schreien an gegen die herrschende Meinung und die "Lügenpresse", die diese Meinung manipuliert. Lange schon haben sie ihre Gegenöffentlichkeit geschaffen, ihre eigenen Diskussionsforen und Organe, wo sich die schrillen Parolen gegenseitig verstärken. Sie vertreten, davon sind sie überzeugt, die wahren Interessen Deutschlands. Sie sind das Volk. Gemeint sind – die 68er. Wer die "Pegida"-Demonstranten erlebt und – wie der Schreiber dieser Zeilen – damals dabei war, erlebt ein Déjà-vu.

Die Geschichte, sagt Karl Marx, wiederholt sich immer; aber einmal als Tragödie, einmal als Farce. 68 war schon eine Farce. Wir verkleideten uns, jedenfalls in der Spätphase der Bewegung, wie die Revolutionäre der 20er-Jahre; aber wir endeten nicht, wie sie, in den Kellern der Gestapo oder im Gulag, sondern als Studienräte, Anwälte, Ärzte, Journalisten und Politiker. Und nun die Wiederaufführung der Farce, diesmal als fratzenhafte Karikatur.

Was für die radikalen Studenten die "Springer-Presse" war, das sind für die Wutbürger von Dresden und anderswo die "Mainstream-Medien". Was damals Zeitungen wie "Agit 883" oder die "Rote Presse Korrespondenz" waren, das sind heute Internetforen und Facebook-Seiten. Wo damals die Studenten einen umfassenden "Verblendungszusammenhang" vermuteten, der die Bürger daran hindere, die tödliche Gefahr des Imperialismus zu erkennen, vermuten die Pegida-Leute eine Verschwörung der Gutmenschen, der die Bürger daran hindern wolle, die tödliche Gefahr des Islam zu erkennen.

Nationalistische Träume

Wo die Studenten übers Protestieren hinausgingen und politische Konzepte entwickelten, waren ihre Träume oft unverblümt nationalistisch. Neutralität schwebte ihnen vor, eine heile Welt jenseits der Blockbildung des Kalten Krieges. Auch die Pegida will, scheint es, Deutschland aus der engen Verbindung mit dem Westen lösen.

Nun mag die Parallele bemüht erscheinen. Und zugegeben, nicht alles, was hinkt, ist ein Vergleich.

Schließlich demonstrierten damals junge Leute, unter ihnen viele Mädchen; heute überwiegen auf den Pegida-Demonstrationen vergrätzte ältere Männer. Damals romantisierte man palästinensische Feddajin und kubanische Guerilleros; die Pegida-Leute romantisieren "das Abendland". Damals liebte man chilenische Volksmusik und französische Filme; die "Pegida"-Leute lieben Roland Kaiser und RTL.

Doch ist die grundsätzliche und grundlose Entfremdung gegenüber dem "System" vergleichbar. Grundlos war sie bei den Studenten, deren Anliegen bei allen Klagen gegen die "Macht der Manipulateure" in allen Leitmedien breit ausgebreitet wurden (eines der meistgelesenen Magazine in studentischen WGs war das zeitweise bei Axel Springer erscheinende "twen").

Die Propheten von Pegida

Grundlos ist sie auch bei den Pegida-Demonstranten, deren Stichwortgeber, von Thilo Sarrazin über Udo Ulfkotte bis Akif Pirincci, eine Medienpräsenz haben, von der selbst ein Star wie Rudi Dutschke hätte träumen können.

Nichts wäre verkehrter als nach den "materiellen Ursachen" solcher Bewegungen zu suchen, eine Suche, die man getrost den wenigen noch praktizierenden Marxisten überlassen kann. Ebenso wenig muss man den Selbstbekundungen der Agierenden glauben. Der Krieg in Vietnam war eine moralische Katastrophe für den Westen; aber es waren ja nicht nur die Studenten, die daran litten und daran arbeiteten, ihn zu beenden (ja, ihre Aktionen hatten vermutlich überhaupt keinen Einfluss auf den Verlauf).

Und die "Islamisierung des Abendlandes" ist in Dresden noch weniger zu spüren als anderswo in Europa. Vielmehr handelt es sich in beiden Fällen um Bewegungen "am Ende der Geschichte", wie sie Francis Fukuyama antizipierte.

Das Ende der Geschichte, so Fukuyama, werde "eine sehr traurige Zeit" sein. Idealismus und Tapferkeit, die Bereitschaft, sich für abstrakte Ziele zu opfern, würden ersetzt durch "die ökonomische Berechnung, das endlose Lösen technischer Probleme, Sorgen um die Umwelt und die Befriedigung raffinierter Konsumwünsche". Kunst und Philosophie würden verdorren und ersetzt werden durch die "ewige Pflege des Museums der Geschichte". Eine große Langeweile würde sich der Menschen bemächtigen. Und vielleicht wäre die entstehende Langeweile so groß, dass die Reaktion dagegen "die Geschichte wieder in Gang bringen" würde.

Etwas von der Ungeduld des Herzens gegen die Komplexität der Welt und die technokratische Lösung von Problemen war 68 im Kampf der Studenten gegen das saturierte Wirtschaftswunderland zu spüren, ist jetzt wieder zu spüren in Dresden, wo wie in kaum einer anderen Stadt Geld geflossen ist, um die Stadt als "Museum der menschlichen Gesichte" wieder aufzubauen.

Man will die Komplexität reduzieren, einen Gegner haben, technologische Fragen auf moralische reduzieren, wo auch derjenige mitreden kann, der keine Ahnung hat. Denn Ahnungslosigkeit ist ein weiteres gemeinsames Kennzeichen der Studenten von 68 und der Pegida-Leute.

Freilich darf man weder die eine noch die andere Bewegung verharmlosen. 68 führte – auch – in die Rigidität der maoistischen K-Gruppen, den Straßenkampf der Anarchisten und den Terror der RAF. Wohin Pegida manche ihrer Anhänger führen wird, ist noch ungewiss. Aber es zeigen sich bereits gefährliche Entwicklungen. Eine der sechs Forderungen der Pegida-Führung ist die "Einstellung der Kriegshetze gegen Russland".

In Leipzig rief man "Amis raus! Und nehmt die Merkel mit!" Die "Legida" fordert außerdem die

"Beendigung des Kriegschuldkultes". So schnell gelangt man vom Kampf gegen die Islamisierung zum Kampf gegen die Amerikanisierung und gegen die Juden. Und da schließt sich auch der Kreis.

Es war der Terrorist Dieter Kunzelmann, der schrieb, die deutsche Linke müsse ihren "Judenknax" überwinden, bevor sie revolutionär werden könne. "Wir wissen, wer wir sind, aber nicht, was wir werden können", sagt Ophelia in William Shakespeares "Hamlet". Auch das galt für die 68er und gilt für die Pegida-Bewegung heute.

Anti-Islam-Bündnis: Pegida sagt Demonstration wegen Attentatsdrohung ab

spiegel, 18.01.2015, hut/dpa

Das Anti-Islam-Bündnis Pegida hat seine für diesen Montag geplante Kundgebung in Dresden abgesagt. Angeblich gab es Morddrohungen gegen einen der Organisatoren.

Die für Montag angesetzte Pegida -Kundgebung in Dresden muss aus Sicherheitsgründen abgesagt werden. Das teilten die Organisatoren auf ihrer Facebook-Seite mit. Laut Polizei bestehe eine konkrete Bedrohungslage gegen ein Mitglied des Organisationsteams.

"Es gibt Hinweise des Staatsschutzes, dass auf ein Mitglied des Orga-Teams, während der Kundgebung, ein Attentat verübt werden soll", heißt es in einer Mitteilung von Pegida. Wie die Nachrichtenagentur dpa berichtet, soll es sich um Drohungen islamistischer Extremisten gegen Organisator Lutz Bachmann handeln. Hierzu gibt es keine offiziellen Bestätigungen der Sicherheitsbehörden.

Nach Informationen des SPIEGEL hatten ausländische Nachrichtendienste die deutschen Behörden gewarnt, Dschihadisten hätten über Angriffe auf Pegida-Märsche diskutiert. Als mögliche Anschlagziele wurden auch die Hauptbahnhöfe Berlin und Dresden genannt (mehr zu dem Thema lesen Sie hier und im neuen SPIEGEL).

Pegida organisiert seit Mitte Oktober regelmäßig Demonstrationen gegen eine angebliche Islamisierung des Abendlandes. Am vergangenen Montag nahmen laut Polizei rund 25.000 Menschen an der Demo in Dresden teil.

Beklemmende Szenen in einer gespaltenen Stadt

welt, 18.01.2015, Susanne Gaschke

In Dresden ist die düstere Atmosphäre der nun verbotenen Demonstrationen überall zu spüren. Der Tod eines Asylbewerbers schockiert - in einer schönen Stadt, die fremde Menschen prunkvoll darstellt.

Auf der Fensterbank sitzen zwei Stofftiere. Ein bis zur Unkenntlichkeit heruntergekuschelter Hund und eine absurde Maus mit einer Strickweste und sehr ausgeprägten Hasenzähnen. Hat Khaled Idris Bahray, 20 Jahre alt, erstochen in der Nacht vom 12. auf den 13. Januar 2015 in Dresden, sie gelegentlich in die Hand genommen? Hat er aus dem Fenster auf die grünen Müllcontainer und die trostlose Rückseite des Einkaufszentrums gegenüber geschaut und darüber nachgedacht, wer sie in der Asylbewerberunterkunft im Stadtteil Leubnitz-Neuostra zurückgelassen haben könnte? Hat er

sich gefragt, wie es mit ihm selbst weitergeht? Was für Vorstellungen hat er sich gemacht von einem Leben in Deutschland?

Welche Hoffnungen er auch gehabt haben mag, jemand hat ihnen ein brutales Ende gesetzt. Und so ist am vergangenen Donnerstag, als die sächsische Gleichstellungs- und Integrationsministerin Petra Köpping (SPD) Bahrays sieben Mitbewohner in deren Plattenbauwohnung besucht, um Anteilnahme zu zeigen und zu fragen, wie sie helfen könne, auch nicht von Hoffnung die Rede, sondern von Angst. Das übersetzt ein ehrenamtlicher Dolmetscher der Stadt, mühsam, denn die meisten der jungen Flüchtlinge aus Eritrea sprechen lokale Dialekte, wenig Arabisch, kaum Englisch. Aber Angst kann man auch sehen.

Die Ministerin verspricht zu prüfen, ob für eine andere Unterbringung gesorgt werden könne, auch wenn das eigentlich nicht Sache des Landes, sondern der Stadt Dresden sei. Die Polizei fahre jetzt öfter Streife, sagt sie. Köpping lädt zu einem weiteren Gespräch ein, in dem es um Dolmetscher, Deutschkurse und ehrenamtliche Betätigungsmöglichkeiten gehen soll, denn bis zur Klärung ihres Status sind die Flüchtlinge zum Nichtstun verdammt.

Dann nimmt die Ministerin den Blumenstrauß, den ihr Mitarbeiter die ganze Zeit über ein wenig unbehaglich gehalten hat, und geht durch das abgewohnte Treppenhaus in den Innenhof, in dem Bahrays Leiche gefunden wurde. Hunderte von Fenstern blicken auf diese Fläche. Wenn hier die Tat geschah: Hat niemand etwas gesehen, gehört, mal beim Bierholen aus der Küche nach draußen geschaut?

"Schiebt es nicht wieder Pegida in die Schuhe"

Köpping legt die Blumen an einer Stelle nieder, an der verloren ein paar Kerzen flackern. Wer heute Flüchtlinge angreife, greife morgen vielleicht Menschen mit Behinderungen an, sagt sie. Und dass die Polizei in alle Richtungen ermittle, in alle. Im Innenausschuss des Landtages seien Pannen bei der Spurensicherung zugegeben worden, ja, aber jetzt werde nichts ausgeschlossen, gar nichts. Noch einmal die Blumen hinlegen für die Kameras bitte, dann zieht der Tross von Kameramännern und Reportern – heute sind es nicht besonders viele – ab. "Schiebt es nicht wieder Pegida in die Schuhe", ruft ein kräftiger junger Mann mit kurzen Haaren und Kapuzenpulli den Medienleuten hinterher.

Davor freilich hüten sich alle. "Niemand will ein neues Sebnitz. Vor allem aber will niemand ein neues Mügeln", sagt Robert Kusche, der Geschäftsführer der Opferberatung Dresden. Damit spielt er auf den Fall des kleinen Joseph Abdulla an, dessen Ertrinken im Sommer 1997 drei Jahre später zu Unrecht als rechtsextreme Gewalttat skandalisiert worden war. Und er verweist auf die Hetzjagd auf indische Männer 2007 in Mügeln, die viel zu lange nicht als rechtsextremer Exzess erkannt wurde. Kusches Organisation betreut auch die jungen Männer aus Bahrays Flüchtlings-Wohngemeinschaft.

Die gespaltene Stadt

Aber natürlich kommt man nicht umhin, die aktuelle Tat vor der Kulisse einer Stadt wahrzunehmen, die sich spaltet: in diejenigen, die Woche für Woche Pegida verstärken, die nun wegen gravierender Sicherheitsbedenken verbotenen Demonstrationen. Und die, die im Namen einer anderen, aus ihrer Sicht legitimeren Zivilgesellschaft dagegenhalten. Tausende ziehen am Samstag zum Gedenken Bahrays durch die Stadt. Scharen von Berichterstatern wollen wissen, ob die rätselhafte Pegida-Bewegung das Klima in der Stadt verändere.

Internationale Medien von der BBC über die "Washington Post" bis zum schwedischen Fernsehen

stehen bei den einschlägigen Auskunftspersonen Schlange. Wissenschaftler des Max-Planck-Instituts für Genetik und Professoren der Technischen Universität sorgen sich, ob ausländische Kollegen noch nach Dresden berufen werden wollen. Der Geschäftsführer des City-Managements ließ sich mutterseelenallein in einer Einkaufsstraße fotografieren – um auf die Einbußen des Einzelhandels durch die Demonstrationen hinzuweisen.

Taxifahrer hingegen tendieren Stichproben zufolge eher zur Pegida-Befürwortung und brechen in spontane Monologe über die falsche Berichterstattung der "Sächsischen Zeitung" aus, über den Mindestlohn und über eine Politik, die sich nur noch um Lesben und um Wölfe in der Lausitz kümmere. Und über eine Elite, zu der es kein Gegengewicht mehr gebe – "früher hatten die wenigstens noch Angst vor der RAF". Das städtische Marketing äußert sich vorsichtshalber gar nicht zu dem Imageschaden, der der Stadt im In- und Ausland entstanden sein könnte. Ob thematisiert oder beredt beschwiegen: Pegida ist in der Atmosphäre.

Robert Kusche, der mit seiner Kollegin Andrea Hübler den Opfern rechtsextremer Gewalt zur Seite steht, beobachtet, "dass die Menschen, mit denen wir zu tun haben, natürlich wahrnehmen, was hier Woche für Woche passiert. Und dass sie dann Angst haben, auf die Straße zu gehen, schon gar nicht allein."

Verachtung für die parlamentarische Demokratie

Mitglieder anderer Organisationen wie Christian Demuth von "BürgerCourage" und Eric Hattke vom Großbündnis "Dresden für Alle" bestätigen solche Beobachtungen. Der Politologe Demuth sieht bei vielen Demonstranten fremdenfeindliche Tendenzen und eine Verachtung für die parlamentarische Demokratie, aber er nennt auch strukturelle Probleme der Stadtgesellschaft: eine untere Mittelschicht, die sich bedroht sehe; ein aus der DDR ererbtes Obrigkeitsdenken, das in der politischen Klasse immer nur "die da oben", die "Bonzen" sehe. Schon zu sozialistischen Zeiten habe man sich als "Mangelgesellschaft" empfunden und anderen – zum Beispiel den vietnamesischen Vertragsarbeitern – unterstellt, sie würden besser behandelt.

Heute werde angesichts steigender Mieten und relativ geringer Einkommen in der wachsenden Metropole Dresden den Flüchtlingen nachgesagt, sie erhielten Vorteile. Viele Plattenbausiedlungen, wo heute, nach der Privatisierung des öffentlichen Wohnungsbestands, sozial Schwache und Asylbewerber untergebracht würden, hätten in DDR-Zeiten zu den privilegierten Wohngegenden gehört.

Alteingesessene erlebten die Veränderungen nach der deutschen Einheit nun als Niedergang ihres Viertels. Und dann sei, sagt Demuth, das Unverständnis für Pluralismus in Sachsen besonders ausgeprägt. CDU und Linke hätten sich hier meist als Feinde und nicht als politische Konkurrenz behandelt, die SPD spiele lange nur eine kleine Rolle, die FDP habe populistischen Versuchungen nicht immer widerstanden.

Alles Gift für das demokratische Klima. Eric Hattke, der für ein breites Bündnis aus Kirchen, Gewerkschaften, Hochschulen, Studentenvertretungen und vielen anderen Organisationen spricht, sekundiert. Natürlich müsse man über Bildungsgerechtigkeit, Altersarmut oder Steuerverschwendung reden, sagt er. Nur dürfe es eben, wenn die Stadt weltoffen und tolerant sein wolle, keine politische Unmutsdebatte auf dem Rücken der Flüchtlinge geben.

Das Zitat von Hans Scholl

Die gibt es aber; und den Fallout der Debatte gibt es auch. Etwa 200-mal beriet die Opferhilfe Dresden im vergangenen Jahr Menschen, denen Gewalt angetan worden war. Und dabei ging es in

den meisten Fällen um schwere Übergriffe, nicht um bloße Beleidigungen oder Rempelen. Auch wenn es die Taten nicht ungeschehen mache, sei es für die Opfer sehr wichtig, dass die Justiz den besonderen rassistischen Hintergrund der Angriffe zur Kenntnis nehme, sagt Robert Kusche.

"Wir sind insofern schon zufrieden, wenn ein rassistischer Hintergrund nicht ausgeschlossen wird", sagt Andrea Hübler. Im aktuellen Fall geht sie nach Gesprächen mit der Mordkommission davon aus, dass diese vorurteilsfrei ermittle: "Wir begrüßen ausdrücklich die Einbeziehung des Operativen Abwehrzentrums, um die Möglichkeit eines rassistischen Motivs aufzuklären." Die junge Frau hat an der TU Dresden Politikwissenschaft studiert. Vor dem Hörsaalzentrum ihrer ehemaligen Uni hängt heute ein großes Transparent: "Nicht: Es muß etwas geschehen, sondern: Ich muß etwas tun! TU Dresden gegen Rechtsradikalismus und Intoleranz" steht darauf. Das Zitat stammt von Hans Scholl.

Die Technische Universität hat gemeinsam mit der Stadt und anderen Institutionen zu Anti-Pegida-Demonstrationen aufgerufen. Werner J. Patzelt, Politikprofessor mit dem Schwerpunktthema Politische Systeme und Systemvergleich an eben dieser Universität, hält die Gemengelage im Fall Pegida für komplexer, als sie gegenwärtig diskutierte werde. "Diese Demonstranten nehmen sich als Mitte der Gesellschaft wahr", sagt der Wissenschaftler, der zahlreiche Kundgebungen und Veranstaltungen beobachtet hat: "Natürlich ist auch der rechte Rand dabei, aber das ist nicht die Masse. Und diesen gefühlt mittigen Menschen sagt nun eine geschlossene Phalanx der Anständigen: Ihr seid Faschisten und Rassisten." Das könne nicht gut gehen, meint Patzelt. "Sorgen um die Folgen von Zuwanderung, Kritik an der politischen Klasse und an manchen Trends in den Medien sind doch Sachen, über die man vernünftig reden kann. Und muss!"

Von 470 auf 2000 Asylbewerber

Die Verwaltung der Stadt Dresden hat wegen der wachsenden Zahl von Flüchtlingen das Gespräch gesucht. Waren es im Jahr 2012 noch 470 Asylsuchende, denen die Stadt eine Unterkunft stellen musste, hat sich die Zahl inzwischen vervielfacht: Mittlerweile leben rund 2000 Asylbewerber in der Stadt. Auf unzähligen Ortsbeiratssitzungen haben die städtischen Mitarbeiter Auskunft gegeben, wo die Asylbewerber untergebracht werden sollen – auch darüber, warum neben den für die Integration ungünstigen dezentralen Wohnungen zwölf neue Übergangwohnheime entstehen müssen.

Diese Veranstaltungen seien mitunter nicht vergnügungssteuerpflichtig gewesen, sagt Marco Fiedler aus dem Sozialdezernat der Stadt. "Wir sind ja als Kommune in unseren Reaktionen auf die Bürgerwünsche nicht frei: Wir müssen die Flüchtlinge unterbringen." Die Transparenz hat ihren Preis: Jede neue Flüchtlings-Unterkunft ist ein neuer Kampf. Anwohnerproteste hatten dazu beigetragen, die Anmietung eines Hotels im Stadtteil Laubegast zu verhindern. In Dresden sind fünf von zwölf geplanten Unterkünften hoch umstritten.

Fiedler sind im vergangenen Jahr zwei Dinge aufgefallen. Zum einen ließen sich die Anwohner, in deren Nachbarschaft sich bereits eine Asylbewerber-Unterkunft befand, sehr viel leichter davon überzeugen, dass eine weitere nicht schaden werde, als bisher gar nicht involvierte Bürger. Zum anderen dürfe man den Diskurs- und Informations hunger der Öffentlichkeit vielleicht auch nicht überschätzen. Die bereits im Sommer gestarteten Runden Tische zum Thema Asyl blieben lange Zeit von den Bürgern unbeachtet. "Die zentrale Informationsveranstaltung zu den Asylplanungen unter dem Titel ‚Bürgerdialog‘ fand zufällig an einem Pegida-Tag statt", erzählt Fiedler: "Die Veranstaltung war ganz ordentlich besucht, 400 bis 500 Teilnehmer." Es hätten natürlich auch Tausende sein können.

Dresden ist eine wunderschöne Stadt. Vor der Rückfahrt bleibt noch Zeit, ein kostbares Spielzeug

aus dem frühen 18. Jahrhundert anzuschauen, den "Hofstaat zu Delhi am Geburtstag des Großmoguls Aureng Zeb", das im Grünen Gewölbe zu sehen ist. Es ist eine Arbeit des berühmten Goldschmieds Johann Melchior Dinglinger aus Perlen und Emaille, aus Gold, Silber und Edelsteinen. Exotische Menschen bevölkern es, exotische Tiere. Eine Touristenattraktion, ein Kulturschatz. Hätte Khaled Idris Bahray gelächelt über diese Art der Deutschen, fremde Menschen und Reiche so prunkvoll darzustellen? Hätte ihm das gefallen?

Islamkritische Bewegung: SPD lehnt Dialog mit Pegida ab

spiegel, 19.01.2015, fab/dpa/Reuters

Pegida will mit der Politik ins Gespräch kommen, Teile der CDU gehen darauf ein. Nicht so die SPD: Generalsekretärin Fahimi warnt vor einem "falschen Zeichen" - und veröffentlicht einen erschreckenden anonymen Brief an sie.

SPD-Generalsekretärin Yasmin Fahimi sieht für die Sozialdemokraten keinen Grund, den Dialog mit den Organisatoren der Anti-Islam-Bewegung Pegida in Dresden zu suchen. "Das wäre ein falsches Zeichen, dort jetzt hinzugehen und das zu unterstützen", sagte sie vor Journalisten in Berlin.

Die sächsische Landeszentrale für politische Bildung hat solche Gesprächsforen mit Pegida-Befürwortern in Dresden initiiert. CDU-Präsidiumsmitglied Jens Spahn will daran teilnehmen, um mit den Bürgern in einen Dialog zu treten.

Sie könne das "wiederaufkeimende Verständnis für die Bewegung und ihre Anhänger" nicht nachvollziehen, sagte Fahimi. Pegida schüre Ressentiments und Hass gegen Muslime und Zuwanderer und versuche, einen Keil in die Gesellschaft zu treiben.

Die Organisatoren von Pegida haben betont, sie wollten in einen Dialog mit der Politik eintreten. Lutz Bachmann und Kathrin Oertel hielten am Montag erstmals eine Pressekonferenz ab- die Bewegung hatte bislang kaum mit Medien gesprochen, dafür aber die Presse scharf angegriffen. Auf Demonstrationen von Pegida in Dresden gibt es oft "Lügenpresse"-Sprechchöre zu hören.

Oertel kündigte an, in den kommenden Tagen "Gespräche mit Vertretern der Politik" zu führen, nannte aber keine Namen.

SPD-Politikerin Fahimi kritisierte, dass die sächsische Landeszentrale für politische Bildung ihre Räume den Pegida-Organisatoren für die Pressekonferenz in Dresden zur Verfügung stellte. Das sei Ausdruck einer "besonderen Kultur, die es in Sachsen gibt". Nach ihren Worten sollten Landeszentralen für politische Bildung ihre Räume grundsätzlich Parteien nicht für Pressegespräche zur Verfügung stellen.

Fahimi machte zudem einen anonymen, an sie gerichteten Brief öffentlich, dessen Absender sich als "Pegida Magdeburg" ausgab. Sie werde darin als "Frau Ausländerdrecksau" beschimpft, sagte Fahimi. Weiter heiße es darin: "Merke dir, die Fülle solcher verschissenen Ausländer wie du, gefährden das Recht der Deutschen auf Bewahrung ihrer Identität."

Fahimi sagte, sie mache diese Beschimpfungen öffentlich, um einen "Eindruck davon zu vermitteln, was da so rumgeht". Pegida-Ableger verschicken nach ihren Worten derartige Briefe an verschiedene Adressaten in der ganzen Republik.

Die SPD-Generalsekretärin bezeichnete es dennoch als "Niederlage für die Demokratie", dass die

Polizei in Dresden wegen einer Anschlagdrohung gegen die Pegida-Organisatoren für Montag alle Demonstrationen in der sächsischen Landeshauptstadt verboten hat. Sie könne aber nachvollziehen, dass die Polizei "in der jetzigen Situation kein Risiko eingehen will".

Ähnlich äußerte sich Angela Merkel. "Ich habe als Bundeskanzlerin, unbeschadet ob mir die Inhalte gefallen, ein Interesse daran, dass an jedem Ort in Deutschland demonstriert werden kann, weil es sich um ein Grundrecht handelt", sagte sie. Die Demonstrationsfreiheit sei ein hohes Gut. "Ein solches hohes Gut muss, so weit als möglich, geschützt sein." Wenn der Bund gebeten werde, werde er dazu beitragen.

Forscher zweifeln an Teilnehmerzahlen der Demos

faz, 19.01.2015, mk./nto

Noch ein Forscherteam hat versucht, den typischen Pegida-Demonstranten zu finden - ohne Erfolg. Die meisten Protestler ließen die Wissenschaftler abblitzen. Immerhin zählen konnten sie die Teilnehmer. Und waren überrascht.

Sozialwissenschaftler um den Soziologen und Protestforscher Dieter Rucht bezweifeln die Angaben der Polizei zu den Teilnehmern der Pegida-Demonstrationen in Dresden und Leipzig. Sie stellten am Montag im Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung vorläufige Ergebnisse ihrer Studie zu Pegida vor. Rucht äußerte sich verwundert über die von der Polizei veröffentlichten Teilnehmerzahlen. Nach Zählungen und Schätzungen seiner Mitarbeiter seien es in Dresden zuletzt 18.000 und nicht 25.000 Teilnehmer gewesen. In Leipzig gingen demnach 2000 statt 4000 Menschen auf die Straße – das ist nur die Hälfte der von der Polizei genannten Zahl.

Zählen konnten die Wissenschaftler selbst, bei der Befragung der Demonstranten hingegen waren sie auf deren Unterstützung angewiesen. Die war gering: Die meisten Pegida-Protestler ließen die Forscher auflaufen. Die warnten deshalb am Montag gleich mehrmals davor, Aussagen aus ihren Befunden zu verallgemeinern, denn diese seien keineswegs repräsentativ. „Wir können nichts über den typischen Pegida-Demonstranten sagen“, sagte Rucht.

Für die Studie hatten sich 28 Mitarbeiter der Forscher am 12. Januar zu je zweien in die Demonstration gemischt und Menschen gebeten, an einer anonymisierten und mit einem personalisierten Code geschützten Online-Befragung teilzunehmen. Von insgesamt 3500 Handzetteln, mit denen Demonstranten dazu eingeladen wurden, konnten die Mitarbeiter nur 670 verteilen. Die übrigen Angesprochenen lehnten es ab, die Zettel anzunehmen. Die eigentliche Rücklaufquote lag somit bei nur 18 Prozent. Sie sei so niedrig gewesen wie nie zuvor, sagte Rucht. Lediglich 123 Personen beantworteten später online die Fragen zu persönlichen Lebensverhältnissen und politischen Einstellungen oder die „Sonntagsfrage“: Wen würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag der Bundestag gewählt würde? Mit der gleichen Methode hatten die Forscher schon Teilnehmer vieler Demonstrationen befragt – etwa gegen den Irakkrieg, Hartz IV oder Stuttgart 21.

„Irgendwann hat es sich ausspaziert“

Die wenigen, die sich auf die Befragung einließen, stuften sich selbst in der politischen Mitte (49 Prozent) oder „rechts“ (33 Prozent) ein. Ein Drittel gab an, bei der vergangenen Bundestagswahl die „Alternative für Deutschland“ (AfD) gewählt zu haben, 49 Prozent haben bei der sächsischen Landtagswahl 2014 die AfD gewählt. Auf die „Sonntagsfrage“ erwiderten 89 Prozent: AfD.

Die „Idee der Demokratie“ unterstützen 57 Prozent „sehr“, doch 28 Prozent der Befragten lehnen den Satz, die Demokratie in der Bundesrepublik funktioniere gut, „völlig“ ab. 41 Prozent lehnen ihn „überwiegend“ ab. Wenig oder kein Vertrauen genießen Parteien, Bundestag und -regierung sowie Medien, Europäische Union und Banken. Das Misstrauen ist am geringsten gegenüber der Polizei (10 Prozent) und Bürgerinitiativen (20 Prozent).

Auf Nachfragen von Journalisten sagte Rucht, nach seiner Einschätzung werde Pegida in absehbarer Zeit wieder verschwinden. „Wir haben den Höhepunkt von Pegida, gesehen und er ist vielleicht schon überschritten“, so Rucht. „Pegida wird sukzessive an Zulauf verlieren.“ Es handle sich um eine „schnell aufsteigende und ich vermute auch schnell wieder sinkende Bewegung“. Der Sozialwissenschaftler Piotr Kocyba von der Technischen Universität Chemnitz sagte: „Die Dynamik von Pegida ist groß genug, dass die nicht nächste Woche weg sind. Aber irgendwann wird es sich ausspaziert haben.“ Das „Potential“ allerdings, das die Organisatoren für ihre Montagsdemonstrationen zu nutzen verstanden, bleibe und werde sich abermals mobilisieren lassen.

Die Forschergruppe setzte sich ausdrücklich von der Auffassung anderer Sozialwissenschaftler ab, wonach auf Dresdens Straßen „normale“ Bürger mit Pegida unterwegs seien. Die Zustimmung zu rechtsextremen Positionen sei auffällig hoch, obwohl die Befragten gewiss zum moderaten Teil von Pegida gehörten. Dieser Widerspruch galt einer kürzlich in Dresden vorgelegten Studie.

Protestforscher sieht Zenit von Pegida überschritten

welt, 19.01.2015, Marcel Leubecher

Nach einer neuen Studie bevorzugen Pegida-Demonstranten die AfD, kommen meist aus Dresden und sind nicht sozial benachteiligt. Laut Protestforscher Rucht hat die Bewegung ihren Zenit überschritten.

Die islamkritische Pegida-Bewegung in Dresden hat nach Einschätzung des Protestforschers Dieter Rucht ihren Zenit erreicht und wird in absehbarer Zeit wieder verschwinden. "Wir haben den Höhepunkt von Pegida gesehen, und er ist vielleicht schon überschritten. Pegida wird sukzessive an Zulauf verlieren", sagte der Fachmann vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) am Montag. Es handle sich um eine "schnell aufsteigende und ich vermute auch schnell wieder sinkende Bewegung". Ob die Absage der Demonstration an diesem Montag wegen Terrordrohungen den Prozess beschleunige oder bremse, sei unklar.

Rucht stellte Ergebnisse einer Untersuchung von Wissenschaftlern aus Berlin, Chemnitz und Bochum zur Pegida-Bewegung vor. Besonders auffällig ist die starke Präferenz der Befragten für die AfD. Nach ihrer Entscheidung gefragt, welcher Partei sie ihre Stimme geben würden, wenn am Sonntag Bundestagswahlen wären, gaben 89 Prozent der Studienteilnehmer an, die AfD wählen zu wollen. 33 Prozent stimmten bei der zurückliegenden Bundestagswahl bereits für die rechtskonservative Partei. Obwohl die Bewegung den Erhalt des Abendlandes im Namen trägt, gehört nur etwa jeder fünfte Befragte einer Kirche an.

Protestforscher Rucht und seine Kollegen schließen außerdem aus der Studie, dass sich eher Menschen mit gemäßigeren Einstellungen und weniger die ebenfalls vertretenen Rechtsextremisten an den Demos der Pegida beteiligen. Es lasse sich feststellen, dass Pegida männerdominiert sei, meist aus Angestellten mit guter Bildung bestehe, kein Vertrauen in staatliche Institutionen habe und teilweise rechtspopulistischen bis zu rechtsextremen Thesen anhängen. Die verschiedentlich geäußerte These, dass die Dresdner Demonstranten aus dem ganzen Bundesgebiet anreisen, kann

durch die Studie nicht gestützt werden. Etwa vier von fünf Befragten kamen aus Dresden oder aus bis zu 50 Kilometer entfernten Ortschaften.

Alle Ergebnisse nicht repräsentativ

Allerdings verweisen die Forscher ausdrücklich darauf, dass all diese Studienergebnisse nicht repräsentativ sind und daher nur unter Vorbehalt geäußert werden können. "Wir können nichts über den typischen Pegida-Demonstranten sagen", stellte Rucht klar und erläuterte, dass nur 123 Teilnehmer der Pegida-Demonstration vom 12. Januar an der Befragung teilgenommen hätten. Das seien deutlich zu wenig, um die Resultate auf die gesamte Bewegung zu übertragen.

Kritik übten die Forscher um Professor Rucht an der vergangene Woche von der TU Dresden veröffentlichten Pegida-Studie. Bei dieser ersten empirischen Untersuchung der Pegida-Demonstranten sei der Eindruck vermittelt worden, es lägen nun empirisch gesicherte Informationen über den "typischen Pegida-Demonstranten" vor. Die Tatsache, dass es sich hierbei nicht um eine repräsentative Studie handelte, sei von den Dresdner Forschern nicht deutlich kenntlich gemacht worden.

Die Dresdner Studie ergab ebenfalls, dass der Pegida-Protest keineswegs – wie oft angenommen – von Rechtsradikalen, Rentnern und Arbeitslosen getragen werde. In der Pressemitteilung hatte es geheißen: "Der 'typische' Pegida-Demonstrant entstammt der Mittelschicht, ist gut ausgebildet, berufstätig, verfügt über ein für sächsische Verhältnisse leicht überdurchschnittliches Nettoeinkommen, ist 48 Jahre alt, männlich, gehört keiner Konfession an, weist keine Parteiverbundenheit aus und stammt aus Dresden oder Sachsen."

An den Teilnehmerzahlen haben die Sozialwissenschaftler um Professor Rucht ihre Zweifel. Nach Zählungen und Schätzungen seiner Mitarbeiter seien es in Dresden zuletzt 18.000 und nicht 25.000 Teilnehmer gewesen, sagte Rucht bei der Vorstellung der Studie. In Leipzig gingen demnach 2000 statt 4000 Menschen auf die Straße – das ist nur die Hälfte der von der Polizei genannten Zahl.

Wie arbeiteten die Wissenschaftler?

Die aktuelle Befragung wurde online durchgeführt. Dafür verteilten 28 Forscher an die per Zufallsprinzip an mehreren Abschnitten des Demonstrationzuges angesprochenen Teilnehmer der Dresdner Pegida-Veranstaltung am 12. Januar 2015 einen Handzettel mit der Aufforderung, sich an der Befragung zu beteiligen. Der Handzettel enthielt einen Link und einen scanbaren QR-Code, der zu der Online-Befragung führte. Mit einem für jeden Handzettel individuellen Code wurde der Zugang zum Fragebogen freigeschaltet.

Insgesamt nahmen jedoch nur 123 Personen (18,4 Prozent) derer, die den Zettel angenommen haben, auch an der Online-Befragung teil. Wie bei anderen Online-Befragungen muss man laut Studienmachern auch in diesem Fall von einer Verzerrung hin zu den intensiven Internetnutzern ausgehen. Diese sind im Schnitt eher jünger und eher männlich. Außerdem lasse sich vermuten, dass rechtsextreme Teilnehmer in der Befragung unterrepräsentiert sind.

Im Vergleich zu anderen von den Protestforschern um Professor Rucht durchgeführten Befragungen sei auffällig, dass die Rücklaufquote besonders gering sei. Im Gegensatz zu anderen Befragungen sei die Annahme der Handzettel in Dresden häufig verweigert worden. Nach den Schätzungen der Teams wurde in etwa zwei Dritteln der Ansprache von Personen die Annahme von Handzetteln verweigert. Von etwa 1800 Angesprochenen hätten nur 670 den Handzettel überhaupt angenommen.

Ein gesichertes Ergebnis könne man aus der Studie aber ableiten, sagen die Forscher: "Der typische

Pegida-Demonstrant nimmt ungern an Umfragen teil."

Vorsicht vor dem Volk

zeit, 19.01.2015, Lenz Jacobsen

In Günther Jauchs Talkshow wird Pegida-Organisatorin Kathrin Oertel von Moderator und Gästen merkwürdig sanft behandelt. Nur einer wagt den Streit.

Wenn Anne Will einst am Sonntagabend in ihrer Talkshow Menschen zu Gast hatte, die nicht Politiker waren und auch sonst keine Funktionen hatten, sondern nur ihre eigenen kleinen Leben und Meinungen, dann setzte sie diese auf ihr rotes "Betroffenen-Sofa". Will sprach dann besonders einfühlsam und weich mit ihnen, so sollten Schicksale und Sorgen direkt hineinfließen in das sonntägliche Fernseh-Ersatzparlament.

Günther Jauch, der den Sendeplatz längst übernommen hat, brauchte dafür gar kein Sofa. Er hatte am Sonntagabend Kathrin Oertel zu Gast, Mitorganisatorin der Pegida-Demos. Moderator Jauch sprach so sanft mit ihr, so verständnisvoll und vorsichtig, als sei sie ein scheues Tier. Und weil drei der vier anderen Gäste in der merkwürdig besetzten Runde sie ebenfalls anscheinend bloß nicht verschrecken wollen, gerät dieser erste Liveauftritt für die Pegida-Sprecherin zu einer gemütlichen Runde.

Wenige Stunden zuvor waren Pegida und alle Gegendemonstrationen in Dresden abgesagt worden, weil es Morddrohungen gegen Oertels Mitorganisator Lutz Bachmann gab. Das erhöht noch die Nervosität an diesem Tag und in dieser Sendung, in der nun endlich auch öffentlich beginnen soll, was so viele seit Wochen fordern: Der Dialog mit Pegida.

Jauch fragt nicht nach

"Wer sind Sie eigentlich?", fragt also Jauch Oertel, und die antwortet: "Also, ich bin eine ganz normale Frau aus dem Volk. Ich bin freiberuflich tätig und habe drei Kinder." Sie sei schon immer politisch interessiert gewesen, aber habe ihre Interessen in keiner Partei so vertreten gesehen, dass sie da hätte beitreten wollen. Jauch fragt warum, wofür oder wogegen Pegida demonstriert. Oertel, schwarz gekleidet und mit beständig strengem Blick: "Pegida will eigentlich wachrütteln. Wir wollen auf die Defizite aufmerksam machen, die in den letzten Jahren durch die Regierung zustande gekommen sind und mit deren Auswirkungen wir jetzt leben müssen." Welche Defizite? Welche Auswirkungen? Jauch fragt nicht nach, wie er fast nie nachfragt an diesem Abend.

Stattdessen stellt er erst jetzt die anderen Gäste vor. Alexander Gauland von der AfD, der im Dezember selbst mal bei den "natürlichen Verbündeten" von Pegida vorbeigeschaut hat. Wolfgang Thierse, Ex-Bundestagspräsident und ostdeutsches Gewissen der SPD. Außerdem Frank Richter, der die Landeszentrale für politische Bildung in Sachsen leitet. Und als einziger aktiver Bundespolitiker Jens Spahn von der CDU.

Viele CDU- und SPD-Minister hätten nicht in die Sendung kommen wollen, sagt Jauch. Es klingt wie eine vorsorgliche Rechtfertigung für die merkwürdig zusammengesetzte Runde: Die anderen wollten halt alle nicht. Wer genau nicht kommen wollte, sagt Jauch nicht. Warum eigentlich nicht?

Unwidersprochene Behauptungen

Es ist dann Spahn, der Oertel am heftigsten widerspricht. Einmal behauptet die Pegida-Frau, es gebe "einfach Themen, die absolut tabu waren in den letzten Jahren in Deutschland. Man durfte weder das Wort Asyl in den Mund nehmen noch über Migranten sprechen". Da ruft Spahn: "Das Buch von Thilo Sarrazin (Deutschland schafft sich ab, Anm. d. Red.) ist eines der meistverkauften der letzten Jahre!"

Vieles aber bleibt einfach so stehen. In Deutschland würden islamische Friedensrichter Recht sprechen, behauptet Oertel. Jauch sitzt daneben und sagt nichts. "Die Menschen in Dresden werden mit einer ungeheuren Masse von Asylbewerbern konfrontiert", sagt Oertel, und nun könnte ein Moderator einfach mal erwähnen wie groß diese "ungeheure Masse" im vergangenen Jahr war: 2.000 Asylbewerber nämlich bei 530.000 Einwohnern. Macht Jauch natürlich nicht. Er scheint noch ganz berauscht vom Erfolg, dass da tatsächlich eine echte Pegidistin in seiner Sendung sitzt. Vielleicht steckt dahinter auch eine Strategie, vielleicht hofft er wirklich, dass es zur Aufklärung reicht, Pegida die prominenteste Talkshow-Bühne Deutschlands zur Verfügung zu stellen.

Ein anderes Mal fragt Jauch nach Köln, wo zehn Prozent Muslime leben, ohne dass das rheinisch-katholische Abendland zerbricht, und wo Pegida keinen Fuß auf den Boden kriegt. Oertel antwortet aber gar nicht, sondern redet stattdessen über Berlin-Neukölln, klingt ja immerhin ähnlich.

Kein Wort zu "Charlie Hebdo"

Leider sind SPD-Mann Thierse und Politikerklärer Richter eher als verständige Vermittler angereist denn als echte Streiter mit Pegida. Thierse ist längst mehr Prediger als Politiker. Er doziert: "Demokratie ist wechselseitige Zumutung." Aber er mutet der anderen Seite, also Oertel und Gauland, dann selbst kaum etwas zu. Und Richter redet darüber, dass man doch nun mal miteinander reden müsste. Er fordert mehr Dialog, obwohl doch gerade hier und jetzt dieser Dialog schon stattfinden könnte.

Vielleicht haben die Debattenprofis Angst, zu brutal zu wirken, wenn sie die Debattenamateurin Oertel direkter angehen würden. Die Pegida-Organisatorin sagt viel Schwammiges, über unerhörte Bürger und abgehobene Politik. Plattitüden, die jedem anderen um die Ohren gehauen würden. Aber sie spricht hier für 20.000 Demonstranten, mindestens. 20.000, mit denen es sich offenbar niemand in der Runde verscherzen will.

Irritierend auch, worum es gar nicht geht in der Sendung: Um islamistischen Terror und die Frage, was dieser mit Islam oder gar mit Einwanderung zu tun hat. Kein Wort auch zu Charlie Hebdo. Und auf der anderen Seite auch kein Wort zu Khaled B., jenem Flüchtling, der Anfang der Woche in Dresden starb, vermutlich ermordet wurde. An sein Haus hatte zuvor jemand Hakenkreuze gemalt. Stattdessen waren sich irgendwie alle einig, dass man abgelehnte Asylbewerber schneller loswerden müsse.

Zum Schluss dann empfahl Spahn Oertel noch, sie solle doch lieber sonntags in die Kirche statt montags mit Pegida auf die Straße gehen, wenn sie was fürs christliche Abendland tun wolle. Schärfer wurde es nicht mehr an diesem Abend. Auf ihrer Facebook-Seite schimpfte Pegida danach über Spahn, dieser habe vor "Aggression und Arroganz" nur so gestrotzt. Sie haben Spahn und seine Kritik nicht ertragen. Dabei war er die einzige Ausnahme in dieser Sendung, die sonst so vorsichtig daher kam, dass sie eher Debattenbehauptung statt echter Debatte war. Pegida scheint zufrieden.

Jauch – Der gescheiterte Dialog mit PEGIDA

publikative, 19.01.2015, Miro Jennerjahn

Erstmals hat sich ein Mitglied des PEGIDA-Organisationsteams in einer Talkshow der Öffentlichkeit gestellt. Die anderen Diskutanten verzichteten aber darauf, Kathrin Oertel zu stellen. Und auch eine Konfrontation mit Menschen, die von den PEGIDA-Parolen betroffen sind, blieb ihr erspart. Günther Jauch meinte es gut mit ihr – und nicht nur er.

Der Talk bei Günther Jauch gestern weckt bei mir das Bedürfnis auf eines hinzuweisen: Es sind nicht alle so in Sachsen. Ich als Zugewanderter habe hier viele nette Menschen kennengelernt. Intelligente Menschen, die für Weltoffenheit und Toleranz stehen, die das leben. Warum schreibe ich das? Weil vermutlich bei vielen Zuschauerinnen und Zuschauern der Eindruck geblieben sein dürfte, Sachsen ist da, wo die Hinterwäldler leben. Immerhin durften gestern Kathrin Oertel, (Mitglied des PEGIDA-Organisationsteams) und Frank Richter (Direktor der sächsischen Landeszentrale für politische Bildung) eine Stunde lang frei von der Leber weg reden. Zum Schluss der Sendung wurde dann auch noch bekannt gegeben, dass Mitdiskutant Alexander Gauland auch aus Sachsen stammt. Standortwerbung sieht anders aus.

Stolz verkündete Günther Jauch zu Beginn seiner Sendung, erstmals habe sich ein Mitglied des PEGIDA-Organisationsteams bereit erklärt an einer Talkshow teilzunehmen. Und was hat es gebracht? Nichts. Nichts Gutes jedenfalls.

Jedenfalls war Herr Jauch der Ansicht, man wusste ja bislang nicht, mit wem man es zu tun hat. Unausgesprochen blieb dabei der Stolz, dass seine Sendung dies nun ändern würde. Allerdings: Es gab doch diese Kollegen der schreibenden Zunft, die tatsächlich recherchiert haben. Die die kriminelle Vergangenheit von Lutz Bachmann ebenso thematisiert haben wie den offenen Rassismus im Organisationsteam von PEGIDA. Wusste Herr Jauch das nicht, oder hätte es ihm einfach nur das Gefühl genommen, etwas besonderes geleistet zu haben?

Jauch: Keine neuen Erkenntnisse über PEGIDA

Und tatsächlich gelang es Günther Jauch zu keinem Zeitpunkt auch nur eine neue Information über PEGIDA beizusteuern oder aus Kathrin Oertel herauszulocken. Dass sie sich als "ganz normale Frau aus dem Volk" beschreibt: erwartbar. Dass der Ausgangspunkt von PEGIDA laut Frau Oertel eine Demonstration von Kurden in Dresden gewesen sei, die Waffenlieferungen an die PKK gefordert haben: bekannt. Dass PEGIDA laut Frau Oertel wachrütteln will und auf Defizite aufmerksam machen will, die die Regierung in den letzten Jahren verschlafen habe: ui, geht's ein bißchen konkreter?

Schon die ersten Minuten, die Jauch Kathrin Oertel zur Selbstinszenierung ließ, zeigten klar, die Anwesenheit eines Mitglieds des Organisationsteams von PEGIDA wird die Debatte inhaltlich keinen Millimeter vorwärts bringen. Auffällig war nur, dass Jauch schon hier konsequent verschlief, die sich auftuenden inhaltlichen Widersprüche zu thematisieren. PEGIDA ist gegen Islamismus und den IS? Warum hat PEGIDA dann ein Problem damit, wenn sich Kurden dem entgegenstellen? Die Regierung hat relevante Probleme verschlafen? Welche denn?

Aber auch in der Folge war Frau Oertel nicht in der Lage irgendwie konkret zu werden. Außer den relevanten Stichworten der extremen Rechten, man sei von Gutmenschen bedroht, es gebe Tabu-Themen über die man nicht sprechen dürfe, das Volk werde von denen da oben nicht (mehr) gehört, kam nicht viel. In der Summe zeigten die Äußerungen von Frau Oertel lediglich, wie ressentimentgeladen und rassistisch unterfüttert ihr Weltbild ist, wie wenig Fakten sie zur Kenntnis nimmt und wie wenig rational ein auf Vorurteilen basierendes Weltbild ist. Max Horkheimer und

Theodor W. Adorno hätten ihre helle Freude gehabt an einem solchen Untersuchungsobjekt.

Die “unsagbaren” Tabu-Themen, die Frau Oertel ausgemacht zu haben meint, waren dann auch lediglich Asyl, Zuwanderung und “die” Migranten an und für sich. Noch Fragen? Das auf der Grundlage einer völlig fehlenden Wahrnehmung der Realität ein Dialog nicht möglich ist, hat die Jauch-Sendung gestern einmal mehr bestätigt. Das ist zwar eigentlich bekannt, aber nun gut, rechnen wir es der Sendung als (winzig)kleines Plus an, dass sie das nochmal gezeigt hat.

Jauch: Schwierige Besetzung der Runde

Interessant war dann auch der Rest der Runde. Neben Frau Oertel waren geladen Alexander Gauland, Landesvorsitzender der AfD Brandenburg, Wolfgang Thierse, ehemals Bundestagspräsident, Jens Spahn (CDU), Mitglied des Deutschen Bundestags sowie Frank Richter, Direktor der sächsischen Landeszentrale für politische Bildung.

Auch hier zeigt sich wieder, was der Sendung fehlte: Wissenschaftliche Expertise, die das Demonstrationsgeschehen rund um PEGIDA auch tatsächlich hätte einordnen können. Vor allem fehlte ein/e Vertreter/in derjenigen, die sich wegen PEGIDA nicht mehr ohne weiteres auf die Straße trauen können: Flüchtlinge, Migranten bzw. schlicht alle, die aus welchem Grund auch immer Gefahr laufen von der weißen Mehrheitsgesellschaft nicht als “deutsch” angesehen zu werden. Die Einnahme der Opferperspektive wäre zwar wichtig gewesen, bleibt aber offenbar nach wie vor anderen überlassen.

Somit verlief die Sendung überwiegend in erwartbaren Bahnen. Alexander Gauland versuchte sich diverse Male als Schutzschild für Frau Oertel und PEGIDA. Gleich zu Beginn versuchte er den Umstand, dass sämtliche Demonstrationen für den heutigen Montag in Dresden aufgrund massiver Sicherheitsbedenken untersagt wurden, ernsthaft als Beleg für die schon stattfindende Islamisierung anzuführen.

Für mich überraschend klar war Jens Spahn in seinen Ansagen. Auch wenn ich nicht alles teile, was er sagte, war er doch der einzige, der immer wieder an den richtigen Stellen intervenierte. Herr Gauland konterte er damit, dass, wenn überhaupt eine Gefahr vom militanten Islamismus ausgehe, Herr Gauland aber alle Muslime meine. Frau Oertel erinnerte er, nach ihren Einlassungen man dürfe nicht über Asyl und Zuwanderung reden, an die breite öffentliche Debatte, die es nach der Veröffentlichung von Thilo Sarrazins Buch “Deutschland schafft sich ab” gegeben hat. So schaffte er es zumindest mehrfach zu zeigen, dass die Behauptungen von Frau Oertel und PEGIDA mit der Realität nicht in Einklang zu bringen sind.

Wolfgang Thierse war insgesamt recht zurückhaltend, hatte aber auch seine starken Momente. Etwa als er den Vorwurf von Frau Oertel, PEGIDA werde diffamiert, damit konterte, dass man Menschen nicht diffamiert, wenn man ihnen widerspricht, wenn man Ausländerfeindlichkeit als Ausländerfeindlichkeit und Demokratiefeindlichkeit als Demokratiefeindlichkeit bezeichnet.

Und Frank Richter? Nun ja, der war Frank Richter. Mindestens zweimal unterbreitete er Frau Oertel den Vorschlag, den “missverständlichen” Namen PEGIDA doch zu ändern, weil das nicht alle Demonstranten widerspiegele. Ist das eigentlich noch naiv oder ist das schon gezieltes Verleugnen des rassistischen Hintergrunds von PEGIDA? Den absoluten Tiefpunkt erreichte Richter jedoch, nachdem ein Ausschnitt aus der Neujahrsansprache von Bundeskanzlerin Angela Merkel eingespielt wurde. Zwar hatte Richter zuvor stets betont, man dürfe PEGIDA nicht pauschal verurteilen und man müsse zuhören und differenzieren. Nach Ansicht Richters hätte sich Angela Merkel nicht zu PEGIDA äußern sollen, dass sei eine kardiologische Ferndiagnose, was im Herzen der Menschen los sei, es führe nicht weiter, den Demonstranten Kälte und Hass zu unterstellen. Schaut man sich allerdings die Rede von Frau Merkel an, liest man: “Folgen Sie denen nicht, die dazu aufrufen!

Denn zu oft sind Vorurteile, ist Kälte, ja, sogar Hass in deren Herzen!” Wer “zuhören” und “differenzieren” fordert, sollte vielleicht mit gutem Beispiel vorangehen. Überhaupt erinnert die Aussage von Richter an die in Sachsen vielfach zu findende Einstellung, wer nicht von hier ist, soll sich bitte auch nicht äußern (wobei “nicht von hier” bisweilen schon das Nachbardorf meint).

Jauch: Kernfragen werden nicht diskutiert

Nach einer Stunde war der Spuk vorbei und es bleibt ein ernüchterndes Fazit. Es ist nichts diskutiert worden, was nicht schon bekannt wäre, die relevanten Fragen aber bleiben außen vor. Relevant wäre gewesen, darüber zu sprechen, warum PEGIDA nur in Dresden erfolgreich ist, denn im Rest der Republik kommt die Bewegung ja nicht an. Relevant wäre gewesen, nicht nur allgemein über Rassismus zu reden, sondern die Frage zu stellen, was die Demonstrationen mit denen machen, die nicht in das völkische Weltbild von PEGIDA passen. Leider war dafür kein Platz

Einer der wenigen erheiternden Momente in der gestrigen Runde war die Diskussion über den Ruf “Wir sind das Volk”, der ja bei PEGIDA zum Selbstverständnis gehört. Wolfgang Thierse machte seinem Unmut über die Anmaßung von PEGIDA “das Volk” zu sein Luft und verwies darauf, dass eine Mehrheit der Deutschen PEGIDA ablehne. Kathrin Oertel versuchte mit Blick auf die PEGIDA-Demonstranten zu kontern, auch “dieses Volk” gehöre zu Deutschland. Wir lernen also: es gibt ein eigenständiges Volk, das auf PEGIDA-Demos geht.

Und so bleibt von der gestrigen Sendung von Günther Jauch letztlich auch nur das ernüchternde Fazit: Nichts Neues, aber dafür eine erhebliche Aufwertung von PEGIDA. Ein Dialog mit einer hermetisch von der gesellschaftlichen und politischen Realität abgekoppelten Weltanschauung, die sich nicht für Fakten interessiert und Widerspruch als undemokratisch brandmarkt, ist nicht möglich. Gewonnen hat gestern wohl nur PEGIDA, die von Günther Jauch eine schöne Plattform zur Selbstinszenierung geboten bekommen haben.

Siehe auch: PEGIDA: Wenn Untertanen aufmüpfig werden, Pegida: Irre – wir reden mit den Falschen

Eine schrecklich nette Runde

taz, 19.01.2015, Jörn Kruse

Bei Günther Jauch trat erstmals eine Pegida-Organisatorin vors TV-Publikum. Die Talkshow zeigte: Die Anbiederung an die Protestbewegung hat begonnen.

Das hatte sich Alexander Gauland von der AfD womöglich ganz anders vorgestellt. Er hätte der weiße Ritter werden können, der der medienunerfahrenen Pegida-Frau Kathrin Oertel zur Seite springen würde, wenn die politischen Gegner sie zu sehr in die Mangel nehmen würden. Doch dann waren die vermeintlichen Gegner ganz zahm – und Gauland blieb außen vor.

Im Laufe des Tages waren die Demo der Pegida (Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes) in Dresden sowie alle weiteren Kundgebungen in der sächsischen Landeshauptstadt abgesagt worden. Anschlagsgefahr zu hoch, beschied die Polizei. Es gab also einiges zu bereden bei dem Talk: „Politik trifft auf Protest – Pegida bei Günther Jauch.“ Oertel („Ich bin eine ganz normale Frau aus dem Volk“) sollte erklären, was Pegida eigentlich ist und was Pegida eigentlich will. Schlau wurde man aus ihren Aussagen („wachrütteln“, „auf Defizite aufmerksam machen“) nicht. Dennoch unternahm niemand zumindest den Versuch, den Pudding an die Wand zu nageln.

Im Gegenteil: Jens Spahn, Bundestagsabgeordneter und Mitglied des CDU-Parteipräsidiums, gab Oertel gar recht, als sie forderte, dass schneller abgeschoben werden müsste. Man tue ja schon was, sagte Spahn. Man habe ja schon Serbien und Montenegro zu sicheren Herkunftsländern erklärt. Dadurch würden die Verfahren verkürzt. Denn ein Eindruck dürfte in Serbien auf keinen Fall entstehen: „Wenn du es einmal nach Deutschland geschafft hast, egal wie der Asylantrag ausgeht, kannst du dauerhaft da bleiben.“ Das sei dann „natürlich die Einladung, auch tatsächlich zu kommen“.

Was glaubt Herr Spahn eigentlich? Dass alle Serben und Montenegriner nur darauf warten, endlich nach Deutschland auszuwandern? Dass sie sich nichts Schöneres vorstellen können, als Heimat, Familie und Freunde zu verlassen, um endlich hier zu landen? Im Pegida-Land? All das fragte keiner in der Runde.

Auch Wolfgang Thierse nicht. Der frühere Bundestagspräsident von der SPD hob lieber immer wieder zu kürzeren Vorträgen über das Wesen der Demokratie ab und ärgerte sich am meisten darüber, dass Pegida sein „Wir sind das Volk“ okkupierte. Was ohne Patrioten

Blieb noch Frank Richter von der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung. Doch der scheint so krampfhaft den Dialog mit Pegida-Sympathisanten zu suchen, dass er sich gar entblöbte, den PR-Berater von Frau Oertel zu geben: Gleich zwei Mal wies er sie darauf hin, sich doch besser einen anderen Namen als Pegida zu suchen. Irgendwas ohne Patrioten und ohne Islamisierung. „Meiner Wahrnehmung nach sind 90 Prozent der dort Mitlaufenden tatsächlich besorgte Bürger, die sich viele Gedanken machen.“ Die Angst vor der Islamisierung treibe sie nicht auf die Straße. Sondern? Dass sich der Staat nicht an die Gesetze halte, die er selbst gemacht habe. „Die Maastricht-Kriterien zum Beispiel.“

Jaja, den besorgten Bürger treibt um, dass der Staat einst sein Haushaltsdefizit nicht unter drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts drücken konnte.

So blieb es bei der Kanzlerin, das deutlichste Zeichen für Toleranz und gegen Pegida an diesem Abend zu senden. Kälte, Vorurteile und Hass hatte Merkel bei Pegida erkannt. „Folgen Sie denen nicht, die dazu aufrufen“, sagte sie in einem eingespielten Video. Es war ihre Neujahrsansprache. Weiter ist die Diskussion bis heute nicht gekommen.

Und bei diesem Satz gab es dann doch Widerspruch: „Diesen Satz hätte unsere Bundeskanzlerin lieber unterlassen sollen“, sagte: nein, nicht Kathrin Oertel, sondern Frank Richter.

"Das ist Wasser auf die Mühlen von Pegida"

welt, 19.01.2015, Daniel Friedrich Sturm

Frank Richter, oberster Verantwortlicher für politische Bildung in Sachsen, gerät unter Druck. SPD und Grüne attackieren ihn jetzt dafür, dass er der Gruppe Pegida die Türen öffnet.

Die Kooperation der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung mit der Pegida-Bewegung stößt auf Kritik bei SPD und Grünen. Mehrere Politiker warfen dem Leiter der Landeszentrale, Frank Richter, zu viel Nachsicht gegenüber den Pegida-Aktivisten vor. Richter hatte in der ARD am Sonntagabend gesagt, die Politik habe in der Vergangenheit zu wenig kommuniziert.

"Von einem Treffen und einer Diskussion mit den Verantwortlichen und Organisatoren von Pegida halte ich nichts", schrieb der sächsische SPD-Vorsitzende und Wirtschaftsminister Martin Dulig auf seiner Facebook-Seite. Dulig nannte Günther Jauchs Talkshow am Sonntag auf Twitter eine "Werbesendung" und verkündete: "Nach diesem Satz von Richter schalte ich nun endgültig um! #nopegida".

Die Generalsekretärin der Bundes-SPD, Yasmin Fahimi, kritisierte, dass die Landeszentrale der Pegida-Spitze am Montag ihre Räume für eine Pressekonferenz zur Verfügung gestellt hatte. Dies sei "unnötig" und werde "noch zu der einen oder anderen Debatte führen", prognostizierte Fahimi. Es sei "ein falsches Zeichen", nun Gespräche mit Organisatoren oder Anhängern von Pegida zu führen.

Während sich die Bundes-Grünen zurückhaltend äußerten, attackierten die Grünen in Sachsen das Agieren der Landeszentrale. Grünen-Vorstandssprecher Cem Özdemir bemerkte, deren Verhalten "geht ein bisschen zu weit". Der Grünen-Fraktionschef im Dresdner Landtag, Volkmar Zschocke, sagte, der Leiter der Landeszentrale verletze "den überparteilichen Charakter dieser Landeseinrichtung, wenn er ihre Räumlichkeiten einer bestimmten politischen Bewegung für eine Pressekonferenz zur Verfügung stellt". Es könne "nicht Aufgabe der steuerfinanzierten Landeszentrale sein, eine politische Organisation exklusiv bei der Verbreitung ihrer Positionen zu unterstützen". Es handele sich um eine "bittere Ironie", dass Richter "mit Pegida eine Organisation unterstützt, die seinen ureigensten Aufgaben entgegenwirkt".

Die Landeszentrale für politische Bildung gehört zum Geschäftsbereich von Kultusministerin Brunhild Kurth (CDU). "Wir müssen den Dialog mit den Pegida-Anhängern suchen", heißt es auf der Homepage der Landeszentrale. Sie habe "den Auftrag, die Demokratie zu fördern. Und wenn ein wichtiges Element der Demokratie, wie der offene und faire Dialog so schwach ausgebildet ist, dann müssen wir dafür einen Rahmen organisieren." Die jetzige Situation berge "auch eine Chance".

Mit seinen Äußerungen in der Jauch-Sendung, wonach die Politik zu wenig kommuniziere, stelle sich Richter selbst infrage, heißt es im Dresdner Regierungsviertel. Es sei mehr als unglücklich und "Wasser auf die Mühlen von Pegida", sich als oberster Verantwortlicher für politische Bildung in Sachsen derart zu positionieren. Die Einladung an Pegida für eine Pressekonferenz in den Räumen der Landeszentrale sei "ein Dammbbruch", heißt es in Dresden: "Nun wird es schwierig sein, dies anderen Gruppen zu verwehren."

Der Theologe Richter gilt als CDU-nah, klug und besonnen

Der Talkshow-Auftritt Richters sei auch der Sache nach fragwürdig, wird in Dresden kritisiert. "Trat Richter hier als Privatperson auf – oder als Leiter einer nachgeordneten Behörde des CDU-geführten Kultusministeriums?", wird im Landtag von Sachsen gefragt. Der 54-jährige Richter leitet seit sechs Jahren die Landeszentrale, er gilt als CDU-nah.

Selbst seine heutigen Kritiker würdigen jedoch die historischen Verdienste des altkatholischen Theologen. Als Mitglied der Dresdner Gruppe der 20 hatte Richter zum friedlichen Charakter der Revolution vom Herbst 1989 in der DDR beigetragen. Klug und besonnen agierte Richter ebenfalls rund um das Gedenken an die Bombardierung Dresdens vom 13. Februar 1945, bescheinigen ihm Skeptiker.

Als Moderator der AG 13. Februar war es ihm gelungen, zwischen dem konservativen Bürgertum und den linken Gruppierungen ("Dresden nazifrei") zu vermitteln. Ergebnis war eine gemeinsame Menschenkette, die an die Bombardierung erinnerte – und sich gegen Rechtsextremismus

positionierte.

Merkel: An jedem Ort soll demonstriert werden können

tagesspiegel, 19.01.2015, Matthias Meisner

"Wir lassen uns nicht mundtot machen", erklärten die Anführer der Dresdner Pegida-Bewegung. Nach dem von der Polizei in Dresden verhängten Demo-Verbot an diesem Montag wird über Versammlungsfreiheit diskutiert.

Trotz islamistischer Terrordrohungen will die Pegida-Bewegung in Dresden weitermachen. "Das Recht auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit wollen wir uns nicht nehmen lassen", erklärte die Mitbegründerin der Anti-Islam-Bewegung, Kathrin Oertel, am Montag auf einer Pressekonferenz in Dresden. Man habe sich aus Verantwortung für die Teilnehmer zwar dazu entschlossen, die Kundgebung am Montagabend abzusagen. "Das bedeutet nicht, dass wir uns mundtot machen lassen", so Oertel. Mit Hochdruck werde an einem Sicherheitskonzept gearbeitet.

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) stellte Hilfe des Bundes zur künftigen Absicherung von Kundgebungen in Aussicht. "Ich habe als Bundeskanzlerin, unbeschadet ob mir die Inhalte gefallen, ein Interesse daran, dass an jedem Ort in Deutschland demonstriert werden kann, weil es sich um ein Grundrecht handelt", sagte Merkel in Berlin. Die Demonstrationsfreiheit sei ein hohes Gut. "Ein solches hohes Gut muss, so weit als möglich, geschützt sein." Wenn der Bund gebeten werde, werde auch er natürlich hierfür Sorge tragen.

Die Dresdner Polizei hatte aus Sorge vor einem Anschlag auf die Kundgebung der islamfeindlichen Pegida-Bewegung jegliche Demonstrationen in der Stadt untersagt. Die Drohungen richteten sich offenbar vor allem gegen Pegida-Anführer Lutz Bachmann. Am kommenden Montag will Pegida wieder demonstrieren, wenn es das Sicherheitskonzept zulässt.

In der Polizei-Verfügung vom Sonntag hieß es, Attentäter seien aufgerufen worden, sich unter die Pegida-Demonstranten zu mischen. Ziel sei es, "zeitnah einen Mord an einer Einzelperson des Organisationsteams der Pegida-Demonstrationen zu begehen". Dieser Aufruf ähnele einem über einen Twitter-Account gesendeten Tweet, in dem auf Arabisch die Pegida-Demonstration als „Feindin des Islams“ bezeichnet werde. In dem Tweet heißt es zu einem Foto von Bachmann: "An die einsamen Wölfe in Deutschland. Das ist der Hund und Verantwortliche der anti-islamischen Pegida-Demonstrationen. Sein Name ist Lutz Bachmann."

Oertel und der Pegida-Vereinsvorsitzende Bachmann bekräftigten ihre Forderungen, signalisierten aber zugleich auch Dialogbereitschaft. Zu den sechs Kernforderungen der Bewegung, die bereits bei der letzten Pegida-Demonstration vom 12. Januar vorgetragen worden waren, zählen qualitative statt unqualifizierte Zuwanderung, das Recht und die Pflicht zur Integration für Zuwanderer, die Ausreise und Nicht-wieder-Einreise von Islamisten und Fanatikern, mehr direkte Demokratie, ein friedliches Miteinander in Europa sowie eine Stärkung der inneren Sicherheit.

Pegida strebt Dialog an: "Bereitschaft auf beiden Seiten da"

Nach Angaben Oertels ist Pegida mit Vertretern verschiedener Parteien in Sachsen im Gespräch, "wir wollen den Dialog". Einzelheiten dazu nannte sie jedoch nicht. "Die Dialogbereitschaft ist auf beiden Seiten da", versicherte sie. Fragen zur AfD, mit der sich Pegida vor einigen Tagen getroffen hatte, wehrte sie ab. Dies sei "heute nicht das Thema". Auch private Fragen wollten Oertel und Bachmann ausdrücklich nicht beantworten.

Bachmann nannte es einen "ersten großen Erfolg" von Pegida, dass es "in Deutschland wieder Politikinteresse" gebe. Vereinzelt gebe es auf Pegida-Kundgebungen auch fremdenfeindliche Menschen, diese seien aber in der absoluten Minderzahl. Bachmann nannte es erstaunlich, dass sofort Kameras in der Nähe seien, wenn problematische Transparente auf den Kundgebungen der Bewegung gezeigt würden. Die noch deutlich radikalere Legida in Leipzig nannte Bachmann einen offiziellen Ableger von Pegida. Er rief dazu auf, an deren Demonstration am Mittwoch teilzunehmen. Bei der Legida-Kundgebung am Mittwoch soll der Rechtspopulist Jürgen Elsässer als Hauptredner auftreten.

Streit um Landeszentrale für politische Bildung

Dass die Pressekonferenz in den Räumen der Landeszentrale für politische Bildung, einer staatlichen Einrichtung, stattfinden konnte, ist in Sachsen umstritten. Pegida-Organisatorin Kathrin Oertel hatte sich vergangene Woche mit der Bitte um Hilfestellung bei der Organisation der Pressekonferenz an SLpB-Chef Frank Richter gewandt. Er entschied zunächst positiv, weil seiner Meinung nach weiterhin die Notwendigkeit besteht, "das offenbar vorhandene Kommunikationsdefizit zwischen Öffentlichkeit und Pegida e.V. zu beheben". Unter anderem die Linke im sächsischen Landtag hatte die Raumvergabe kritisiert, mit der "Pegida" nach der ausgefallenen Demo "geadelt" werde.

Am Montag kritisierte auch die sächsische SPD-Bundestagsabgeordnete Daniela Kolbe die Entscheidung der SLpB: "Träger der politischen Bildung haben eine Riesenverantwortung. Sie müssen kontrovers und unvoreingenommen sein", sagte sie dem Tagesspiegel. "Pegida Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen und sie bei Talkshows unkritisch zu begleiten widerspricht dem. Ich halte das für unprofessionell und inakzeptabel. Frank Richter ist gut beraten seine eigene Rolle kritisch zu hinterfragen, sonst verspielt er weiteres Vertrauen."

Die Grünen-nahe Heinrich-Böll-Stiftung in Sachsen erklärte, die Fähigkeit zu einer klaren Analyse und Kritik der Bewegung ist der sächsischen Landeszentrale für politische Bildung offensichtlich verlorengegangen. "Sonst wäre klar, dass Pegida keinen Dialog will, sondern einen aggressiven Monolog aufführt. Sonst wäre klar, dass die montäglichen Mitmarschierenden nicht ‚Sorgen und Ängste‘ eint, sondern die chauvinistisch und rassistisch grundierte Ablehnung einer pluralen Gesellschaft."

Der Vorsitzende des Kuratoriums der Landeszentrale, Lars Rohwer, wies die Kritik zurück. Die Entscheidung, einen Raum an Pegida zu geben, sei in Abstimmung mit ihm erfolgt, erklärte Rohwer, der auch CDU-Landtagsabgeordneter ist. Sie stelle "eine absolute Ausnahme dar, die der derzeit extrem brisanten Lage geschuldet ist und durch den großen Bedarf nach öffentlicher Mitteilung in einer außergewöhnlich angespannten politischen Situation begründet war". Zur Rolle von SLpB-Chef Richter sagte Rohwer: "Frank Richter ist eine integre Persönlichkeit, die mit hohem persönlichem Engagement und Sachverstand zwischen den verschiedensten Positionen vermittelt. Sein Wirken ist immer auf das konkrete Anliegen von Menschen gerichtet und niemals parteipolitisch." Allein deshalb seien er und die Landeszentrale für politische Bildung "erhaben gegenüber derartigen Vorwürfen".

Tillich: Freiheit braucht auch Sicherheit

Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) verteidigte das Demonstrationsverbot für Dresden am Montag. Es habe sich um eine Abwägung zwischen dem Schutz der Versammlungsfreiheit und dem Schutz der Demonstranten gehandelt, sagte Tillich vor Journalisten in Dresden. "Der Schutz von Leib und Leben von Demonstrationsteilnehmern überwog." Freiheit brauche auch Sicherheit. Tillich sagte, es handle sich aber nur um einen "konkreten Einzelfall", der auf den Montagabend in Dresden begrenzt sei. Als Konsequenz aus dem Zustrom zu der islamkritischen Pegida-Bewegung kündigte Tillich verstärkte Dialogbemühungen mit der

Bevölkerung an. An dem von ihm für Mittwoch geplanten ersten Dialog mit 300 Bürgern gebe es ein sehr reges Interesse. Er werde nun in einem "Drei- bis Vier-Wochen-Rhythmus" weitere Veranstaltungen dieses Formats anbieten, kündigte der Ministerpräsident an.

Grüne: Auch widerliche Meinungsäußerungen müssen möglich sein

Vor den Äußerungen von Merkel hatte die Opposition im Bundestag das Versammlungsverbot an diesem Montag in Dresden kritisiert, das die Polizei am Sonntag für den Zeitraum von 0 bis 24 Uhr verhängt hatte. Grünen-Fraktionschef Anton Hofreiter sagte im ZDF-"Morgenmagazin", eine solche "Einschränkung von Grundrechten" sei ärgerlich und "total bitter". Die Polizei müsse einen solchen Schritt sehr gut begründen. Die Pegida-Demonstrationen seien "widerlich", sagte Hofreiter weiter. "Aber natürlich haben unsere Behörden dafür zu sorgen, dass auch diese widerlichen Meinungsäußerungen möglich sind."

Gysi: Schwerwiegender Eingriff in das Demonstrationsrecht

Linken-Fraktionschef Gregor Gysi warnte vor weiteren Absagen solcher Veranstaltungen. Demonstrationen dürften nicht zu schnell untersagt werden, sagte Gysi der Nachrichtenagentur AFP. "Dafür ist es ein viel zu wichtiges Grundrecht." Es dürfe nicht die Situation eintreten, "dass eine Demonstration abgesagt wird, nur weil ein Drohbrief geschrieben worden ist".

Er sei sich bei den Dresdner Behörden "nicht ganz sicher, ob das notwendig ist", sagte Gysi mit Blick auf das am Sonntag verhängte Verbot gegen Pegida und deren Gegendemonstranten. Er könne dies aber letztlich nicht beurteilen, gab der Linken-Politiker zu. Gleichwohl sei die Entscheidung der Polizei in Dresden ein "schwerwiegender Eingriff" in das Demonstrationsrecht. Deshalb sollten solche Demonstrationen grundsätzlich stattfinden dürfen, soweit kein Menschenleben in Gefahr sei. Gysi bekräftigte zugleich, dass er Ziele und Methoden der Pegida-Bewegung "selbstverständlich" ablehne.

Ähnlich hatte sich zuvor die innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Ulla Jelpke, geäußert. Sie sagte im WDR: "Die Behörden müssen Beweise bringen, dass es schwerwiegende Angriffe möglicherweise gibt." Auch Jelpke betonte das Grundrecht auf friedliche Demonstrationen. "Die Behörden sind verpflichtet, die Menschen zu schützen, und ich denke, wir dürfen uns die Freiheit nicht nehmen lassen, zu demonstrieren, auch wenn solche Androhungen da sind", sagte die Linken-Politikerin.

Linken-Chefin Kipping: Pegida verbreitet Angst und Schrecken

Linken-Chefin Katja Kipping erklärte, Demokratie könne nicht durch ihre Einschränkung verteidigt werden. "Insofern kann ich mich nicht über das Verbot der Demo freuen." Die aus Dresden stammende Politikerin sagte weiter, durch das Versammlungsverbot in Dresden gerate in Vergessenheit, wer dort nun schon seit Wochen Angst und Schrecken verbreite: "Wegen Pegida trauen sich Flüchtlinge, Migrantinnen und Migranten nicht mehr vor die Tür. Wegen Pegida gehen viele Dresdener Bürgerinnen und Bürger montags nicht mehr in die Innenstadt. Und wegen der rassistischen Hetze von Pegida ist Dresden nun überhaupt in den Fokus des fundamentalistischen Terrorismus gerückt."

Justizminister Maas: Demokratie hält auch Pegida aus

Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) sagte: "Terrorandrohung darf niemals dazu führen, dass Meinungen unterdrückt werden - egal ob uns diese Meinungen gefallen oder nicht", sagte Maas in Berlin. "Egal was von den Positionen von Pegida zu halten ist - soweit der Protest nicht gegen unsere Gesetze verstößt, ist er durch die Meinungsfreiheit gedeckt." Die Demokratie halte auch Pegida aus.

Die große Mehrheit der Bevölkerung lehne die islamkritische Bewegung ab und sei in den

vergangenen Wochen gegen Pegida auf die Straße gegangen, sagte Maas. "Das muss weiter möglich sein", mahnte der Minister, "auch wenn es für die Einzelfallentscheidung der Sicherheitsbehörden in Dresden sicher gute Gründe gab."

AfD-Vize Gauland spricht von "hilflosen Reflexen"

Der stellvertretende Vorsitzende der AfD, Alexander Gauland, sprach von "offensichtliche Hilflosigkeit der Sicherheitsbehörden in Dresden". Dies und die "Tatenlosigkeit der Altparteien" seien "eine politische Bankrotterklärung angesichts des islamistischen Terrors in Europa und dessen Drohungen in Deutschland". Gauland erklärte weiter: "Die akute Bedrohung mit einem 24-stündigen Demonstrationsverbot zu beantworten stellt einen schweren Eingriff in unsere Grundrechte dar, der nicht ohne weiteres hingenommen werden kann. Diese hilflosen Reflexe dürfen nicht Schule machen. Der Staat sollte besonders angesichts einer konkreten Bedrohung alles daran setzen, die Grundrechte der Bürger zu schützen und nicht temporär außer Kraft zu setzen."

Polizeigewerkschaft: Keine Alternative für Versammlungsverbot

Nach Ansicht der Deutschen Polizeigewerkschaft hatte die Polizei in Dresden keine Alternative zu dem für diesen Montag verhängten Versammlungsverbot. "Wenn eine unbestimmte Zahl von Menschenleben auf dem Spiel steht, muss die Polizei kurzfristig auch zu einem solchen Schritt in der Lage sein", sagte Gewerkschaftschef Rainer Wendt am Montag dem Sender n-tv. "Deshalb stehen wir voll und ganz hinter dieser Entscheidung."

Wendt sagte, bei jeder Veranstaltung fänden Gefährdungsbewertungen auf der Grundlage der Informationen statt, die den Sicherheitsbehörden vorlägen. "Eine solche Entscheidung wie in Dresden kann und wird nur die Ausnahme sein, denn es ist ja der gesetzliche Auftrag der Polizei, Versammlungsfreiheit, Demonstrationsfreiheit zu gewährleisten", betonte der Gewerkschaftschef. Die Polizei tue das auch im Rahmen ihrer Möglichkeiten, "aber diese Möglichkeiten sind nun einmal begrenzt", sagte Wendt mit Blick auf die Personalausstattung.

Fast 5,6 Millionen Zuschauer bei Jauch

Rund 5,57 Millionen Zuschauer verfolgten am Sonntagabend die ARD-Sendung "Günther Jauch" zum Thema "Pegida". Das entsprach einem Marktanteil von 18,3 Prozent, wie die Nachrichtenagentur epd meldete. In der Show mit dem Titel "Protest trifft auf Politik" trat auch Pegida-Funktionärin Oertel auf - sie war damit das erste führende Mitglied der Bewegung, das an einer Fernsehtalkshow teilnahm. Weitere Mitglieder der Talkrunde waren die Politiker Jens Spahn (CDU), Wolfgang Thierse (SPD) und Alexander Gauland (AfD) sowie SLpB-Chef Richter. Nach Angaben der Redaktion von "Günther Jauch" löste die Sendung eine außerordentlich große Zuschauerresonanz aus. Im Online-Forum gingen bis Montagmittag mehr als 1.800 Kommentare ein.

In Dresden gehen seit Wochen Montag für Montag tausende Pegida-Anhänger auf die Straße. Am vergangenen Montag folgten in der sächsischen Landeshauptstadt 25.000 Menschen dem Aufruf der Bewegung. In anderen Städten wie zum Beispiel Suhl oder auch Berlin sollen die Kundgebungen von Pegida-Ablegern an diesem Montag stattfinden. Der Innenausschuss des sächsischen Landtags befasst sich am Nachmittag in einer Sondersitzung mit den Terror-Drohungen in Dresden und dem Verbot von Demonstrationen von und gegen "Pegida".

Der peinliche Größenwahn der Pegida-Bewegung

welt, 19.01.2015

Auf der Pressekonferenz des Pegida-Vereins zeigten zwei Momente, welchem Missverständnis über ihre Rolle und welchem Größenwahn die Gruppe erliegt. Erstens, der Pegida-Mitbegründer Lutz Bachmann sagte zur Frage, wie lange die Dresdner Demonstrationen weitergehen sollen: "Wir sehen uns nicht als Partei, wir haben das auch nicht vor. Es gibt genügend Menschen, die wir schon bezahlen dafür, und die sollen einfach wieder ihre Arbeit tun."

Politiker werden aber nicht dafür "bezahlt", die Meinung des Pegida-Vereins auszuführen. Politiker werden von Wählern gewählt, und die überwältigende Mehrheit der Wähler teilt nicht die Ansichten von Pegida.

Bachmanns Kollegin Kathrin Oertel erwiderte auf die Frage, wie das von Pegida geforderte neue Einwanderungsgesetz aussehen und ob die EU-Freizügigkeit weiter gelten solle: "Sie müssen uns bitte zugestehen, wir sind keine Politiker." Um nach einigen verschwommenen Sätzen zu enden: "Wie dann im Endeffekt eine solche Sache sich dann zusammensetzt oder möglich wäre, das ist Aufgabe der Politiker."

Man muss einer Gruppe, die ohne jede Legitimation beansprucht, für "das Volk" zu sprechen, überhaupt nichts einfach so zugestehen. Schon gar nicht, wenn sich diese Gruppe, sobald es konkret wird, mit der Behauptung davonstiehlt, man sei ja keine Partei.

Der komplizierten Realität ausweichen

Es gibt Tausende in Deutschland, die glauben, die Welt könne gerettet werden, wenn man nur auf sie höre. Das zu sagen ist in Ordnung, wir sind ein freies Land. Wer aber wie Pegida von Anfang an Politik machen und als Dialogpartner der Parteien mit diesen auf gleicher Augenhöhe reden möchte, braucht eine andere Legitimation.

Politik wird in Deutschland von demokratischen Parteien gemacht, nicht von selbst ernannten Vereinen. Der Pegida-Verein bringt nur 25.000 Demonstranten aus ganz Deutschland zusammen und glaubt, damit vertrete er "das Volk" gegen "die Politik". Welch Aberwitz! Die DKP hat vor 1989 im Westen mehr Leute auf die Straße gebracht und wurde zu Recht ignoriert. Denn obwohl sie eine Partei war, bekam sie bei Wahlen keinen Fuß an den Grund.

Es ist belanglos, welche Träume Pegida hat. Wenn sie glaubt, 25.000 Menschen sprächen für 80 Millionen Deutsche, dann irrt sie sich. Nicht belanglos ist, dass sie behauptet, ein paar Kundgebungen reichten bereits aus, um sich als gleichberechtigter neuer Akteur auf der Bühne neben Parteien zu platzieren, um dann Fragen nach der komplizierten Realität auszuweichen. Wer auch immer aus den tatsächlichen Parteien mit dem Pegida-Verein reden will, sollte sich sehr genau überlegen, was er tut.

Freistaat bizarr: PEGIDA goes politische Bildung

publikative, 19.01.2015

In Sachsen gibt es nichts, was es nicht gibt (außer Islamisierung): Die dortige Landeszentrale für politische Bildung stellt der rechtspopulistischen PEGIDA-Bewegung Räume für eine (Lügen-)Pressekonferenz bereit.

Zur Bereitstellung von Räumen der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung für die Pressekonferenz der "PEGIDA" erklärt Stefan Schönfelder, Geschäftsführer von Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen:

"Politische Bildung stärkt die Demokratie" steht als erster Satz in der Selbstbeschreibung des Auftrags der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung (SLpB). Diesen Auftrag haben die Landeszentrale und ihr Direktor in Bezug auf "PEGIDA" aus den Augen verloren.

Demokratie lebt von Kritikfähigkeit. Die Fähigkeit zur einer klaren Analyse und Kritik der Bewegung ist der SLpB offensichtlich verlorengegangen. Sonst wäre klar, dass "PEGIDA" keinen Dialog will, sondern einen aggressiven Monolog aufführt. Sonst wäre klar, dass die montäglichen Mitmarschierenden nicht "Sorgen und Ängste" eint, sondern die chauvinistisch und rassistisch grundierte Ablehnung einer pluralen Gesellschaft.

Demokratie lebt von Widerspruch. Frank Richter hat es verpasst, den kruden Aussagen von Frau Oertel bei Günther Jauch zu widersprechen, um so einen wirklichen demokratischen Diskurs mit Argumenten zu führen.

Demokratie lebt von Kontroversität und der Einbeziehung mehrerer Perspektiven. Den Perspektiven von Geflüchteten und Migrant_innen in Dresden hat die Landeszentrale bisher in diesen Diskussionen keinen Raum gegeben.

Politische Bildung bietet rassistischen, chauvinistischen, völkischen Ideologien nicht unwidersprochen eine Plattform. Wer seine Räume "PEGIDA" für Verlautbarungen zur Verfügung stellt, hat seine Rolle in der politischen Bildung aufgegeben. Frank Richter hat die Demokratie in Sachsen geschwächt, eine Rolle als Moderator ohne Haltung eingenommen und Seelsorge mit politischer Bildung verwechselt. Die Landeszentrale sieht offensichtlich ihren derzeitigen Auftrag allein darin, einen Dialog mit den Teilnehmenden der rechtspopulistischen PEGIDA-Bewegung zu vermitteln. Damit werden die im Kern rassistischen Forderungen der PEGIDA legitimiert – der dumpfe Druck der Montagmassen hat also sein Ziel, das rechtspopulistische Agenda-Setting, erreicht.

Wir meinen, dass unsere Sorge und Solidarität zu allererst denen gelten muss, die seit Wochen in Dresden Angst um die eigene körperliche Unversehrtheit haben – Asylsuchende und anderen Migrant_innen. Ihren Stimmen gilt es in der politischen Diskussion Ausdruck zu verleihen."

Dresden: Pegida gibt Lügenpressekonferenz

spiegel, 19.01.2015, fab/dpa

Die Montagsdemo musste abgesagt werden, nun lud Pegida erstmals zur Pressekonferenz - obwohl die Bewegung Medienvertreter nicht besonders schätzt. Ein Widerspruch? "Wir sind nicht bockig", sagt Organisatorin Oertel.

Pegida-Sprecherin Kathrin Oertel begrüßte die Journalisten nicht als Agenten der "Lügenpresse", sondern als "liebe Medienvertreter". Die Organisatoren der islamkritischen Bewegung luden erstmals zu einer Pressekonferenz.

Beim halbstündigen Ereignis in den Räumen der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung kündigten Oertel und Pegida-Chef Lutz Bachmann an, trotz Terrordrohungen weiterzumachen. "Das Recht auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit wollen wir uns nicht nehmen lassen", sagte Oertel. Eine Terrordrohung von Islamisten hatte die Polizei veranlasst, alle Versammlungen unter freiem Himmel in Dresden am Montag zu verbieten. Das gilt für die islamfeindliche Pegida-Bewegung ebenso wie für die geplante Gegendemonstration.

Aus Verantwortung für die Teilnehmer sei man mit der Absage einverstanden, so Oertel. "Das bedeutet nicht, dass wir uns mundtot machen lassen", so Oertel. Mit Hochdruck werde an einem Sicherheitskonzept gearbeitet. Der Vereinsvorsitzende Bachmann sagte, es sei davon auszugehen, dass die "Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes" kommende Woche wieder in Dresden demonstrieren würden.

Bislang hatte Pegida Gespräche mit den Medien weitgehend verweigert. Auf den Demos in Dresden sind stets "Lügenpresse"-Sprechchöre zu hören. Nun gab es binnen 24 Stunden einen Auftritt Oertels bei "Günther Jauch" und eben die Pressekonferenz. Zum Sinneswandel sagte Oertel: Die Presse habe Pegida diffamiert, aber man wolle den Dialog. "Wir sind jetzt nicht bockig und wünschen uns, dass es wieder einen anderen Umgang miteinander gibt."

Gleichzeitig forderte sie wiederholt, "die Politik" müsse sich mit den Forderungen von Pegida beschäftigen. Selbst in die Politik gehen wollten sie nämlich nicht, betonten Bachmann und Oertel. Sie ließen jedoch durchblicken, dass man nicht ewig weiterdemonstrieren könne.

Die sächsische Fraktionsvorsitzende der AfD, Frauke Petry, hatte die Pegida aufgefordert, die Demonstrations-Zwangspause auch zum Nachdenken zu nutzen. Die Bewegung müsse sich darüber klar werden, welche Ziele sie eigentlich habe, sagte Petry dem Sender MDR Info. Oertel kündigte an, man wolle sich in den nächsten Tagen mit "Vertretern der Politik" treffen. Wer damit gemeint ist, verriet sie auch auf Nachfrage nicht. Viele Fragen wollten die beiden Pegida-Vertreter ohnehin nicht beantworten: Oertel etwa nicht zu ihrem Auftritt bei "Günther Jauch"; Bachmann nicht, wie er mit der Bedrohung gegen seine Person umgehe. Die islamistische Morddrohung soll sich gegen ihn persönlich richten.

Bachmann stellte noch einmal die sechs Kernforderungen vor, die er in der vergangenen Woche bereits präsentiert hatte. Dabei geht es etwa um ein neues Einwanderungsgesetz nach dem Vorbild Kanadas oder der Schweiz, ein "Recht auf und eine Pflicht zur Integration", die im Grundgesetz stehen solle. Man wolle die schnelle Ausweisung von Islamisten, Volksentscheide, mehr Geld für die innere Sicherheit und nun auch ein "Ende der Kriegstreiberei gegenüber Russland". Für Bachmann ist dies "eine Brücke in Richtung der Politik".

Zweifel am Versammlungsverbot in Dresden

heise, 19.01.2015, Florian Rötzer

Die Begründung für die "konkrete Gefahr" muss offengelegt werden, bislang ist sie nicht nachvollziehbar

Die Polizeidirektion Dresden, wegen mangelnden Aufklärungswillens bei einem Mord an einem Asylbewerber gerade in Kritik geraten, hat gestern für den heutigen Montag alle "öffentlichen Versammlungen und Aufzüge" verboten. Man beruft sich "auf Informationen des Bundeskriminalamtes und des Landeskriminalamtes Sachsen", die aber nicht näher ausgeführt werden. Es heißt lediglich, dass eine "konkrete Gefahr" bestünde.

Auf den ersten Blick ist nicht ganz verständlich, warum das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit im gesamten Stadtgebiet von Dresden für jedermann außer Kraft gesetzt wurde. Die "konkrete Gefahr" soll sich nur auf die Pegida-Demo beziehen - und überdies soll nur eine Person bedroht sein. Attentäter sollen aufgerufen worden sein, "sich unter die Protestierenden (Pegida-Demonstranten) zu mischen, um zeitnah einen Mord an einer Einzelperson des Organisationsteams der Pegida-Demonstrationen zu begehen".

Soll nun bei jedem Aufruf an Unbekannt, eine Tat zu begehen, die Versammlungsfreiheit eingeschränkt werden können? Schafft man jetzt in Dresden, der Hauptstadt der Pegida-Bewegung, einen Präzedenzfall, den Pegida mitsamt der AfD bereits instrumentalisiert, um zu erklären, dass eben dieses Verbot bereits auf die Islamisierung Deutschlands hinweise? So zumindest hat sich der brandenburgische AfD-Landeschef Alexander Gauland gestern bei Günter Jauch geäußert. Er hatte schon die Anschläge in Paris für seine Partei und Pegida benutzt und gesagt: "Vor diesem Hintergrund erhalten die Forderungen von Pegida besondere Aktualität und Gewicht." Dass die Polizeidirektion keine Details über die Art der Bedrohung und die Autoren veröffentlicht, ist verständlich. Nicht verständlich ist aber die angesichts des Grundrechtseingriffs und der politischen Folgen viel zu lapidare Begründung. Ist ein Tweet auf Arabisch schon Beleg dafür, dass tatsächlich eine "konkrete Gefahr" vorliegt? Und wenn sich die Drohung nur gegen eine Person richtet, warum ist die Polizei in Dresden, das LKA und BKA mitsamt Verfassungsschutz nicht in der Lage, diese eine Person, es handelt sich um den vorbestraften Pegida-Organisator Bachmann, zu schützen? Hätte man nicht diesen auffordern können, die Demo nicht zu besuchen, und ihn zusätzlich unter Schutz zu stellen, anstatt alle Kundgebungen jeder Art zu verbieten?

Es wird nicht einmal erwähnt, dass ein Sprengstoffanschlag geplant wäre, was ja noch das umfassende Verbot verständlich machen könnte. Und es leuchtet auch dem gesunden Menschenverstand nicht ein, warum islamistische Terroristen ausgerechnet Bachmann ermorden wollen, der ja keineswegs allein für Pegida steht. Islamistische Terroristen wollen gemeinhin spektakuläre Anschläge ausführen, was sie in Paris wieder vorgeführt haben, also einen Sprengstoffanschlag auf eine Menge oder ein Massaker mit Schusswaffen.

Auch Frauke Petry von der AfD Sachsen ist erfreut über das Verbot, auch wenn es sprachlich nicht ganz klappt: "Friedliches Demonstrieren scheint derzeit in Dresden nicht möglich zu sein. Es ist den Organisatoren hoch anzurechnen, dass sie freiwillig auf die Durchführung der Demonstration verzichten. Für die Demokratie in Deutschland jedoch ist dies ein trauriger Tag, wenn sich das Recht der Versammlungsfreiheit durch Gewaltandrohungen gebeugt wird."

Manche Medienkommentare lassen verzweifeln. Hinterfragen ist nicht mehr angesagt, man schürt die Angst und ist obrigkeitstreu wie Reinhard Veser von der Faz, der kokett die Parole ausgibt: "Wir sind Dresden":

Islamisten mögen dies "planen" und darüber in den Sozialen Netzwerken schwätzen, aber gleich von einem Angriff auszugehen, ist doch etwas anderes. Zumal eben überhaupt nicht klar ist, wie ernst die Bedrohung ist und von wem sie ausgeht. Möglicherweise will jemand Bachmann Angst einflößen, ohne Islamist zu sein? Auf jeden Fall scheint die Logik zu zählen, dass der Feind meines Feinds zum Freund wird. So richtig positionieren will sich Jan Bielecki in der Süddeutschen nicht. Eher mau schreibt er: "Es darf auf Dauer aber keine Lösung sein, Demonstrationen zu verbieten, wenn sie nur brutal genug bedroht werden." Der Spiegel zitiert Politologieprofessor Hans Vorländer, der Dresden in einem "Belagerungszustand" sieht: "Das ist eine Stadt unter Stress mit einer tief gespaltenen Bürgerschaft." Da sorgt die Polizei mit dem Versammlungsverbot für Verstärkung.

Nach Paris und Brüssel neigen die Sicherheitsbehörden und die Politik zu erhöhter Vorsicht. Aber es ist gefährlich mit der Angst zu spielen. Das wurde schon zu oft gemacht, um Sicherheit gegen Bürgerrechte auszuspielen. Nach Paris wurde gleich wieder die Vorratsdatenspeicherung gefordert, obgleich es diese in Frankreich gibt, jetzt kann ein Grundrecht schnell ausgehebelt werden, weil angeblich eine "konkrete Bedrohung" vorliegt. Immerhin beschäftigt sich der Innenausschuss des Sächsischen Landtags heute mit dem Versammlungsverbot. Grüne und Linke fordern, die Gründe für das Verbot auf den Tisch zu legen. Die Afd nutzt die Stimmung weiter aus: "Durch die konstante Verunglimpfung der Demonstranten durch Union, SPD, Linke und Grüne wurde die Situation nicht entspannt, sondern nur weiter verschärft", erklärte Fraktionschefin Frauke Petry. "Dresden Nazifrei" und "No Pegida" äußerten Verständnis für das Verbot. Terror vereint, so ist er, aber auch die Warnung vor ihm, auch gedacht. "Dresden Nazifrei" hatte zunächst noch so reagiert;

Nach Paris und Brüssel neigen die Sicherheitsbehörden und die Politik zu erhöhter Vorsicht. Aber es ist gefährlich mit der Angst zu spielen. Das wurde schon zu oft gemacht, um Sicherheit gegen Bürgerrechte auszuspielen. Nach Paris wurde gleich wieder die Vorratsdatenspeicherung gefordert, obgleich es diese in Frankreich gibt, jetzt kann ein Grundrecht schnell ausgehebelt werden, weil angeblich eine "konkrete Bedrohung" vorliegt. Immerhin beschäftigt sich der Innenausschuss des Sächsischen Landtags heute mit dem Versammlungsverbot. Grüne und Linke fordern, die Gründe für das Verbot auf den Tisch zu legen. Die Afd nutzt die Stimmung weiter aus: "Durch die konstante Verunglimpfung der Demonstranten durch Union, SPD, Linke und Grüne wurde die Situation nicht entspannt, sondern nur weiter verschärft", erklärte Fraktionschefin Frauke Petry. "Dresden Nazifrei" und "No Pegida" äußerten Verständnis für das Verbot. Terror vereint, so ist er, aber auch die Warnung vor ihm, auch gedacht. "Dresden Nazifrei" hatte zunächst noch so reagiert;

Dresden: Alle Kundgebungen verboten

junge welt, 19.01.2015

Polizei untersagt für Montag sämtliche Versammlungen unter freiem Himmel. »Dresden Nazifrei« kritisiert: Pegida wird vom Täter zum Opfer gemacht

Die Polizeidirektion Dresden hat für den morgigen Montag zwischen 0 und 24 Uhr alle Kundgebungen und Demonstrationen unter freiem Himmel verboten. Damit sind sowohl der wöchentliche Aufmarsch der »Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes« (Pegida) als auch mehrere antifaschistische Gegenaktionen untersagt. Polizeipräsident Dieter Kroll erklärte: »Wir gehen in der Bewertung der aktuellen Lage nicht mehr nur von einer abstrakten Gefahr, sondern von einer konkreten aus. Konkret in Bezug auf eine gefährdete Person, deren Umfeld sowie daran gebunden Ort und Zeit. Konkret heißt auch: Es geht um ein Mitglied des Orgateams von Pegida und die Versammlungen für den 19. Januar 2015.«

Der »Allgemeinverfügung« zufolge seien Attentäter aufgerufen worden, sich unter die »Pegida«-Demonstranten zu mischen und eine namentlich nicht genannte Einzelperson aus dem Organisationsteams der Kundgebung zu ermorden. Nach Angaben der dpa soll es sich dabei um Demonstrationsanmelder Lutz Bachmann handeln. Konkretere Details lagen den Behörden abgesehen von einer Twitter-Nachricht offenbar nicht vor, also ging man »mit Blick auf die Charakteristik terroristischer Anschläge« davon aus, dass auch »gemeingefährliche Mittel« eingesetzt werden könnten, so dass »von einer unmittelbaren Gefährdung von Leib und Leben aller Teilnehmer an Versammlungen« auszugehen sei. Nähere Hinweise auf den oder die Täter hat die Polizei der eigenen Presseinfo zufolge jedoch nicht.

Schon kurz vor dem allgemeinen Demonstrationsverbot hatte »Pegida« den morgigen Aufmarsch abgesagt, so dass die »Allgemeinverfügung« real vor allem die Gegenaktionen trifft. Das Bündnis »Dresden Nazifrei« kommentierte auf Facebook: »Angeblich soll Bachmann durch IS-Terroristen mit Tod bedroht werden. Zudem behauptet der Boulevard, es gäbe ein Gewaltpotential bei der Antifa, das nicht kontrollierbar wäre. Beides ist natürlich ausgemachter Blödsinn! Fakt ist vielmehr, dass Pegida selbst den hohen Anteil der gewaltaffinen Teilnehmer_innen nicht mehr kontrollieren kann. Deswegen gab es erst das Abgehen von einer Demo zu einer Kundgebung und nun die komplette Absage.« Nach dem allgemeinen Demonstrationsverbot ergänzte das Bündnis: »Wir haben immer klar gesagt, dass wir jeglichen religiösen Fanatismus klar verurteilen. Solche Anschlagdrohungen, denen wir uns übrigens von Seiten Pegidas seit Wochen ausgesetzt sehen, verurteilen wir generell! Sie sind keine Form politischer Auseinandersetzung. Gleichzeitig vertrauen wir weiterhin dieser Einschätzung nicht und teilen die Bedrohungslage nicht. Tatsächlich glauben wir, dass hier eine Umkehr der tatsächlichen Gefahr stattfindet, wenn Pegida von Täter_innen zu Opfern gemacht wird.«

16.01.2015 bis 19.01.2015, regional, ddnf Pressespiegel

Wissenschaftler üben Kritik an Pegida-Studie der TU Dresden

lvz-online, 16.01.2015, sl

Die Studie der TU Dresden zum Teilnehmerfeld der Dresdner Pegida-Studien erfährt harte Kritik. Vor allem aufgrund der Zahl und Auswahl der Beteiligten wird die Gültigkeit der Ergebnisse angezweifelt. An drei Terminen im Dezember und Januar hatten je 15 Mitarbeiter und Studenten der TU Dresden unter Leitung von Professor Hans Vorländer Pegida-Teilnehmer befragt. Von rund 1200 Angesprochenen hatten dabei nur 400 geantwortet.

"Es ist sehr schwierig, aus einer Masse eine vernünftige Stichprobe zu ziehen", sagte der Geschäftsführer des Forsa-Instituts, Meinungsforscher Manfred Güllner, der "Welt". Bei der Umfrage unter den Pegida-Demonstranten wisse man nicht, wer die Auskunft verweigert hat. Bei der Interpretation der Ergebnisse sei er deshalb äußerst vorsichtig. Denn: "Wir wissen, dass sich Rechtsradikale meistens nicht befragen lassen", sagt Güllner.

Der Wirtschaftsinformatiker Christian Reinboth findet weitere Fehler: So sei es theoretisch möglich gewesen, dass ein Pegida-Sympathisant gleich drei Mal befragt wird. Zudem sei die Stichprobe zu klein und nicht zufällig ausgewählt. Damit Schlussfolgerungen auf die Pegida-Menge zu ziehen, sei höchst problematisch.

TU-Professor Vorländer hatte seine Studie als „empirisch gesättigt“ bewertet, gab aber zu, dass diese nicht repräsentativ sei. Die Antwortquote von 35 Prozent sei aber kein schlechter Wert, hatte Vorländer bei der Vorstellung der Ergebnisse gesagt. Große Verzerrungen seien trotz der vielen Verweigerungen nicht zu erwarten.

Das sehen nicht alle so: „Schließlich ist es mehr als wahrscheinlich, dass es die radikaleren zwei Drittel der Demonstranten waren, die die Umfrage mit dem ‚Establishment‘ verweigerten – so wie sie auch regelmäßig Interviews mit der ‚Lügenpresse‘ verweigern. Dieses Artefakt der selektiven Nichtbeantwortung erklärt wahrscheinlich auch, warum Pegida in der Umfrage demographisch so ‚normal‘ aussieht“, meint der Ökonom Hannes Hemker. Auch Vorländers Mitarbeiter hatten berichtet, dass die Stimmung ihnen gegenüber teils ablehnend bis feindselig gewesen sei.

Für viele Beobachter der Pegida-Demonstrationen zeigt dies, wie widersprüchlich das Teilnehmerfeld ist. So sind unter den bis zu 20.000 Menschen sehr wohl diejenigen dabei, die die von Vorländer beschriebene Mittelschicht repräsentieren und nicht aufgrund rassistischer Vorurteile kommen. Gleichzeitig sind an Montagen auch zahlreiche aggressive und gewaltbereite Männer zu beobachten, die teils auch aus der rechtsextremen und der Hooliganszene stammen. Zudem werden in direkten Gesprächen immer wieder rassistische Stereotype bedient – laut der Vorländer-Studie werden diese nur von 15 Prozent seiner Befragten als Grund für die Teilnahme bei Pegida genannt.

Wie soll „Dresden für alle“ künftig arbeiten? Kampagnentreffen für ein weltoffenes Dresden

dnn, 18.01.2015, ttr

Etwa 250 Dresdner haben sich am Sonntag im Jüdischen Gemeindezentrum getroffen, um die weitere Arbeit des Bündnisses „Dresden für alle“ zu diskutieren. Ziel sei es, die Organisation auf mehr Schultern zu verteilen und dadurch das Bündnis auf stabilere Füße zu stellen, sagten die Veranstalter. Die wenigen Menschen, die bislang Protestaktionen organisiert hatten, seien an ihre Belastungsgrenzen gestoßen. So hätte beispielsweise der für Montag geplante dritte "Neujahrsputz" der letzte seiner Art sein sollen.

Die Teilnehmer kamen in vier Arbeitsgruppen zusammen, um über kreative Protestformen, Öffentlichkeitsarbeit und die Unterstützung von Flüchtlingen zu sprechen. Zudem diskutierten sie, wie die zahlreichen schon bestehenden Gruppen, die sich für eine weltoffene Stadt oder „bunte“ Stadtteile einsetzen, besser zusammenarbeiten können. Unter den Anwesenden waren nicht nur Nora Goldenbogen und Rabbiner Alexander Nachama von der Jüdischen Gemeinde Dresden, sondern auch Vertreter des Ausländerrates, verschiedener Konfessionen, zahlreicher Bürgerrechtsgruppen und Flüchtlings-NGOs, Kulturschaffende, einige Politiker sowie die Ausländerbeauftragte der Stadt Dresden, Kristina Winkler. "Ich freue mich über so viel bürgerschaftliches Engagement", sagte Eric Hattke, Sprecher von „Dresden für alle“. Victor Vincze vom Ausländerrat schloss sich dieser Meinung zwar an, zeigte sich aber gleichzeitig enttäuscht, kaum Vertreter der Stadtverwaltung zu sehen.

Für die Arbeitsgruppe „Inhaltliche Arbeit“ haben sich Annett Heinich und Sören Haak gemeldet. Er sei bestürzt über die Pegida-Bewegung, sagt der 41-Jährige, denn er müsse davon ausgehen, dass er es dabei mit Fremdenfeindlichkeit zu tun habe. Dabei könne sich Deutschland leisten, Flüchtlinge aufzunehmen – die es mit Kriegseinsätzen obendrein selbst „produziere“. Doch ihm geht es um viel mehr: Als Rollstuhlfahrer sieht er viele Parallelen zwischen dem Umgang mit Asylbewerbern und dem generellen Umgang mit „Andersartigen“, seien es Menschen anderer Religion oder Hautfarbe, mit Handicap oder anderer sexueller Orientierung. „Das Thema Inklusion betrifft alle Menschen“, so Haak. „Ich wünsche mir da mehr Selbstverständlichkeit im Umgang.“ Mit Blick auf die Gesprächsversuche mit Pegida ergänzt seine 45-jährige Begleiterin: „Wichtig ist ein Dialog auf Augenhöhe. Ich hatte das Bauchgefühl, dass die Politiker ein wenig von oben herab mit den Bürgern gesprochen haben.“

Neugier und Interesse haben Jule und Maren, zwei junge Frauen, ins Gemeindezentrum getrieben. „Wir wollen schauen, wie wir uns einbringen können“, sagt Pädagogin Jule, und ihre Freundin ergänzt: „Auf einer Demo kommt man ja nicht so gut ins Gespräch, das ist inhaltlich nicht so produktiv. Hier gucken wir, wo wir produktiv etwas beitragen können. Vielleicht kommen ja neue Ideen dazu, denn sonst kocht man in der eigenen Suppe.“

Claus Dethleff dagegen könnte man als alten Hasen in puncto bürgerschaftliches Engagement bezeichnen. „Seit Monaten bin ich jeden Montag auf der Straße, weil ich denke, es muss was passieren.“ Ins Gemeindezentrum ist er in Doppelfunktion gekommen: als Vorsitzender des Stolpersteine Dresden e.V. und „Abgesandter“ der Initiative „Laubegast ist bunt“. Dethleff ist es wichtig, alle Akteure zu vernetzen und die vorhandenen Kräfte zu koordinieren: „Wir haben in Laubegast 60 Leute, die sofort helfen wollen. Es wäre ja schade, das verpuffen zu lassen.“ Deshalb sei das Treffen wichtig. Der Mittfünfziger wünscht sich zudem, dass sich die Plenumsteilnehmer mit den Themen der Asylkritiker auseinandersetzen und eigene Antworten finden.

TERRORGEFAHR! DRESDNER POLIZEI VERBIETET ALLE DEMOS AM MONTAG

mopo, 18.01.2015

Dresden - Die Polizei hat wegen einer konkreten Anschlagsgefahr für Montag ein 24-stündiges Versammlungs- und Demonstrationsverbot erlassen. Dafür wurde die "Allgemeinverfügung anlässlich der aktuellen Bedrohungslage internationaler Terrorismus für Versammlungen im Gebiet der Landeshauptstadt Dresden am 19. Januar 2015" erlassen.

Vorher hatten die PEGIDA-Organisatoren bereits ihre für Montag geplante Versammlung auf dem Theaterplatz ersatzlos abgesagt.

Auf der Facebookseite von PEGIDA wird dies mit Sicherheitsgründen erklärt. Dort wurde auch ein Aufruf veröffentlicht: Statt der Kundgebung solle jeder Europäer eine Kerze ins Fenster stellen und seine Landesflagge hissen.

Die Sicherheitslage hatte sich in den vergangenen Tagen drastisch verschärft. Der Polizei liegen Informationen des Bundeskriminalamtes und des Landeskriminalamtes Sachsen vor, dass für die PEGIDA-Demo am Montag eine konkrete Anschlagsgefahr besteht.

Wie Landespolizeipräsident Jürgen Georgie gegenüber MOPO24 am Sonntagabend sagte, handelte es sich dabei um einen abgefangenen Tweet in arabischer Sprache in dem konkrete Todesdrohungen gegen eine Person (PEGIDA-Organisator Lutz Bachmann, d. Red.) ausgesprochen werden.

Polizeipräsident Dieter Kroll: „Wir gehen in der Bewertung der aktuellen Lage nicht mehr nur von einer abstrakten Gefahr, sondern von einer konkreten aus. Konkret in Bezug auf eine gefährdete Person, deren Umfeld sowie daran gebunden Ort und Zeit. Konkret heißt auch: Es geht um ein Mitglied des Orgateams von PEGIDA und die Versammlungen für den 19. Januar 2015.“

PEGIDA erklärte, dass die Hinrichtung eines Mitglieds des Orgateams durch IS-Terroristen befohlen worden sein soll. "Da bei einem Anschlag mit "Kollateralschäden" zu rechnen wäre und wir es als große Verantwortung ansehen, für die Sicherheit der Teilnehmer zu garantieren, sehen wir uns nach Absprache mit dem Staatschutz und der Landespolizeidirektion zu diesem Schritt gezwungen", erklärte PEGIDA bei Facebook.

Die Polizeidirektion Dresden hat eine Allgemeinverfügung erlassen. "Sie untersagt in der Zeit vom 19. Januar 2015, 00:00 Uhr bis 24:00 Uhr, alle öffentlichen Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge innerhalb der Ortsgrenzen der Landeshauptstadt Dresden."

Damit dürfen auch die geplanten Gegendemonstrationen nicht stattfinden.

An der Talkshow von Günther Jauch wird PEGIDA-Sprecherin Kathrin Oertel allerdings wie geplant am Sonntagabend teilnehmen. Start: 21.45 Uhr in der ARD. MOPO24 berichtet davon.

Dieser Tweet von Twitter-Nutzer "princezahab1" sorgt für Beunruhigung.

Übersetzt bedeutet er: "An die einsamen Wölfe in Deutschland: Wendet Euch wegen der Anti-Islam-Hetze an den Hund Lutz Bachmann." Damit könnte PEGIDA-Chef Lutz Bachmann zum Ziel der Dschihadistenbewegung ISIS ausgerufen worden sein.

Eine Stadt im „Belagerungszustand“

sz-online, 18.01.2015, Martin Fischer und Franziska Höhn

In Dresden dreht sich seit Wochen alles um Pegida. Nun wird dort die Versammlungsfreiheit eingeschränkt, wegen Terrordrohungen. Politikwissenschaftler Patzelt sieht Pegida als Profiteur der aktuellen Entwicklung.

Die Stimmung in Dresden ist aufgeheizt. Schon seit Wochen und immer mehr: Pegida, Nopegida, Zehntausende Demonstranten, ein toter Asylbewerber und nun die Terrordrohungen der Islamisten. Dresden befindet sich in einer Art „Belagerungszustand“, sagt Politologieprofessor Hans Vorländer von der Technischen Universität Dresden. „Das ist eine Stadt unter Stress mit einer tief gespaltenen Bürgerschaft.“ Und nun das Verbot aller öffentlichen Versammlungen an diesem Montag. Der Innenexperte der Grünen-Landtagsfraktion nennt es „das absolut letzte Mittel“.

Die selbst ernannten „Patriotischen Europäer“, die seit Monaten immer montagabends gegen eine angebliche Islamisierung des Abendlandes auf die Straße gehen, bedauern per Facebook, dass es wegen der Terrordrohung gegen ein Mitglied ihres Organisationsteams nun unmöglich sei, „ein friedlich und gewaltfreies Zeichen für Meinungsfreiheit“ zu setzen. Wegen der Bedrohungslage halte man es aber für unverantwortlich, „unsere Sympathisanten und unsere Stadt unkalkulierbaren Risiken auszusetzen“, meint Pegida-Sprecherin Kathrin Oertel.

Verständnis für Versammlungsverbot

Noch vor der sogenannten Allgemeinverfügung der Polizei hatte Pegida die eigene Kundgebung abgesagt und jeden Europäer, „der für die Meinungsfreiheit und gegen religiösen Fanatismus ist“, aufgefordert, am Montagabend eine Flagge und eine Kerze ins Fenster zu stellen.

Beim Bündnis „Dresden für alle“, das sich für eine weltoffene Stadt einsetzt und das nun auch nicht auf die Straße gehen darf, zeigt man Verständnis für die Entscheidung der Sicherheitsbehörden. Polizeipräsident Dieter Kroll habe ihm glaubhaft versichert, das Gefahrenpotenzial in Dresden sei „so hoch, dass nicht mehr für die Sicherheit der Menschen, die sich am Montag auf die Straßen begeben würden, garantiert werden kann“, sagt Sprecher Eric Hattke.

Durch Terrordrohung und Versammlungsverbot werde die Stimmung sicher nicht beruhigt, meint Politologe Vorländer. „Es ist natürlich möglich, dass dadurch die Ängste weiter angeheizt werden, die sich auf die Gewaltbedrohung durch den Islamismus beziehen.“ Das wiederum könne dazu führen, dass eine „jetzt-erst-recht“-Stimmung aufkomme. „Weil sich die Menschen in dem von Pegida viel beschworenen Recht auf freie Meinungsäußerung eingeschränkt sehen und dann bei nächster Gelegenheit noch zahlreicher auf die Straße gehen.“

Sein Politikwissenschaftler-Kollege Werner J. Patzelt sieht Pegida als Profiteur der aktuellen Entwicklung. „Weil die Anhänger der Bewegung nun geltend machen können, dass die Darstellung als islamfeindliche und faschistische Bewegung zu einer Aufhetzung bis hin zu einer konkreten Bedrohung geführt hat.“ Auch er kann sich vorstellen, dass es zu einer Solidarisierungswelle kommt, „die noch mehr Zulauf aus ganz Deutschland für die Bewegung bedeuten kann“.

„Es wäre wichtig, dass verbal abgerüstet wird und nicht mehr pauschal von Faschisten, Islamfeinden oder Menschen, die Rattenfängern folgen, gesprochen wird“, rät Patzelt der Politik. Zudem sollte an konkreten Konzepten etwa für ein Zuwanderungsgesetz gearbeitet werden, „damit die politischen Forderungen nicht immer nur auf der Straße ausgetragen werden“.

„Jetzt gilt es, einen kühlen Kopf zu bewahren“, sagte Sachsens Innenminister Markus Ulbig (CDU) am Freitag - noch vor der dramatischen Entwicklung vom Sonntag. Er bezog sich auf die Polizeiermittlungen zum Tod eines jungen Asylbewerbers in Dresden, dessen Hintergründe noch völlig im Dunkeln liegen. Der Todesfall führte aber in der aufgeheizten Stimmung bereits zu weitreichenden Spekulationen. In Dresden liegen in diesen Tagen die Nerven blank.

„Pegida ist nicht ausländerfeindlich“

sz-online, 18.01.2015, Andrea Schawe

Mit Kathrin Oertel saß bei Günther Jauch erstmals eine Vertreterin von Pegida in einer Talkshow - und das ziemlich reglos.

Am Ende gab es ein Schulterklopfen. Als die Kameras aus sind, streicht Alexander Gauland seiner Sitznachbarin Kathrin Oertel väterlich über die Schulter. „Hast du gut gemacht“, will der stellvertretende AfD-Parteichef der Pegida-Sprecherin wohl sagen. Tatsächlich waren die beiden in der ARD-Talkshow bei Günther Jauch ein relativ gutes Team. Sie ließ sich nicht zu extremen Aussagen hinreißen, wirkte defensiv und gemäßigt. Der AfD-Vize Gauland übernahm die Stammtischparolen. Auch wenn sie sich sonst nicht viel zu sagen hatten.

Mit Kathrin Oertel stellte sich am Sonntagabend zum ersten Mal ein Mitglied des Organisationsteams der „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ der von ihnen kritisierten „Lügenpresse“. Unter dem Motto „Politik trifft auf Protest“ diskutierten Oertel und Gauland mit dem CDU-Bundestagsabgeordneten Jens Spahn, dem ehemaligen Präsident des Bundestages, Wolfgang Thierse und Frank Richter, dem Direktor der sächsischen Landeszentrale für politische Bildung.

Die Sicherheitsvorkehrungen sind strenger als sonst, die Polizei patrouilliert aber jede Woche mit Spürhunden über das Gelände. Am Sonntag wurde bekannt, dass es Morddrohungen gegen die Pegida-Organisatoren gibt. „Es sind eigentlich alle immer gemeint, es wird Angst geschürt“, sagt Kathrin Oertel in der Live-Sendung. „Aber es ist natürlich gegen eine Person ganz gezielt gewesen. Und das ist der Organisator Lutz Bachmann.“ Der montägliche Spaziergang in Dresden wurde von Pegida abgesagt, die Polizei hat alle Versammlungen unter freiem Himmel verboten.

„Ich bin in allererster Linie für die Menschen hier, die jeden Montag mit uns auf der Straße sind“, sagt die 36-Jährige. „Sie haben es verdient, objektiv betrachtet zu werden.“ Applaus in der ersten Reihe der Zuschauer. Dort sitzen die Begleiter von Kathrin Oertel und Alexander Gauland, darunter Pegida-Mitorganisator Siegfried Däbritz, Ex-CDU-Stadtrat Thomas Tallacker, Achim Exner, der Vorstandsmitglied des AfD-Kreisverbands Dresden ist, und der ehemalige stellvertretende Landeschef der AfD in Sachsen, Thomas Hartung. Er hatte im vergangenen Jahr Menschen mit Trisomie 21 die Fähigkeit abgesprochen, den Beruf eines Lehrers ausüben zu können und musste danach alle Ämter niederlegen. Die Begleiter schauen die meiste Zeit mit vor der Brust verschränkten Armen zu und spielen für Oertel und Gauland die Anklatscher. Meist spenden sie allerdings allein Applaus.

„Eine normale Frau aus dem Volk“

„Wer sind Sie“, fragt Günther Jauch. „Ich bin eine normale Frau aus dem Volk“, sagt die Coswigerin, freiberuflich, drei Kinder, schon immer politisch interessiert aber parteilos. „Die Abendspaziergänger, wie wir sie nennen, sind wie Sie und ich, Herr Jauch.“ „So wie Sie vielleicht -

nicht so wie ich“, kontert Jauch. Ausschlaggebend für die Gründung der Pegida-Bewegung seien die Unruhen in Hamburg und Celle gewesen. Dann gab es auf der Prager Straße in Dresden eine Veranstaltung, bei der forderten Linke Waffen für die PKK. „Da haben wir gedacht, wir müssen einfach etwas tun“, sagte Oertel. „Pegida will wachrütteln und auf Defizite aufmerksam machen, die durch die Regierung zustande gekommen sind.“ Günther Jauch nennt das „wolkig umschrieben“.

Während der kompletten Sendung sitzt Kathrin Oertel fast regungslos da. Die Beine übereinander geschlagen, die Hände in den Schoß gelegt. Sie trägt einen schwarzen Mantel über dem auffälligen, schwarz-weiß gemusterten Kleid. Ab und zu wippt sie mit ihrem Fuß, der in hochhackigen Stiefeln steckt. Sie wirkt ein bisschen angespannt, guckt meist zu Boden, auch wenn sie im Blitzlicht der Fotografen sitzt. Sie antwortet nur auf Fragen, ab und zu nickt sie zustimmend.

Für das Diskutieren sind die anderen zuständig. Allen voran Alexander Gauland. Der AfD-Vize sieht in dem Demonstrationsverbot für Pegida den „Beginn der Islamisierung, wenn wir Grundrecht nicht mehr ausüben dürfen“. „Das ist doch kein Zeichen für die Islamisierung“, kontert CDU-Politiker Jens Spahn. „Doch!“ „Sie können das jetzt nicht so billig machen!“ Spahn kündigte vorher auf Twitter an, er sei bereit für einen Perspektivwechsel, während der Sendung ist er aber derjenige, der die Aussagen von Oertel und Gauland am meisten entkräftet. Er und Thierse versuchen es mit sachlichen Argumenten und zeigen sich dialogbereit.

„Kardiologische Ferndiagnose der Kanzlerin“

Die Rolle des Vermittlers nimmt Frank Richter ein. Der Direktor der sächsischen Landeszentrale plädiert immer wieder für den Dialog mit den Pegida-Anhängern und warnt vor undifferenzierter Verurteilung, kritisiert manche Reden aber auch als „hetzerisch“. Die Neujahrsansprache von Bundeskanzlerin Angela Merkel nennt Richter „eine kardiologische Ferndiagnose der Kanzlerin über die Ereignisse in Dresden. Das ist nicht hilfreich.“ Merkel hatte dazu aufgerufen, nicht mehr zu Pegida zu gehen, weil die Menschen auf den Demos „Kälte in ihren Herzen tragen.“

„Frau Oertel, ich würde Ihnen vorschlagen, den Namen Pegida zu überdenken“, sagt Richter. Die meisten Demonstranten hätten eigentlich ganz andere Sorgen als die Islamisierung. Oertel widerspricht: Es gehe um die Geschehnisse in Deutschland, die aufgrund der Islamisierung passieren. „Wie kann es sein, dass in Deutschland Parallelgesellschaften entstehen, dass Friedensrichter Recht sprechen dürfen, dass in Koranschulen Hass auf deutsche Bürger geschürt wird?“

Günther Jauch zeigt Aufnahmen von den Demonstrationen in Dresden. Die Leute sprechen offen, sie sagen Sätze wie „Ich bin hier, weil ich gegen Ausländer bin“, „0,2 Prozent Muslime in Sachsen sind 0,2 Prozent zu viel“. Kathrin Oertel sitzt ganz still in ihrem Sessel. Dann sagt sie: „Man kann nicht sagen, dass Ausländer und Migranten nicht zu Deutschland gehören.“ Pegida sei keine ausländerfeindliche Organisation. „Aber Deutschland braucht eine geregelte Einwanderung.“ Der SPD-Mann Wolfgang Thierse appelliert an die Demokratie. „Durch schnelles Wünschen verändert sich nichts“, sagt er. „Demokratie verlangt Geduld. Sie ist nach ihrer Natur langsam. Nur ein Diktator kann schnell entscheiden.“ Die Mehrheit der 273 Zuschauer applaudiert.

Mehr als Parolen, Enttäuschung, Frust?

Das Klima wird rauer. „Demonstrationen sind noch keine Politik und Parolen keine Gesetze. Geht es wirklich um die 19 Punkte? Geht es nicht generell um Enttäuschung über Politik? Haben Sie Frust?“, fragt CDU-Mann Jens Spahn. Oertel sitzt da wie versteinert. „Ich persönlich habe keinen Frust, aber viele andere schon“, sagt sie. „Viele Themen waren tabu. Man durfte nicht über

Migranten oder Asyl sprechen oder über eine Einschränkung der Einwanderung.“ Wenn Oertel über Asylpolitik spricht, wird ihre Stimme lauter, sicherer. Spahn habe sich viele Reden angehört: „Dass hier Hass mitschwingt, kann keiner bezweifeln.“

Schaden solche Biografien wie die von Lutz Bachmann Pegida?, will Jauch wissen. Der Pegida-Gründer ist vorbestraft und saß im Gefängnis. „Jeder macht Fehler“, meint Oertel und zieht einen Vergleich zu Cem Özdemir, auf dessen Balkon eine Hanfpflanze stand, und dem steinwerfenden Ex-Außenminister Joschka Fischer. Ein Vergleich, der womöglich hinkt, meint Jauch. „Jeder hat eine zweite Chance verdient“, sagt Oertel. Das gelte auch für straffällige „Asylanten“. Nicht jeder soll ausgewiesen werden, aber wer eine lange Liste von Straftaten hat, schon. Viele Menschen würden nicht verstehen, warum Gesetze nicht durchgesetzt werden. „Dann helfen Sie mit, dass es in Dresden mehr Verständnis gibt“, fordert Spahn. „Natürlich“, antwortet Oertel.

Im Gegensatz zum AfD-Vize Alexander Gauland wirkt Kathrin Oertel zahm. Gauland war selbst schon auf einer Pegida-Demonstration in Dresden. „Ich habe keinerlei rassistische oder ausländerfeindliche Äußerung gehört“, sagt er. Nur gegen die Medien ging es. „Dass die Menschen nicht wissen, dass das Wort Lügenpresse aus dem Dritten Reich stammt, liegt an unserem Geschichtsunterricht. Der ist ja nicht so toll“. Aber viele der Dinge, die auf den Demonstrationen gesagt werden, höre man in jedem Wahlkampf oder an jedem Stammtisch. „Auch sie haben ein Recht, gehört zu werden.“ Kathrin Oertel schaut ihn nicht einmal an, wenn er redet. Applaus aus der ersten Reihe.

„Wir sind das Volk“ als Anmaßung

„Wir Politiker haben zuzuhören, aber nicht nur“, sagt Wolfgang Thierse. Es sei „anmaßend“, dass Pegida „Wir sind das Volk“ ruft. „Der Spruch richtete sich gegen eine Diktatur. Jetzt richtet er sich gegen eine demokratisch gewählte Regierung.“ Zwei Drittel der Bürger würden Pegida ablehnen. Oertel widerspricht: Der Spruch sei aus dem Volk entstanden, das montags demonstriert. „Dieses Volk gehört dazu. Wie werden abgestempelt als Rattenfänger, Nazi-Schweine.“ Um das Volk besser zu beteiligen, fordert Oertel mehr direkte Demokratie. Das unterstützt auch Thierse. „Dafür braucht man aber auch Mehrheiten.“

Auch in Zukunft will Pegida Druck auf die Regierung ausüben. „Wir geben nicht auf“, sagt Kathrin Oertel direkt in die Kamera. Auch wenn es immer schwieriger werde, weil in den Reihen von Pegida auch Hooligans und Rechte demonstrieren, „das bestreiten wir nicht“. Unter den Gegendemonstranten gebe es auch Linksextreme. „Die machen uns das Leben schwer, weil da immer ein riesiges Polizeiaufgebot nötig ist.“ Pegida werde eine Möglichkeit finden, das Recht auf Demonstration wahrzunehmen. Pegida gehöre zu keiner Partei, auch nicht zur AfD. „Wir sind eine Bürgerbewegung und unparteilich.“ Jauch hakt nach: „Gehen Sie wählen?“ „Ja.“ „Darf ich fragen, wen Sie wählen?“ Oertel sagt: „Ich war klassische FDP-Wählerin, aber bei der letzten Wahl habe ich AfD gewählt.“

"Grenzenlose" Trauer um Khaled Bahray

mdr, 18.01.2015

In Dresden haben Tausende Menschen - Flüchtlinge, Migranten, Deutsche - an den getöteten Asylbewerber Khaled Bahray erinnert. Am Sonntag gibt es Gedenkveranstaltungen in weiteren Städten. Die Rufe nach umfassender Aufklärung werden im In- und Ausland immer lauter. Damit steigt vor allem nach den anfänglichen Ermittlungsspannen zum gewaltsamen Tod des Eritreers der Druck auf die Behörden. Doch bisher gibt es kaum Fortschritte. Nur wenige mögliche Zeugen haben sich gemeldet.

2.700 Flüchtlinge, Zuwanderer und Deutsche haben in Dresden gemeinsam des getöteten Asylbewerbers Khaled Bahray gedacht. Die Initiative "remembering Khaled" hatte dazu am Sonnabend eine Demonstration unter dem Motto "Rechte und Sicherheit für Flüchtlinge - im Gedenken an Khaled" angemeldet. Sie begann in der Dresdner Neustadt am Jorge-Gomondai-Platz. Der Mosambikaner war 1991 das erste Todesopfer fremdenfeindlicher Gewalt in Dresden nach der Wiedervereinigung Deutschlands. Viele Demonstranten legten dort Blumen für den Eritreer Khaled nieder oder zündeten Kerzen an.

Ausländer haben Angst in Dresden

Der anschließende Demonstrationzug führte vorbei an der Polizeidirektion zum Sächsischen Landtag, der allerdings von der Polizei weiträumig abgesperrt worden war. Die Teilnehmer forderten bei dem Marsch durch die Innenstadt eine rasche Aufklärung des Falls. Dabei kritisierten sie erneut die Pannen zum Anfang der Ermittlungen und äußerten die Befürchtung, die Tat könne rassistisch motiviert gewesen sein. Auf Transparenten wurde gefordert, dem Rassismus in Dresden keinen Platz einzuräumen, sondern stattdessen Toleranz zu fördern. In diesem Zusammenhang wurde auch die Pegida-Bewegung kritisiert. Durch deren Aufmärsche sei Dresden zu einem "Zentrum der Fremdenfeindlichkeit" geworden. Ein Flüchtlingssprecher erklärte, viele Asylbewerber fühlten sich in der Stadt weder willkommen noch sicher. Sie würden Dresden am liebsten verlassen, weil sie hier Angst hätten.

Zahlreiche Teilnehmer bei Aktionen am Sonntag

Die Demonstration ging nach vier Stunden zu Ende. Die Polizei war mit 180 Beamten im Einsatz, registrierte aber bis auf kurzzeitige Verkehrsbehinderungen keine Zwischenfälle. Die Veranstaltung am Sonnabend war die zweite in Dresden zum Gedenken an Khaled Bahray. Bereits am Mittwoch hatte es in Dresden eine Mahnwache und einen Trauermarsch gegeben. In der evangelisch-lutherischen Kirche im Dresdner Stadtteil Leubnitz-Neuostra erinnerten Christen am Sonntag mit einem Friedensgebet an den jungen Afrikaner.

Ebenfalls am Sonntag gab es auch in Leipzig, Potsdam und Berlin Gedenkveranstaltungen für Khaled Bahray. In der Bundeshauptstadt liefen nach Polizeiangaben rund 1.800 Menschen Unter dem Motto "Gegen den rassistischen Normalzustand" vom Hermannplatz im Stadtteil Neukölln bis zum Kreuzberger Oranienplatz. In Leipzig kamen laut Polizei 400 Menschen zu einer Mahnwache für Khaled Bahray auf den Marktplatz. Der junge Mann soll in Dresden beerdigt werden, sobald die Leiche freigegeben ist.

Ermittlungserfolge lassen auf sich warten

Die Behörden machen unterdessen kaum Fortschritte bei den Ermittlungen. Der Sprecher der Staatsanwaltschaft, Lorenz Haase, sagte am Freitag, man stehe noch ganz am Anfang. Die

Spurensuche in der Wohnung, wo der 20-Jährige mit Landsleuten aus Eritrea lebte, sei abgeschlossen. Seine Mitbewohner und Anwohnern in der Wohnsiedlung im Stadtteil Leubnitz-Neuostra werden noch befragt. Auch die Auswertung von Videos eines nahen Supermarkts laufe noch.

Weiter mehr Fragen als Antworten

Laut Staatsanwaltschaft ist immer noch nicht restlos geklärt, ob der Fundort der Leiche in dem Wohngebiet auch der Tatort ist. Auch wann und warum der junge Eritreer starb, kann die Behörde nicht sagen. Nach dem Zeugenaufruf hätten sich bisher nur wenige Zeugen gemeldet. Daher gebe es keine konkreten Hinweise zu Motiv und Hintergründen, so Haase. Von der Tatwaffe, höchstwahrscheinlich ein Messer, fehle jede Spur. Offiziell wird derzeit wegen Totschlags gegen Unbekannt ermittelt.

Die Leiche des Afrikaners war am Dienstagmorgen vor einem Mehrfamilienwohnhaus in dem Stadtteil gefunden worden, wo er gemeinsam mit anderen Asylbewerbern dezentral untergebracht war. Diese sagten aus, sie hätten vergeblich nach ihm gesucht, als er nicht vom Zigarettenkaufen zurückkam. Nach dem Fund der Leiche war die Polizei anhand der ersten Spuren nicht von einer Gewalttat, sondern von einem offenen Schlüsselbruch ausgegangen. Dass Khaled Bahray mit Messerstichen in Hals und Brust getötet wurde, sei erst bei der Obduktion zu erkennen gewesen.

Wirbel um Strafanzeige

Der innenpolitische Sprecher der Grünen-Fraktion im Bundestag, Volker Beck, hatte wegen der Pannen Strafanzeige gestellt. Offiziell richtet sie sich gegen unbekannt wegen möglicher Strafvereitelung im Amt, zielt allerdings auf die Dresdner Ermittlungsbehörden. Sachsens Innenminister Markus Ulbig kritisierte daraufhin, dies sei nicht hilfreich bei der Aufklärung. Beck entgegnete im Gespräch mit dem WDR: "Wenn es Fehler gab, müssen sie analysiert werden. Wir müssen feststellen, wer dafür verantwortlich ist und die Fehler für die Zukunft abstellen." Ulbig's Bemerkung klinge für ihn ein bisschen nach Vertuschen.

Flüchtlinge besorgt über wachsende Fremdenfeindlichkeit

sz-online, 19.01.2015, Alexander Schneider

Wer für den Tod von Khaled B. verantwortlich ist, bleibt noch immer unklar. Kriminaltechniker suchten nach Blutspuren in der Dunkelheit.

Die Mordkommission hat auch am Wochenende ihre Ermittlungen im Fall des erstochenen Khaled B. fortgesetzt. Der leblose Körper des 20-jährigen Asylbewerber aus Eritrea wurde am Dienstagmorgen vor seinem Wohnhaus in Dresden-Leubnitz entdeckt. Dass der Afrikaner erstochen wurde, stellte erst ein Rechtsmediziner am folgenden Tag fest. Viele Spuren, die man hätte sichern können, waren da möglicherweise schon vernichtet. Erst am Mittwoch stockte die Polizei die Mordkommission auf 25 Beamte auf.

Grundrechtsfreie Zone nach Terrorwarnung

addn, 19.01.2015, Paul

Die für heute auf dem Theaterplatz geplante 13. Demonstration der “Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes” wurde am Sonntag abgesagt. Als Hintergrund der Absage gelten Erkenntnisse des Bundeskriminalamtes (BKA) und des Landeskriminalamts Sachsen, wonach es zu Anschlagsdrohungen auf einen namentlich genannten Organisatoren von PEGIDA gekommen sein soll. Nach Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden soll ein Attentäter demnach geplant haben, sich am Montagabend unter PEGIDA-Anhängerinnen und Anhänger zu mischen, um anschließend eine “Einzelperson des Organisationsteams” zu töten. Da der Hinweis einer bei Twitter verbreiteten Nachricht ähneln soll, in der auf Arabisch PEGIDA als Feindin des Islam bezeichnet wurde, blieb der Dresdner Polizei auf Grund der “Charakteristik terroristischer Anschläge” keine andere Möglichkeit, als in einer Allgemeinverfügung ein generelles Versammlungsverbot für Dresden zu erlassen. Das Verbot gilt Montag von 0 bis 24 Uhr und betrifft ausnahmslos “alle öffentlichen Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge innerhalb der Ortsgrenzen der Landeshauptstadt Dresden”. Bereits am Freitag hatte der Spiegel in seiner Onlineausgabe vor Anschlagsplänen auf den Dresdner Hauptbahnhof durch islamistische Terroristen gewarnt.

Die Entscheidung für diesen in Sachsen bisher einmaligen Eingriff in eines der elementarsten demokratischen Grundrechte begründete Dresdens Polizeipräsident Dieter Kroll damit, dass es im Augenblick nicht möglich sei, über Ermittlungen potentielle Täter zu identifizieren. Damit würden der Polizei “keine geeigneten polizeilichen Mittel [verbleiben], um die vorliegende Gefahr abzuwehren”. Angesichts einer “unmittelbaren Gefährdung von Leib und Leben” bei der auch am Montag wieder zu erwartenden großen Zahl von Teilnehmerinnen und Teilnehmern, sei nach Auffassung der Dresdner Polizei eine “Beschränkung des Versammlungsrechts auch unter Berücksichtigung des hohen Stellenwerts des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit nicht nur erforderlich, sondern auch verhältnismäßig.” Die Lokalausgabe der BILD-Zeitung hatte zudem von 48 Reisebussen der Antifa berichtet, welche am Montag aus dem gesamten Bundesgebiet zu Protesten gegen PEGIDA nach Dresden kommen wollten. Grundlage für die Warnung vor “unkontrollierbaren Straßenschlachten” seien ebenfalls Polizeiangaben gewesen, so die BILD-Zeitung in der inzwischen wieder gelöschten Meldung.

Ob sich die in den sozialen Netzwerken sichtlich aufgebrachte Anhängerschaft von PEGIDA am Montag an das Verbot halten wird, bleibt unklar. Das Organisationsteam jedenfalls nahm die Einladung der Polizei dankend an und rief als Reaktion auf das polizeiliche Versammlungsverbot “alle Europäer” dazu auf, am Montag stattdessen eine Kerze sowie eine Landesflagge “als Zeichen für unsere Rechte” im Fenster zu platzieren. Weitere Einzelheiten sollten am Mittag auf einer Pressekonferenz in der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung (SLpB) bekannt gegeben werden. Auf der Facebookseite von PEGIDA kündigte der Dresdner NPD-Stadtrat René Despang an, am Montag dennoch in die Innenstadt zu gehen. Zur Wendezeit, so die Begründung des einstigen sächsischen Landtagsabgeordneten, habe die Bevölkerung auch Angst gehabt und sei dennoch auf die Straße gegangen. Ob das Verbot auch für die am Mittwoch geplante Demonstration von LEGIDA in Leipzig ausgesprochen wird, prüft derzeit die Polizei. Erst in der vergangenen Woche hatte Polizeipräsident Kroll das Demonstrationsgeschehen in Dresden als Einsatz bezeichnet, welcher “an rechtliche, tatsächliche und an Personalressourcen gebundene Grenzen stößt”.

Für PEGIDA dürfte die Absage ihrer Veranstaltung genau zum richtigen Zeitpunkt gekommen sein, um sich in Anbetracht einer diffusen Bedrohungslage als Märtyrer der Meinungsfreiheit zu stilisieren. Der Bedeutungsgewinn dürfte für PEGIDA nach der gestrigen Teilnahme von Kathrin

Oertel in der Talkrunde bei Günther Jauch und der für heute ausgesprochenen Einladung in die Räumlichkeiten der SLpB immens sein. Beides sind Indizien dafür, dass die islamkritische Bewegung mit ihrem bunten Potpourri aus Themen ihrem regionalen Nischendasein entwächst und Teil der tagesaktuellen Politikdebatte wird. Die Sicherheitsbehörden müssen in den nächsten Wochen transparent machen, welche konkreten Belege als Grundlage für das Versammlungsverbot vorlagen. Denn ein Szenario, was eher an eine Kriegsregionen, als an eine intakte Demokratie erinnert, dürfte nur bei den Menschen gefallen finden, die von einem Klima der Angst profitieren. Heute wird sich zunächst der zuständige Innenausschuss des Sächsischen Landtag auf Antrag der CDU Fraktion mit dem befürchteten Terroranschlag und dem für diesen Tag verhängten Demonstrationsverbot beschäftigen.

Mehr Polizei auf dem Dresdner Hauptbahnhof

sz-online, 19.01.2015, Thomas Schaden

Erstmals gibt es konkretere Terrorwarnungen, aber der Umgang mit solchen vagen Hinweisen ist schwierig.

Auf dem Dresdner Hauptbahnhof herrschte am Sonntagnachmittag ein fast normales Treiben. Lediglich vor dem Gebäude standen einige Fahrzeuge der Bundespolizei mehr als sonst. In der Halle patrouillierte, für alle Reisenden sichtbar, eine uniformierte Streife. Zwei weitere Beamte beobachteten aus sicherem Abstand das Geschehen in der großen Halle. Wie viele Bundespolizisten nach der Terrorwarnung vom vergangenen Freitag derzeit tatsächlich auf dem größten Bahnhof der Landeshauptstadt eingesetzt sind, soll nicht bekannt werden. Man habe „die Präsenz angepasst“ und „einige organisatorische Maßnahmen getroffen“, heißt es lediglich aus dem Bundespolizeiamt Pirna. Im Bundespolizeipräsidium in Potsdam will man gar nichts sagen. So dürfte die Videoüberwachung inzwischen länger aufgezeichnet werden als bisher.

Dennoch ist vieles anders, seit die Terrorwarnungen konkreter geworden sind. Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) hat die Bürger aufgerufen, wachsam zu sein. „Die Lage ist ernst, es besteht Grund zur Sorge und Vorsorge, jedoch nicht zu Panik und Alarmismus“, sagte er. Dresdens Polizeipräsident Dieter Kroll sieht sogar „eine konkrete Gefahr“ für die Pegida-Kundgebung. Er hält die „aktuelle Bedrohungslage“ für so schwerwiegend, dass er für heute alle Versammlungen unter freiem Himmel abgesagt hat. Seit den Anschlägen islamistischer Terroristen in Paris, denen 17 Menschen zum Opfer fielen, sind auch die deutschen Sicherheitsbehörden alarmiert und schließen Anschläge im Bundesgebiet nicht mehr aus.

Für Nachrichtendienste und Polizei ist die Lage schwierig. Sie haben offenbar keine eigenen Erkenntnisse und sind auf Hinweise ausländischer Dienste angewiesen. Von denen sollen die aufgefangenen Kommunikationsfetzen stammen, die jetzt für Aufregung sorgen. Dazu kommt einiges Getwitter in arabischer Sprache, wonach Pegida zur Feindin des Islam erklärt wird. Doch es sind oft vage Hinweise, aus denen die Sicherheitsbehörden ihre Schlussfolgerungen ziehen müssen. Der Bundesinnenminister hat versucht, sie für alle zu deuten: Wachsam sein, aber keine Panik.

So wird sich die Polizei in den kommenden Tagen mit vordergründigem Aktionismus zurückhalten. „Was soll es bringen, jetzt aufzurüsten wie in Belgien, wenn die Hinweise noch nicht verifiziert werden können“, heißt es in Sicherheitskreisen. Dafür sind Analytiker und Auswerter im Bundeskriminalamt und in den Geheimdiensten hinter den Kulissen umso eifriger dabei, die Glaubwürdigkeit und den Wahrheitsgehalt zu überprüfen. Sie müssen bewerten, ob sich nur Maulhelden zu Wort gemeldet haben, die in abgehörten Telefonaten oder in verschlüsselten

Internet-Chatrooms nur rumgeprahlt haben. Oder ob es tatsächlich den Befehl des Islamischen Staates (IS) gibt, einen Pegida-Sprecher zeitnah zu ermorden. Die Analysten sehen alt aus, wenn sie unnötige Panik verbreiten, und sie stehen am Pranger, wenn sie den entscheidenden Hinweis auf ein bevorstehendes Attentat nicht erkannt haben. Gefährdungsabschätzungen sind eine ihrer kompliziertesten Aufgaben. Erst danach steht einigermaßen fest, wie ernst die Lage tatsächlich ist.

Schwierige Gefährdungsanalyse

Zudem bereitet die Abwehr terroristischer Gefahren Polizei und Justiz auch ohne konkrete Warnungen jede Menge Arbeit. Deutsche Staatsanwaltschaften verfolgen zurzeit etwa 350 Beschuldigte im Zusammenhang mit der IS-Terrormiliz, sagt Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD). Er spricht sich gegen die weitere Verschärfung des Strafrechts aus und erklärt: „Purer Aktionismus stoppt keine Terroristen.“

Das Bundesamt für Verfassungsschutz beobachtet seit vergangenem Jahr bundesweit etwa einhundert Islamisten-Gruppen. Dies berichtet die Zeitung Welt am Sonntag unter Berufung auf Sicherheitskreise. Es handele sich dabei um Gruppen und Netzwerke von jeweils 10 bis 80 Personen. Das Spektrum reiche dem Blatt zufolge von Gebetsgruppen über Online-Propagandisten bis hin zu Spendensammlern und heimgekehrten Syrien-Kämpfern. Konkrete Anschlagpläne seien bei der Überwachung bislang nicht bekannt geworden.

Wie bei den aktuellen Gefährdungsanalysen erweist es sich auch bei der sogenannten Vorfeldbeobachtung durch die Geheimdienste als schwierig, die Kommunikation zu überwachen. Online-Chats und soziale Netzwerke würden seltener genutzt. Dafür findet der Informationsaustausch zunehmend über Messenger-Dienste wie WhatsApp und Threema statt. Sorge bereitet dem Verfassungsschutz dem Blatt zufolge außerdem eine wachsende Radikalisierung von Islamisten aus dem Kaukasus.

Nach Angaben der Behörden werden zurzeit etwa 1000 Menschen in Deutschland dem „islamistisch-terroristischen“ Spektrum zugeordnet. Darunter sind 260 sogenannte Gefährder, also Menschen, denen die Polizei zutraut, dass sie einen Terrorakt begehen könnten.

Nach Informationen der Welt am Sonntag laufen beim Bundeskriminalamt (BKA) sogar bereits rund 500 Ermittlungsverfahren gegen etwa 800 Beschuldigte aus dem islamistischen Spektrum. Das wären etwa 150 Verfahren mehr als der Bundesjustizminister genannt hat.

Polizei verbietet heute alle Kundgebungen in Dresden

sz-online, 19.01.2015, Gunner Saft

Attentatsdrohung gegen Pegida-Cheforganisator Lutz Bachmann – Sicherheitskräfte sprechen von konkreten Hinweisen.

Terrorgefahr in Sachsen: Die Polizeidirektion Dresden hat für den heutigen Tag sämtliche öffentlichen Veranstaltungen innerhalb der Ortsgrenzen der sächsischen Landeshauptstadt per Allgemeinverfügung abgesagt. Hintergrund sind konkrete Hinweise auf einen möglichen Angriff auf die für heute Abend geplante Pegida-Demonstration sowie auf deren Cheforganisator Lutz Bachmann.

Laut dem sächsischen Innenministerium stammen die Warnungen vom Bundeskriminalamt, das

wiederum auch durch ausländische Nachrichtendienste über die Bedrohung informiert worden war. Details wurden mit Hinweis auf die notwendige Geheimhaltung nicht genannt. Auch dass der geplante Angriff Bachmann gelten sollte, wurde nicht bestätigt.

Von dem aktuellen Demonstrationsverbot in Dresden sind neben der geplanten 13. Pegida-Veranstaltung auch mehrere angemeldete Gegendemonstrationen von Kritikern der asylkritischen Pegida-Bewegung betroffen. Die Polizei kündigte für heute Abend ausreichend Präsenz im Dresdner Stadtzentrum an, um die Verbotsverfügung in vollem Umfang durchzusetzen. Offen ließ man, welche Auswirkung das aktuelle Verbot auf künftige Veranstaltungen von Pegida in Dresden sowie Legida in Leipzig haben wird. Das Innenministerium erklärte, man werde die Situation beobachten und gegebenenfalls weitere Entscheidungen treffen. Die Organisatoren von Pegida wollen sich wiederum heute erstmals auf einer Pressekonferenz zu den Vorgängen äußern. Zuvor hatte Sprecherin Kathrin Oertel entsprechende Hinweise des Staatsschutzes auf ein mögliches Attentat bestätigt. Die Absage der Demonstration begründete sie damit, dass auf einem Treffen mit dem Landes- und dem Dresdner Polizeipräsidenten in der Kürze der Zeit kein befriedigendes Sicherheitskonzept erarbeitet werden konnte. „Daher halten wir es für unverantwortlich, unsere Sympathisanten und unsere Stadt unkalkulierbaren Risiken auszusetzen.“

Heute wird sich der Innenausschuss des Landtages mit der Terrordrohung beschäftigen und über die Sicherheitslage in Sachsen debattieren. Während die CDU die Entscheidung der Polizei begrüßte, verlangten Grüne und Linke rasche Aufklärung wegen des Eingriffs in die Meinungsfreiheit.

20.01.2015 bis 21.01.2015, regional, ddnf Pressespiegel

DAS 2. GESICHT DES LUTZ BACHMANN

mopo, 20.01.2015

Medien und Politiker werden von PEGIDA immer kritisiert, sie würden die Bewegung und deren Macher in die rechte Ecke stellen. Dumm nur, wenn das PEGIDA-Chef Bachmann selbst übernimmt.

Bilder und Gesprächsverläufe des PEGIDA e.V.-Vereinsvorsitzenden Lutz Bachmann (41) werfen ein sehr zweifelhaftes Bild auf den Gründer der mittlerweile berühmten Bürgerbewegung.

Ist er ein Wolf im Schafspelz?

In einem Wortwechsel bei Facebook, der sich um ein Flüchtlingslager dreht, bezeichnet Bachmann Flüchtlinge als „Gelumpe“, „Dreckspack“ und „Viehzeug“. Die Entgleisungen stammen aus dem September 2014 - kurz bevor PEGIDA zur ersten Demo in Dresden aufbrach!

MOPO24 sprach mit der Frau, die mit Bachmann in diesem Facebook-Chat war. Sie ist erschüttert: „Er redete öfter abfällig über andere Menschen, die nicht seinen Vorstellungen entsprachen. Aber das hier war die Höhe. Als ich ihn mit den Äußerungen konfrontierte, blockierte er mein Profil.“

Die Frau, die anonym bleiben will, schickte MOPO24 nun Screenshots und Ausdrücke dieses Gesprächsverlaufes.

Doch das ist nicht alles: Lutz Bachmann postete vor geraumer Zeit, lange vor seinem medialen Aufstieg, ein Foto von sich als Adolf Hitler gestylt auf seinem Facebook-Profil. Mit der Bildunterschrift: „Er ist wieder da!“

Kurz darauf veröffentlichte er eine Abbildung eines Anhängers des rassistischen Geheimbundes Ku-Klux-Klan mit dem Satz: „Drei K's am Tag hält Minderheiten fern“ und schrieb eigenhändig dazu: „Hätte in Großenhain evtl auch funktioniert... so habense jetzt ein Asylantenhotel“. Markiert auf dem Foto ist übrigens auch Achim Exner: Vorstand der Dresdner AfD, Orga-Mitglied bei PEGIDA und früherer Sicherheits-Chef bei Dynamo Dresden.

Aus Anhängerkreisen und der PEGIDA-Organisation wird nun von Fälschungen gesprochen. PEGIDA-Gegner hätten das alles erzeugt, um die Bewegung zu verunglimpfen. Doch MOPO24 liegt der originale Gesprächsverlauf vor.

Komisch auch, dass Bachmann nach den ersten Hinweisen im Netz sein komplettes Profil bei Facebook löschte, auf dem die Hinweise gefunden wurden.

Eine fragwürdige Reaktion auf angebliche „Fälschungen“.

MOPO24 versuchte am frühen Nachmittag über PEGIDA-Sprecherin Kathrin Oertel (36) und von Lutz Bachmann selbst, eine Stellungnahme zu bekommen.

Erst am Montag hatten Bachmann und Oertel in der Sächsischen Landeszentrale für Politische Bildung (in Dresden) ihre erste Pressekonferenz überhaupt gegeben. Der Chef des Hauses, Frank Richter (54), ist über die neuen Enthüllungen schockiert: "Hätte ich das vorher gewusst, hätte ich Lutz Bachmann nicht in mein Haus gelassen."

Bachmann antwortet bei Facebook

Auf der MOPO24-Facebookseite antwortet Lutz Bachmann am Dienstag, kurz vor 16 Uhr: "Christoph Maria Herbst hat es gefallen als ich ihm das Foto zur Veröffentlichung des Satire-Hörbuchs "Er ist wieder da" auf die Pinnwand machte. Man muss sich auch mal selbst auf die Schippe nehmen."

Gemeint ist der Schauspieler Christoph Maria Herbst ("Stromberg"), der auch das Hörbuch "Er ist wieder da" von Timur Vermes sprach. In dem Roman kehrt Hitler auf die Erde zurück und zieht durch Berlin.

Was tut die Staatsanwaltschaft?

Die Leipziger Volkszeitung meldete am Nachmittag, dass der Dresdner Generalstaatsanwalt Wolfgang Klein bereits den Anfangsverdacht der Volksverhetzung prüfe und "Bachmann im Visier" habe. Gegenüber MDR 1 Radio Sachsen sagte Klein aber: „Wir werden dann tätig, wenn wir Tatsachen in der Hand haben.“ Sollte sich herausstellen, dass es diesen Eintrag gab, müsste man die Informationen prüfen, um sie zu bewerten. „Wir brauchen aber irgendwas in der Hand.“

Streit um Kathrin Oertel bei Wikipedia

Laut DPA streiten die Autoren des Online-Lexikons Wikipedia jetzt heftig über die Relevanz von PEGIDA-Mitbegründerin Kathrin Oertel (36). Ein Eintrag, der wenige Stunden nach Oertels Auftritt in der ARD-Talkshow "Günther Jauch" vom Sonntagabend entstanden war, ist zur Löschung vorgeschlagen. "Die Frau war 1x in einer Talkshow. Das erzeugt keine Relevanz", lautet ein Beitrag, der für das Löschen des Eintrags wirbt.

"Jauch war nur der Anfang. Von Frau Oertel wird in den nächsten Monaten noch sehr viel zu lesen, hören und sehen sein", heißt es in einem Beitrag für den Erhalt. Ein anderer bedauert, zum "Totschweigen" sei es "leider zu spät". Es sei zudem eine "beachtliche Lebensleistung, einen öffentlichen Sympathiewettbewerb gegen Alexander Gauland und Günther Jauch zu verlieren".

Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Pegida-Chef wegen Volksverhetzung

freie presse, 21.01.2015, Oliver Hach

Nach den Medienberichten über die rassistischen Facebook-Einträge von Pegida-Chef Lutz Bachmann ermittelt nun die Staatsanwaltschaft Dresden gegen den 41-Jährigen. "Wir haben ein förmliches Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Volksverhetzung eingeleitet", sagte Staatsanwalt Jan Hille am Mittwoch der "Freien Presse".

Bachmann hatte Flüchtlinge als "Dreckspack", "Viehzeug" und "Gelumpe" bezeichnet. Die Worte waren im September 2014 im Chat mit einer Bekannten in einer geschlossenen Facebook-Gruppe gefallen. Dieser Umstand werde bei der Beurteilung der Tat zu berücksichtigen sein, sagte Hille. Ob damit automatisch eine Strafbarkeit ausgeschlossen ist, steht indes nicht fest. Wolfgang Klein, Sprecher der Generalstaatsanwaltschaft, sagte: "Eine geschlossene Gruppe könnte auch 5000 Leute haben." Die Bekannte Bachmanns, mit der dieser via Facebook über das Flüchtlingsthema stritt, hatte am Montag erste Screenshots des Chats veröffentlicht. Bachmann lehnte daraufhin jeden Kommentar zu den Aussagen ab und löschte das entsprechende Facebook-Profil.

Reaktionen auf das totale Demonstrationsverbot in Dresden

addn, 21.01.2015, Paul

Nach den gespenstischen Szenen am Montag in Dresden, bei der mehr als 1.600 Beamtinnen und Beamten ein von der Polizeidirektion Dresden am Sonntag erlassenes Versammlungsverbot durchsetzten (Fotos), herrscht am Tag darauf Katerstimmung. Trotz der Allgemeinverfügung hatten sich vor der Semperoper knapp 200 Anhängerinnen und Anhänger der "Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes" eingefunden und auch an zahlreichen anderen Orten war es wie in Dresden zu Solidaritätsbekundungen mit PEGIDA gekommen. Zwar beließ es die martialisch an neuralgischen Punkten in der Stadt eingesetzte Polizei am Montag dabei, die Personalien von einigen wenigen Menschen aufzunehmen die sich dem Verbot widersetzen, dennoch wirft die schwere des Eingriffs in demokratische Grundrechte nicht zuletzt angesichts der für heute in Leipzig angekündigten Proteste tausender Menschen einige Fragen auf.

So äußerten sich am Dienstag etliche, auch staatliche, Stellen verwundert über die Entscheidung. Das Verbot sei allein auf Bestreben der Dresdner Polizei zurückzuführen gewesen. Die Verantwortlichen im Freistaat Sachsen, so ein ein hochrangiger Sicherheitsbeamter gegenüber der Süddeutschen Zeitung, "hat das ein bisschen hochgejazzt" und weiter "auf dieser Grundlage sagt man keine Demonstration ab". In Bedrohungslagen wie der vom Montag entscheidet das Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum (GTAZ) über operative Maßnahmen bei einer Gefährdungslage durch islamistischen Terrorismus. Die aus vierzig Sicherheitsbehörden zusammengesetzte Koordinierungsstelle wurde 2004 mit dem Ziel gegründet, die operative Arbeit zur internationalen Terrorismusbekämpfung zu verbessern. In Hinblick auf Dresden sollen sowohl das GTAZ, als auch das Bundeskriminalamt weder die Empfehlung ausgesprochen haben, die Veranstaltung von PEGIDA abzusagen, noch sie stattfinden zu lassen.

Auf die vom niedersächsischen Innenminister Boris Pistorius (SPD) gestellte Frage, warum parallel dazu auch die Gegenproteste verboten worden seien, soll der über Telefon zugeschaltete sächsische Innenminister Markus Ulbig (CDU) geantwortet haben, dass potenzielle Attentäterinnen und Attentäter den Unterschied womöglich nicht hätten erkennen können. Wer Dresden und das Demonstrationsgeschehen kennt, könne "in der Tat zum großen Teil nicht unterscheiden, wer da demonstriert. Die Parolen, auch die Anzugsordnung, das war zum Teil sehr ähnlich", bestätigte Sachsens CDU-Generalsekretär Michael Kretschmer in einem Interview mit dem Deutschlandfunk Ulbigs Behauptung. Der Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK) warnte im MDR 1 Radio Sachsen davor, das Verbot zur Dauerlösung werden zu lassen, dies sei nicht verfassungskompatibel. Ihr BDK-Bundesvorsitzender André Schulz bezeichnete das Verbot vom Montag als "fast einmalig in der deutschen Geschichte". Um das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit sicherzustellen, hätte die Polizei im Zweifelsfall zusätzliche Kräfte aus anderen Bundesländern anfordern müssen. Einen hundertprozentigen Schutz vor Anschlägen bei Großveranstaltungen, sei jedoch auch dann nicht gewährleistet. Nach Auffassung des ehemaligen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts Hans-Jürgen Papier hingegen seien Sicherheitsbehörden "nicht dazu da, Versammlungen zu verbieten oder sie aufzulösen, sondern vielmehr, sie zu schützen." Ein wie am Montag ausgesprochenes Versammlungsverbot, so Papier gegenüber der Rheinischen Presse, ist nur in Ausnahmefällen zulässig.

Diente dieser Nachrichten-Tweet als Grundlage für ein totales Demonstrationsverbot?

Das für den Protest gegen PEGIDA mitverantwortliche Bündnis "Dresden Nazifrei" reagierte schon am Sonntag auf das angekündigte Versammlungsverbot. Für sie entstünde zunehmend der Eindruck,

als ob die Dresdner Polizei ein "existierendes logistisches Problem namens "Pegida" mit dem Mittel des Verbots zu lösen" sei und lehnten nicht nur diese gegen einen politischen Streit gerichtete Form der staatlichen Repression, sondern grundsätzlich auch Mord- und Terrordrohungen als Mittel der politischen Auseinandersetzung ab. "Wer solche Mittel wählt, wird immer ein Stück Menschlichkeit in der Gesellschaft für seine politischen Zwecke opfern". In Anbetracht der durch Anhängerinnen und Anhänger von PEGIDA im Internet seit Monaten immer wieder geäußerten massiven Gewaltdrohungen -und phantasien zeigte sich das Bündnis verwundert, wie wenig Bedeutung solchen Drohungen in der Vergangenheit als Grund für Grundrechtseinschränkungen an anderer Stelle eingeräumt wurde. Erst kürzlich war ein junger Student der größten Dresdner Universität für seinen Aufruf zu Protesten gegen PEGIDA mit mehr als einhundert Emails und etlichen an ihn persönlich gerichteten Kurznachrichten bedroht worden. Etwa zur gleichen Zeit waren ebenfalls zuvor im Internet verbreitete Mord- und Vergewaltigungsdrohungen gegen die ehemalige Piraten-Politikerin Anne Helm von der Dresdner Staatsanwaltschaft Dresden als Satire eingeordnet worden.

Während der jahrelange CDU-Politiker und jetzige Brandenburger Landtagsabgeordneter der Alternative für Deutschland (AfD), Alexander Gauland, erst am Sonntag in der ARD-Talkrunde bei Günther Jauch von einem "Beginn der Islamisierung" und "besorgniserregenden politischen Veränderungen im Land" sprach, warnte die sächsische AfD-Fraktion gar vor einem "Handgranatenanschlag durch IS-Terroristen". Die sächsische AfD-Vorsitzende Frauke Petry warf den etablierten Parteien vor, mit ihrer "konstanten Verunglimpfung" der PEGIDA-Proteste, "die Situation nicht entspannt, sondern nur weiter verschärft" zu haben. Sachsens CDU-Innenexperte Christian Hartmann äußerte sich nach der kurzfristig anberaumten Sitzung des Innenausschusses zurückhaltender. Obwohl Landespolizeipräsident Jürgen Georgie mitgeteilt habe, "dass für die Bürgerinnen und Bürger in der Landeshauptstadt Dresden kein erhöhtes Sicherheitsrisiko besteht", sei das durch die Polizei erlassene generelle Verbot aller Versammlungen "folgerichtig" gewesen. Auch Vertreter der sächsische SPD verteidigten das Totalverbot "angesichts der möglichen Gefahren für viele Menschen" als gerechtfertigt. "Aus unserer Sicht hat die Polizei richtig entschieden", so der Landtagsabgeordnete Albrecht Pallas am Montag. Sein Parteikollege Mario Pecher kündigte für die kommende Woche eine Regierungserklärung an, Sachsens Bürgerinnen und Bürger hätten "das Recht zu erfahren, warum eines ihrer wichtigsten Grundrechte beschnitten werden musste". Zuvor hatte sich Dresdens Polizeipräsident Dieter Kroll in einer Stellungnahme erleichtert darüber geäußert, "dass das befürchtete Schreckensszenario nicht eingetreten ist". Das von Kroll als "Einschränkung der Versammlungsfreiheit für 24 Stunden" bezeichnete Verbot aller Versammlungen in der Stadt sei seiner Meinung nach "nicht das Ziel, sondern eine zwangsläufige und unausweichliche Wirkung" gewesen.

Der Fraktionsvorsitzende der Linken im Sächsischen Landtag, Rico Gebhardt, bezeichnete nach dieser ersten Sitzung im Innenausschuss das Verbot als "Armutszeugnis für die sächsische Demokratie" und lehnte ein pauschales Versammlungsverbot ab. Alle Veranstaltungen zu verbieten, während gleichzeitig die "am meisten gefährdete Person bei der heutigen öffentlichen Pressekonferenz kaum geschützt wurde", sei in seinen Augen "paradox". "Die Allgemeinverfügung der Polizeidirektion Dresden und die dazu von der Staatsregierung abgegebenen Erklärungen führen in eine Sackgasse – auf dem Weg in eine Demokratie auf Abruf, die durch äußere Terror- und innere Eskalationsszenarien jederzeit außer Kraft gesetzt werden kann." Seine Fraktionskollegin Kerstin Köditz kündigte als Reaktion auf die Ereignisse eine Sitzung der Parlamentarischen Kontrollkommission an. Der "Alleingang sächsischer Behörden" habe sie "fatal an den früheren jahrelangen restriktiven Umgang mit Protesten gegen die Naziaufmärsche zum 13. Februar in Dresden erinnert". Für Valentin Lippmann von den sächsischen Grünen blieben auch nach der Sitzung des Innenausschusses entscheidende Fragen offen. "Es ist unbefriedigend, dass bei einem solch schweren Eingriff in die Versammlungsfreiheit nicht alle Informationen offengelegt werden können". Sachsens Innenminister forderte er dazu auf, sich zu den in der Süddeutschen Zeitung erhobenen Vorwürfen öffentlich zu äußern.

JETZT DOCH! STAATSANWALT ERMITTELT GEGEN PEGIDA-CHEF

mopo, 21.01.2015

Nun also doch! Die Staatsanwaltschaft Dresden ermittelt gegen PEGIDA-Chef Lutz Bachmann (41) wegen des Verdachts der Volksverhetzung, das bestätigte Staatsanwalt Jan Hille.

Rückblick: Noch im Laufe des Dienstagnachmittags gab es unterschiedliche Aussagen der Generalstaatsanwaltschaft, inwieweit die Entgleisungen Bachmanns justiziabel seien.

MOPO24 hatte zuvor berichtet, dass der PEGIDA-Gründer in einem Facebook-Chat mit einer Bekannten Flüchtlinge als "Viehzeug", "Gelumpe" und "Dreckspack" beschimpfte. Diese Ausfälle wurden mittlerweile von Bachmann gelöscht.

Dennoch existieren Screenshots und Ausdrücke des Chatverlaufs. Diese werden jetzt von den Ermittlern geprüft.

Stand 11:30 Uhr: Oberstaatsanwalt Wolfgang Klein (54), Sprecher der Generalstaatsanwaltschaft Dresden: "Nachdem heute Morgen in allen Medien die Chats zu sehen waren, prüft jetzt die Staatsanwaltschaft Dresden den Anfangsverdacht einer Straftat. Dabei ist auch Volksverhetzung denkbar."

Die Dokumente sollen von der Staatsanwaltschaft Dresden überprüft werden und Eingang in die Ermittlungen finden.

Um 14:45 Uhr wurde aus dem Anfangsverdacht ein Verfahren.

Unterdessen sorgen die mutmaßlichen Bachmann-Äußerungen auch innerhalb von PEGIDA für Unruhe. Der Vorfall müsse Konsequenzen haben, sagte Rene Jahn am Mittwoch der Onlineausgabe der "Bild"-Zeitung. "Mit so etwas will ich nichts zu tun haben."

Jahn ist Mitglied im Vorstand des PEGIDA-Vereins, dem Bachmann vorsitzt. "Es geht hier um die gesamte Bewegung und nicht nur um eine Person", sagte er.

PEGIDA-Sprecherin Kathrin Oertel sagte, sie können sich noch nicht zur Echtheit der Posts äußern. Auf jeden Fall wolle man mit Bachmann darüber sprechen.

Oertel kündigte eine Erklärung noch im Laufe des Mittwochs an.

20.01.2015 bis 21.01.2015, regional, ddnf Pressespiegel

DAS 2. GESICHT DES LUTZ BACHMANN

mopo, 20.01.2015

Medien und Politiker werden von PEGIDA immer kritisiert, sie würden die Bewegung und deren Macher in die rechte Ecke stellen. Dumm nur, wenn das PEGIDA-Chef Bachmann selbst übernimmt.

Bilder und Gesprächsverläufe des PEGIDA e.V.-Vereinsvorsitzenden Lutz Bachmann (41) werfen ein sehr zweifelhaftes Bild auf den Gründer der mittlerweile berühmten Bürgerbewegung.

Ist er ein Wolf im Schafspelz?

In einem Wortwechsel bei Facebook, der sich um ein Flüchtlingslager dreht, bezeichnet Bachmann Flüchtlinge als „Gelumpe“, „Dreckspack“ und „Viehzeug“. Die Entgleisungen stammen aus dem September 2014 - kurz bevor PEGIDA zur ersten Demo in Dresden aufbrach!

MOPO24 sprach mit der Frau, die mit Bachmann in diesem Facebook-Chat war. Sie ist erschüttert: „Er redete öfter abfällig über andere Menschen, die nicht seinen Vorstellungen entsprachen. Aber das hier war die Höhe. Als ich ihn mit den Äußerungen konfrontierte, blockierte er mein Profil.“

Die Frau, die anonym bleiben will, schickte MOPO24 nun Screenshots und Ausdrücke dieses Gesprächsverlaufes.

Doch das ist nicht alles: Lutz Bachmann postete vor geraumer Zeit, lange vor seinem medialen Aufstieg, ein Foto von sich als Adolf Hitler gestylt auf seinem Facebook-Profil. Mit der Bildunterschrift: „Er ist wieder da!“

Kurz darauf veröffentlichte er eine Abbildung eines Anhängers des rassistischen Geheimbundes Ku-Klux-Klan mit dem Satz: „Drei K's am Tag hält Minderheiten fern“ und schrieb eigenhändig dazu: „Hätte in Großenhain evtl auch funktioniert... so habense jetzt ein Asylantenhotel“. Markiert auf dem Foto ist übrigens auch Achim Exner: Vorstand der Dresdner AfD, Orga-Mitglied bei PEGIDA und früherer Sicherheits-Chef bei Dynamo Dresden.

Aus Anhängerkreisen und der PEGIDA-Organisation wird nun von Fälschungen gesprochen. PEGIDA-Gegner hätten das alles erzeugt, um die Bewegung zu verunglimpfen. Doch MOPO24 liegt der originale Gesprächsverlauf vor.

Komisch auch, dass Bachmann nach den ersten Hinweisen im Netz sein komplettes Profil bei Facebook löschte, auf dem die Hinweise gefunden wurden.

Eine fragwürdige Reaktion auf angebliche „Fälschungen“.

MOPO24 versuchte am frühen Nachmittag über PEGIDA-Sprecherin Kathrin Oertel (36) und von Lutz Bachmann selbst, eine Stellungnahme zu bekommen.

Erst am Montag hatten Bachmann und Oertel in der Sächsischen Landeszentrale für Politische Bildung (in Dresden) ihre erste Pressekonferenz überhaupt gegeben. Der Chef des Hauses, Frank Richter (54), ist über die neuen Enthüllungen schockiert: "Hätte ich das vorher gewusst, hätte ich Lutz Bachmann nicht in mein Haus gelassen."

Bachmann antwortet bei Facebook

Auf der MOPO24-Facebookseite antwortet Lutz Bachmann am Dienstag, kurz vor 16 Uhr: "Christoph Maria Herbst hat es gefallen als ich ihm das Foto zur Veröffentlichung des Satire-Hörbuchs "Er ist wieder da" auf die Pinnwand machte. Man muss sich auch mal selbst auf die Schippe nehmen."

Gemeint ist der Schauspieler Christoph Maria Herbst ("Stromberg"), der auch das Hörbuch "Er ist wieder da" von Timur Vermes sprach. In dem Roman kehrt Hitler auf die Erde zurück und zieht durch Berlin.

Was tut die Staatsanwaltschaft?

Die Leipziger Volkszeitung meldete am Nachmittag, dass der Dresdner Generalstaatsanwalt Wolfgang Klein bereits den Anfangsverdacht der Volksverhetzung prüfe und "Bachmann im Visier" habe. Gegenüber MDR 1 Radio Sachsen sagte Klein aber: „Wir werden dann tätig, wenn wir Tatsachen in der Hand haben.“ Sollte sich herausstellen, dass es diesen Eintrag gab, müsste man die Informationen prüfen, um sie zu bewerten. „Wir brauchen aber irgendwas in der Hand.“

Streit um Kathrin Oertel bei Wikipedia

Laut DPA streiten die Autoren des Online-Lexikons Wikipedia jetzt heftig über die Relevanz von PEGIDA-Mitbegründerin Kathrin Oertel (36). Ein Eintrag, der wenige Stunden nach Oertels Auftritt in der ARD-Talkshow "Günther Jauch" vom Sonntagabend entstanden war, ist zur Löschung vorgeschlagen. "Die Frau war 1x in einer Talkshow. Das erzeugt keine Relevanz", lautet ein Beitrag, der für das Löschen des Eintrags wirbt.

"Jauch war nur der Anfang. Von Frau Oertel wird in den nächsten Monaten noch sehr viel zu lesen, hören und sehen sein", heißt es in einem Beitrag für den Erhalt. Ein anderer bedauert, zum "Totschweigen" sei es "leider zu spät". Es sei zudem eine "beachtliche Lebensleistung, einen öffentlichen Sympathiewettbewerb gegen Alexander Gauland und Günther Jauch zu verlieren".

Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Pegida-Chef wegen Volksverhetzung

freie presse, 21.01.2015, Oliver Hach

Nach den Medienberichten über die rassistischen Facebook-Einträge von Pegida-Chef Lutz Bachmann ermittelt nun die Staatsanwaltschaft Dresden gegen den 41-Jährigen. "Wir haben ein förmliches Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Volksverhetzung eingeleitet", sagte Staatsanwalt Jan Hille am Mittwoch der "Freien Presse".

Bachmann hatte Flüchtlinge als "Dreckspack", "Viehzeug" und "Gelumpe" bezeichnet. Die Worte waren im September 2014 im Chat mit einer Bekannten in einer geschlossenen Facebook-Gruppe gefallen. Dieser Umstand werde bei der Beurteilung der Tat zu berücksichtigen sein, sagte Hille. Ob damit automatisch eine Strafbarkeit ausgeschlossen ist, steht indes nicht fest. Wolfgang Klein, Sprecher der Generalstaatsanwaltschaft, sagte: "Eine geschlossene Gruppe könnte auch 5000 Leute haben." Die Bekannte Bachmanns, mit der dieser via Facebook über das Flüchtlingsthema stritt, hatte am Montag erste Screenshots des Chats veröffentlicht. Bachmann lehnte daraufhin jeden Kommentar zu den Aussagen ab und löschte das entsprechende Facebook-Profil.

Reaktionen auf das totale Demonstrationsverbot in Dresden

addn, 21.01.2015, Paul

Nach den gespenstischen Szenen am Montag in Dresden, bei der mehr als 1.600 Beamtinnen und Beamten ein von der Polizeidirektion Dresden am Sonntag erlassenes Versammlungsverbot durchsetzten (Fotos), herrscht am Tag darauf Katerstimmung. Trotz der Allgemeinverfügung hatten sich vor der Semperoper knapp 200 Anhängerinnen und Anhänger der "Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes" eingefunden und auch an zahlreichen anderen Orten war es wie in Dresden zu Solidaritätsbekundungen mit PEGIDA gekommen. Zwar beließ es die martialisch an neuralgischen Punkten in der Stadt eingesetzte Polizei am Montag dabei, die Personalien von einigen wenigen Menschen aufzunehmen die sich dem Verbot widersetzen, dennoch wirft die schwere des Eingriffs in demokratische Grundrechte nicht zuletzt angesichts der für heute in Leipzig angekündigten Proteste tausender Menschen einige Fragen auf.

So äußerten sich am Dienstag etliche, auch staatliche, Stellen verwundert über die Entscheidung. Das Verbot sei allein auf Bestreben der Dresdner Polizei zurückzuführen gewesen. Die Verantwortlichen im Freistaat Sachsen, so ein ein hochrangiger Sicherheitsbeamter gegenüber der Süddeutschen Zeitung, "hat das ein bisschen hochgejazzt" und weiter "auf dieser Grundlage sagt man keine Demonstration ab". In Bedrohungslagen wie der vom Montag entscheidet das Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum (GTAZ) über operative Maßnahmen bei einer Gefährdungslage durch islamistischen Terrorismus. Die aus vierzig Sicherheitsbehörden zusammengesetzte Koordinierungsstelle wurde 2004 mit dem Ziel gegründet, die operative Arbeit zur internationalen Terrorismusbekämpfung zu verbessern. In Hinblick auf Dresden sollen sowohl das GTAZ, als auch das Bundeskriminalamt weder die Empfehlung ausgesprochen haben, die Veranstaltung von PEGIDA abzusagen, noch sie stattfinden zu lassen.

Auf die vom niedersächsischen Innenminister Boris Pistorius (SPD) gestellte Frage, warum parallel dazu auch die Gegenproteste verboten worden seien, soll der über Telefon zugeschaltete sächsische Innenminister Markus Ulbig (CDU) geantwortet haben, dass potenzielle Attentäterinnen und Attentäter den Unterschied womöglich nicht hätten erkennen können. Wer Dresden und das Demonstrationsgeschehen kennt, könne "in der Tat zum großen Teil nicht unterscheiden, wer da demonstriert. Die Parolen, auch die Anzugsordnung, das war zum Teil sehr ähnlich", bestätigte Sachsens CDU-Generalsekretär Michael Kretschmer in einem Interview mit dem Deutschlandfunk Ulbigs Behauptung. Der Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK) warnte im MDR 1 Radio Sachsen davor, das Verbot zur Dauerlösung werden zu lassen, dies sei nicht verfassungskompatibel. Ihr BDK-Bundesvorsitzender André Schulz bezeichnete das Verbot vom Montag als "fast einmalig in der deutschen Geschichte". Um das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit sicherzustellen, hätte die Polizei im Zweifelsfall zusätzliche Kräfte aus anderen Bundesländern anfordern müssen. Einen hundertprozentigen Schutz vor Anschlägen bei Großveranstaltungen, sei jedoch auch dann nicht gewährleistet. Nach Auffassung des ehemaligen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts Hans-Jürgen Papier hingegen seien Sicherheitsbehörden "nicht dazu da, Versammlungen zu verbieten oder sie aufzulösen, sondern vielmehr, sie zu schützen." Ein wie am Montag ausgesprochenes Versammlungsverbot, so Papier gegenüber der Rheinischen Presse, ist nur in Ausnahmefällen zulässig.

Diente dieser Nachrichten-Tweet als Grundlage für ein totales Demonstrationsverbot?

Das für den Protest gegen PEGIDA mitverantwortliche Bündnis "Dresden Nazifrei" reagierte schon am Sonntag auf das angekündigte Versammlungsverbot. Für sie entstünde zunehmend der Eindruck,

als ob die Dresdner Polizei ein "existierendes logistisches Problem namens "Pegida" mit dem Mittel des Verbots zu lösen" sei und lehnten nicht nur diese gegen einen politischen Streit gerichtete Form der staatlichen Repression, sondern grundsätzlich auch Mord- und Terrordrohungen als Mittel der politischen Auseinandersetzung ab. "Wer solche Mittel wählt, wird immer ein Stück Menschlichkeit in der Gesellschaft für seine politischen Zwecke opfern". In Anbetracht der durch Anhängerinnen und Anhänger von PEGIDA im Internet seit Monaten immer wieder geäußerten massiven Gewaltdrohungen -und phantasien zeigte sich das Bündnis verwundert, wie wenig Bedeutung solchen Drohungen in der Vergangenheit als Grund für Grundrechtseinschränkungen an anderer Stelle eingeräumt wurde. Erst kürzlich war ein junger Student der größten Dresdner Universität für seinen Aufruf zu Protesten gegen PEGIDA mit mehr als einhundert Emails und etlichen an ihn persönlich gerichteten Kurznachrichten bedroht worden. Etwa zur gleichen Zeit waren ebenfalls zuvor im Internet verbreitete Mord- und Vergewaltigungsdrohungen gegen die ehemalige Piraten-Politikerin Anne Helm von der Dresdner Staatsanwaltschaft Dresden als Satire eingeordnet worden.

Während der jahrelange CDU-Politiker und jetzige Brandenburger Landtagsabgeordneter der Alternative für Deutschland (AfD), Alexander Gauland, erst am Sonntag in der ARD-Talkrunde bei Günther Jauch von einem "Beginn der Islamisierung" und "besorgniserregenden politischen Veränderungen im Land" sprach, warnte die sächsische AfD-Fraktion gar vor einem "Handgranatenanschlag durch IS-Terroristen". Die sächsische AfD-Vorsitzende Frauke Petry warf den etablierten Parteien vor, mit ihrer "konstanten Verunglimpfung" der PEGIDA-Proteste, "die Situation nicht entspannt, sondern nur weiter verschärft" zu haben. Sachsens CDU-Innenexperte Christian Hartmann äußerte sich nach der kurzfristig anberaumten Sitzung des Innenausschusses zurückhaltender. Obwohl Landespolizeipräsident Jürgen Georgie mitgeteilt habe, "dass für die Bürgerinnen und Bürger in der Landeshauptstadt Dresden kein erhöhtes Sicherheitsrisiko besteht", sei das durch die Polizei erlassene generelle Verbot aller Versammlungen "folgerichtig" gewesen. Auch Vertreter der sächsische SPD verteidigten das Totalverbot "angesichts der möglichen Gefahren für viele Menschen" als gerechtfertigt. "Aus unserer Sicht hat die Polizei richtig entschieden", so der Landtagsabgeordnete Albrecht Pallas am Montag. Sein Parteikollege Mario Pecher kündigte für die kommende Woche eine Regierungserklärung an, Sachsens Bürgerinnen und Bürger hätten "das Recht zu erfahren, warum eines ihrer wichtigsten Grundrechte beschnitten werden musste". Zuvor hatte sich Dresdens Polizeipräsident Dieter Kroll in einer Stellungnahme erleichtert darüber geäußert, "dass das befürchtete Schreckensszenario nicht eingetreten ist". Das von Kroll als "Einschränkung der Versammlungsfreiheit für 24 Stunden" bezeichnete Verbot aller Versammlungen in der Stadt sei seiner Meinung nach "nicht das Ziel, sondern eine zwangsläufige und unausweichliche Wirkung" gewesen.

Der Fraktionsvorsitzende der Linken im Sächsischen Landtag, Rico Gebhardt, bezeichnete nach dieser ersten Sitzung im Innenausschuss das Verbot als "Armutszeugnis für die sächsische Demokratie" und lehnte ein pauschales Versammlungsverbot ab. Alle Veranstaltungen zu verbieten, während gleichzeitig die "am meisten gefährdete Person bei der heutigen öffentlichen Pressekonferenz kaum geschützt wurde", sei in seinen Augen "paradox". "Die Allgemeinverfügung der Polizeidirektion Dresden und die dazu von der Staatsregierung abgegebenen Erklärungen führen in eine Sackgasse – auf dem Weg in eine Demokratie auf Abruf, die durch äußere Terror- und innere Eskalationsszenarien jederzeit außer Kraft gesetzt werden kann." Seine Fraktionskollegin Kerstin Köditz kündigte als Reaktion auf die Ereignisse eine Sitzung der Parlamentarischen Kontrollkommission an. Der "Alleingang sächsischer Behörden" habe sie "fatal an den früheren jahrelangen restriktiven Umgang mit Protesten gegen die Naziaufmärsche zum 13. Februar in Dresden erinnert". Für Valentin Lippmann von den sächsischen Grünen blieben auch nach der Sitzung des Innenausschusses entscheidende Fragen offen. "Es ist unbefriedigend, dass bei einem solch schweren Eingriff in die Versammlungsfreiheit nicht alle Informationen offengelegt werden können". Sachsens Innenminister forderte er dazu auf, sich zu den in der Süddeutschen Zeitung erhobenen Vorwürfen öffentlich zu äußern.

JETZT DOCH! STAATSANWALT ERMITTELT GEGEN PEGIDA-CHEF

mopo, 21.01.2015

Nun also doch! Die Staatsanwaltschaft Dresden ermittelt gegen PEGIDA-Chef Lutz Bachmann (41) wegen des Verdachts der Volksverhetzung, das bestätigte Staatsanwalt Jan Hille.

Rückblick: Noch im Laufe des Dienstagnachmittags gab es unterschiedliche Aussagen der Generalstaatsanwaltschaft, inwieweit die Entgleisungen Bachmanns justiziabel seien.

MOPO24 hatte zuvor berichtet, dass der PEGIDA-Gründer in einem Facebook-Chat mit einer Bekannten Flüchtlinge als "Viehzeug", "Gelumpe" und "Dreckspack" beschimpfte. Diese Ausfälle wurden mittlerweile von Bachmann gelöscht.

Dennoch existieren Screenshots und Ausdrücke des Chatverlaufs. Diese werden jetzt von den Ermittlern geprüft.

Stand 11:30 Uhr: Oberstaatsanwalt Wolfgang Klein (54), Sprecher der Generalstaatsanwaltschaft Dresden: "Nachdem heute Morgen in allen Medien die Chats zu sehen waren, prüft jetzt die Staatsanwaltschaft Dresden den Anfangsverdacht einer Straftat. Dabei ist auch Volksverhetzung denkbar."

Die Dokumente sollen von der Staatsanwaltschaft Dresden überprüft werden und Eingang in die Ermittlungen finden.

Um 14:45 Uhr wurde aus dem Anfangsverdacht ein Verfahren.

Unterdessen sorgen die mutmaßlichen Bachmann-Äußerungen auch innerhalb von PEGIDA für Unruhe. Der Vorfall müsse Konsequenzen haben, sagte Rene Jahn am Mittwoch der Onlineausgabe der "Bild"-Zeitung. "Mit so etwas will ich nichts zu tun haben."

Jahn ist Mitglied im Vorstand des PEGIDA-Vereins, dem Bachmann vorsitzt. "Es geht hier um die gesamte Bewegung und nicht nur um eine Person", sagte er.

PEGIDA-Sprecherin Kathrin Oertel sagte, sie können sich noch nicht zur Echtheit der Posts äußern. Auf jeden Fall wolle man mit Bachmann darüber sprechen.

Oertel kündigte eine Erklärung noch im Laufe des Mittwochs an.

21.01.2015 bis 23.01.2015, bundesweit, ddnf Pressespiegel

Dresdner Theologe Frank Richter: Der Pegida-Versteher

spiegel, 21.01.2015, Florian Gathmann

Darf man mit Pegiden reden? Man muss, sagt Frank Richter. Der Chef der Sächsischen Zentrale für politische Bildung hat ihnen sein Haus für eine Pressekonferenz geöffnet. Dafür wird er kritisiert - steht aber zu seiner Entscheidung.

Frank Richter weiß nicht, ob sein Weg der richtige ist. Aber eines steht für ihn fest: "Kommunikation kann schiefgehen. Nichtkommunikation geht schief." Aber wie macht man das, mit Pegida kommunizieren? Und ist da zuletzt möglicherweise doch das eine oder andere danebengegangen? Abwarten, sagt Richter.

Der Direktor der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung klingt sehr gelassen an diesem Dienstag. Bemerkenswert gelassen für einen Mann, der gerade mit Rücktrittsforderungen konfrontiert ist. Der aus Sicht des Chefs der Bundeszentrale für politische Bildung, Thomas Krüger, eine "rote Linie überschreitet". Dem Politiker von SPD, Grünen und Linken vorwerfen, er habe seine Funktion missbraucht.

Richter, 54, hat aus seiner Sicht in den vergangenen Tagen nichts anders getan als das, was er schon vorher versuchte: In Dresden eine Art Dialog zu ermöglichen zwischen denen, die sich laut ihrem eigenen Motto vor der Islamisierung des Abendlandes fürchten und deshalb allmorgendlich durch die Landeshauptstadt ziehen - und jenen, die sich den Pegida-Demonstranten entgegenstellen. Dass er mit den Parolen der Islam-Kritiker nichts anfangen kann, weiß in Dresden jeder. Aber Richter ist der Meinung, dass da nicht nur Nazis und Ausländerfeinde protestieren. Darüber debattieren ja auch die etablierten Parteien.

Während der Wende hat der damalige katholische Pfarrer gelernt, was durch Dialog möglich ist: Der gebürtige Meißener gehörte zur sogenannten Gruppe der 20, die während der dramatischen Demonstration am 8. Oktober 1989 in Dresden das Gespräch mit der Volkspolizei suchte und Verhandlungen erreichte.

Für Richter war es deshalb keine Frage, dass er sich am Sonntagabend in die ARD-Talkrunde von Günther Jauch setzt und dort für das Gespräch mit den Islam-Gegnern wirbt. Und als die Pegida-Organisatoren am Wochenende einen Ort für eine Pressekonferenz suchten, nachdem ihre für Montag geplante Demonstration aus Sorge vor einem Anschlag behördlich untersagt wurde, stellte ihnen der Landeszentralen-Chef sein Haus zur Verfügung. Wochenlang hatten sich die Pegida-Macher der von ihnen so bezeichneten "Lügenpresse" verweigert.

Aus Sicht seiner Kritiker hat sich Richter nun doppelt disqualifiziert: Anstatt der Pegida-Mitorganisatorin Kathrin Oertel in der Jauch-Runde zu widersprechen, habe er sie gewähren lassen. Und mit dem Gastrecht für die Pressekonferenz sei Richter eindeutig zu weit gegangen. Von den Pegida-Machern wurde er dagegen ausdrücklich gelobt.

Der Ex-Priester, seit 2005 laisiert, hat gute Absichten, das glauben ihm selbst seine Kritiker - aber die Pegida-Debatte ist inzwischen eben mehr als eine lokalpolitische Auseinandersetzung. Neuland für ihn. "Den Vorwurf, ich sei unkritisch gegenüber Pegida, weise ich entschieden zurück. Aber ich muss meinen inhaltlichen Widerspruch nicht an jeder Stelle wiederholen", sagt er. In einer TV-Runde vor Millionen Zuschauern, die zuvor von Frank Richter und seinen Positionen nichts gehört haben, muss man das aber wohl doch.

Und die Sache mit der Pressekonferenz? Das sei "sicher grundsätzlich nicht unsere Aufgabe, aber in diesem Ausnahmefall war sie es", sagt Richter. "Ich halte die Entscheidung auch im Nachhinein für richtig."

Frank Richter fährt seit Jahren hinaus ins sächsische Land, wenn es wieder mal irgendwo Protest gegen die Aufnahme von Flüchtlingen oder ein neues Asylbewerberheim gibt. Er versucht dann, die Leute an einen Tisch zu bringen, ihre Sorgen anzuhören. Zweimal hat Richter seit Anfang Dezember auch zum Thema Pegida in Dresden zum Gespräch gebeten, die nächste Runde ist Ende der Woche geplant.

"Es muss Menschen geben, die sich zwischen die Fronten begeben - dass man dafür von vielen nicht gemocht wird, diese Erfahrung habe ich schon häufiger in meinem Leben gemacht.", sagt Richter. In der Auseinandersetzung um das Gedenken an die Dresdner Bombennacht am 13. Februar 1945, das in der Landeshauptstadt traditionell von Neonazis missbraucht wird, hat er sich jahrelang dafür eingesetzt, die radikale linke Szene einzubinden. Auch dafür wurde er in Dresden teilweise kritisiert. Richter hält zu allen Parteien Distanz.

"Ob ich naiv bin in meinem Dialog-Bemühen, wird man am Ende sehen", sagt Richter. Aber ein Ende der Pegida-Bewegung ist ja nicht in Sicht. Fürs Erste lädt der Hausherr am Donnerstagabend zur öffentlichen Fehlerdebatte in die Landeszentrale. Das Motto: "Kritik(er/innen) erwünscht."

PEGIDA: Volksfront von Judäa gegen judäische Volksfront?

publikative, 21.01.2015, Patrick Gensing

Während LEGIDA in Leipzig nicht wie großmäulig angekündigt und von den meisten Medien einfach übernommen 60.000 Anhänger sondern etwa ein Zehntel auf die Straße gebracht hat, tritt bei PEGIDA Gründer Lutz Bachmann zurück – und kündigt zum Abschied noch mögliche rechtliche Schritte gegen den Leipziger Ableger an.

100.000 Menschen würden heute in Leipzig erwartet, vermeldeten die Nachrichten heute landauf und landab, bis zu 60.000 allein bei der LEGIDA-Veranstaltung. Wo die alle an einem Mittwochabend im Januar kurzfristig herkommen sollen? Gute Frage, dazu war leider wenig zu erfahren.

Dabei hätte man angesichts der Vermutungen, wonach bereits in Dresden die Teilnehmerzahlen von PEGIDA übertrieben wurden, zumindest etwas zurückhaltender sein können. Doch bereits seit Wochen genießt PEGIDA bundesweit eine hemmungslose Aufmerksamkeit. Auch wenn 20.0000 Menschen in Dresden behaupten, sie seien das Volk, muss das nicht zwingend stimmen – da haben die anderen rund 80.580.000 Bürger nämlich auch noch ein Wörtchen mitzureden. Und die geringen Teilnehmerzahlen von PEGIDA-Ablegern in anderen Städten legen den Schluss nahe, dass PEGIDA nicht nur in Dresden gegründet, gehegt und gepflegt wurde, sondern eben auch ein Alleinstellungsmerkmal für diese Stadt darstellt.

Woher das kommt? Das hat viel mit der enormen Empathie zu tun, die wichtige Multiplikatoren in der Stadt PEGIDA entgegenbringen. Da wäre beispielsweise der Politikwissenschaftler Werner Patzelt zu nennen, der in einem Vortrag am 6. Januar wie ein PR-Berater von PEGIDA wirkte. So führte Patzelt aus, es sei nicht albern, gegen eine angebliche Islamisierung in Dresden zu demonstrieren, auch wenn es diese hier gar nicht gebe. Immerhin habe es auch niemanden gestört, wenn in Deutschland gegen die Abholzung des Regenwaldes demonstriert werde – auch wenn es hier gar keinen Regenwald gebe (11'40). Eine schöne Vorarbeit, ein kecker Gag, den PEGIDA-

Sprecherin Kathrin Oertel bei "Günther Jauch" vor einem Millionenpublikum wiederholte.

Patzelt beklagte zudem, dass in Deutschland alles, was nicht politisch links oder mittig sei, anders klinge – und dann als rechts eingeordnet werde – und das sei dann wiederum gleichbedeutend mit rechtspopulistisch und rassistisch. Ein beliebtes Stilmittel: Mangelnde Differenzierung anprangern, um dann selbst den Feinschliff mit dem Vorschlaghammer vorzunehmen. Außerdem werde den Deutschen verordnet, dass sie bald eine Minderheit im eigenen Land seien.

Weiter Patzelt: Die vorschnelle Einordnung, PEGIDA sei rechtsradikal, sei ebenso falsch wie der pauschale Vorwurf in Richtung "Lügenpresse", denn mittlerweile (!) sei die Berichterstattung ja differenziert. Weiterhin stellte Patzelt fest, es habe eigentlich nur an der Kommunikation zwischen Medien und PEGIDA gemangelt.

Dies ist insbesondere bemerkenswert, da Patzelt seinen Vortrag in der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung hielt – wo etwa zwei Wochen später PEGIDA zur ersten Pressekonferenz einlud. Dies wirft weitere Fragen auf, was die Rolle der Landeszentrale bei dem Aufstieg von PEGIDA gespielt hat. Insbesondere der Chef der Landeszentrale lässt seit Wochen eigentlich kaum eine Gelegenheit aus, um für den Dialog mit PEGIDA zu werben. Übrigens war die Landeszentrale in der Vergangenheit auch nicht übermäßig sensibel, wenn es um Gespräche mit NPD oder andere Neonazis ging.

PEGIDA sollte also offenbar unbedingt einen gemäßigeren Anstrich erhalten, denn für Dresden wäre es nicht so schön, wenn es einmal mehr durch rechtsradikale Massenaufmärsche auffiele (wir erinnern uns an die "Trauermärsche"). Diese Image-Korrektur war angesichts der vielen bekannten Nazis auf den "Spaziergängen" und den Aussagen von PEGIDA-Anhängern in klassischen wie sozialen Medien nicht ganz einfach. Daher fingen wohl nun die Köpfe von PEGIDA an, sich gemäßigt zu präsentieren.

"Dummerweise" musste aber nun Gründer Lutz Bachmann die Flinte ins Korn werfen. Grund sind Berichte über rassistische (in Patzels Sprache "nicht linke oder mittige") Postings bei Facebook. Bachmann entschuldigte sich "aufrichtig bei allen Bürgern, die sich von meinen Postings angegriffen fühlen. Es waren unüberlegte Äußerungen, die ich so heute nicht mehr tätigen würde. Es tut mir leid, dass ich damit den Interessen unserer Bewegung geschadet haben, und ziehe daraus die Konsequenzen", erklärte Bachmann am Abend in Dresden.

PEGIDA ist nun um Schadensbegrenzung bemüht: Vokabeln wie ‚Viehzeug‘, ‚Dreckspack‘ und ‚Gelumpe‘ gehörten nicht in einen politischen "Diskurs". Nur persönliche Integrität schafft politische Glaubwürdigkeit“, kommentiert Kathrin Oertel den Rücktritt.

Und dann verkündete PEGIDA noch, dass die Organisatoren von LEGIDA bis heute keine klare Erklärung abgegeben hätten, dass sie den Forderungskatalog von PEGIDA Dresden übernehmen. „Alles, was heute Abend in Leipzig gesagt und gefordert wird, ist nicht mit uns abgesprochen. Das kann sich für die einheitliche Wahrnehmung unserer Bewegung als kontraproduktiv erweisen. Daher prüfen wir eine Unterlassungsklage“, heißt es weiter. Erleben wir nun etwa eine Neuaufführung des Machtkampfs zwischen der Volksfront von Judäa und der jüdischen Volksfront? Werner Patzelt und Landeszentrale für politische Bildung – unbedingt vermitteln! Im Sinne der politischen Bildung und Kultur von Sachsen.

Aufruf zur Demo in Dresden

jena-tv, 21.01.2015

Oberbürgermeister Dr. Albrecht Schröter ruft die Jenaer auf, auch in diesem Jahr am 13. Februar in Dresden gegen Neonazis zu demonstrieren. Dresden gehe auch die Jenaer an, gerade zum 70. Jahrestag der Bombardierung der Stadt. Auch Schröter wird sich am 13. Februar in Dresden den Neonazis in den Weg stellen. Wieder fahren Busse aus Jena nach Dresden, organisiert werden die Fahrten vom Jenaer Aktionsbündnis gegen Rechts und der JG Stadtmitte. Tickets für die Busse gibt es in der JG Stadtmitte und per Mail unter dresden@jg-stadtmitte.de. Abfahrt ist am Freitag, 13. Februar, um 8 Uhr am Busbahnhof.

Pegida-Ableger in Leipzig: Dresdner Original distanziert sich von Legida

spiegel, 21.20.2015, mka/dpa/AFP

Diese Leute sind selbst Pegida zu krass: Die Dresdner Bewegung nimmt Abstand von ihrem Ableger Legida. In Leipzig marschieren heute Abend Tausende Islamfeinde auf.

Eine Kluft tut sich auf im Lager der Islamgegner: In einer Pressemitteilung vom Mittwochabend distanziert sich Pegida-Sprecherin Kathrin Oertel vom Leipziger Ableger Legida:

"Alles, was heute Abend in Leipzig gesagt und gefordert wird, ist nicht mit uns abgesprochen. Das kann sich für die einheitliche Wahrnehmung unserer Bewegung als kontraproduktiv erweisen. Daher prüfen wir eine Unterlassungsklage", schreibt Oertel.

Zigtausende Demonstranten und Gegendemonstranten sowie 4000 Polizisten werden am Mittwochabend bei der Demonstration des Pegida-Ablegers Legida und den knapp 20 Gegenveranstaltungen in Leipzig erwartet.

Doch zu Beginn der Legida-Kundgebung ist es erst wenigen Anhängern des islamkritischen Bündnisses gelungen, zum zentralen Augustusplatz vorzudringen. Den Gegendemonstranten gelang es, den Aufmarsch der Legida-Anhänger zu blockieren. Nur wenige Tausend Legida-Anhänger kamen auf dem Augustplatz zusammen. Die Polizei war mit zahlreichen Einsatzkräften im Einsatz. Viele Geschäfte in Leipzig hatten wegen der Demonstration vorzeitig geschlossen.

Die Legida-Organisatoren hatten ursprünglich geplant, die historische Route der Montagsdemonstrationen von 1989 abzulaufen. Doch das Ordnungsamt der Stadt hatte der islamkritischen Bewegung Auflagen für die Demonstrationsstrecke erteilt. Legida war deswegen vor Gericht gezogen. Das Leipziger Verwaltungsgericht bestätigte jedoch die Auflage der Stadt. Die Legida-Demonstranten dürfen am Mittwochabend demnach nicht auf dem gesamten Leipziger Stadtring laufen. Gegen den Beschluss kann Legida noch vor das Obergericht ziehen.

Wegen der Demonstrationen für und gegen Legida ist der Leipziger Innenstadtring am Mittwochnachmittag komplett gesperrt worden. Weder Straßenbahnen noch Autos durften fahren, wie die Stadt mitteilte. Zudem wurden nach Angaben der Deutschen Bahn die beiden in Richtung Innenstadt gelegenen Haupteingänge des Hauptbahnhofs geschlossen. Es könne auch zu Beeinträchtigungen des S-Bahn-Verkehrs durch den City-Tunnel kommen.

Die Stadt Leipzig reagiert auf den Aufmarsch des islamkritischen Legida-Bündnisses, indem sie die Außenbeleuchtung markanter Gebäude ausschalten will. Etwa am Gewandhaus und am City-

Hochhaus sollten die Strahler ausgestellt werden, wie ein Stadtsprecher sagte. Das berühmte Gewandhaus, an dem der Legida-Zug am Abend vorbeigehen soll, bezog ebenfalls Position: "Gewandhausorchester und Gewandhaus: tolerant, aufgeklärt, weltoffen" stand auf einem Transparent, das an der Fassade aufgehängt wurde.

Unterdessen hat sich auch der sächsische Verfassungsschutz zu Legida geäußert. Im Vergleich zum Dresdner Pegida-Bündnis sei der Leipziger Ableger "entschlossener und viel radikaler", sagte Verfassungsschutzpräsident Gordian Meyer-Plath. In Leipzig hätten parteigebundene Rechtsextremisten, Angehörige der Kameradschaftsszene und rechtsextreme Hooligans schon mehrfach gemeinsame Sache gemacht. "Diese Kräfte versuchen jetzt, im Rahmen von Legida eine Plattform zu finden", sagte Meyer-Plath.

Am Montag vergangener Woche waren in Leipzig rund 4800 Pegida-Anhänger auf die Straße gegangen - ihnen standen mehr als 30.000 Gegendemonstranten gegenüber. Beobachter fürchten Auseinandersetzungen zwischen Legida-Anhängern, Demonstranten aus der linksautonomen Szene und der Polizei.

Pegida-Chef Bachmann tritt zurück

welt, 21.01.2015, AFP/fp

Der Gründer der Pegida-Bewegung Lutz Bachmann ist nach heftiger Kritik wegen eines Facebook-Fotos zurückgetreten. Auch andere Beiträge in sozialen Netzwerken hatten für Unmut gesorgt.

Nach heftiger Kritik an Facebook-Fotos in Hitler-Pose tritt der Gründer der islamkritischen Pegida-Bewegung, Lutz Bachmann, von seinen Funktionen bei der Organisation zurück.

Das bestätigte Pegida-Sprecherin Kathrin Oertel am Mittwoch der Nachrichtenagentur AFP. In der "Bild"-Zeitung vom Mittwoch bezeichnete Bachmann das Bild, das ihn mit einem "Hitler-Bärtchen" zeigt, als Scherz.

Gegen den Organisator der Anti-Islam-Bewegung ermittelt seit Mittwoch die Staatsanwaltschaft wegen des Verdachts auf Volksverhetzung.

Grundlage sind neben dem Foto, auf dem sich Bachmann mit Hitler-typischen Seitenscheitel und Schnauzbart präsentiert, auch Beiträge im sozialen Netzwerk Facebook. Dort soll er Ausländer als "Viehzeug" und "Dreckspack" beschimpft haben.

Ressentiments gegen Ausländer

Den "Patriotischen Europäern gegen die Islamisierung des Abendlandes" (Pegida) war immer wieder vorgeworfen worden, Ressentiments gegen Ausländer zu schüren. Pegida hat dies stets bestritten.

"Der Wolf hat seinen Schafspelz abgelegt. Wer jetzt noch bei Pegida mitläuft, darf sich nicht herausreden, er habe über die rassistischen Hintergründe dieser Aufmärsche nichts gewusst", erklärte jetzt die Linke-Innenpolitikerin im Bundestag, Ulla Jelpke.

SPD-Chef Sigmar Gabriel sagte der "Bild"-Zeitung: "Wer sich in der Politik wie Hitler maskiert, ist entweder ein ziemlicher Idiot oder ein Nazi. Jeder sollte sich überlegen, ob er solchen Rattenfängern hinterher läuft."

Die AfD ging nach der Veröffentlichung des "Hitler-Fotos" auf Distanz zu Bachmann. Der Sprecher der rechtskonservativen Partei, Christian Lüth, erklärte am Mittwoch: "Das ist geschmacklos."

Bachmann sei mittlerweile eine Person des öffentlichen Interesses und müsse wissen, "dass so etwas kein Scherz mehr sein kann". Zu den ausländerfeindlichen Posts sagte er: "Unabhängig, von wem solche Äußerungen stammen, sie sind niederträchtig und unerträglich."

Mehrfach vorbestraft

Der gelernte Koch ist mehrfach vorbestraft, unter anderem wegen Diebstahls und Drogendelikten. Drei Jahre nach der Wende gründete er nach eigenen Angaben eine kleine Foto- und Werbeagentur. Danach geriet er gleich mehrfach mit dem Gesetz in Konflikt und wurde verurteilt.

Noch vor Haftantritt setzte er sich nach Südafrika ab, wo er Grafik und Design studiert haben will. Recherchen von Journalisten an der Universität von Kapstadt führten jedoch ins Leere.

Im Jahr 2000 kehrte Bachmann zurück nach Deutschland, stellte sich und kam ins Gefängnis. 2010 wurde er wegen Drogenhandels zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren auf Bewährung verurteilt. Als seine kriminelle Vergangenheit im Zuge der Pegida-Proteste zum Thema wurde, stellte er kurzzeitig seinen Rückzug in Aussicht – um eine Woche später doch wieder als Redner aufzutreten. Zuletzt stand Bachmann unter Polizeischutz, weil er ins Visier von Islamisten geraten war.

Maximal 5000 Legida Teilnehmer

stura.uni-leipzig, 22.01.2015

Der FSR Sozio und das Institut für Soziologie Leipzig haben am 21. Januar 2015 die Demonstration von Legida gezählt. In diesem Bericht erklären wir unsere Zähl-Methoden und nennen unsere Ergebnisse

Nach unseren Schätzungen haben an der Legida-Demonstration am 21. Januar maximal 5000 Leute teilgenommen.

Für unsere Zählung der Legida-Teilnehmer verwendeten wir drei unabhängige Zählmethoden. Diese sind im folgenden beschrieben.

Fotomethode:

Wie schon bei der Kürzungsdemo im Juni 2014 haben wir, in Anlehnung an die Untersuchung von Karl-Dieter Opp und Peter Voß zu den Teilnehmern der Leipziger Montagsdemos (Opp 2011), Luftaufnahmen der Kundgebung auf dem Augustusplatz gemacht. Dafür haben sich Mitglieder des Zähl-Team im obersten Stock eines Gebäudes am Augustusplatz positioniert und die Kundgebung fotografiert. Währenddessen hat ein anderer Teil des Team direkt auf der Kundgebung gezählt, wie viele Leute in etwa durchschnittlich auf einem abgemessenen Quadrat stehen. Danach haben wir den Platz in solche Quadrate eingeteilt, einige solche Quadrate per Hand ausgezählt und anhand dessen die Gesamtzahl ausgerechnet.

Klickermethode:

Ein weiterer Teil des Teams hat sich in einem Gebäude direkt an der Goethestraße und mit guter Sicht auf den gerade gestarteten Demonstrationzug aufgestellt. Zwei Leute haben die Anzahl der Reihen mit sogenannten Klickern gezählt (die entgegen der Aussage der Polizei NICHT geklemmt haben), die anderen beiden haben ca. jede 5.-8. Reihe komplett durchgezählt und daraus dann die etwaige durchschnittliche Reihenstärke berechnet. Multipliziert man die Anzahl der Reihen mit dieser Reihenstärke, erhält man die Teilnehmerzahl des gesamten Demonstrationzuges.

Videomethode:

Zusätzlich haben wir ein Video des Demonstrationzuges in Nähe des Ring-Cafés, kurz vor Erreichen des Roßplatzes komplett ausgezählt. Da dies vermutlich die genaueste Methode ist, können wir mit hoher Wahrscheinlichkeit sagen, dass unsere Ergebnisse sehr nah an der wirklichen Teilnehmerzahl liegen.

Ergebnisse:

Die Auszählung der Fotos von der Kundgebung kam zu einem Ergebnis von ca. 4.100 Legida Demonstrationsteilnehmern.

Die Klickermethode ergab eine geschätzte Reihenanzahl von 460 und die durchschnittliche Reihenstärke war 10,56. Somit kommen wir auf eine geschätzte Gesamtzahl von ca. 4.850 Personen bei Start des Demonstrationzuges kommen.

Das Ergebnis der Auszählung des Videos ist eine geschätzte Zahl von ca. 3.800 Demonstrierenden gegen Mitte des Verlaufs des Demonstrationzuges. Diese Ergebnisse zeigen, dass die verschiedenen Methoden unterschiedliche Zahlen ergeben, was der jeweiligen Genauigkeit bzw. Ungenauigkeit der Methode geschuldet ist.

Nimmt man an, dass das komplette Auszählen des Demonstrationzuges die genaueste Methode ist, scheint die wirkliche Anzahl sogar eher gegen 4.000 zu gehen. Was jedoch zweifelsfrei erkennbar ist, ist dass viele Zahlen, die in den letzten Tagen veröffentlicht wurden, die Teilnehmerzahl massiv überschätzen.

"Briten hielten Vernichtung Dresdens für legitim"

welt, 22.01.2015, Jörg Schurig

Dresden bereitet sich auf das Gedenken zum 70. Jahrestag seiner Zerstörung im Februar 1945 vor. Noch immer stehen überkommene Vorstellungen im Raum. Eine Klarstellung des Historikers Matthias Rogg.

Vor 70 Jahren, am 13. und 14. Februar 1945, wurde Dresden von britischen und amerikanischen Bombern angegriffen und schwer zerstört. Rund 25.000 Menschen starben. Noch heute provoziert die Vernichtung der Kunststadt leidenschaftliche Debatten. Der Militärhistoriker Matthias Rogg, Direktor des Militärhistorischen Museums der Bundeswehr in Dresden, erklärt Fakten und Hintergründe.

Frage: Warum ist die Zerstörung von Dresden im Zweiten Weltkrieg von einem Mythos umgeben?

Matthias Rogg: Der 13. Februar 1945 ist der archimedische Punkt der Stadtgeschichte, von dem aus sich alles berechnen lässt. Es gibt eine Zeit vor der Zerstörung und eine nach der Zerstörung. Das ist eine historische Wasserscheide in der Geschichte dieser Stadt. Von Anfang an wurde vieles verschleiert und durch die NS-Propaganda überfrachtet. Von Anfang an wurden die Opfer dafür missbraucht. Die historische Aufarbeitung setzte erst relativ spät ein. Bis heute gibt es einen Missbrauch dieses Datums zu politischen Zwecken. Das beweisen die jährlichen Aufmärsche von Neonazis in Dresden.

Frage: Warum gab es lange so große Schwankungen in den Opferzahlen?

Rogg: Die von Dresden eingesetzte Historikerkommission geht nach gründlichen Recherchen von einer Opferzahl zwischen knapp 23.000 und maximal 25.000 aus. Der größte Teil der Opfer ist namentlich bekannt. Wir haben heute ein klares Bild. Das Propagandaministerium hat damals Zahlen im sechsstelligen Bereich lanciert – völlig aus der Luft gegriffen. Sie sollten als Beleg für ein Kriegsverbrechen dienen. Doch der Dresdner Polizeichef wusste schon eine Woche nach der Katastrophe ziemlich genau Bescheid. Er kam auf 25.000 Opfer. Das Dokument haben die Historiker gefunden, ein Sensationsfund. Das eine ist die Wahrheit, das andere die Propaganda.

Frage: Was ist mit den anderen Mythen?

Rogg: Die Indizienlage ist im Fall der Bombardierung Dresdens ziemlich klar. Zu den Mythen gehört auch, dass auf Dresden Phosphor abgeworfen wurde. Das ist aber bei den Luftangriffen auf Deutschland nur einmal passiert, beim Feuersturm in Hamburg – in Dresden definitiv nicht. Das gleiche gilt für Tieffliegerangriffe. Die können wir mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ausschließen. Es gibt keine stichhaltigen Hinweise.

Frage: Warum wurde Dresden erst gegen Kriegsende massiv angegriffen?

Rogg: Lange Zeit lag Dresden für alliierte Bomberverbände in einem toten Winkel. Zu Beginn des Krieges langte die Reichweite der Flugzeuge noch nicht. Der Reichsluftschutz hatte Dresden relativ früh als eines der Hauptziele identifiziert. Dann merkte man, dass die Reichweite der Bomber dem eine Grenze setzt. Das hat Dresden lange Zeit verschont. Im Laufe des Krieges entwickelte sich auch die Technik weiter. Seit 1944 gab es Planungen für einen Großangriff auf Dresden, einen sogenannten Millenniumangriff mit 1000 Flugzeugen, von dem auch Köln und Hamburg betroffen waren. Aus verschiedenen Gründen fand er 1944 aber nicht mehr statt.

Frage: Dennoch war die Wirkung der Angriffe verheerend.

Rogg: Eine unglückliche Verkettung von Umständen hat dazu geführt, dass die Zahl der Opfer so groß war. Die Amerikaner und Briten konnten das nicht einkalkulieren. Die Stadt war voller Flüchtlinge. Dresden besaß de facto keine Flugabwehr mehr. Es gab auch keine nennenswerte Abwehr durch Jagdflugzeuge. Die Feuerwehr war total überfordert, der Brandschutz ungenügend. Zudem gab es selbst beim Nachtangriff eine ideale Sicht.

Frage: Warum zeigten sich Behörden und Bevölkerung so überrascht?

Rogg: Der Schock saß tief, weil Dresden bis dahin praktisch verschont geblieben war. Man fühlte sich sicher. Es gab auch vorher schon Luftangriffe, sie verursachten aber nur geringe Schäden. Man hoffte – genau wie Potsdam –, dass die einzigartigen Kunststätten verschont würden. Das hat den Opfermythos von Dresden verstärkt. Heute wissen wir, dass Dresden ein wichtiger

Rüstungsstandort war.

Frage: War der Angriff auf Dresden aus heutiger Sicht ein Kriegsverbrechen?

Rogg: Nach der Haager Landkriegsordnung von 1907 war das ein Kriegsverbrechen. Demnach mussten zivile Stätten und Ziele verschont bleiben. Damals war aber noch nicht an Bombenkriege zu denken. Anfang der 20er-Jahre wurde als Reaktion auf die Erfahrungen im Ersten Weltkrieg ein Zusatzprotokoll verfasst, in dem Angriffe aus der Luft auf zivile Ziele als Bruch des Völkerrechts bezeichnet sind. Dieses Protokoll ist jedoch nicht ratifiziert worden, unter Rechtsgelehrten galt es allerdings als Gewohnheitsrecht. Insofern war der Angriff in Dresden ein Bruch des Völkerrechtes. Allerdings steht hinter all dem ein großes Aber, und dieses Aber ist wichtig.

Frage: Wie meinen Sie das?

Rogg: Angesichts der Opfer, die die vorherige Bombardierung Coventrys und Londons forderte, hat man sich in Großbritannien dieser Diskussion gar nicht gestellt. Alles, was dazu diente, den Krieg zu verkürzen und die eigenen Soldaten wieder nach Hause zu holen, war im Grunde legitimiert.

Reaktionen auf Bachmann-Rücktritt: Grüne und Linke sehen Pegida entlarvt

spiegel, 22.01.2015, fab/dpa

Ein Foto in Hitler-Pose und ausländerfeindliche Sprüche haben Pegida-Organisator Lutz Bachmann in den Rücktritt getrieben. Vertreter von Linken und Grünen sehen sich bestätigt in ihrer Meinung über die islamkritische Bewegung

In ersten Reaktionen auf den Rückzug von Pegida-Organisator Lutz Bachmann sehen sich Politiker von Grünen und Linken bestätigt in ihrer Einschätzung der islamkritischen Bewegung.

Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth (Grüne) warnte davor, "sich von einem möglichen Rückzug Bachmanns aus der ersten Reihe in Dresden blenden zu lassen". Der "Berliner Zeitung" sagte sie: "Pegida ist und bleibt eine rassistische Veranstaltung."

Der 41-Jährige hatte am Mittwochabend alle Ämter niedergelegt - gegen ihn wird wegen Volksverhetzung ermittelt. Zuvor waren ein Foto Bachmanns mit Hitler-Bart und ausländerfeindliche Facebook-Einträge öffentlich geworden.

Roth selbst war von Bachmann verunglimpft worden. Auf Twitter schrieb Bachmann mehrere Hass-Tweets gegen die Grünen, unter anderem diesen Eintrag im September 2013: "VOLLSPINNER! Gehören standrechtlich erschossen diese Öko-Terroristen!... allen voran Claudia Fatima Roth!"

Der Vize der Linksfraktion, Dietmar Bartsch, wertete den Rücktritt Bachmanns als Beleg für die Haltung von Pegida. "Die rassistischen Äußerungen des Pegida-Gründers Bachmann haben gezeigt, wes Geistes Kind die Organisatoren dieser Hass-Bewegung sind", sagte er dem "Tagesspiegel". "Wer jetzt noch diesen geistigen Brandstiftern nachläuft, macht sich mit ihnen und ihren Positionen gemein."

Bachmanns Hitler-Foto und die Facebook-Postings hatten eine Welle der Empörung ausgelöst. In den Posts bezeichnete er Ausländer als "Viehzeug", "Gelumpe" und "Dreckspack". "Es tut mir leid, dass ich damit den Interessen unserer Bewegung geschadet habe", heißt es dazu in Bachmanns Rücktrittserklärung.

Die rechtskonservative AfD begrüßte den Schritt. "Er hat mit seinen traurigen Äußerungen und ekelhaften Scherzen die Menschen von Pegida, die getrieben von ehrlichen Sorgen auf die Straße gehen, beschämt", sagte Sprecher Christian Lüth.

Die AfD hatte in den vergangenen Wochen Kontakt zur Pegida-Bewegung gesucht - allen voran Vorstandssprecherin Frauke Petry.

Sie stiftete am Mittwoch mit einer Pressemitteilung zur Causa Bachmann Verwirrung. Petry kommentierte den Rücktritt, bevor dieser überhaupt bekannt gegeben wurde. Die Mitteilung wurde um 16 Uhr versandt und sieben Minuten später wieder zurückgezogen. Bachmanns Rückzug wurde nach 18 Uhr verkündet.

Führer gesucht

taz, 21.01.2015, Anja Maier

Nach dem Rücktritt von Lutz Bachmann ist bei Pegida der Führungsposten vakant. Nun könnten die Demonstranten an AfD und NPD andocken.

Wer führt künftig Pegida? Diese Frage stellt sich, nachdem der Gründer Lutz Bachmann am Mittwochabend von seinem Amt als Vorsitzender des eingetragenen Vereins zurückgetreten ist. In seiner Erklärung hatte er sich bei allen entschuldigt, die sich von seinen herabwürdigenden Postings auf Facebook angegriffen gefühlt hätten. Etwas anderes war ihm genauso wichtig: „Es tut mir leid, dass ich damit den Interessen unserer Bewegung geschadet habe.“

Wer künftig das Gesicht von Pegida sein möchte, wird man vermutlich am kommenden Montag sehen. Für den 26. Januar hat der Verein erneut einen „Abendspaziergang“ durch Dresden angekündigt. Wer dann zu den Demonstranten spricht, wird sich erweisen. Die stellvertretende Vereinsvorsitzende Kathrin Oertel sagte dem Tagesspiegel, über Bachmanns Nachfolge sei noch nicht entschieden.

„Möglicherweise treten jetzt Leute von der AfD in die erste Reihe“, sagt Michael Nattke vom Kulturbüro Sachsen e.V. der taz. Im zwölfköpfigen Vorstand von Pegida e.V. sind neben Oertel auch der stramm rechte AfDler Lars Kretzschmar und Siegfried Däbritz vertreten. Däbritz verfügt über gute Verbindungen zur Hooliganszene.

„Das sind Leute, die politische Erfahrung haben“, sagt Nattke, „die Frage ist, wie charismatisch sie sind.“ Juliane Nagel, sächsische Landtagsabgeordnete der Linken, sagt der taz: „Bachmanns folgerichtige Nachfolgerin wäre Kathrin Oertel als bundesweit bekanntes Gesicht“. Dass die AfD versuchen könnte, sich bei Pegida an führender Stelle zu positionieren, liegt auch für Nagel auf der Hand. Die im Landtag vertretene Partei habe mit ihrem sich bürgerlich gebenden Rassismus reichlich Anknüpfungspunkte mit Pegida. Für Leipzig hingegen sieht Nagel eine Nähe der dortigen Legida zur NPD.

Michael Nattke vom Kulturbüro befürchtet für den Montag in Dresden ein wachsendes Aggressionspotential. „Wenn weniger Demonstranten kommen, macht das den Termin eher gefährlicher als sonst.“

Eine andere Ursache könnte sein, dass der Mythos Pegida in dieser Woche gelitten hat. Die Netz-Pöbeleien des sich sonst gutbürgerlich gebenden Lutz Bachmann dürften für Durchschnittsbürger inakzeptabel gewesen sein. Für die Wutbürger aber hat die Entzauberung bereits mit der

Pressekonferenz von Bachmann und Oertel am Montag eingesetzt. „Dadurch, dass Pegida sich realpolitisch präsentiert hat, ist es für die Anhänger nicht mehr das, wofür sie auf die Straße gegangen sind“, meint Michael Nattke. „Pegida ist nicht mehr diffus genug.“

Mutation der Gartenzwerge

ksta, 22.01.2015, Stephan Grünewald

So sauber das liberale Lager zwischen Islam und Islamismus differenziert, so kläglich versagt es bei der Unterscheidung aufseiten der Pegida-Anhänger. Die Republik droht in Grabenkämpfen zu erstarren. Ein Gastbeitrag

Seit Wochen bestimmen Zahlenverhältnisse die Einschätzung, wie es um die Deutschen steht: Wie viele Bürger bekommt die Pegida-Bewegung jeweils auf die Straße? Und wie viele Gegendemonstranten versammeln sich zum Protest? 25 000 in Dresden dafür! Aber 30 000 in Leipzig dagegen! Parallel dazu richtete sich der Blick nach Paris. 1,5 Millionen Menschen zum Gedenken an die Opfer des Terrors, der sich gegen „Charlie Hebdo“ richtete. Welch eine gewaltige Menge! Was für ein bewegendes Signal!

Die Orientierung an den Zahlen ist Ausdruck eines Selbstvergewisserungs-Prozesses, der Deutschland derzeit gesellschaftlich zu spalten droht. „Wer bin ich, und wenn ja, wie viele?“, lautet mit Anspielung an den Bestseller des Philosophen Richard David Precht die heimliche Leitfrage.

Gemeinsamer Ausgangspunkt ist ein diffuses Unbehagen und das Fremdeln mit unserer Kultur. Viele Menschen quer durch alle politischen Lager haben das Bild und den Glauben daran verloren, wer wir sind, wofür wir einstehen und wohin wir steuern wollen. Kernwerte der Demokratie wie Meinungsfreiheit und Rechtssicherheit sind zu Selbstverständlichkeiten geworden. Unser Wohlstand ist angesichts der uns umbrandenden Dauerkrisen bedroht. Seelisch heimat- und orientierungslos in einer rastlosen Moderne, blicken viele Menschen angsterfüllt in eine Zukunft, die sich am besten gar nicht erst ereignen soll.

Diese latente Identitätskrise hierzulande wird durch das Hervorbrechen machtvoller fundamentaler Bilder und scheinbarer Glaubensgewissheiten zugespitzt. Die fundamentalistischen Gesinnungen des Islamismus, aber auch der Neonazis verbreiten eine Angstfaszination. Sie verheißen eine grandiose Vereinfachung des Lebens, eine ungeheure Stoßkraft, die die Welt verändern und den Einzelnen von all seinen Widersprüchen erlösen kann. Aber sie beschwören auch Ängste vor Diktatur herauf, vor Schreckensherrschaft, Willkür, Korruption und der Entwertung jedweder Freiheit und Menschenrechte.

Gefahr der gesellschaftlichen Spaltung

Angesichts dessen definieren sich die Menschen derzeit vor allem über die vermutete Bedrohung. Dies führt allerdings in Deutschland zu zwei diametral entgegengesetzten Zuschreibungen der Fundamentalismusgefahr. Islamismus und Neo-Nationalsozialismus sind derzeit die Kernbegriffe divergenter und unvereinbarer Wahrnehmungsmuster, die die Gefahr einer gesellschaftlichen Spaltung bergen.

Für die Pegida-Bewegung wird der Islamismus zum Sinnbild für alles Fremde und Undeutsche. Ausgehend vom Gefühl, schon längst nicht mehr Herr im Haus zu sein und mit den eigenen Ängsten weder von den Politikern noch von der bürgerlichen Mehrheit wahrgenommen zu werden,

wird die Bedrohung mitunter pauschal auf alle projiziert, die anders sind: auf Flüchtlinge, „Sozialschmarotzer“ im In- und Ausland, auf radikale Islamisten oder gar den gesamten Islam. Die Rettung des Abendlandes und persönliches Heil erwartet man von stärkerer nationaler Abschottung. Das Fremde soll draußen bleiben und nur Einlass erhalten, wenn es sich angleicht. Der Kampfbegriff „Lügenpresse“ zeigt zudem, dass der subjektive Rettungswahn als objektive Wahrheit erlebt wird, die von den offiziellen Medien allerdings nicht geteilt wird.

Pauschale Projektion

Die Verfechter einer liberalen, toleranten und durchlässigen Gesellschaft sehen im aufflammenden Neonazismus die primäre Bedrohung der Freiheit. Die Gefahr wird auch hier mitunter pauschal auf alle projiziert, die die eigenen Ideale nicht teilen. Damit werden sie aber weder den meisten Pegida- oder AfD-Anhängern noch der großen Masse der Sympathisanten gerecht, die nicht demonstrieren geht. Wir finden unter den Marschierern nicht nur den Nazi, sondern vor allem den verängstigten Kleinbürger, der in ein Heimat-Idyll flüchten will. Es sind, sinnbildlich gesprochen, die deutschen Gartenzwerge, die bei weiterer gesellschaftlicher Polarisierung zu Giftzwerge mutieren können. So wunderbar der liberalen Gesellschaft die Differenzierung zwischen Islam und Islamismus gelingt, so kläglich versagt sie derzeit bei der Unterscheidung zwischen Gartenzweig und Giftzweig.

Die unterschiedliche Bedrohungs-Verortung und die Pauschalisierungstendenz auf beiden Seiten erzeugen zunehmend Sprachlosigkeit. Die Republik droht in Grabenkämpfen zu erstarren. Dabei steht die gewaltige Aufgabe einer Eingliederung der vermeintlich Fremden gleich doppelt an: zum einen die Integration von Einwanderern, Flüchtlingen und vor allem des Islam. Und zum anderen die Integration der stillen Masse von Pegida-Sympathisanten, fremdelnder Bürger, die nicht mehr zur Wahl gehen und den Glauben an Demokratie und Medien verloren haben.

Pegidas dritte Phase

zeit, 22.01.2015, Lenz Jacobsen

Bachmanns Hetze, Legidas Gewalt: Ist die Bewegung endgültig als rassistisch enttarnt oder schlägt sie jetzt einen gemäßigeren Kurs ein? Und was hat die AfD damit zu tun?

An der Sprache schon lässt sich vieles erkennen. Der kurze Text, mit dem Pegida am Mittwochabend den Rücktritt ihres bisherigen Vorsitzenden Lutz Bachmann erklärte, passte so gar nicht zum Tonfall, den die Organisatoren sonst auf ihrer Facebook-Seite anschlagen. Da werden Bachmanns rassistische Aussagen "auf's Schärfste" verurteilt, denn "nur persönliche Integrität schafft politische Glaubwürdigkeit". Typische Politikfloskeln sind das, die darauf hindeuten, welche rasante Entwicklung Pegida genommen hat. Oder, besser gesagt: wie sie sich in den paar Monaten ihres Bestehens einerseits sehr verändert hat und andererseits so gar nicht. Bachmanns Rücktritt und die Distanzierung vom radikaleren Leipziger Ableger Legida sind dabei nur die neueste Wendung.

Man kann die kurze Pegida-Geschichte grob in drei Phasen einteilen.

In den ersten Wochen der Montags-"Spaziergänge" gegen "die Islamisierung des Abendlands" regierte nur die Wut und das Ressentiment. Bachmann schimpfte noch auf die "Vollversorgung" für Asylbewerber, andere Redner auf die "Volksverräter" in der Politik. Es denen da oben mal richtig zu zeigen, mal die Gefühle rauslassen zu können: Das machte Pegida attraktiv.

Die zweite Phase begann mit der Veröffentlichung der 19 Forderungen durch die Pegida-

Organisatoren Anfang Dezember. Da war dann plötzlich die Rede davon, dass Asylbewerber bitte grundsätzlich gut untergebracht und integriert werden sollen. Es gehe nun um die konsequente "Ausschöpfung und Umsetzung der vorhandenen Gesetze zum Thema Asyl und Abschiebung". Fortan trug Pegida diese Punkte wie ein Schutzschild vor sich her, wenn ihnen wieder jemand Rassismus vorwarf: Schaut her, wir sind doch ganz gemäßigt.

Pegida als Selbstläufer

Auf den Kundgebungen und Demonstrationen selbst aber spielten die Forderungen keine Rolle. Die Reden von Bachmann und Oertel wurden einerseits allgemeiner, bezogen sich andererseits oft auf die Kritik an ihnen. So wurde Pegida zum Selbstläufer. Unter der Woche kritisierten Politiker und Medien die Demonstranten und lieferten so den Rednern das Futter für den jeweils folgenden Montag.

Nun, in der dritten Phase, entfernt sich die Inszenierung Pegidas noch weiter vom Wut-Impuls und den Ressentiments, die ihnen erst Tausende zugetrieben hat. Startpunkt dieser Phase dürfte das Treffen mit der sächsischen AfD am 7. Januar und der Anschlag in Paris auf die Redaktion von Charlie Hebdo gewesen sein. Bachmanns Auftritt am darauffolgenden Montag war anders. Er formulierte sechs neue noch konkretere Forderungen, darunter eine gesetzliche Pflicht zur Integration und ein Einwanderungsgesetz. Am Tag darauf stellte die sächsische AfD passenderweise ein ganz ähnliches Positionspapier genau zu einem solchen Gesetz vor. Bachmann bemühte sich um eine politische Seriösität, die vielen auf der Kundgebung eher befremdlich vorkam. Als er die "Lügenpresse"-Rufe unterband, murrten einige.

Dass jetzt ausgerechnet Bachmann selbst gehen musste, weil er einst Flüchtlinge als "Viehzeug" und "Dreckspack" bezeichnete, ist nicht der Abschied von einem radikalen Querschläger, der zufällig an der Pegida-Spitze gelandet ist. Sondern der Versuch, sich aus dem rassistischen Bodensatz herauszuwinden, aus dem Pegida erst herausgewachsen ist.

Jetzt distanziert sich Pegida auch noch von Legida, die ja tatsächlich radikaler sind, aber doch nicht radikaler als viele derjenigen, die auch bei Pegida mitlaufen. Dass am Mittwoch 15.000 in Leipzig demonstrierten, nachdem es in der Vorwoche zeitgleich zu Pegida in Dresden nur 4.000 waren, dürfte auch daran gelegen haben, dass in Dresden diesmal nicht zeitgleich Pegida marschierte und viele Teilnehmer von dort so zu Legida fahren konnten.

So gesehen hat sich die Pegida-Führung teilweise von sich selbst distanziert. In dieser Distanz liegt nun die größte strategische Herausforderung für Pegida. Denn die Ressentiments, der rassistische Hass sind ja nicht mit Bachmann verschwunden. Darauf deuten nicht nur all die solidarischen Kommentare unter der Rücktrittserklärung bei Facebook hin, dafür reicht es, mit den Pegida-Teilnehmern selbst zu sprechen. Auch wenn ihre Sprecherin Oertel mittlerweile im Fernsehen zahmere Dinge sagt: Auf der Pegida-Straße sind noch immer schnell die "Asylanten selbst Schuld" und der "Islam bedeutet Mittelalter und unseren Untergang".

Die Gefahr für Oertel liegt nun darin, dass sie in ihrem sichtbaren Bemühen, anschlussfähig zu werden für Fernsehtalkshows und die Parteipolitik, von den eigenen Anhängern nicht mehr als eine der ihren wahrgenommen und gestürzt werden könnte – dass sich Pegida gerade überdehnt.

Pegida-Kursschwenk bei der AfD?

So oder so hat Geschichte schon jetzt einen Gewinner: die AfD. Sie scheint mittlerweile eng mit Pegida zusammenzuarbeiten. Am Mittwoch verschickte ihre sächsische Pressestelle bereits eine Mitteilung zum Rücktritt Bachmanns, obwohl dieser noch gar nicht offiziell war. Der Text ähnelte

erstaunlich den späteren Formulierungen von Pegida selbst. Die Landesvorsitzende Frauke Petry bestätigte der Süddeutschen Zeitung mittlerweile, dass sie schon am Vormittag mit Oertel telefoniert hatte.

Jetzt scheint die Partei den Demonstranten noch weiter entgegenkommen zu wollen. Die ARD zitiert vor dem Parteitag Ende des Monats aus einem Vorbereitungspapier, das einen programmatischen Schwenk von der Euro-Politik zu Islamismus, Asylpolitik und innere Sicherheit empfiehlt.

Für die AfD sind die aktuellen Metamorphosen von Pegida von direktem Nutzen. So sortieren sich gerade vermeintlich Gemäßigte und untragbar Radikale auseinander. Die einen kann die AfD dann gefahrlos umarmen, und die anderen, die allzu hässlichen Geschwister, stehen lassen.

Wo nur die Wut zählt

sueddeutsche, 22.01.2015, Kommentar von Thorsten Denkler

Rentner, frustrierte Facharbeiter, Nazis und Menschen, die irgendwie wütend sind - der Pegida-Bewegung fehlen klare Ziele. Langsam scheinen viele Teilnehmer zu merken, dass die Demos niemandem nützen.

Legida kämpft. Pegida auch. Gegen eine "Islamisierung des Abendlandes". Das ist zumindest das Hauptmotto der Demos. Aber irgendwie auch gegen die da oben, gegen das Gefühl, zu kurz gekommen zu sein, gegen Fernsehgebühren. Wahrscheinlich auch gegen die zu kleinen Brötchen beim Bäcker um die Ecke. Oder gegen zu viel Schnee im Winter und zu viel Sonne im August. Alles in allem wohl gegen die eigene Bedeutungslosigkeit.

So langsam scheinen die ersten Teilnehmer zu spüren, dass da was nicht stimmt. Dass da vorne auf der Bühne Reden geschwungen werden gegen Ausländer und Asylanter, die eigenen Probleme aber doch ganz andere sind. Kleine Alltagsorgen eben, die zu ganz großen Sorgen werden, wenn keine anderen Themen da sind.

15 000 statt 40 000

Mit 40 000 Teilnehmern hatten die Legida-Organisatoren an diesem Mittwoch gerechnet. Weil ja am Montag in Dresden die Pegida wegen einer Terrorwarnung nicht auf die Straße gehen durften. Es waren dann etwa 15 000. Auch nicht wenige. Aber eben auch nicht mehr.

So ist das mit diesen Sammelbecken, in die sich hin und wieder jene gerne plumpsen lassen, die woanders keine Zuflucht mehr finden. Weil sie abgeschlossen haben mit diesem Staat. Weil die da oben doch nur machen, was sie wollen. Weil Politiker grundsätzlich und immer nur blöd sind. Weil auf sie ja keiner hört.

In so einem Sammelbecken sind viele, die ganz Verschiedenes wollen. Da sind die enttäuschten Rentner, die keine Nazis sein wollen, nur weil sie den "Neger" von nebenan irgendwie doof finden. Da sind die Facharbeiter, die glauben, sie ackern und schuften und zahlen Steuern, nur damit so ein paar Asylbewerber durchgefüttert werden können. Da sind die Nazis, die hoffen, diese Bewegung für sich instrumentalisieren zu können. Und die vielen anderen, die einfach nur eine Wut im Bauch haben. Oder nur mal gucken wollen.

Pegida ist eine Bewegung, in der jeder Teilnehmer in eine andere Richtung will. Schon deshalb wird

sie an Kraft verlieren. Weil sich die Kräfte gegenseitig aufheben, weil zwei, die an einem Strang ziehen, nur jeweils an einem der Enden, nicht vom Fleck kommen.

Pegida hat als Masse keine gemeinsamen und klar abgegrenzten Forderungen. Das reicht, solange es nur darum geht, der aus welchen Gründen auch immer angestauten Wut Luft zu verschaffen. Aber jetzt kommt Pegida in eine Phase, in der Wut nicht mehr ausreicht. Nur eine gemeinsame Sache kann eine Bewegung dauerhaft tragen. So wie die Anti-Atom-Bewegung. Oder einst die Friedensbewegung.

Atomkraftwerke gab und gibt es wirklich. Kriege auch. Aber eine Islamisierung? Das sagen selbst Teilnehmer, dass sie das gar nicht unbedingt so sehen. Auf einer Anti-Atom-Demo wäre niemand zu finden gewesen, der das mit der Kernspaltung eigentlich gar nicht so schlimm findet.

Manche werden sich der AfD anschließen

Pegida fehlt dieser innere Kitt, der alles zusammenhält. Manche Pegidisten werden sich der AfD anschließen, sie wählen, vielleicht sogar eintreten. Andere werden wieder zu den Nichtwählern und Stammtisch-Revolutionären, die sie vorher schon waren. Die Schattenkämpfer gehen zurück in ihre Höhlen.

Wenn es nicht darum geht, zu diskutieren, Argumente auszutauschen, sondern nur darum, recht zu haben, dann ist das vielleicht der beste Platz für die Pegida-Anhänger. Gesprächsangebote sind schon mehr als genug gemacht worden. Hingehen müssen sie schon selbst. Wer das nicht hinbekommt, der soll halt weiter demonstrieren. Schon bald werden es weniger als tausend sein, irgendwann weniger als 100. Irgendwann wird es Pegida nicht mehr geben. Die Demokratie hält das aus.

Und was bleibt dann? Nichts. Das ist das eigentlich Enttäuschende an dieser Bewegung. Es gibt nichts zu lernen, nichts umzusetzen, nichts, dem beizupflichten wäre im Sinne von: Aha, stimmt, das ist jetzt echt mal ein Problem. Die Bewegung lässt Fragezeichen zurück. Und vor den Fragezeichen steht nicht mal eine konkrete Frage.

Grönemeyer singt für ein buntes Dresden

faz, 22.01.2015, dpa

Die Veranstalter rechnen für Montag mit mehr als 40.000 Besuchern, die Herbert Grönemeyer und andere Künstler hören wollen. Das Musik- und Kulturfestival vor der Dresdner Frauenkirche soll ein buntes Signal gegen die gleichzeitig laufende Pegida-Demonstration setzen.

Herbert Grönemeyer, Jan-Josef Liefers mit seiner Band Radio Doria, Silly, Keimzeit sowie Christian Friedel mit Woods of Birnam sind am Montag Botschafter für ein buntes Dresden. Sie spielen bei der von Bürgern initiierten Großkundgebung unter dem Slogan „Offen und bunt - Dresden für alle“ vor der Frauenkirche.

Das Programm umfasst zudem Auftritte von Dresdner Musikern sowie weiteren Gästen wie Toni Krahl (City) und Jeanette Biedermann, wie die Organisatoren am Donnerstag bekanntgaben. Statt Reden von Politikern sind kurze Statements geplant. „Wir hoffen auf ein tausendfaches Bekenntnis für Weltoffenheit und Toleranz“, sagte Mitinitiator Gerhard Ehninger von Place to be e.V..

Ehninger, ein führender Mediziner des Dresdner Universitätsklinikums, sieht den Ruf der Elbestadt

in Gefahr. Selbst der Taxifahrer in New York wisse inzwischen Bescheid, sagte Ehninger: „Es gibt Unverständnis, Witze und Spott über unsere Stadt“, berichtete er von Erlebnissen auf Reisen.

Nach Ansicht Ehningers müsse man gegen die Vereinnahmung Dresdens durch eine Minderheit vorgehen und die Stadt schützen.

Grönemeyer und Liefers mischen Pegida auf

n-tv, 22.01.2015, ppo/dpa

Wer Nachfolger Bachmanns an der Pegida-Spitze wird, steht noch nicht fest. Schon nächsten Montag soll es aber wieder einen Spaziergang in Dresden geben. Künstler wie Grönemeyer, Liefers, Silly, Keimzeit und Biedermann wollen dagegenhalten.

Zahlreiche Künstler wollen am kommenden Montag in Dresden gegen die islamkritische Pegida-Bewegung mobil machen. Bei einer von Bürgern initiierten Großkundgebung "Offen und bunt - Dresden für alle" vor der Frauenkirche treten unter anderem Herbert Grönemeyer, Jan-Josef Liefers, Silly, Keimzeit und Jeanette Biedermann auf. Das teilten die Veranstalter mit. Statt Reden von Politikern sind kurze Statements geplant. "Wir hoffen auf ein tausendfaches Bekenntnis für Weltoffenheit und Toleranz", sagte Mitinitiator Gerhard Ehninger.

Am Montag wollen auch die "Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes" in Dresden wieder demonstrieren. Man wolle nach dem Rückzug von Frontmann Lutz Bachmann unbeirrt weitermachen. Sie gehe davon aus, dass die Arbeit "genauso weitergeht wie bisher", sagte Pegida-Sprecherin Kathrin Oertel im Berliner "Tagesspiegel".

Bachmann-Nachfolge noch offen

Über Bachmanns Nachfolge sei noch nicht entschieden. Der mehrfach vorbestrafte 41-jährige Chefororganisator der seit Wochen andauernden Demonstrationen gegen vermeintliche "Überfremdung" war am Mittwoch nach einer Welle der Empörung über ausländerfeindliche Äußerungen und ein "Hitler-Foto" zurückgetreten. Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen Volksverhetzung.

Bachmanns Rückzug bedeutet nach Einschätzung des Politologen Werner J. Patzelt nicht das Ende der Gruppierung. "An seine Stelle werden nun andere treten", sagte er. "Es wäre also Wunschenken, zu erwarten, dass sich mit dem Rückzug nun auch Pegida auflösen würde." Andere Wissenschaftler, etwa der Berliner Protestforscher Dieter Rucht, gehen hingegen davon aus, dass die Pegida-Bewegung ihren Zenit erreicht hat und in absehbarer Zeit wieder verschwindet.

Tatsächlich werden Risse deutlich: Die Dresdner Pegida geht auf Distanz zu ihrem Leipziger Ableger Legida, den Verfassungsschützer als radikaler einstufen. Legida hatte am Mittwochabend weniger Menschen auf die Straße gebracht als angekündigt. Nach Angaben der Stadt nahmen an dem Legida-Aufmarsch 15.000 Menschen teil, bei den Gegendemonstranten waren es mehr als 20.000. Die Polizei sprach von einem "erheblichen Gewaltpotenzial" auf beiden Seiten. Rund 4000 Polizisten waren im Einsatz. Einige davon wurden von Böllern, Flaschen oder Laserpointern verletzt.

Auch Journalisten seien attackiert worden, hieß es. Die "Leipziger Volkszeitung" berichtete, die Angriffe auf Journalisten seien aus dem Legida-Lager gekommen. Die Fotoausrüstung eines

Reporters sei zerstört worden. Der MDR berichtete, Journalisten seien bespuckt und verprügelt worden. Oberbürgermeister Burkhard Jung kündigte an, über Auflagen für die nächste Kundgebung nachzudenken.

Die Regierung lädt zum Dampfablassen

zeit, 22.01.2015, Lenz Jacobsen

Demokratie als Pflegefall: Bei einem Forum für Pegida-Anhänger lässt sich die sächsische Politik die Meinung sagen – und alle freuen sich, dass man überhaupt redet.

Sie haben einen Saal im Kongresszentrum gemietet für ihre wütenden Bürger, sie haben ihnen Cola, Wasserfläschchen und Brezeln hingestellt. Sie haben eine Agentur engagiert, die sich Die Dialoggestalter nennt. Sie sitzen eineinhalb Stunden an den 50 Tischen und hören sich alles an: der sächsische Ministerpräsident, die Integrationsministerin, zwei Dresdner Bürgermeister und Dutzende andere Regierungs-, Verwaltungs- und Kirchenvertreter. Nach diesem Abend, nach dem Dialogforum, kann kein Pegida-Demonstrant mehr behaupten, die Politik und die anderen da oben hörten ihnen nicht zu. Und wie sie zuhören!

Am Sonntag schon hatte diese neue Phase im öffentlichkeitswirksamen Umgang mit Pegida begonnen, als deren Sprecherin Kathrin Oertel in der Talkshow von Günther Jauch saß. Montag dann die Pegida-Pressekonferenz in den Räumen der Landeszentrale für politische Bildung, Dienstag diskutierte Bundesinnenminister Thomas de Maizière in der Frauenkirche mit Sympathisanten.

Nun also das Dialogforum. Tische mit jeweils sechs Bürgern, 300 Menschen insgesamt. Einer von Ihnen ist Gerd Gerull, ein 66-Jähriger, gerade verrenteter Ingenieur. Heute Mittag hat er sich hingesetzt und mal alles aufgeschrieben, was ihn stört. Er nennt es sein Positionspapier. Jetzt liegen die zwei eng bedruckten Seiten vor ihm auf Tisch 24. Er schimpft darin auf die "Dogmen", die Medien und Politik vergäben, und warnt vor "Kreuzberg und Neukölln – der kiezgewordene Albtraum der Bundesrepublik". Gerull ist außerdem sicher, dass jeder Bundeskanzler bei Amtsantritt unterschreiben muss, nicht gegen die Interessen der USA und der anderen "Alliierten" zu verstoßen. Das hat er in in einem Buch gelesen. Gerull sagt: "Wir Rentner müssen Steuern zahlen!" Ein anderer am Tisch ruft: "Weil wir Krieg in Afghanistan führen!" Und ein Dritter sofort: "Die sind doch selber Schuld!" Und schon sind die Afghanen verantwortlich, dass Rentner Gerull nicht von der Steuer befreit ist.

Journalisten auf die Tribüne verbannt

Plötzlich taucht Ministerpräsident Stanislaw Tillich auf der Bühne auf, ohne Einleitung und Applaus, "Guten Abend", sagt er, und dann: "Es gibt Meinungen, die auch nicht jeder teilt, aber die man äußern dürfen muss." Das ist der Ton des ganzen Abends: Hier kann jeder sagen, was er will. Was daraus wird oder wer Recht hat: heute egal.

Als es losgeht in zwei Runden, werden die Journalisten auf die Tribüne verbannt. Der Dialog zwischen Bürgern und Politikern, er ist anscheinend zu labil, um unter direkter Beobachtung zu bestehen.

Aus der Ferne ist zu erkennen, wie sich Tillich immer wieder zurücklehnt an seinem Sechser-Tisch. Wie Integrationsministerin Petra Köpping ihre Ellenbogen aufstützt, und wie an Tisch 24 der erste

Bürgermeister von Dresden, Dirk Hilbert (FDP), direkt neben Gerull Platz nimmt.

Wieder fehlen Muslime und Migranten

Jeder Tisch soll ein Thema wählen: Asyl, Integration oder Zuwanderung, und erarbeiten, was sie daran "bewegt", welche Informationen sie sich dazu wünschen, wann sie diese als glaubwürdig akzeptieren, und was sie sich für 2020 wünschen. Außerdem sollen sie sich ausreden lassen und einen wählen, der moderiert. Diese Regeln sollen die größten Ausfälle und die schlimmste Hetze verhindern. Es gelingt.

Obwohl sogar ein paar Pegida-Gegner da sind. Aber eine Gruppe, die direkt betroffen ist von Pegida, ist nicht dabei an diesem Abend. Man wolle "nicht mehr übereinander, sondern miteinander reden", hatte der Moderator gesagt. Doch das gilt nicht für Muslime und alle anderen irgendwie Ausländischen, die von Pegida mitgemeint werden. Sie haben beim Dialogforum der sächsischen Bürger keine Stimme. So wie sie am Vorabend bei der Diskussion mit de Maizière nicht eingeladen waren.

Bald schwirrt der Saal von den 50 Tischgesprächen, aber es bleibt eine künstliche Situation. Bürger reden miteinander und mit Politikern über Politik, eigentlich eine demokratische Alltäglichkeit. Hier aber brauchen sie dafür die Hilfe einer Agentur, die aufpasst, dass sich keiner allzu schlimm verletzt im Meinungskampf. Hier ist die Demokratie zum Pflegefall geworden.

Nach den Tischgesprächen fragen Moderatoren die Ergebnisse ab, und eine Pegida-Gegnerin nutzt das für den Satz: "Der ausländerfeindliche Kern von Pegida lässt sich nicht mehr wegdiskutieren." Sie wird ausgebuht. Der Moderator rügt, das sei kein Fakt, sondern ihre Meinung. "Ich möchte Sie deshalb bitten, darauf zu achten, was Sie sagen."

Ohne Pegida wären sie alle nicht hier

So sammeln sich unterschiedslos Plattitüden an: Dass Zuwanderer "demografisch eine andere Aktivität an den Tag legen", dass "die Politik aus den bisher gemachten Fehlern lernen soll" und "die Menschen wieder wie mündige Bürger behandeln soll und nicht wie kleine Kinder". Und immer wieder: Es ist gut, dass wir jetzt miteinander reden. Als einer sagt, "ohne Pegida hätte es diese Veranstaltung nicht gegeben", bekommt er dafür den größten Applaus.

Der Satz stimmt in beide Richtungen. Wegen der Demonstrationen sind die Politiker hier, es ist eine ihrer Antworten darauf. Wegen der Demonstrationen sind aber auch die Pegidisten selbst hier. Erst sind sie auf die Straße gegangen und haben ihre Meinung herausgerufen, sie haben sich selbst aktiviert. Nun sind einige von ihnen so weit, direkt mit Politikern zu sprechen. Das hätten sich allerdings auch vorher tun können. Denn Parteien lechzen nach Beteiligung, jeder Abgeordnete hat eine Bürgersprechstunde. Dass Politiker nicht erreichbar sind, ist eine Legende der Politikverdrossenen und "Die da oben"-Meckerer.

Zum Ende des Forums hört sich Tillich auf dem Podium geradezu demütig und widerspruchslos die rhetorische Frage an, ob man 2020 wirklich in einem islamischen Staat leben wolle. Es ist der gleiche Welpenschutz im Umgang mit Pegida zu spüren, der schon die Jauch-Sendung am Sonntag so merkwürdig gemacht hat.

Wem reicht das, wer will mehr?

Irgendwann sagt Tillich dann nüchtern: "Heute hat man die verschiedenen Meinungen zumindest mal gehört, zum Zuhören ist es noch einen Schritt weiter, und zum Dialog ist es dann ein noch

weiterer Weg."

Ein Dialogforum war es nicht, eher ein dreistündiges Dampfablassen auf Einladung der Landesregierung. Nun fragt sich, wem unter den Pegida-Anhängern das reicht. Und wer noch lange nicht genug hat.

Als alles vorbei ist, sitzt Gerull immer noch diskutierend an seinem Tisch. Auf die Frage, wie ihm die Veranstaltung gefallen hat, fragt er zurück: "Was ist denn das Ergebnis von heute, das ich den Leuten bei Pegida mitbringen kann? Wir können ja nicht ewig demonstrieren, wir wollen doch was erreichen." Gibt es etwas, was ihn zufriedengestellt hätte? "Wenn der Ministerpräsident am Ende aufgestanden wäre und gesagt hätte: Nach heute Abend habe ich mich entschlossen, mich dafür einzusetzen, die Asylpolitik endlich den wirklichen Gegebenheiten anzupassen. Das wäre was gewesen!"

Es wäre die Kapitulation Tillichs, Ministerpräsident aller Sachsen, vor den Forderungen Pegidas gewesen.

Die falsche Adresse

taz, 22.01.2015, Stefan Schönfelder

Politische Bildung ohne Haltung normalisiert den rassistischen Diskurs. Widerspruch sollte das eigentliche Gebot der Stunde sein.

In Dresden werden die Probleme der politischen Kultur in Sachsen in diesen Tagen besonders schmerzhaft deutlich. Letzter Skandal war die Bereitstellung von Räumen der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung (SLpB) für die Pressekonferenz der Pegida-Organisator_innen.

Bundesweit war (mindestens) den meisten Akteur_innen der politischen Bildung sofort klar: Hier wurde eine rote Linie überschritten. Der Direktor der SLpB, Frank Richter, hatte der Gruppe einen Rahmen verschafft, in welchem sie unwidersprochen chauvinistische Parolen (unter anderem „die momentan gängige, unkontrollierte quantitative Zuwanderung“) verkünden konnte, und ihr damit zu einem Anschein von Legitimität und Normalität verholfen.

Was seiner brandenburgischen Kollegin die Schamesröte ins Gesicht trieb, ficht Christian Piwarz, MdL der sächsischen CDU, nicht an. Er teilt mit, man sollte der SLpB „danken, weil so ein erster kleiner Schritt zum Dialog sowie für mehr Verständnis für politische Sachverhalte und Demokratie angeschoben wurde“. Einzelne Politikwissenschaftler und viele Kommentare im Netz reagieren ähnlich und weisen Kritik am Vorgehen vehement zurück. Dies verweist uns auf ein Bündel von Irrtümern und Fehleinschätzungen.

Irrtümer und brutale Fehler

Der erste Irrtum ist die Interpretation der Pegida-Pressekonferenz selbst: Pressekonferenzen, in denen deren einseitige ungefilterte Sicht vorgetragen wird, sind eben keine Form von Dialog im Sinne des Auftrages politischer Bildung. Die Landeszentrale ist für diese Art unwidersprochener Verkündung der falsche Ort.

Ein weiterer Irrtum liegt in der Annahme, mit der unmittelbaren Anhängerschaft der Pegida sei derzeit ein Dialog möglich. Es ist in den letzten Wochen in allen möglichen Medien belegt worden,

wie wenig Bereitschaft zum Hinterfragen, Zuhören – eben zu Dialog – vorhanden ist, wie hermetisch deren Weltbilder sind. Den Montags-Marschierenden geht es nicht um Dialog, sondern um wechselseitige Bestätigung in der Masse, um die Verschiebung der gesellschaftlichen Stimmung, um eine Anerkennung ohne Kritik und Zweifel. Für einen politischen Dialog sind sie im Moment die falsche Adresse.

Ein dritter Irrtum liegt im Gejammer, man wolle doch Dialog, aber keinen Streit und keine Ausgrenzung der montags Demonstrierenden mit ihren „Ängsten und Sorgen“. Wer sich aber mit seinen Überzeugungen in den öffentlichen Raum begibt, der muss Kritik, Widerspruch und auch Streit aushalten und nicht als Zensur absichtlich missverstehen. Die Anhängerschaft von Pegida kann und will keinen Widerspruch aushalten, verzerrt die Auseinandersetzung (Transparente, Gegenkundgebungen oder Sprechchöre) als „Verbot“ und inszeniert sich als Opfer von Unterdrückung. Und alle, die Streit und Abgrenzung ablehnen, helfen ihnen dabei.

Eine fatale Fehleinschätzung ist die Beschreibung der Pegida als „normale Bürgerinnen und Bürger“ oder gar „das Volk“. Normal sind sie im Sinne der weiten Verbreitung rassistischer Ressentiments. Dies zur Normalität im politischen Diskurs zu machen, ist ein brutaler Fehler. Und „Wir sind das Volk“ sagt mehr über ihre Imagination eines homogenen Volkswillens als über ihre gesellschaftliche Rolle.

Letzter Irrtum ist die offensichtliche Fehleinschätzung, wer in Dresden in Not ist, wessen Ängsten (auch) durch politische Bildung Gehör verschafft werden muss.

Opferberater_innen und Selbstvertretungsverbände von Migrant_innen berichten über eine Zunahme rassistischer Angriffe in Dresden – auch im Anschluss an Pegida-Aufmärsche. Dafür scheint Richter blind zu sein, diese Perspektive fehlt bei den Veranstaltungen der SLpB der letzten Wochen.

Hinter diesen Irrtümern liegt der Unwillen oder die Unfähigkeit, das Wesen der Pegida zu erkennen und sich klarzumachen, wie sich ein Umgang ohne strikte Abgrenzung von ihren politischen Positionen auswirkt.

Die Fehler von Frank Richter

Die Äußerungen Lutz Bachmanns und seines Umfeldes auf Kundgebungen und im Netz beschwören Feindbilder und befeuern Ressentiments. Wir haben es in Dresden derzeit mit einer aggressiven Gruppe zu tun, die ihre Antworten schon gefunden hat und diese Woche für Woche wiederholt. Der Kern ihrer Antworten, ihre grundlegende Haltung, ist nationalistisch, völkisch, rassistisch, chauvinistisch und schürt Angst. Ein unmittelbarer Dialog mit Pegida wertet diese auf und bringt keine – gute – Veränderung im demokratischen Klima und Alltag. Die angemessene Reaktion ist deshalb nicht Verständnis, sondern Abgrenzung und ein widersprechender Mund.

Richter indessen hatte, von allen Seiten gelobt, eine Arbeitsgruppe in Dresden moderiert, die Gedenk- und Protestformen anlässlich der Jahrestage der Bombardierung am 13./14. Februar 1945 diskutieren sollte. Allerdings hatte er auch schon am 3. Dezember unter dem Titel „Wie verteidigen wir das Abendland?“ ohne Distanz das Vokabular des rechten Montagsaufstandes übernommen und deren Organisator_innen auch noch eingeladen – nur dass die absagten.

Insofern ist die Landeszentrale vielleicht wirklich überfordert, mit dem Phänomen dieser neurechten Bewegung umzugehen. Aber Richter und die SLpB sind nur ein Symptom für den Zustand vieler politischer Institutionen und Akteur_innen, die sich auf das scheinbar neutrale Moderieren politischer Interessen zurückziehen, ohne eine eigene Haltung zu entwickeln, ohne Position zu beziehen.

Es wird natürlich in den kommenden Monaten öffentliche Diskussionen im Sinne politischer Bildung geben, die auf die Phänomene reagieren. Natürlich steht vor uns die Aufgabe, wieder und wieder ganz basale Grundlagen demokratischer Kultur im Dialog zu verdeutlichen. Wir müssen dabei auch Menschen erreichen, denen die Themen von Pegida anschlussfähig erscheinen. Dafür gibt es allerdings einen Rahmen.

Politische Bildung hat den Auftrag menschenrechtsorientierter Demokratiebildung. Deshalb darf sie keine Plattform für menschenverachtende, Grundrechte negierende Propaganda sein. Wenn Dialog zu mehr Demokratie führen soll, ist Widerspruch notwendig.

Was ist los mit der sächsischen Politikwissenschaft?

publikative, 23.01.2015, Miro Jennerjahn

Während derzeit versucht wird, die PEGIDA-Demonstrationen wissenschaftlich zu erfassen, fallen die Beiträge der sächsischen Politikwissenschaft eher fragwürdig aus.

Auf der einen Seite haben wir den derzeit mit einer unheimlichen medialen Präsenz ausgestatteten Prof. Werner Patzelt, der sich als Vertreter der faktenfreien PEGIDA-Deutung inszeniert und dabei auch nicht davor zurückschreckt, der extrem rechten Wochenzeitung Junge Freiheit ein Interview zu geben und ihr treudoof in den Schreibblock zu diktieren, der politische Diskurs in Deutschland habe sich nach links bewegt. Dafür bleibt er zwar jedweden Nachweis schuldig (interessant wäre an der Stelle auch, warum PEGIDA dann ausgerechnet in Sachsen und hier vor allem in Dresden stark ist, also einer Region, für die man angesichts einer traditionell äußerst konservativen sächsischen CDU wohl kaum von einem politischen oder politisch-diskursiven Linksruck sprechen kann), das neurechte Journalistenherz macht dabei natürlich schon einen Freudensprung. Bei Prof. Patzelt verwundert dieses Verhalten und diese Positionierung nicht. Immerhing stammt er aus dem sächsischen Klüngel der Extremismus-“Theoretiker” rund um Prof. Uwe Backes und Prof. Eckehard Jesse, deren “Theorie”-Ansatz definitiv nicht wissenschaftlichen Ansprüchen genügt (mehr dazu hier und hier).

Studien über Pegida

Auf der anderen Seite haben wir Prof. Hans Vorländer, einen renommierten Wissenschaftler, der vor allem im Bereich der Politischen Theorie und Ideengeschichte forscht, der kürzlich eine Studie über die Teilnehmer an PEGIDA-Demonstrationen vorlegte. An und für sich löblich, ist es doch derzeit sehr spannend zu wissen, was die PEGIDA-Anhänger auf die Straße treibt, zumal sich in Sachsen nach wie vor die verharmlosende Deutung des “besorgten Bürgers” hält, der dort marschiert und seinem Unmut Luft verschafft, worüber auch immer. An die Öffentlichkeit trat Prof. Vorländer allerdings mit folgendem Eingangssatz seiner Pressemitteilung:

Der „typische“ PEGIDA-Demonstrant entstammt der Mittelschicht, ist gut ausgebildet, berufstätig, verfügt über ein für sächsische Verhältnisse leicht überdurchschnittliches Nettoeinkommen, ist 48 Jahre alt, männlich, gehört keiner Konfession an, weist keine Parteiverbundenheit auf und stammt aus Dresden oder Sachsen.

Das klingt unheimlich präzise. Leider fehlt die Datengrundlage, um zu so einer Aussage zu kommen, vor allem ist die Untersuchung von Prof. Vorländer alles andere als repräsentativ. Zu Recht hat es massive Kritik an der Veröffentlichung von Prof. Vorländer gegeben, die ich hier nicht im einzelnen wiedergeben werde. Nachgelesen werden können die zentralen Kritikpunkte z. B. im Blog von Stefan Niggemeier oder im ScienceBlog. Vor allem die hohe Ablehnungsquote von 65%

der angesprochenen Demonstrationsteilnehmer ist problematisch, wenn man so weitreichende Aussagen trifft, wie die von Prof. Vorländer in der Pressemitteilung Eingangs gewählte Formulierung. Prof. Vorländer selbst sieht übrigens kein Problem dabei. Bei mir entsteht da doch der Eindruck es ging eher darum, einen medialen Erfolg zu feiern, als seriöse Ergebnisse zu präsentieren. Ein schlechtes Licht wirft das schon auf die sächsische Politikwissenschaft. Schlimmer noch, die eigenen Forschungsergebnisse werden durch ein solches Vorgehen entwertet, weil die Grenzen der Aussagekraft der erhobenen Daten nicht benannt werden.

Glücklicherweise gibt es mittlerweile noch eine andere Studie zu den Teilnehmern der PEGIDA-Demonstrationen und deren Einstellungen. Entstanden ist diese rund um den erfahrenen Bewegungs- und Protestforscher Prof. Dieter Rucht vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Auch das Forscherteam um Prof. Rucht hatte mit den gleichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Aggressive Grundstimmung, hohe Ablehnung an der Studie teilzunehmen und daraus resultierend auch fehlende Repräsentativität der Daten. Trotzdem sind die vom Forscherteam um Prof. Rucht vorgestellten Ergebnisse verwertbar. Das liegt in erster Linie daran, dass dieses Team bei der Präsentation auf mediale Effekthascherei verzichtet hat und vor allem ein Höchstmaß an Transparenz über das methodische Vorgehen hergestellt hat. Um zu verdeutlichen, was ich meine möchte ich nochmal die beiden Pressemitteilungen von Prof. Vorländer und Prof. Rucht in voller Länge gegenüberstellen.

Pressemitteilung Prof. Vorländer:

Der „typische“ PEGIDA-Demonstrant entstammt der Mittelschicht, ist gut ausgebildet, berufstätig, verfügt über ein für sächsische Verhältnisse leicht überdurchschnittliches Nettoeinkommen, ist 48 Jahre alt, männlich, gehört keiner Konfession an, weist keine Parteiverbundenheit auf und stammt aus Dresden oder Sachsen.

Das sind die Kernaussagen der Studie eines Teams um den Politikwissenschaftler Prof. Dr. Hans Vorländer von der TU Dresden, die am 14. Januar 2015 im Rahmen einer Pressekonferenz vorgestellt wurden. Das Team hat zum ersten Mal die Zusammensetzung der PEGIDA-Demonstrationen in Dresden empirisch untersucht. Dabei wurden rund 400 Teilnehmer nach soziodemographischen Merkmalen und ihrer Motivation zur Teilnahme befragt. Die Befragungen wurden am 22.12.2014, 05.01.2015 und 12.01.2015 durchgeführt. Dabei lehnten rund 65 Prozent der ursprünglich angesprochenen zirka 1.200 Teilnehmer eine Befragung ab.

Die Ergebnisse sind bemerkenswert und stehen zum Teil bisherigen öffentlichen Annahmen über Anliegen und sozialen Hintergrund von PEGIDA-Anhängern entgegen.

Weitere wesentliche Fakten:

Der Protest wird keineswegs von Rentnern und Arbeitslosen getragen – 70 Prozent der befragten Demonstrationsteilnehmer stehen im Beruf.

Die befragten Teilnehmer der Demonstrationen gegen die „Islamisierung des Abendlandes“ sind nur zu knapp einem Viertel durch „Islam, Islamismus oder Islamisierung“ motiviert.

Das Hauptmotiv für die Teilnahme an PEGIDA-Demonstrationen ist eine generelle „Unzufriedenheit mit der Politik“. An zweiter Stelle wird die Kritik an Medien und Öffentlichkeit genannt; an dritter Stelle folgen grundlegende Ressentiments gegenüber Zuwanderern und Asylbewerbern, dabei sind Vorbehalte gegen Muslime bzw. den Islam besonders ausgeprägt.

In den Befragungen kommt die Wahrnehmung einer tiefen Kluft zum Ausdruck: zwischen den Massenmedien, der veröffentlichten Meinung und der etablierten Politik auf der einen Seite und den Problemen des Bürgers und dem „Willen des Volkes“ auf der anderen Seite.

Daraus lässt sich schließen: Auch wenn sich PEGIDA dem Namen nach gegen die Islamisierung des

Abendlandes wendet, sind die Kundgebungen für die Mehrheit der Teilnehmer in erster Linie eine Möglichkeit, tief empfundene, bisher nicht öffentlich artikuliertete Ressentiments gegenüber politischer und meinungsbildender Elite zum Ausdruck zu bringen. Diese Gegenüberstellung von „Die da oben“ und „Wir hier unten“ in Kombination mit fremdenfeindlichen Einstellungen wird traditionell zum rhetorischen Arsenal rechtspopulistischer Strömungen gerechnet.

Ob sich PEGIDA dauerhaft als Bewegung wird etablieren können oder ob es sich nur um eine temporäre Erscheinung handelt, ist eine noch offene Frage, die auch von der vorliegenden Untersuchung nicht beantwortet werden kann.

Pressemitteilung Prof. Rucht:

Untersuchung zur Dresdner Pegida-Demonstration

57 Sozialwissenschaftler und Helfer aus Berlin und Chemnitz um den Protestforscher Dieter Rucht (WZB) haben am 12. Januar 2015 die Pegida-Demonstration in Dresden beobachtet und die Demonstrierenden zur Teilnahme an einer Online-Befragung eingeladen. Erste Analysen der qualitativen und quantitativen Daten wurden am 19. Januar 2015 auf einer Pressekonferenz im Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) vorgestellt.

Es konnten 670 Handzettel verteilt werden – unter schwierigen Bedingungen. Die Teams berichten übereinstimmend, dass die Mehrheit der Angesprochenen (ca. 1.800) die Annahme der Handzettel und Gespräche verweigerte. Bei bisherigen Befragungen von Demonstranten (u.a. Stuttgart 21, Hartz IV) fanden Fragebögen problemlos Abnehmer. An der Online-Befragung beteiligten sich bis Mittwoch Mitternacht 123 Personen (davon 76 Prozent Männer). Im Unterschied zu anderen Befragungen bei politischen Demonstrationen ist das eine extrem geringe Rücklaufquote (18,4 Prozent).

An der Befragung haben überwiegend Männer aus der Region Dresden teilgenommen, die mehrheitlich älter als 40 sind, über ein hohes Bildungsniveau verfügen und im Berufsleben stehen. Auf Grund der geringen Rücklaufquote können die Forscher keine Aussage über den „typischen“ Pegida-Demonstranten treffen. „Die Befragten spiegeln den gut gebildeten, im Berufsleben integrierten offeneren Teil der Pegida-Demonstrierenden wieder. Wir vermuten, dass insbesondere die Radikaleren sich einer Befragung verweigert haben“, sagt Dieter Rucht.

Der Online-Fragebogen enthielt u.a. Fragen zu politischen Aktivitäten, der politischen Selbsteinordnung, zu Einstellungen gegenüber dem Islam und Einwanderern sowie zu rechtsextremen Positionen. Auch die Sonntagsfrage wurde gestellt („Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?“).

Außerdem gab es eine umfangreiche Demonstrationsbeobachtung.

Während Prof. Vorländer neben der PM lediglich seine Präsentation online stellt, die er während der Pressekonferenz benutzt hat, ist Prof. Rucht um maximale Transparenz bemüht. Neben der Pressemitteilung stellt er das Handout und die PowerPoint-Präsentation zur Pressekonferenz, genauso wie den Fragebogen der eingesetzten online-Befragung, das Muster des auf der Demonstration verteilten Handzettels sowie einen Audiomittschnitt der Pressekonferenz. Eine Langfassung der Untersuchungsergebnisse ist für den 28. Januar angekündigt.

Während also Prof. Vorländer lediglich die Ergebnisse verkündet, legt Prof. Rucht auch offen, mit welchem konkreten Instrumentarium die Ergebnisse ermittelt wurden. Für die Überprüfbarkeit und Bewertung der der Ergebnisse ist das ungeheuer wichtig und an und für sich ist dieses Vorgehen von ernsthaft betriebener Politikwissenschaft auch zu erwarten.

Spannend ist an dem Vorgehen des Teams um Prof. Rucht vor allem auch, dass weitergehende politische Einstellungen erfasst wurden, um bspw. Aussagen über chauvinistische, ausländerfeindliche oder islamfeindliche Einstellungen unter PEGIDA-Demonstranten treffen zu können. Dafür wurden Auszüge des Befragungsinstrumentariums eingesetzt, das aus den "Mitte"-Studien rund um Prof. Elmar Brähler und Dr. Oliver Decker bekannt ist. Das ist insofern relevant, weil dadurch ein Abgleich der Ergebnisse der unter den befragten PEGIDA-Demonstranten mit den Befragungsergebnissen der Mitte-Studien möglich wird.

Und bei der Gegenüberstellung fallen dann doch die deutlich höheren Zustimmungswerte der PEGIDA-Teilnehmer zu chauvinistischen und ausländerfeindlichen Aussagen. Islamfeindliche Einstellungen sind demnach interessanterweise unter den PEGIDA-Teilnehmern weniger stark verbreitet als im von den Mitte-Studien ermittelten Bevölkerungsdurchschnitt, allerdings ist der Wunsch nach Einschränkung von öffentlich sichtbaren Moscheebauten in Deutschland mit rund 93% Zustimmung mehr als doppelt so hoch wie in der Gesamtbevölkerung (die letztgenannten Zahl wurde von der Studie "Deutschland postmigrantisch" ermittelt).

Erwähnenswert ist auch das durch das Forscherteam um Prof. Rucht ermittelte Wahlverhalten der befragten PEGIDA-Demonstranten. Während diese angaben, bei der letzten Bundestagswahl zu 33% AfD gewählt zu haben, steigt dieser Wert im Hinblick auf die letzte Landtagswahl in Sachsen bereits auf 49%. Danach gefragt, welche Partei sie wählen würden, wenn am nächsten Sonntag wahlen wären, gaben sie zu 89% die AfD und zu 5% die NPD an.

Prof. Rucht vermutet, dass an der Befragung eher der gemäßigttere Teil der PEGIDA-Demonstranten teilgenommen hat:

Alle 14 Teams berichteten einvernehmlich, dass die Mehrheit des Publikums die Handzettel und Gespräche verweigerte. Nach den Schätzungen der Teams wurde in etwa zwei Drittel der Ansprache von Personen die Annahme von Handzetteln verweigert (d.h., von ca. 1.800 Angesprochenen haben nur 670 den Handzettel angenommen). Es war eine deutlich ablehnende, teils aggressive Ablehnung bei einem großen Teil der TeilnehmerInnen erkennbar. Die „AblehnerInnen“ setzten außerdem häufig Wissenschaft und Universitäten mit der „Lügenpresse“ gleich („Ihr werdet doch bezahlt!“, „Ihr seid doch alle von der Presse!“). Sehr häufig haben nach der Wahrnehmung der VerteilerInnen „besonders aggressiv Aussehende“ die Annahme der Handzettel verweigert. Das lässt vermuten, dass insbesondere die radikaleren Demons trierenden (Rechtsextreme, Hooligans) sich einer Befragung verweigerten. (Handout zur Pressekonferenz am 19.1.2015, S. 3)

Also: Bereits der gemäßigttere Teil der Demonstranten neigt zu deutlich höheren ausländerfeindlichen und chauvinistischen Einstellungen und bekundet zu 89% AfD und 5% NPD und damit anti-demokratischen Parteien wählen zu wollen. Dass damit die in Sachsen vielfach zu hörende Behauptung, das seien lediglich "normale, besorgte Bürger", kaum noch aufrecht zu erhalten ist, dürfte offensichtlich sein.

Und auch die Vermutung, dass die Behauptung von PEGIDA lediglich gegen Islamismus zu sein lediglich vorgeschoben ist, ist für mich damit nicht aus der Welt. Wenn auf diesen Demonstrationen im Vergleich zum Bevölkerungsdurchschnitt vordergründig weniger stark islamkritisch eingestellte Menschen unterwegs sind, die auf der anderen Seite aber zu deutlich höheren ausländerfeindlichen und chauvinistischen Einstellungen neigen, bleibt der Verdacht, dass von den Demonstrationsteilnehmern, der Name PEGIDA tatsächlich als das verstanden wird, was er in meinen Augen ist: Eine Chiffre, die sich gegen "die" Ausländer richtet.

Für mich bleibt allerdings trotzdem die Eingangs gestellte Frage offen: Was ist bloß mit der sächsischen Politikwissenschaft los? Warum neigt diese zu öffentlichkeitswirksamen Kurzschlüssen, die uns inhaltlich in der Auseinandersetzung nicht weiterbringen und unter dem

Strich zu einer Verharmlosung von PEGIDA beitragen?

Ich bin gespannt, ob und wenn ja wie stark die Untersuchungsergebnisse des Teams um Prof. Rucht in die öffentliche Debatte um PEGIDA Eingang finden. Wünschenswert wäre es jedenfalls.

Anmerkung: Es gibt noch eine weitere Untersuchung von Prof. Franz Walter, die ich in diesem Artikel nicht berücksichtigt habe. Dabei handelt es sich bislang sowohl um Befragungen vor Ort als auch um eine online-Befragung von Demonstrationsteilnehmern.

21.01.2015 bis 26.01.2015, regional, ddnf Pressespiegel

PEGIDA-CHEF BACHMANN TRITT ZURÜCK!

mopo, 21.02.2015

Der Gründer und Vereinsvorsitzende von PEGIDA, Lutz Bachmann (41), ist heute Abend (Mittwoch, 21.1.) zurückgetreten. Das erklärte PEGIDA-Sprecherin Kathrin Oertel (36) in einer Pressemitteilung.

Er wird den PEGIDA-Vorstand verlassen und als Chef des PEGIDA e.V. zurücktreten. Ob er noch im Orga-Team bleiben darf, wird noch entschieden.

Damit reagierte das Organisationsteam auf die rassistischen und ausländerfeindlichen Facebook-Posts Bachmanns und das veröffentlichte Foto, auf dem er als Hitler posiert.

Im September 2014, als es PEGIDA noch nicht gab und Bachmann noch als Werbegrafiker arbeitete, beschimpfte Bachmann Asylbewerber bei Facebook als „Gelumpe“, „Drecksack“ und „Viehzeug“. Eine Frau, die damals mit in der Diskussion war, machte die Äußerungen jetzt öffentlich.

Das Hitler-Foto sei wiederum ein Scherz gewesen. Bachmann schrieb dazu bei Facebook: "Christoph Maria Herbst hat es gefallen als ich ihm das Foto zur Veröffentlichung des Satire-Hörbuchs "Er ist wieder da" auf die Pinnwand machte. Man muss sich auch mal selbst auf die Schippe nehmen."

Am Mittwoch meldete sich der Schauspieler Christoph Maria Herbst, der das Buch "Er ist wieder da" (Hitler erwacht wieder in Berlin, von Auto Timur Vermes, erschienen 2012) als Sprecher vertont hat und ließ über seinen Anwalt ausrichten:

"Christoph Maria Herbst hat keine eigene Facebook-Seite. Ebenso falsch ist, dass er das Foto von Herrn Bachmann geliked hat o. ä. Wir bitten, von einer Übernahme einer solchen Aussage von Herrn Bachmann Abstand zu nehmen, da sie unwahr ist."

In einer Pressemitteilung unter der Überschrift "Zum Rücktritt von Pegida-Organisator Lutz Bachmann", die bei MOPO24 einging, sagt Sachsens AfD-Chefin Frau Petry: „Die AfD verurteilt diese von Lutz Bachmann getätigten Äußerungen aufs Schärfste und distanziert sich in aller Deutlichkeit davon. Bachmann hat damit den mühsam erreichten Diskurs zwischen Pegida-Teilnehmern und Politik beschädigt. Politische Glaubwürdigkeit ist ohne persönliche Integrität unmöglich.“

Allerdings rief ein AfD-Sprecher diese Pressemitteilung kurz darauf wieder zurück.

In einer Pressemitteilung äußert sich Lutz Bachmann am Abend:

„Ich entschuldige mich aufrichtig bei allen Bürgern, die sich von meinen Postings angegriffen fühlen. Es waren unüberlegte Äußerungen, die ich so heute nicht mehr tätigen würde. Es tut mir leid, dass ich damit den Interessen unserer Bewegung geschadet haben, und ziehe daraus die Konsequenzen.“

PEGIDA-Sprecherin Oertel kommentiert den Rücktritt: „Lutz Bachmann hat sich bei PEGIDA viele Verdienste erworben. Er hat die Bewegung auf die Straße und in die Medien gebracht und es

gemeinsam mit uns geschafft, Zehntausende dafür zu mobilisieren und zu begeistern.

Wir bedauern diese Entwicklung sehr. Wir bedauern sie umso mehr, als seit dem Wochenende eine andere Wahrnehmung von PEGIDA im Land spürbar war. Diesen Prozess wollen wir kontinuierlich vorantreiben. Der Hitler-Selfie an die Pinnwand von Christoph Maria Herbst als Sprecher von Timur Vermes' ‚Er ist wieder da‘ war Satire, und die steht jedem Bürger frei. Die pauschale Beleidigung fremder Menschen allerdings nicht mehr."

Lutz Bachmann tritt zurück

sz-online, 21.01.2015, szo/dpa

Pegida-Gründer Lutz Bachmann tritt von allen seinen Ämtern bei dem islamkritischen Bündnis zurück. Das sagte Pegida-Sprecherin Kathrin Oertel heute der Deutschen Presse-Agentur, nachdem zuvor die Staatsanwaltschaft Dresden Ermittlungen wegen des Verdachts der Volksverhetzung gegen Bachmann aufgenommen hatte.

Auf der Facebook-Seite von Pegida wurde der Rücktritt von Bachmann ebenfalls gepostet. In der Stellungnahme entschuldigt sich der 41-Jährige „bei allen Bürgern, die sich von meinen Postings angegriffen fühlen.“ Weiter heißt es: „Es tut mir leid, dass ich damit den Interessen unserer Bewegung geschadet haben, und ziehe daraus die Konsequenzen.“

Die sächsische AfD-Fraktion hatte es offenbar schon vorher gewusst: Bereits am Mittwochnachmittag versandte die AfD-Pressestelle versehentlich eine Stellungnahme zum Rücktritt von Pegida-Organisator Lutz Bachmann verbreitet. In der nach wenigen Minuten zurückgezogenen E-Mail nahm AfD-Sprecherin Frauke Petry Stellung zu den Bachmann zugeschriebenen Äußerungen auf Facebook. Demnach verurteile die AfD die von Bachmann getätigten Äußerungen. Bachmann habe damit den Diskurs zwischen Pegida-Teilnehmern und Politik beschädigt, hieß es.

Pegida-Chef Lutz Bachmann war zuvor wegen eines selbst geschossenen und verbreiteten Fotos mit Hitler-Bärtchen und -Scheitel immer mehr unter Druck geraten - auch in den eigenen Reihen. „Die jetzt bekannt gewordenen Facebook-Postings Lutz Bachmanns vom September weisen wir als Verein aufs Schärfste zurück“, erklärte Oertel. „Sie tragen nicht dazu bei, Vertrauen zu den Zielen und Protagonisten von Pegida zu entwickeln.“ Wegen angeblich von ihm stammenden Facebook-Postings mit ausländerfeindlichen Beleidigungen beschäftigt sich zudem die Staatsanwaltschaft Dresden mit ihm. Es sei ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Volksverhetzung eingeleitet worden, sagte Oberstaatsanwalt Jan Hille am Mittwoch.

Der Vorfall müsse Konsequenzen haben, sagte Pegida-Mitorganisator Rene Jahn mit Blick auf das „Hitler-Foto“ der Onlineausgabe der „Bild“-Zeitung. „Mit so etwas will ich nichts zu tun haben.“ Jahn ist Mitglied im Vorstand des islamkritischen Pegida-Vereins, dem Bachmann vorsitzt. „Es geht hier um die gesamte Bewegung und nicht nur um eine Person“, sagte er.

Bachmann selbst hatte in der „Bild“-Zeitung die Echtheit des Fotos bestätigt und als Scherz eingestuft. „Ich hatte das Foto zur Veröffentlichung des Satire-Hörbuchs von ‚Er ist wieder da‘ beim Friseur geknipst und Christoph Maria Herbst auf die Pinnwand gepostet“, sagte der 41-jährige Pegida-Gründer und Cheforganisator. „Man muss sich auch mal selbst auf die Schippe nehmen.“

Schauspieler Herbst ließ über seinen Anwalt mitteilen, er habe keine eigene Seite bei Facebook und

das Foto auch nicht „geliked“ oder ähnliches, wie Bachmann behauptete. Die Echtheit der Facebook-Nachrichten ist noch unbestätigt.

Politiker verschiedener Parteien hatten mit Empörung auf Bachmanns Äußerungen und das „Hitler-Foto“ reagiert. „Der Wolf hat seinen Schafspelz abgelegt. Wer jetzt noch bei Pegida mitläuft, darf sich nicht herausreden, er habe über die rassistischen Hintergründe dieser Aufmärsche nichts gewusst“, erklärte die Linke-Innenpolitikerin Ulla Jelpke. SPD-Chef Sigmar Gabriel sagte der „Bild“: „Wer sich in der Politik wie Hitler maskiert, ist entweder ein ziemlicher Idiot oder ein Nazi. Jeder sollte sich überlegen, ob er solchen Rattenfängern hinterher läuft.“

Die rechtskonservative AfD begrüßte Bachmanns Rücktritt. „Er hat mit seinen traurigen Äußerungen und ekelhaften Scherzen die Menschen von Pegida, die getrieben von ehrlichen Sorgen auf die Straße gehen, beschämt“, sagte Sprecher Christian Lüth. Die AfD hatte in den vergangenen Wochen Kontakt zur Pegida-Bewegung gesucht. Einer öffentlichen Begegnung mit Bachmann war die AfD-Spitze jedoch aus dem Weg gegangen.

Langer Weg zum Dialog: Landesregierung bringt in Dresden Befürworter und Skeptiker von Pegida ins Gespräch

dnn, 21.01.2015, sl und dpa

Mit 300 Menschen hat die sächsische Landesregierung am Mittwochabend im Kongreßzentrum Dresden den Versuch unternommen, miteinander ins Gespräch zu kommen. Rund zwei Stunden lang hatten die Bürger dabei Zeit, gegenseitig Argumente auszutauschen und sich miteinander zu unterhalten. Vertreter der Politik versuchten vor allem zuzuhören.

Sachsens Integrationsministerin Petra Köpping: Es ist ein ganz breites Sammelsurium

50 Tische standen bereit, an denen jeweils sechs zufällig ausgewählte Bürger miteinander zu den Themen Asyl, Zuwanderung und Integration ins Gespräch kommen sollten. Überwiegend waren Männer gekommen, das Durchschnittsalter lag gefühlt bei über 50 Jahren. Jüngere Dresdner oder Migranten waren nur selten bei den Gesprächen dabei. Nach Aussage mehrerer Teilnehmer kamen auf einen Pegida-Skeptiker im Schnitt zwei Befürworter. Die 300 Teilnehmer waren ausgelost worden, insgesamt hatten sich 477 Menschen um die Teilnahme beworben.

Dazu saß jeweils ein Vertreter von Politik, Kirche oder Verwaltung mit dabei, der aber nur beratend zur Seite stehen sollte. An den Tischen nahmen dabei unter anderem Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU), Integrationsministerin Petra Köpping (SPD) und Dresdens Erster Bürgermeister Dirk Hilbert (FDP) Platz. Bei Brezeln und Getränken entwickelten sich schnell teils ruhige, teils aber auch kontroverse Gespräche an den Tischen.

Viktor Vincze vom Dresdner Ausländerbeirat: Die Politik sollte nicht nur auf Pegida zugehen

Das Ziel, unterschiedliche Meinungen zusammen zu bringen, gelang zwar nicht immer, viele Teilnehmer zeigten sich aber zufrieden. „Wir hatten sehr kontroverse Meinungen an unserem Tisch“, meinte einer der Teilnehmer. „Wir hätten die drei- oder vierfache Zeit diskutieren können“. „Es ist ein Schritt in die richtige Richtung, ich gehe positiv hier raus“, meinte ein anderer.

Es wurden ebenso Vorbehalte gegen „Multikulti“ geäußert wie die Frage nach der Perspektiven der „eigenen Bevölkerung und Jugend“ gestellt. Dazu kamen Forderungen nach Strafen für islamische

Hassprediger. Andere Teilnehmer wiederum plädierten für mehr Hilfen bei der Integration von Ausländern, etwa durch mehr Sprachkurse sowie mehr Informationen der Bürger vor der Unterbringung von Flüchtlingen. Zum Teil wurde auch der Vertrauensverlust in die Politik für die Pegida-Demonstrationen verantwortlich gemacht.

„Ich fand, dass es eine sehr sachliche Diskussion war“, bewertete Ministerpräsident Tillich den Abend. Er plädierte dafür, weiter mit Pegida-Teilnehmern zu reden. Er appellierte an beide Seiten zuzuhören, Argumente auszutauschen und auch Gegenargumenten Gehör zu schenken. „Demokratie ist natürlich anstrengend“, gab er zu. Dass es vom ersten Gespräch über das Zuhören bis zum Verstehen noch ein weiter Weg ist, zeigte sich am Abend mehrfach. Als ein Teilnehmer in der Schlussrunde das Thema Islamisierung ansprach, folgte der Zwischenruf „Pegida-Propaganda“ – die rufende Frau wurde von Pegida-Sympathisanten niedergebuhet. Auch als eine weitere junge Frau ihre Ansicht äußerte, Pegida habe einen rechten Kern, erntete sie wütende Zwischenrufe und Beleidigungen. Der Dialog ist hier erst am Anfang, bis zum Akzeptieren anderer Meinungen ist es teils noch weit, bis aus dem „Anfeinder“ der wird, der schlicht anders denkt, braucht es noch viel Zeit.

Einig waren sich die meisten Teilnehmer, dass der Dialog verstärkt werden müsse. Man habe mit dem Format einen Nerv getroffen, befand Ministerpräsident Tillich. Daher soll das Format fortgesetzt werden, auch andere Politikfelder sollen dann zur Sprache kommen. Auch Integrationsministerin Petra Köpping kündigte an, noch mehr den Dialog zu suchen. Die bisherigen Anstrengungen hätten nicht ausgereicht. Auch Dresdens Erster Bürgermeister Dirk Hilbert kündigte weitere Anstrengungen an. Die Kommunen seien hier noch in einem „Lernprozess“, mit dem Bürgertelefon, verstärkten Infos über die Ortsbeiräte und Veranstaltungen in den Stadtteilen sei Dresden aber auf einem guten Weg.

Viktor Vincze vom Dresdner Ausländerbeirat: Die Politik sollte nicht nur auf Pegida zugehen

dnn, 22.01.2015, sl

Herr Vincze, wie bewerten sie den heutigen Abend?

Ich fand die Runde an sich gut. Es ist wichtig, dass endlich ein Dialog beginnt. Schade, dass dafür Pegida notwendig war. Was ich wirklich schade fand war, dass die gewählten Vertreter der Migranten keine stärkere Rolle erhalten haben. Aber ich war gerne dabei. Es ist ja nicht das erste Forum, an dem ich teilgenommen und mich mit Pegida-Teilnehmern auseinander gesetzt habe. Es war heute ein erster wichtiger Schritt, gucken wir mal, wie es weitergeht.

Wie war die Stimmung an ihren Tischen?

Wenn ich das diplomatisch formulieren darf: Es war die gesamte Breite der Meinungen zu hören. Es waren zwei Lager, ich habe versucht, da ein wenig zu vermitteln und ich glaube, dass ich da an unseren Tischen etwas bewirken konnte.

Was könnte man ihrer Meinung nach in den nächsten Runden noch verbessern?

Was die Landeshauptstadt machen könnte und sollte, ist, den Dialog fortzusetzen, damit die Bürger sehen, dass sie ernst genommen werden. Man sollte aber auch nicht vergessen, dass rund 10 Prozent der Dresdner Bürger einen Migrationshintergrund haben. Das ist eine wichtige Größe! Auch die Ängste dieser Bürger sollten ernst genommen werden. Ich würde mich daher freuen, wenn es so ein

Podium auch für Migranten geben würde, um zu sehen wie sie sich fühlen was sie bewegt, und dass wir auch darüber reden, welche Ängste sie haben. Die Politik sollte nicht nur auf Pegida zugehen.

Streit um Pressekonferenz in der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung

addn, 22.01.2015, Paul

Im Anschluss an eine Pressekonferenz von PEGIDA am Montag in den Räumlichkeiten der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung (SLpB), wurde Kritik an dem Vorgehen der dem Papier nach "überparteilichen" staatlichen Bildungsanstalt laut. Der Veranstaltung vorausgegangen war eine Anfrage von PEGIDA am Donnerstagnachmittag. Darin baten drei Organisatoren den Direktor der SLpB, Frank Richter, ihnen die Möglichkeit zu geben, eine Brücke zur Presse zu bauen. Zudem habe es im Netz "deutliche Hinweise" darauf gegeben, "dass Antifa-Gruppen ihr Kommen" für Montag angekündigt hätten. Richter, der bereits vor gut einem Jahr mit dem Versuch gescheitert war, die damals noch im Sächsischen Landtag vertretene NPD als Gesprächspartner für eine Podiumsdiskussion zu gewinnen, hatte in Dresden als Moderator einer städtischen Arbeitsgruppe zum 13. Februar einen großen Beitrag zur Beruhigung des in Dresden Jahr für Jahr begangenen Gedenktages beigetragen. Nach Kontroversen mit Oberbürgermeisterin Helma Orosz (CDU) über die inhaltliche Ausrichtung der städtischen Gedenkkultur war der einstige DDR-Bürgerrechtler im Oktober 2013 von seinem Amt als Moderator zurückgetreten.

In einer Talkrunde bei Günther Jauch, bei der sich neben Richter und Oertel auch der AfD-Landtagsabgeordnete Alexander Gauland, SPD-Politiker Wolfgang Thierse und Jens Spahn von der CDU gemeinsam über eine Fortführung des Dialogs verständigten, hatte Oertel nahezu unwidersprochen mit unkonkreten Phrasen zur besten Sendezeit über vermeintliche gesellschaftliche Tabuthemen gesprochen und mehr Volkswillen in der Politik angemahnt. Widerspruch erfuhr sie, in der mit wenigen Kontroversen geführten Diskussion, lediglich durch den CDU-Mann. Frank Richter hatte in der Sendung nur sehr wenig neues beizutragen und beschränkte sich in seinem Selbstverständnis als neutraler Moderator vielmehr darauf, Oertel Tipps zu einer besseren Darstellung in der Öffentlichkeit zu geben und Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) für ihre Neujahrsansprache zu kritisieren. Und während sich die Gäste von Jauch über die von den "Patriotischen Europäern" geschürte Furcht vor einer angeblichen Islamisierung unterhielten, war von den für das Format verantwortlichen Personen nicht ein einziger muslimischer Gast in die Sendung eingeladen worden.

Die von mehreren Fernsehsendern live übertragene Pressekonferenz von PEGIDA am Montagvormittag brachte das Fass schließlich zum Überlaufen. Deutliche Worte zu dieser Entscheidung kamen unter anderem von Stefan Schönfelder, dem Geschäftsführer von Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen. Seiner Ansicht nach dürfe politische Bildungsarbeit "rassistischen, chauvinistischen, völkischen Ideologien nicht unwidersprochen eine Plattform [geben]. Wer seine Räume 'PEGIDA' für Verlautbarungen zur Verfügung stellt, hat seine Rolle in der politischen Bildung aufgegeben. Frank Richter hat die Demokratie in Sachsen geschwächt, eine Rolle als Moderator ohne Haltung eingenommen und Seelsorge mit politischer Bildung verwechselt." Kritik kam auch vom Präsidenten der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), Thomas Krüger (SPD). Dieser warf Richter im Tagesspiegel eine "einseitige Raumvergabe [...] an eine parteiische Gruppierung" vor. Wenn parallel dazu der Gegenseite nicht die gleiche Möglichkeit eingeräumt wurde, sei eine "rote Linie" überschritten. "Die Sächsische Landeszentrale habe ein anderes Verständnis für politische Bildung als wir." "Wir sollten nicht den Steigbügelhalter für die Pegida-Bewegung geben. Man kann sie zum Gespräch einladen, aber man muss ihnen nicht bei der Übermittlung ihrer Botschaften helfen.", so der Harald Parigger, der Leiter der

Landeszentrale für politische Bildung in Bayern.

Der Sprecher des Netzwerks "Dresden für Alle", Eric Hattke, zeigte sich verwundert über die Entscheidung der SLpB, "schließlich hatten wir als demokratische Initiative schon vor langer Zeit den Kontakt zur Landeszentrale und zu Herrn Richter gesucht, bislang allerdings ohne Antwort". Für ihn entstehe "der Eindruck einer Bevorzugung von Pegida e.V. durch eine staatliche Behörde". Er forderte die Bildungsinstitution auf, "zeitnah" mit denjenigen zivilgesellschaftlichen Initiativen und Migrantenverbänden Kontakt aufzunehmen, die sich für ein weltoffenes Sachsens einsetzen. "Jeden Tag hören wir von den Ängsten, die Menschen mit einer anderen Hautfarbe haben. Wir führen das Gespräch mit denjenigen, die uns von Hass, Beschimpfungen, Aggression und körperlichen Übergriffen berichten, die in den letzten Monaten eine völlig neue und unerträgliche Dimension erhalten haben. Das ist in der Öffentlichkeit bisher viel zu wenig bekannt, all diese Menschen haben keine Plattform." Das Bündnis "Dresden Nazifrei" kritisierte die Veranstaltung als "Schmierentheater", "zu dem sich auch noch genau die Akteure einer funktionierenden demokratischen Gesellschaft missbrauchen lassen, die von Pegida seit Wochen als "Lügenpresse" diffamiert werden". Nicht die von PEGIDA in den Räumen der SLpB inszenierte Bedrohungslage sei ein Problem, sondern die tatsächliche Bedrohung derjenigen, die unter dem rassistischen Klima in der Stadt besonders zu leiden haben.

Auch die Landesvorsitzende der sächsischen Jungsozialistinnen und Jungsozialisten (Jusos), Katharina Schenk, zeigte wenig Verständnis: "Durch sein Verhalten hat Herr Richter viel Porzellan zerschlagen". Eine Schritt weiter ging die Grüne Jugend, deren Landessprecher Jan Estelmann den Direktor der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung sogar zum Rücktritt aufforderte. Richter habe nach der Einladung der NPD zu einer Diskussionsveranstaltung im Oktober 2013 abermals bewiesen, "dass ihm jegliches Bewusstsein für die Bedeutung seines Amtes fehlt und ist als Leiter der Landeszentrale für politische Bildung endgültig nicht mehr tragbar. Wenn Herr Richter sich nicht der Notwendigkeit seines Rücktritts bewusst wird, sollte er seines Amtes enthoben werden, auch um weiteren Schaden von der SLpB abzuwenden."

Annekatriin Klepsch, Landtagsabgeordnete der Linken, würdigte zunächst Richters Verdienste bei der Organisation von Dialogforen und seinen Einsatz auf etlichen Diskussionsveranstaltungen im Zusammenhang mit der Unterbringung von Asylsuchenden. "Dass nun allerdings eine Gruppierung, die in den Parolen und Reden ihres allwöchentlichen Auftretens faktisch Religionsfreiheit, Asylrecht und Pressefreiheit in Frage stellt, das Podium der steuermittelfinanzierten Landeszentrale für politische Bildung für eine Pressekonferenz nutzen kann", bezeichnete die Parlamentarierin nicht nur als "Zumutung für alle Menschen, die sich kritisch mit PEGIDA auseinandersetzen", sondern auch als "klare Überschreitung des Auftrages der Landeszentrale, sich um politische Bildung zu kümmern". Der Fraktionsvorsitzende der Grünen, Volkmar Zschocke, reagierte mit Unverständnis: "Es kann nicht Aufgabe der steuerfinanzierten Landeszentrale sein, eine politische Organisation exklusiv bei der Verbreitung ihrer Positionen zu unterstützen." Die Unterstützung einer Organisation, die seiner Auffassung nach diesen "ureigensten Aufgaben entgegenwirkt", sei "bittere Ironie".

Der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion, Christian Piwarz, warnte davor, die Landeszentrale zum "Sündenbock" im Umgang mit PEGIDA zu machen. Die Pressekonferenz sei "dringend notwendig" gewesen, um die Öffentlichkeit über die Absage der Demonstration und die allgemeine Gefährdungslage am Montagabend zu informieren. Die Kritik daran wies er mit der Begründung zurück, dass es "genau dieses ausgrenzende Verhalten [sei], was am Ende immer mehr Menschen auf die Straßen treibt." Gegenüber MDR 1 Radio Sachsen zeigte sich Richter am Dienstag ebenfalls uneinsichtig. Die Veranstaltung am Montag habe im Einvernehmen mit dem Kuratoriumsvorsitzenden Lars Rohwer (CDU) stattgefunden. Er stehe dazu und würde in einer ähnlichen Situation wahrscheinlich wieder so entscheiden. Lars Rohwer hatte Richter am Montag

als "integre Persönlichkeit" verteidigt, "die mit hohem persönlichem Engagement und Sachverstand zwischen den verschiedensten Positionen vermittelt."

Das von der Polizei durchgesetzte Totalverbot aller Versammlungen sowie die im Fernsehen und von der SLpB signalisierte Bereitschaft, PEGIDA ein noch größeres Forum als ihre montäglichen Massenaufmärsche zu geben, dürften der inzwischen nur noch dem Namen nach islamkritischen Bewegung in der nächsten Woche einiges an Mobilisierungsarbeit erspart haben. Eines jedoch haben die seit Wochen andauernden Diskussionen über den richtigen Umgang mit PEGIDA allerdings auch gezeigt, die von Migrantinnen und Migranten empfundenen Ängste und Bedrohungen spielten in der öffentlichen Wahrnehmung nur eine Woche nach der Ermordung von Khaled Idris Bahray weder in der Talkrunde in der ARD, noch bei der Pressekonferenz am Folgetag überhaupt eine Rolle. Einzig das sächsische Innenministerium reagierte auf den Wunsch der aus Eritrea geflüchteten Menschen, in ein anderes Bundesland verlegt werden zu dürfen, mit den knappen Worten: "Die Bundesrepublik Deutschland hindert niemanden, das Land zu verlassen.", Willkommenskultur auf Sächsisch eben.

Pegida-Pressekonferenz in der LZpB: Heftige Diskussion um Frank Richter

dnn, 22.01.2015, Stephan Lose

Die Gastgeberrolle der Landeszentrale für politische Bildung (LZpB) in Sachsen für eine Pressekonferenz von Pegida sorgt weiter für Diskussionsstoff. Die Entscheidung von LZpB-Chef Frank Richter, dem umstrittenen Bündnis am Montag einen Ort für deren erste Pressekonferenz überhaupt zur Verfügung gestellt zu haben, wurde heftig kritisiert.

Richter ging mit der Kritik auf der ihm eigenen Art und Weise um: Statt den Ärger auszusitzen, lud er am Donnerstag seine Kritiker zur Aussprache ein. Mehr als 60 Bürger folgten der Einladung in den vollen Saal der LZpB-Stätte. "Die letzten Tage waren sehr eindrucksvoll", gab Richter zu. Wie er berichtete, sei Pegida vor einiger Zeit erstmals auf ihn zugekommen, habe wissen wollen, wie man mit der Presse reden könne. Zu diesem Zeitpunkt waren Medienvertreter für das Bündnis noch "Lügenpresse", Woche um Woche arbeiteten sich Pegida-Redner an den Medien ab - ohne selbst mit Journalisten zu sprechen.

Am vergangenen Wochenende hatten die Pegida-Organisatoren ihre Meinung offenbar geändert. Unter dem Eindruck der Terrorwarnung und der Morddrohungen gegen den damaligen Pegida-Chef Lutz Bachmann habe Kathrin Oertel vom Verein Pegida e.V. Richter am Sonntag angerufen und um eine Pressekonferenz gebeten. "Helfen Sie uns, unsere Anhängerschaft zu erreichen", gibt Richter die Anfrage wieder. Er habe sich danach mit dem Vorsitzenden seines Kuratoriums abgesprochen. Ein alternativer Raum habe sich nicht gefunden, und so konnte am Montag Pegida seine Pressekonferenz im Saal der Landeszentrale für politische Bildung abhalten.

Bilder der PK vom Montag:

Bei vielen der am Donnerstag gekommenen Gäste verfiel diese Erklärung nicht. "Ich nehme es Ihnen nicht ab", kritisierte ein Gast die Aussage, dass sich kein anderer Raum finden ließe. Es sei Pegida sehr wohl zuzumuten gewesen, sich einen öffentlichen Raum zu organisieren, beispielsweise einen Tagungsraum in einem Dresdner Hotel. Auch die Tatsache, dass die Landeszentrale die Journalisten über den hauseigenen Presseverteiler informierte, sorgte für Missfallen. Es sei nicht die Aufgabe der Landeszentrale, als Dienstleister für die Öffentlichkeitsarbeit von Pegida zu fungieren,

kritisierte Silvio Lang, Sprecher von Dresden Nazifrei. Man habe einer Gruppe, die den demokratischen Grundkonsens nicht teile, eine Bühne geboten, auf der Pegida unter anderem zur Teilnahme an der Legida-Demo am Mittwoch in Leipzig aufrufen konnte.

Zudem wurde bemängelt, dass die Landeszentrale ausschließlich Pegida ein Podium geboten habe. Flüchtlingen und Migranten oder auch dem Bündnis "Dresden für alle" werde so eine Möglichkeit nicht geboten. Wer Pegida öffentliche Räume biete, dränge andere Gruppen und Betroffene zurück, argumentierte Grit Hanneforth vom Kulturbüro Dresden. Im Sinne der Überparteilichkeit wäre es nach Meinung einiger Diskutanten angebracht gewesen, auch einen Vertreter der Gegenseite einzuladen. Pegida habe hier eine "Belohnung an der falschen Stelle" erhalten, sagte "Dresden für alle"-Sprecher Eric Hattke.

Zuspruch erhielt Richter an dem Abend vor allem von Pegida-Befürwortern. Diese lobten, dass Richter den Dialog anbiete, er habe die Möglichkeit geboten, die Diskussion in Gang und Menschen zusammen zu bringen. "Es ist die Landeszentrale für alle", war einer von mehreren positiven Einwüfen.

Andere fanden hingegen, dass es keine Diskussion gegeben habe. Die Pressekonferenz sei ein Monolog, kein Dialog. Zudem habe Pegida die Regeln und Leitung selbst inne gehabt, so sei es schlicht eine einseitige Vorstellung von Pegida gewesen.

Die Diskussion verlief dabei kontrovers, aber meist fair und ruhig, für die größte Unruhe sorgte dabei ausgerechnet LZpB-Kuratoriums-Mitglied, Bernd Mönch, der zum Schluss einige Richter-Kritiker scharf angriff. Frank Richter selbst verfolgte die Diskussion meist schweigend, gab aber zu, dass ihn einige Vorwürfe weh getan hätten. "Es gibt kein Schlusswort", meinte der an diesem Abend oft Gescholtene, "von mir schon gar nicht".

Grönemeyer für Dresden

sz-online, 22.01.2015, dpa

Die erste Großdemo für Toleranz und Weltoffenheit in Dresden stemmten Stadt und Freistaat. Nun machen die Bürger selbst ein Fest mit Musik und Tanz. Prominente Künstler sind begeistert - und Canaletto wird bunt.

Herbert Grönemeyer, Jan-Josef Liefers und Radio Doria, Silly, Keimzeit und Christian Friedel mit Woods of Birnam sind Botschafter für ein buntes Dresden. Sie spielen am Montag ab 18 Uhr bei einem von Bürgern initiierten Fest unter dem Motto „Offen und bunt - Dresden für alle“ an der Frauenkirche. Das Programm umfasst auch Auftritte von Dresdner Musikern von Semperoper und Philharmonie bis hin zu Yellow Umbrella und Banda Comunale, wie die Organisatoren am Donnerstag bekanntgaben. „Wir hoffen auf ein tausendfaches Bekenntnis für Weltoffenheit und Toleranz“, sagte Mitinitiator Gerhard Ehninger vom Dresdner Verein „Dresden – Place to be“.

Dafür tun sich auch Toni Krahl (City) und Sebastian Krumbiegel (Die Prinzen) zusammen, kommen Jeanette Biedermann mit Ewig, Jupiter Jones und Marquess in die Elbestadt. Zu den Organisatoren gehören mit den Initiativen „Dresden für alle“ und „Weltoffenes Dresden“ auch die bisher schon für ein anderes Bild der Stadt tätigen Akteure. „Es ist ein vielfarbiges Bündnis, das will eines: gegenseitige Toleranz und Respekt, aber auch Diskussionskultur“, betonte Ehninger. Statt Politikerreden wird es kurze Gespräche, Live-Statements etwa von Komiker Olaf Schubert sowie Videobotschaften von Menschen geben, die von Ausländerfeindlichkeit betroffen sind oder sich

dagegen engagieren.

Pegida-Anhänger auch auf die Straße

Die Veranstaltung findet zeitgleich zur 13. Kundgebung der islamkritischen Pegida-Bewegung statt. Nachdem die letzte montägliche Aktion wegen einer Terrordrohung abgesagt wurde, wollen die „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ wieder auf die Straße gehen - trotz des zwischenzeitlichen Rückzugs ihres Gründers Lutz Bachmann. Der Ort ist noch nicht bekannt.

„Wir stehen nicht gegen, sondern für etwas: dass in Dresden auch Weltoffenheit gelebt wird“, betonte Ehninger. Davon soll auch die berühmte Skyline der Barockstadt zeugen: ein bunt angestrahelter Canaletto-Blick. Für das rein private Fest mit Musik und Tanz würden noch Spender gesucht, sagte Organisationschef Volker Knöll. Zudem laufen Gespräche mit TV-Sendern wegen einer Liveübertragung. „Es wäre toll, wenn das noch klappt.“

Warum lügt die Polizei bei den Demonstrantenzahlen?

l-iz, 22.01.2015

Die Fülle an Informationen am Tag nach der zweiten Legida-Demonstration ist so hoch, dass es Zeit benötigt, alles zu sortieren, zu debattieren und das eine oder andere genauer unter die Lupe zu legen. Da liegen, neben den Anschlägen auf die Deutsche Bahn durch linke Extremisten, Übergriffe von gewalttätigen Legida-Anhängern auf Journalisten, nun auch noch die von der Polizeidirektion verkündete Demonstrantenzahl von angeblich 15.000 Legida-Demonstranten. Denn diese ist schlicht falsch und eindeutig zu hoch.

Mitbewohner soll Khaled B. erstochen haben

sz-online, 22.01.2015, Alexander Schneider

Die Tötung des 20-jährigen Asylbewerbers Khaled B. ist nach Angaben der Staatsanwaltschaft aufgeklärt. Ein 26-jähriger Mitbewohner habe am Donnerstag gestanden, den jungen Mann aus Eritrea erstochen zu haben, teilte die Behörde mit. Ein Ermittlungsrichter hat den Haftbefehl wegen Totschlags gegen den Verdächtigen erlassen. Der Afrikaner, der wie Khaled B. aus Eritrea stammt, sitzt in Untersuchungshaft. Ein Streit um die Haushaltsführung soll der Messerattacke vorausgegangen sein.

Der Tote wurde am Dienstag vergangener Woche im Hinterhof eines Plattenbaus in der Johannes-Paul-Thilman-Straße im Dresdner Stadtteil Leubnitz-Neuostra gefunden. Die Leiche lag unterhalb der Wohnung, nur wenige Meter versetzt in der Nähe eines Hauseingangs. Dort hatte eine Frau sie gegen 7.40 Uhr entdeckt.

Der 26-jährige Mitbewohner habe ausgesagt, dass er dort am Vorabend zwischen 20 und 21 Uhr mit Khaled B. gestritten habe – es sei um die Zuständigkeiten in der Wohngemeinschaft gegangen. Zum Durchbruch der Ermittlungen habe die Analyse der mutmaßlichen Tatwaffe geführt, sagte Jan Hille, Sprecher der Staatsanwaltschaft. Auf dem Messer befanden sich DNA-Spuren. Der Verdächtige sei daraufhin am Vormittag festgenommen worden und habe ein Geständnis abgelegt.

Khaled hatte erst seit wenigen Monaten in dem Haus gewohnt. Er teilte sich eine Vier-Raum-Wohnung mit sieben Männern, ebenfalls Flüchtlinge aus Afrika.

Es war zunächst ein rätselhafter Fall. Nach erstem Eindruck der Kriminalbeamten bei der Leichenschau vor Ort habe nichts auf ein Gewaltverbrechen hingedeutet. Als einzige Wunde hätten sie eine offene Schlüsselbeinfraktur festgestellt. Erst am nächsten Tag seien bei der Obduktion Stichverletzungen in Hals und Brust gefunden worden.

Auf Unverständnis stieß, dass die Ermittler nicht bereits am Fundort die Messerstiche festgestellt hatten. Der innenpolitische Sprecher der Grünen im Bundestag, Volker Beck, hatte die Ermittlungsbehörden wegen Strafvereitelung angezeigt. Es seien wertvolle Spuren vernichtet worden. Die Staatsanwaltschaft erklärte, die Stiche seien nicht zu erkennen gewesen.

Die Ermittlungen fanden unter hohem Druck statt. Flüchtlingsverbände kritisierten eine zunehmende Fremdenfeindlichkeit in Dresden und machten dafür auch die Pegida-Demonstrationen verantwortlich. Medien berichteten bundesweit über das Verbrechen. 3000 Menschen demonstrierten am Sonnabend in der Stadt, darunter Hunderte Afrikaner. Viele gingen von einem rassistischen Tatmotiv aus. Die schnelle Klärung der Tat könnte die spürbare Anspannung in der Stadt lösen.

MITBEWOHNER VON KHALED (†20) LEGT GESTÄNDNIS AB!

mopo, 22.01.2015

Der Mörder von Khaled Idris (20) ist offenbar geschnappt! Ein ausländischer Mitbewohner des Asylbewerbers hat ein Geständnis abgelegt.

Der mutmaßliche Täter hat demnach bei einem Verhör der Mordkommission die Tat zugegeben.

Wie der Sprecher der Staatsanwaltschaft Jan Hille mitteilt, sei Haftbefehl wegen Totschlags gegen einen 26-jährigen Mitbewohner und Landsmann aus Eritrea erlassen wurden.

Das Motiv soll ein Streit um die Haushaltsführung sein. Das zumindest hat der Täter behauptet.

Ermittelt wurde der Mann nachdem Kriminalermittler die Tatwaffe gefunden hatten und die Spuren daran dem Täter zuordnen konnten.

Die Pressesprecherin im Justizministerium Birgit Ackermann zu MOPO24: "Wir sind froh, dass die Ermittlungen so schnell zum Abschluss geführt wurden." Insgesamt dauerten die Ermittlungen damit neun Tage.

Khaled war am Dienstag, 13. Januar um 7.40 Uhr tot im Hof Plattenbausiedlung Johannes-Paul-Thilman-Straße (Leubnitz-Neuostra) aufgefunden worden. Zunächst hatte die Polizei gemeldet, dass er nicht Opfer eines Verbrechens wurde.

Wie dann aber die Obduktion ergab, wurde er durch mehrere Messerstiche in den Halsbereich getötet.

Um die Tat gab es in den letzten Tagen heftige Diskussionen. Da sie an einem Montagabend passierte, war für viele PEGIDA-Gegner pauschal klar, dass es sich um eine Tat rechtsextremer

Ausländerhasser handelt. Es gab Demonstrationen, Khaled wurde zu einer Art rassistischem Opfer stilisiert. Bei linksautonomen Demos in Leipzig wurde sogar "Rache für Khaled" skandiert.

Nun werden einmal mehr die Bedingungen der Unterbringung von jungen Asylbewerbern und ihre Betreuung durch geschultes Personal im Mittelpunkt der Diskussion stehen.

KEINE MONTAGSDEMO! PEGIDA WEICHT AUF SONNTAG AUS!

mopo, 23.01.2015

Jetzt ist es amtlich: PEGIDA zieht die für Montag in Dresden angekündigte Kundgebung auf Sonntagnachmittag vor.

Nach Informationen aus dem Ordnungsamt wurde von PEGIDA für Sonntag eine Kundgebung mit 25.000 Teilnehmern angemeldet. Die 13. Kundgebung soll um 14.30 Uhr auf dem Theaterplatz stattfinden.

"Zum Ersten wäre da der Frieden und die Sicherheit unserer schönen Stadt. Wir wollen keinesfalls, dass es zu Ausschreitungen kommt, welche auf Grund der Großzahl linker Chaoten und Gewalttäter aus dem autonomen SANTifa-Spektrum (welche sich für Montag angekündigt haben) kommt", begründet das islamkritische PEGIDA-Bündnis die Verlegung auf seiner Facebook-Seite.

Der zweite Grund: Am Montag veranstaltet der Verein "Dresden - Place to be" unter dem Motto „Offen und bunt – Dresden für alle“ auf dem Neumarkt ein großes Konzert, bei dem neben Herbert Grönemeyer unter anderem Jan Josef Liefers & Band, Silly, Keimzeit, Jupiter Jones und Jeannette Biedermann auftreten. Dabei werden bis zu 40.000 Teilnehmer erwartet.

"Wir von PEGIDA möchten uns diesem Motto nicht verschließen. Damit unsere Spaziergänger mit ihren Familien sich dieses kostenlose kulturelle Großerebnis nicht entgehen lassen müssen, haben wir uns entschlossen, unsere Veranstaltung auf den Sonntag zu verlegen", teilte PEGIDA-Sprecherin Kathrin Oertel (36) mit.

Das Bündnis "Dresden nazifrei" kündigte an, auf die vorgezogene Pegida-Kundgebung zu reagieren.

"Wir planen eine Protestaktion auf dem Schlossplatz", sagte ein Sprecher am Freitag. Gemeinsam mit dem Bündnis "Dresden für alle" soll es zeitgleich eine Gegenveranstaltung geben. Auch die Künstlergruppe der "Straßenkehrer" aus den letzten Wochen wird am Sonntag in Aktion treten.

Für die Polizei in Dresden bedeutet die veränderte Lage einen erheblichen Mehraufwand.

Polizeisprecher René Eufe sagte dem MDR, statt einem müsse man jetzt eben zwei Einsätze planen.

Was die Anzahl der Polizeikräfte angeht, werde für Sonntag mit einem vergleichbaren Aufgebot wie an den Pegida-Montagen geplant. Es seien Einsatzkräfte aus Sachsen und anderen Bundesländern angefragt worden.

Pegida meldet Kundgebung für Sonntag an

sz-online, 23.01.2015

Das Pegida-Bündnis wird in Dresden keinen „Abendspaziergang“, sondern nur eine Kundgebung abhalten. Die 13. Veranstaltung soll um 14:30 Uhr auf dem Theaterplatz starten. Das teilten die „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ auf ihrer Facebook-Seite mit. Wie eine Sprecherin der Stadt Dresden am Freitag sagte, habe Pegida für Sonntag eine Kundgebung mit 25 000 Teilnehmern angemeldet.

„Wir machen eine Ausnahme und treffen uns am Sonntag zum 13. Mal“, teilten die Pegida-Organisatoren auf ihrer Facebook-Seite mit. Den verschobenen Termin begründeten sie unter anderem damit, mögliche Zusammenstöße mit Gegendemonstranten zu vermeiden. „Zudem wollen sicher viele unserer Anhänger auch gern zum Konzert von Gröni und Silly“, hieß es mit Bezug auf eine am Montagabend geplante Konzertveranstaltung. Pegida-Anhänger sollten sich „dieses kostenlose kulturelle Großerebnis nicht entgehen lassen müssen“, erklärten die Organisatoren. Zu der Konzertveranstaltung am Montag unter dem Motto „Offen und bunt - Dresden für alle“ werden unter anderem Herbert Grönemeyer, Jan-Josef Liefers, Silly und Keimzeit erwartet. Finanziert wird das Konzert aus Spenden. Zwar spielen die Musiker ohne Gage. Für Bühnentechnik, Hotel- und Reisekosten ist aber ein sechsstelliger Betrag notwendig.

Am vergangenen Montag war die Pegida-Kundgebung wegen einer Terrordrohung von Islamisten gegen den inzwischen zurückgetretenen Pegida-Chef Lutz Bachmann abgesagt worden. Auch alle anderen öffentlichen Veranstaltungen wurden am Montag untersagt.

Das Bündnis „Dresden nazifrei“ kündigte an, auf die vorgezogene Pegida-Kundgebung zu reagieren. Ort und Umfang seien noch unklar. „Aber ich gehe fest davon aus, dass wir am Sonntag aktiv sein werden“, sagte ein Sprecher am Freitag.

Dresdner Pegida verlegt Kundgebung auf Sonntag – Gegendemonstrationen geplant

dnn, 23.01.2015

Das Dresdner Pegida-Bündnis verlegt seine Kundgebung. Statt wie gewohnt am Montagabend, weicht Pegida auf Sonntagnachmittag aus. Ein breites Bündnis will sich der Veranstaltung aber entgegenstellen. Geplant sei um 14 Uhr auf dem Schlossplatz eine Kundgebung unter dem Motto „Refugees welcome“ (Flüchtlinge willkommen), teilte das Bündnis „Dresden nazifrei“ auf seiner Internetseite mit. Daran beteiligt seien auch das Bündnis „Dresden für alle“ und die „Aktion Neujahrsputz“.

Das islamkritische Pegida-Bündnis hatte seine für Montag angekündigte Kundgebung auf Sonntag 14.30 Uhr vorgezogen. Einer der Gründe: Sie würden ihren Anhängern die Möglichkeit geben wollen, ein kostenloses Konzert am Montag mit Stars wie Herbert Grönemeyer zu sehen, hieß es. Pegida-Anhänger sollten sich „dieses kostenlose kulturelle Großerebnis nicht entgehen lassen müssen“, erklärten die Organisatoren in einer am Freitag verbreiteten Mitteilung.

Die Veranstaltung, an der neben Grönemeyer unter anderem auch Jupiter Jones, Keimzeit, Yellow Umbrella und Jeanette Biedermann teilnehmen, ruft zu Weltoffenheit und gegen Rassismus auf. „Alle, die diese Inhalte mit uns teilen, sind herzlich eingeladen“, erklärten die Organisatoren und betonten, dass die Veranstaltung ausschließlich spendenfinanziert sei. „Wir bekommen keine

öffentlichen Mittel, sondern bezahlen Umsatzsteuer“, widersprachen sie Behauptungen von Pegida.

Die Polizei bereitet sich unterdessen auf einen Einsatz am Sonntag vor: „Wir müssen uns nach den Anmeldungen richten“, sagte ein Polizeisprecher. Wie sich die Polizei aufstelle, hänge auch davon ab, wie viele Anmeldungen für Gegenveranstaltungen bei der Stadt eingingen.

Noch in der vergangenen Woche mussten die Pegida -Versammlung sowie alle Versammlungen unter freiem Himmel in der Stadt ausfallen, da die Polizei ein ernsthaftes Anschlagsszenario befürchtete. Die Polizei sicherte die Stadt mit rund 1600 Beamten, ein Anschlag blieb aus. Inzwischen liegt keine akute Terrorwarnung mehr vor, da sich die Drohung gegen den inzwischen zurückgetretenen Pegida-Führer Lutz Bachmann richtete.

Für Weltoffenheit in Dresden: Grönemeyer, Adel Tawil, Sarah Connor und Jupiter Jones singen vor Frauenkirche

dnn, 26.01.2015, dbr und dpa

Für Weltoffenheit in Dresden: Grönemeyer, Adel Tawil, Sarah Connor und Jupiter Jones singen vor Frauenkirche

Bis zu 40.000 Menschen werden am Montagabend zur Veranstaltung „Offen und bunt – Dresden für alle!“ auf dem Neumarkt vor der Frauenkirche erwartet. Dorthin lädt der Verein „Dresden – Place to be“ ein, um ein Zeichen für ein buntes und weltoffenes Dresden zu setzen.

„Wir stehen nicht gegen, sondern für etwas: dass in Dresden auch Weltoffenheit gelebt wird“, betont Mitinitiator Gerhard Ehninger von Place to be e.V.. Davon soll auch die berühmte Skyline der Barockstadt zeugen: ein bunt angestrahler Canaletto-Blick. Im Mittelpunkt stehen aber zahlreiche Künstler, die ohne Gage in Dresden auftreten. Herbert Grönemeyer, Jupiter Jones, Wolfgang Niedecken, Adel Tawil, Sarah Connor und viele mehr wollen ein Zeichen für Weltoffenheit setzen. Auch Keimzeit, Jeanette Biedermann und die Dresdner Bands Christian Friedel und Woods of Birnam, Banda Comunale und Yellow Umbrella treten auf. Die Auftritte sind zwischen 18 Uhr und 20.30 Uhr geplant. Statt Reden von Politikern sind kurze Statements geplant.

Zu den Organisatoren gehören auch die Initiativen „Dresden für alle“ und „Weltoffenes Dresden“. „Es ist ein vielfarbiges Bündnis, das eines will: gegenseitige Toleranz und Respekt, aber auch Diskussionskultur“, betonte Ehninger. Statt Politikerreden wird es kurze Gespräche, Live-Statements etwa von Komiker Olaf Schubert sowie Videobotschaften von Menschen geben, die von Ausländerfeindlichkeit betroffen sind oder sich dagegen engagieren.

Im Gegensatz zu den Behauptungen von Pegida fließe für das Konzert kein Steuergeld, stellen die Organisatoren klar. Die Veranstaltung ist komplett privat finanziert. Die Künstler verzichten auf Gage, viele Helfer würden sich ehrenamtlich engagieren. Für bestehende Kosten wie die Bühnentechnik werden zudem weiter Spenden erbeten.

Der Schlagersänger Roland Kaiser hatte bereits vor einigen Wochen auf einer Großkundgebung des Freistaats Sachsen Position bezogen und sich für Toleranz und Weltoffenheit in Dresden ausgesprochen. Bei der Aktion vor Frauenkirche am 11. Januar kamen Zehntausende Menschen zusammen. Kaiser appellierte damals an die Dresdner: "Wir können die vergangenen Wochen nicht zurückdrehen. Aber wir können heute damit anfangen, ein Zeichen zu setzen für Weltoffenheit und Toleranz."

Die Rede von Roland Kaiser im Wortlaut.

Casper mit deutlicher Position

Auch der Sänger und Rapper Casper, der im Sommer ein Konzert bei den Filmnächten am Elbufer plant, hatte sich bereits zu den Pegida-Kundgebungen geäußert. Via Facebook wehrte er sich gegen den Missbrauch seines Songtitels "Der Druck steigt", der bei anderen Ableger-Kundgebungen gespielt wurde. "Es ist ja zum Glück so: »der Druck steigt« tatsächlich, aber nicht so, wie Pegida sich das vorstellt. Überall in Deutschland regt sich Widerstand – gegen Pegida und ihre Ideologie. Für ein faires und tolerantes Miteinander der Ethnien und Religionen."

23.01.2015 bis 25.01.2015, bundesweit, ddnf Pressespiegel

Wie die AfD den Rücktritt Bachmanns beeinflusste

sueddeutsche, 22.01.2015, Antonie Rietzschel und Jens Schneider

Die AfD war am schnellsten. Sie vermeldete Bachmanns Rücktritt, als es noch hieß, er wolle lediglich eine Erklärung abgeben: Gegen 16 Uhr versendete der Pressereferent eine Stellungnahme der sächsischen AfD-Chefin Frauke Petry. Pegida schickte eine entsprechende Erklärung jedoch erst 18:20 Uhr. Betreff: Rücktritt Bachmann. Ein Versehen nennt das der Pressesprecher der Fraktion, Andreas Harlaß. Die Mitteilung sei vom Kollegen zu früh abgeschickt worden. Wusste man in der AfD vorher, dass Bachmann zurücktritt? "Es war klar, dass das passiert", sagt Harlaß. Gewissheit habe man aber erst nach der offiziellen Erklärung durch Pegida gehabt.

Tatsächlich ist es verwunderlich, dass es seit Bekanntwerden der Vorwürfe gegen Bachmann mehr als einen Tag bis zu dessen Rücktritt gedauert hat. Dass es überhaupt dazu kam, könnte auch daran liegen, dass AfD-Politiker öffentlichen aber auch internen Druck auf die Organisatoren ausgeübt haben. Eine Chronologie der Ereignisse:

19. Januar: Die Hackergruppe Anonymous veröffentlicht einen alten Facebook-Kommentar Bachmanns, in dem er Flüchtlinge als "Dreckspack" und "Viehzeug" beschimpft. Die Aussagen stammen von September 2014.

20. Januar: Die Dresdner Morgenpost entdeckt auf dem Facebook-Profil Bachmanns ein Foto, auf dem der Pegida-Organisator als Hitler posiert. Die Dresdner Staatsanwaltschaft prüft den Verdacht auf Volksverhetzung. Eine Stellungnahme der Pegida-Organisatoren bleibt aus.

21. Januar: Die Ereignisse überschlagen sich. Das Bild Bachmanns mit Seitenscheitel und Hitlerbärtchen prangt auf den Titeln mehrerer Tageszeitungen. Der Bild sagt Bachmann, das Foto sei ein Scherz gewesen. Am Morgen gibt es ein Telefongespräch zwischen Petry und Kathrin Oertel. Die Pegida-Sprecherin habe sie am Morgen angerufen und informiert, dass man ein Gespräch mit Bachmann führen wollte. "Da habe ich klar gesagt, was ich von all dem halte, wie erobert ich bin, und welche Konsequenzen das haben sollte", sagt Petry. Spätestens als am Nachmittag bekannt wird, dass die Staatsanwaltschaft in Dresden nun tatsächlich wegen Volksverhetzung ermittelt, ist Bachmann nicht mehr zu halten. Pegida kündigt am späten Nachmittag eine Stellungnahme an. Die AfD stellt sich offen gegen deren Frontmann. Ein Parteisprecher nennt seine Äußerung geschmacklos. Bachmann sei mittlerweile eine öffentliche Person und müsse wissen, "dass so etwas kein Scherz mehr sein kann". AfD-Vize Alexander Gauland sagt in einem Interview: "Herr Bachmann muss weg."

Über den Umgang mit Pegida herrschen innerhalb der AfD unterschiedliche Ansichten. Parteichef Bernd Lucke schließt immer wieder eine Zusammenarbeit aus. Gauland lief bei Pegida-Demonstrationen mit. Petry traf sich Anfang Januar sogar mit den Organisatoren von Pegida. Daraufhin warnte Hans-Olaf Henkel Gauland und Petry. Es bestehe die Gefahr, dass seine Partei ins ultrakonservative Lager abrutsche. Die AfD solle von Pegida "Abstand bewahren". Seine Partei dürfe den Demonstranten nicht "nachlaufen", sagte Henkel der Berliner Zeitung. Er habe "wenig Sympathie für diese Bewegung" und wisse gar nicht, "was die wollen".

Jetzt ist Bachmann weg, und damit die strittigste Person im ganzen Organisationsteam. Ihm wird Kathrin Oertel als Frontfrau folgen, die von sich sagt, "eine ganz normale Frau aus dem Volk" zu sein. Sie ist besonnener als Bachmann - nicht zuletzt deswegen Pressesprecherin des Pegida-Vereins (mehr dazu hier). Die AfD in Sachsen zeigt sich dennoch vorsichtig. Das Orga-Team solle jetzt über

eine Pause nachdenken und abwarten, wohin die Gespräche mit der Politik führen, die ihm angeboten wurden, so Petry. Ein weiteres Treffen wie Anfang Januar ist derzeit nicht geplant.

Legida in Leipzig: Die Mär von den 15.000 Teilnehmern

spiegel, 23.01.2015, Sven Röbel und Peter Wensierski

Mehrere Pressefotografen bezogen am vergangenen Mittwoch mitten in Leipzig Stellung - unter anderem auf dem Dach des 13-stöckigen Europa-Hochhauses. Von dort aus hatten sie freie Sicht auf den Augustusplatz vor der Leipziger Oper, wo sich Anhänger der islamfeindlichen Bewegung Legida versammelten.

Von ihrer erhöhten Position aus schossen die Fotografen Übersichtsbilder von der Legida-Auftaktkundgebung. Unter den Journalisten waren viele, die schon häufig Menschenansammlungen auf diesem Platz von dieser Stelle aus fotografiert hatten. Zum Zeitpunkt des Demonstrationsbeginns schätzten sie die Zahl übereinstimmend als "relativ kläglich" ein - keinesfalls seien es, wie Stadt und Polizei offiziell verlautbaren ließen, 15.000 Menschen gewesen. Inzwischen haben die Fotografen ihre Bilder genauer ausgewertet. Dazu legten sie über die hochauflösenden Aufnahmen ein Raster und markierten darin jeden einzelnen Teilnehmer. Die Auszählung eines dpa-Fotos, aufgenommen am 21. Januar um 19.16 Uhr, zeigt: in keinem der 122 Felder sind mehr als 35 Personen zu erkennen. Damit wäre die Gesamtzahl der Teilnehmer kurz vor Beginn der Demonstration maximal 4270 gewesen. Nach Angaben der "Leipziger Volkszeitung", deren Reporter das Geschehen in einem Liveticker dokumentierten, setzte sich der Demonstrationzug 14 Minuten später in Bewegung. Also um 19.30 Uhr.

Die Fotografen und Augenzeugen vor Ort halten es für "ausgeschlossen, dass sich die Zahl der Demonstranten in dieser kurzen Zeit mehr als verdreifacht haben könnte". Dafür hätten zusätzliche 10.000 Menschen auf den Platz strömen müssen. Und auch der Hinweis, dass eine größere Gruppe Legida-Demonstranten wegen eines Brandanschlags auf die Zugstrecke Dresden-Leipzig verspätet eintraf, fruchtet nicht. Laut Augenzeugen war sie um 19.16 Uhr bereits auf dem Augustusplatz angekommen.

Während der Demonstrationzug unterwegs war, so Beobachter, hätten sich keine nennenswert großen Gruppen mehr angeschlossen. Verspätet angereiste Legida-Demonstranten seien den Angaben zufolge nur einzeln oder in Kleinstgruppen zu dem durch Polizei weiträumig gesicherten Marsch vorgelassen worden.

Die Legida-Organisatoren hatten zunächst 60.000 Demonstranten angemeldet, diese Zahl später jedoch auf "ca. 30.000 bis 40.000" korrigiert. Nach der Demonstration teilte die Polizeidirektion Leipzig schließlich mit, dass sich insgesamt "ca. 15.000 Menschen dem Legida-Aufzug" angeschlossen hätten.

Die Zahl, so erklärte die Leipziger Polizei auf Anfrage von SPIEGEL ONLINE, sei mithilfe von zwei Methoden ermittelt worden. Zum einen habe man anhand von Luftaufnahmen der Polizeihubschrauber eine sogenannte Dichteberechnung vorgenommen, bei der die Anzahl der Demonstranten auf einer bestimmten Quadratmeter-Fläche gemessen und hochgerechnet wurde. Herausgekommen sei eine "Zahl im 14.000er-Bereich".

Zusätzlich habe man eine "Reihenzählung" vorgenommen: Beamte entlang der Demonstrationstrecke hätten dabei die Reihen der vorbeilaufenden Protestler registriert und mit

der durchschnittlichen Anzahl der in Reihe marschierenden Personen multipliziert. Daraus hätte sich eine Zahl "von mehr als 15.000" ergeben.

Am Ende hätte man aus den Resultaten von "Dichteberechnung" und "Reihenzählung" einen Mittelwert von "etwa 15.000" errechnen können. Die Leipziger Polizei legt Wert auf die Feststellung, dass "zu keiner Zeit" und "von keiner Seite" versucht worden sei, Einfluss auf die veröffentlichten Zahlen zu nehmen. Die Veröffentlichung sei "nach bestem Wissen und Gewissen" erfolgt, so ein Polizeisprecher.

Die Berechnungen der Fotografen decken sich mit Untersuchungen der Universität Leipzig, über die die "Leipziger Volkszeitung" berichtet. Auch die Wissenschaftler kamen demnach zu dem Schluss, dass an der Legida-Demonstration "maximal 5000 Menschen teilgenommen" haben könnten.

Verwundert äußerte sich auch der Berliner Protestforscher Dieter Rucht zu früheren von der Polizei veröffentlichten Teilnehmerzahlen der Pegida. Nach Zählungen und Schätzungen seiner Teams seien es in Dresden zuletzt 18.000 und nicht 25.000 Teilnehmer gewesen und bei der ersten Demonstration in Leipzig 2000 statt 4000.

Im Vorfeld der Demonstration hatte das Legida-Umfeld die Zahl von 10.000 Teilnehmern zur Schicksals-Marke erklärt: Der rechtspopulistische Verleger Jürgen Elsässer etwa erklärte: Wenn in Leipzig über 10.000 Menschen auf die Straße gebracht werden könnten, sei "sonnenklar, dass Dresden kein Sonderfall ist, sondern nur die Initialzündung für ein nationales Lauffeuer". Werde "Leipzig fünfstellig", so Elsässer, würden "als nächstes auch weitere Oststädte die Tausendermarke knacken."

Zahlen-Kampf in Leipzig

taz, 23.01.2015, Paul Wrusch

Zahlen sind Macht. Je größer, desto mächtiger, je kleiner, desto schwächtiger. Häufig sind sie das einzige Mittel, um Relevanz auszudrücken. Wie hoch ist dein Gehaltsscheck? Wie viele Zentimeter hat dein Penis? Wie viele Klicks dein Artikel?

Auch für Bewegungen – ob links, ob rechts – sind Zahlen die härteste Währung. Seitdem in Dresden und anderen Städten Pegida-Bewegte für die Verteidigung des Abendlandes auf die Straße gehen, wird jede Woche aufs Neue gemutmaßt, ob es nun mehr werden oder weniger. Welche Stadt hat die meisten Islamhasser zu bieten, welche die meisten Gegendemonstranten?

Zuletzt hat sich Leipzig am Mittwoch in den Wettkampf gestürzt. Großmundig hatten die Legida-Obersten im Vorfeld vom „Marsch der 60.000“ gesprochen. Reporter vor Ort gingen eher von einem Zehntel aus. Laut Polizei kamen aber immerhin 15.000 Legida-Anhänger – bei 20.000 Gegendemonstranten.

Wer diese Polizeizahlen anzweifelte, bekommt nun neues Futter. Wissenschaftlich fundiertes noch dazu. Soziologen der Universität Leipzig haben nachgezählt. Sie haben Fotos in Quadrate unterteilt und ausgewertet (Ergebnis: 4.100), den Demozug in Reihen unterteilt und geklickert (Ergebnis: 4.850) und sogar in Videos jeden einzelnen Teilnehmer gezählt (Ergebnis: 3.800). Laut Statistikexperte Stephan Poppe dürfte demnach die tatsächliche Teilnehmerzahl bei 4.000 bis 5.000 liegen.

Die Leipziger Polizei schreckt Wissenschaft nicht ab. Auch sie hat gezählt. Aus Hubschraubern.

Zweimal sogar, denn „man verschätzt sich ja leicht“, wie Polizeipräsident Bernd Merbitz der Leipziger Volkszeitung sagte. Am Ergebnis hält er fest. Klar, er kann ja nicht zugeben, dass seine Beamten schlechter mit Zahlen umgehen können als diese dahergelaufenen Birkenstockträger von Soziologen. Die können ja auch nur auf ihre Ergebnisse kommen, weil bei ihnen der Zähler geklemmt hat – was die Wissenschaftler scharf zurückweisen. So geht es munter zu im Zahlenstreit zu Leipzig.

Und es bleibt die Frage: Cui bono? Wissenschaftler wollen Wissen schaffen, warum sollen sie ihre Zahlen verdrehen? Die Polizei dagegen, ja, die kann schon einmal durcheinander kommen. War ja auch dunkel und kalt und unübersichtlich. Und irgendwie muss man ja den größten Polizeieinsatz in der Leipzig nach der Wende auch noch rechtfertigen.

Pegida weicht Bürgerfest für Toleranz aus

faz, 23.01.2015, Reinhard Müller

Die islamkritische Pegida-Bewegung hat ihre Kundgebung in Dresden auf Sonntag vorgezogen. Einen Tag später soll es in der Dresdner Innenstadt ein großes Bürgerfest für Weltoffenheit geben.

Da islamkritische Pegida-Bündnis zieht die für Montag in Dresden angekündigte Kundgebung auf Sonntagnachmittag vor. Das bestätigte eine Sprecherin der Stadt am Freitag. Demnach wurde von Pegida für Sonntag eine Kundgebung mit 25.000 Teilnehmern angemeldet. Nach Angaben von Pegida soll die 13. Kundgebung um 14.30 Uhr auf dem Theaterplatz stattfinden.

Auf ihrer Facebook-Seite begründet die islamkritische Organisation die Umplanung mit der Ankündigung linker Gegendemonstrationen für Montag und einem ebenfalls am Montag stattfindenden Konzert, bei dem unter anderem Herbert Grönemeyer auftreten wird. In ironisch klingendem Ton heißt es dort, man wolle den eigenen Anhängern eine Teilnahme an dem Konzert ermöglichen.

Ein Sprecher der Polizei sagte, man werde sich auf die Demonstration am Sonntag in selbem Maße vorbereiten wie auf die Montagsdemonstrationen in den Wochen zuvor. Am vergangenen Montag war die Pegida-Kundgebung wegen einer Terrordrohung von Islamisten gegen den inzwischen zurückgetretenen Pegida-Chef Lutz Bachmann abgesagt worden.

Das von Bürgern initiierte Fest unter dem Motto „Offen und bunt - Dresden für alle“ an der Frauenkirche soll nach Angaben der Stadt wie geplant am Montagabend stattfinden. Zu der Großveranstaltung werden neben Herbert Grönemeyer weitere prominente Künstler im Keimzeit erwartet, darunter auch Schauspieler Jan-Josef Liefers. Die Organisatoren rechnen mit rund 40.000 Teilnehmern.

Es gehe darum, ein Zeichen für Weltoffenheit, gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu setzen. „Alle, die diese Inhalte mit uns teilen, sind herzlich eingeladen“, erklärten die Organisatoren und betonten, dass die Veranstaltung ausschließlich spendenfinanziert sei. „Wir bekommen keine öffentlichen Mittel, sondern bezahlen Umsatzsteuer“, widersprachen sie Behauptungen von Pegida.

Der Dresdner Politik-Professor und Pegida-Kenner Werner J. Patzelt spricht von „taktischer Flexibilität“. Das Ergebnis werde letztlich zeigen, wie klug die Entscheidung war. Einerseits hätten die Montagsdemonstrationen zwar eine bestimmte Tradition, andererseits habe das „Konkurrieren um Menschenmassen“ etwas Kindisches. „Im Grunde lässt Pegida auf diese Weise den Versuch der

Anti-Pegidisten ins Leere laufen, mehr Leute auf die Straße zu bekommen als Pegida.“

Das Bündnis „Dresden nazifrei“ kündigte an, auf die vorgezogene Pegida-Kundgebung zu reagieren. „Wir planen eine Protestaktion auf dem Schlossplatz“, sagte ein Sprecher. Demnach soll es gemeinsam mit dem Bündnis „Dresden für alle“ zeitgleich eine Gegenveranstaltung geben.

"Im Umland käme keiner"

taz, 24.01.2015, Christine Gräfin von Brühl

Es gibt wohl keine andere Stadt in Deutschland, für die die Liebe ihrer Bewohner stärker ist. Das hat mit dem Zweiten Weltkrieg zu tun. Die einst schönste Stadt Europas lag in Schutt und Asche - daran wird immer am 13. Februar erinnert. Die Dresdner sind kollektiv berührt und zeigen das. Hamburg oder Kassel waren ähnlich zerstört, nur in Dresden hat jeder die Katastrophe noch vor Augen.

Ausgerechnet dieses Bewusstsein nutzen die Pegida-Anhänger. Sie missbrauchen Dresden als Kulisse. Semperoper, Residenz, Zwinger. Orte, die auch so schön sind, weil dort internationale Schätze über Jahrhunderte gesammelt wurden. Die Türkische Cammer im Schloss präsentiert osmanische Kunst, der größte Edelstein im Grünen Gewölbe stammt aus Indien. Absurd, dass dieser Ort nun die vereint, die den Untergang des Abendlandes fürchten. Aber klar, würden sie im Umland protestieren, von wo wohl viele Demonstranten stammen, käme keiner.

Einladung nach Dresden: SPD-Chef Gabriel diskutiert mit Anhängern von Pegida

spiegel, 24.01.2015, mbö/dpa

SPD-Chef und Vizekanzler Sigmar Gabriel hat am Freitagabend an einer Diskussionsveranstaltung mit Pegida-Anhängern in Dresden teilgenommen. Zu der Gesprächsrunde mit dem Titel "Warum (nicht) zu Pegida gehen?" hatte die Landeszentrale für politische Bildung eingeladen. Gabriel sagte, er sei als Privatmann gekommen, um zuzuhören. An der Diskussion nahmen sowohl Anhänger als auch Gegner der islamkritischen Pegida teil.

Nach der Veranstaltung, an der etwa 200 Menschen teilnahmen, diskutierte Gabriel etwa eine Stunde lang auch mit Anhängern der Pegida. "Was gibt es in der Demokratie anderes an Mitteln, als miteinander zu reden", sagte er. Die meisten Parteien hatten direkte Gespräche mit Pegida in den letzten Wochen abgelehnt.

Auch die SPD war sich zuletzt uneins über den Umgang mit Pegida. Generalsekretärin Yasmin Fahimi sagte Anfang der Woche: "Unmittelbar mit den Organisatoren von Pegida den Dialog zu suchen, sehe ich für uns nicht." Fraktionschef Thomas Oppermann hatte seine Partei davor gewarnt, sich dem Dialog mit Pegida zu verweigern: "Für Pegida-Anhänger, die offen rassistisch argumentieren, gibt es für mich keine Gesprächsebene", sagte er. "Aber mit den anderen muss man natürlich reden."

Sigmar Gabriel betonte: "Ich würde jetzt auch nicht mit Organisatoren reden, die im Neonazi-Raum stehen. Aber mit den Menschen, die dort hingehen, die Sorgen haben, und die verärgert sind über die Politik, natürlich muss man mit denen reden."

Der Wirtschaftsminister war vom Leiter der Landeszentrale für politische Bildung, Frank Richter, eingeladen worden. "Ich finde, die Veranstaltung war gut", sagte Gabriel anschließend. "Aber wenn ich offen bin: Alles kommt mir bekannt vor." Damit meinte er vor allem die grundsätzliche Unzufriedenheit mit der Politik in Deutschland. Der SPD-Chef schlug deswegen vor, gezielt Politiker in die Gesprächsrunden einzuladen, um ihre Arbeit transparenter zu machen.

Das islamkritische Bündnis "Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes" demonstriert seit Wochen montags in Dresden. In dieser Woche war die Demonstration wegen einer Terrorandrohung abgesagt worden. Die nächste Kundgebung findet am Sonntag statt. Die Vorverlegung begründet Pegida unter anderem damit, mögliche Zusammenstöße mit Gegendemonstranten vermeiden zu wollen.

Am Montagabend sollen bei der von einem breiten bürgerschaftlichen Bündnis organisierten Veranstaltung "Offen und bunt - Dresden für alle" Künstler wie Herbert Grönemeyer auftreten, um ein Zeichen für Weltoffenheit und gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu setzen.

Der Rückzug ins Private muss aufhören

sueddeutsche, 25.01.2015, Hannah Beitzer

Ein Abend in Leipzig. Ein Demonstrationszug von etwa 10 000 Menschen, die meisten davon Männer, einige mit sehr kurzen Haaren. Ein paar Alte sind mit Gehstock unterwegs, einer wedelt mit seinem Stock in Richtung Absperrung, hinter der Gegendemonstranten stehen: "Studenten! Geht doch mal was arbeiten!", ruft er. Viele auf seiner Seite schwenken schwarz-rot-goldene Fahnen, skandieren in Stadionlautstärke: "Deutschland, Deutschland, Deutschland."

Dazwischen eine Frau, knapp über 30, mit brauner Hornbrille. Viele der Männer hier beäugen sie kritisch, einer der Herren mit Gehstock leuchtet ihr mit einer Taschenlampe ins Gesicht. Und das, obwohl sie ihren Schreibblock schon lange weggepackt hat. Doch die Demonstranten merken trotzdem: Sie gehört nicht hierher.

Die Frau bin ich. 32 Jahre alt, Journalistin, aufgewachsen als Kind westdeutscher, ehemals studentenbewegter Eltern in Bayern. Nun wohne ich in Berlin, in einem dieser Stadtviertel, die hier als mahnendes Beispiel für die bevorstehende Islamisierung Deutschlands gelten. Und bin zum zweiten Mal in meinem Leben in Leipzig, um dort über "Leipzig gegen die Islamisierung des Abendlandes" zu berichten, den inoffiziellen Ableger der Dresdner Bewegung Pegida - "Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes".

Wir alle leben in Parallelgesellschaften

Ich gehöre also tatsächlich nicht dorthin. Die Lebens- und Gedankenwelt der Menschen auf der Demonstration ist mir in etwa so fremd, wie ihnen die meiner muslimischen Nachbarn in Berlin sein dürfte.

Von denen ich genaugenommen aber auch nicht viel weiß. Obwohl ich im türkischen Supermarkt einkaufe, habe ich wenig privaten Kontakt zu den Muslimen in meiner Nachbarschaft. Die einzigen Menschen mit muslimischen Wurzeln, die ich besser kenne, haben studiert, sind mäßig bis gar nicht religiös, um die 30, häufig Journalisten und mir sehr viel ähnlicher als ein Pegida- oder Legida-Demonstrant, mit dem ich doch angeblich ein gemeinsames christliches Wertefundament haben soll.

Es gibt in Deutschland nicht nur eine Kluft zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen oder Pegida

und Anti-Pegida. Sondern zwischen allen möglichen gesellschaftlichen Gruppen und Schichten. Die meisten umgeben sich gerne mit Menschen, die ähnliche politische Einstellungen, ähnliche Werte, einen ähnlichen Bildungsabschluss, ähnliche Lebensentwürfe haben.

Oft ist es nicht nötig, die eigene Blase zu verlassen. Dazu kommen regionale Unterschiede: Was weiß der Westdeutsche über das Leben in Ostdeutschland? Wieviel Kontakt haben Münchner und Hamburger?

Unterschiedliche Leben? Gerne!

Natürlich gibt es übergeordnete Regeln, einen gesetzlichen Rahmen, in dem sich die ganze Vielfalt abspielt. Aber innerhalb dieses Rahmens ist jede Menge Platz für sehr unterschiedliche Lebensweisen. Welche Traditionen sollen beibehalten, welche überwunden werden? Was macht eine Familie aus? Wie sieht ein guter Job aus? Wie eine gute Erziehung? Wie ein erfolgreiches Leben? Wie ein zufriedenes Leben?

Das beantworten Menschen ganz unterschiedlich. Und führen deswegen unterschiedliche Leben. Das ist nicht weiter schlimm, es ist in einer pluralen Gesellschaft sogar gewollt und macht das Privatleben angenehm.

Doch neben dem Privatleben gibt es die Öffentlichkeit. Aus all den Menschen mit ihren unterschiedlichen Leben eine funktionierende Gesellschaft zu machen, ist nicht einfach. Eine fixe deutsche Leitkultur, wie sie sich viele der selbsternannten Patrioten in Leipzig oder Dresden vorstellen, gibt es nicht. Es ist unter anderem Aufgabe von Parteien, Politikern, zivilgesellschaftlichen Organisationen und auch von Meinungsmachern aller Arten, im öffentlichen Diskurs darüber zu verhandeln, was Deutschland ausmacht.

Und die Bürger? Legitimieren zunächst einmal Politiker durch Wahlen, Parteien und andere Organisationen durch ihre Mitgliedschaft, bezahlen für Informationen aus den Medien. Außerdem brauchen die Vereine und Kirchengemeinden ehrenamtliche Mitarbeiter. Engagement ist außerdem auf Bürgerversammlungen, über Leserbriefe und auf Wahlveranstaltungen gefragt.

Doch so klappt das nicht immer, faktisch: immer seltener. Das zeigt sich zum Beispiel auf den Pegida-Demonstrationen. Mehr noch als um den Islam oder überhaupt Migration geht es den Demonstranten um Kritik an Politik, Medien und Öffentlichkeit. Der typische Pegida-Demonstrant, so steht es in einer Umfrage, ist parteilos, konfessionslos, misstraut Politik und Medien - und damit jenen Institutionen, die unser politisches System am meisten beeinflussen.

Er ist also im Grunde nicht integriert in den politischen Prozess, fühlt sich ausgeschlossen von gesellschaftlichen Debatten. Außer wenn er sich mit dem Gang auf die Straße ins Bewusstsein jener drängt, die ihn sonst ignorieren - so der Vorwurf.

Politisches Integrationsdefizit

Die Demonstranten von Dresden sind nicht die einzigen mit so einem politischen Integrationsdefizit, sie sind nur gerade sehr laut. Dass die Deutschen in der Ära Merkel in politische Bräsigkeit abgesackt sind, ist vielfach beschrieben, oft auch beklagt worden. Gewerkschaften, Parteien, Kirchen, ehrenamtliches Engagement verlieren an Bedeutung. An die Stelle langfristigen Engagements tritt allzu oft spontan und lokal aufflackernde Wut.

An dem beschriebenen Vertrauensverlust sind Parteien, Kirchen und andere Organisationen zu einem großen Teil selbst schuld. Gerade die Parteien tun sich schwer, nach den eher starren Grabenkämpfen des 20. Jahrhunderts ihren Platz in einer zunehmend individualisierten Gesellschaft zu finden. Aber alleine können sie das auch nicht - und hier kommt wieder der Bürger ins Spiel.

Denn viele Bürger haben darauf keine Lust. "Die Welt ist mir zu viel - Und ich bin mir genug" schrieb die Zeit zum Jahreswechsel in einer Geschichte über den Erfolg von Wellness- und Einrichtungszeitschriften, Handarbeit und Entschleunigung. Autorin Julia Friedrich berichtet darin deutlich befremdet von der "Weltflucht" insbesondere der jüngeren Generation. Also der, die eigentlich die Welt prägen, verändern, für die Zukunft gestalten sollte.

Die Geschichte passt auf den ersten Blick nicht zu den allwöchentlichen Bildern von Pegida-Demonstrationen, zu den immer hitzigeren politischen Debatten in den sozialen Netzwerken. Und doch weist beides auf ein und dasselbe Problem hin. Eine Gesellschaft wie unsere kann nicht funktionieren, wenn sich immer mehr Menschen aus dem System zurückziehen. Sei es wütend und frustriert, wie die Pegida-Demonstranten. Oder auf die kuschelig-bürgerliche Wohlfühl-Weise, die Friedrich in der Zeit beschreibt.

Politik ist nicht immer befriedigend

Wer aufhört, sich für soziale Fragen, für das Leben jenseits der eigenen Blase zu interessieren und einzusetzen, ist für den politischen Prozess ebenso verloren wie die Demonstranten in Dresden, die "Lügenpresse" schreien und "der Politik" pauschal misstrauen.

Pegida wird zu Recht vorgeworfen, außer dumpfer Wut und diffusen Gefühlen nicht viel zur Diskussion beizutragen. Immerhin zwingen die Demonstranten aber auch Menschen, die ganz anders denken, zu einer Erkenntnis: Professionelle Akteure wie Politik und Medien können den Diskurs nicht alleine führen.

Die Politik muss auf die Menschen zugehen, sie ernst nehmen, heißt es oft. Das ist richtig. Doch Politiker müssen auf der anderen Seite auch Leute vorfinden, die bereit sind, sich mit dem politischen Prozess, mit seinem lästigen Kleinklein, mit dem Zustandekommen seiner oft unbefriedigenden Ergebnisse, auseinanderzusetzen. Vielmehr: sich sogar einzubringen.

Und gerade für diejenigen, die nicht wollen, dass Pegida und Co. die Schlagzeilen dominieren, gibt es nur eine logische Folge aus Dresden und Leipzig: Der Rückzug ins Private muss aufhören.

Legida und die "Lügenpolizei"

freitag, 25.01.2015, Josephine Schulz

Die Polizei nennt offenbar falsche Teilnahmezahlen. Doch wer sie der Lüge bezichtigt, macht es sich zu leicht – die Wirklichkeit ist vielleicht noch schlimmer

Ist die große, rechte Pegida-Bewegung bloß eine Erfindung der Polizei? In Leipzig ist ein Streit entbrannt über die Frage, wie viele Menschen am vergangenen Mittwoch als „Legida“ auf die Straße gegangen sind. Die Polizei spricht von 15.000, Soziologen und Fotografen hingegen kommen mit ihren Berechnungen auf gerade mal ein Drittel dessen. Lügen die staatlichen Sicherheitskräfte – zum Beispiel, um das enorme Polizeiaufgebot zu rechtfertigen?

Die Zahlendifferenzen sind zwar gewaltig, trotzdem gibt es keine Hinweise, dass getrickst wurde. Doch diese Nachricht ist kein Grund zu Beruhigung, im Gegenteil. Sie ist vielleicht noch viel erschreckender: Die Angaben der Polizei sind unzuverlässig und kaum zu gebrauchen – und zwar nicht nur bei Legida, sondern bei sämtlichen Demonstrationen. Das lässt sich erklären: Kein Polizist hat je ordentlich gelernt, die Größe einer Demonstration zu schätzen.

Dabei sind die Zahlen politisch höchst brisant, das erkennt man dieser Tage sehr deutlich. Jede Woche mutmaßen Journalisten, Politiker, Bürger: Bekommt Pegida weiteren Zulauf? Ohne die hohen Teilnehmerzahlen wäre die Bewegung längst in der Bedeutungslosigkeit versunken. Darum hat die Öffentlichkeit ein Interesse an korrekten Angaben – und da läuft offenbar einiges falsch.

Ein Polizeisprecher in Rage

Die Legida-Organisatoren haben für die Demo am vergangenen Mittwoch 60.000 Menschen angemeldet, das erschien schon übertrieben. Tatsächlich kamen deutlich weniger, aber wie viele genau? Der Legida-Sprecher Jörg Hoyer sagt: mindestens 20.000. Die Polizei sagt: ungefähr 15.000. Fotografen und Uni-Soziologen sagen: höchstens 5.000. Und sie haben sehr genau nachgezählt.

Die Polizei will von der dem Manipulations-Vorwurf nichts wissen. Uwe Voigt, Sprecher der Leipziger Polizei, redet sich in Rage. „Die Kritik prallt an mir ab wie Wasser an der Ente.“ Ihn nervt, dass niemand die Schätzungen der Soziologen anzweifelt. „Da denken Leute, sie wissen es besser, obwohl sie gar nicht dabei waren. Dann veröffentlichen sie irgendwelche Zahlen und keiner fragt, wie die eigentlich zustande kommen.“

Wirklich? Auf ihrer Internetseite haben die Soziologen genau beschrieben, welche Methoden sie angewandt haben. Und vor Ort waren sie aller Wahrscheinlichkeit nach auch. Schlampig ist wohl eher die Polizei vorgegangen, die sich am späten Mittwochabend mit dem Ordnungsamt auf eine gemeinsame Zahl verständigt hat.

Der Polizeipräsident Bernd Mebitz erzählte der Leipziger Volkszeitung zwar großspurig: „Man verschätzt sich da sehr leicht, deshalb zählen wir doppelt.“ Wenn jedoch Polizeisprecher Voigt die Details nennt, lässt sich schon erahnen, wo sich womöglich Fehler eingeschlichen haben.

„Wahrlich besseres zu tun“

Drei Beamte sollten die Menschenreihen zählen. Dann wurde die Breite der Straße geschätzt, auf die Anzahl der Menschen pro Reihe geschlossen und hochgerechnet. Ein Hubschrauber hat zusätzlich Bilder aus der Luft geliefert. Doch niemand war alleine für das Zählen zuständig, alle mussten noch andere Aufgaben erledigen. „Bei so einem Einsatz hat man wahrlich besseres zu tun, als sich auf das Zählen von Menschen zu konzentrieren“, sagt Voigt dem Freitag. Vielleicht wurde also doch nur über den Daumen gepeilt – zumal die Vorgesetzten das schwer überprüfen können.

Zudem lernen die Beamten während ihrer Ausbildung nicht, wie sie die Größe einer Demonstration vernünftig abschätzen können – stattdessen müssen sie es sich später selbst beibringen. Das berichtet Michael Gassen von der Berliner Polizei. „Die Polizisten, die zählen, sind erfahrene Kollegen, die viele Einsätze mitgemacht haben. Die stehen an übersichtlichen Orten und zählen dort die Menschen, nicht einzeln natürlich, sondern meistens in Gruppen.“ Nur bei Demonstrationen mit mehreren zehntausend Teilnehmern kämen auch Luftaufnahmen hinzu, die allerdings vor allem gemacht werden, um den Verkehr besser steuern zu können.

Politisch gefärbt – aber unbewusst

In Leipzig sind die Soziologen von der Universität sehr sorgfältig vorgegangen und haben verschiedene Methoden genutzt. Sie haben mit sogenannten Klickern die Reihen und die ungefähre Zahl der Menschen pro Reihe gezählt. Sie haben Luftaufnahmen in Quadrate unterteilt und nachgezählt. Und sie haben ein Video aufgenommen, angesehen und jeden Demonstranten gezählt. Die Ergebnisse bleiben stets unter der 5.000-Marke. Das deckt sich mit Zählungen von Fotografen,

die sich hochaufgelöste Bilder genauer angeschaut und ausgewertet haben.

Sind die Zahlen der Polizei also falsch oder gar gefälscht? Kann man sich um das Dreifache vertun? Der Protest- und Polizeiforscher Peter Ullrich sagt: „Es könnte sein, dass die sächsische Polizei die Teilnehmerzahl hoch ansetzt, um ihren immensen Einsatz zu legitimieren. Aber das ist bloß eine vage Vermutung.“ Gegen den Manipulations-Vorwurf spricht, dass mehrere Polizisten die richtige Zahl kennen müssten und sich bisher noch kein Whistleblower an die Medien gewandt hat – obwohl das auch an dem Korpsgeist innerhalb der Polizei liegen könnte. Außerdem müsste die Polizei nach dieser Argumentation bei vielen anderen, auch linksradikalen Demos die Teilnehmerzahlen ebenfalls nach oben drücken.

Wahrscheinlicher ist, dass die Schätzungen der Polizei oft ziemlich schlecht sind – und regelmäßig politisch gefärbt, das muss den Beamten jedoch gar nicht bewusst sein. Wer mit dem Anliegen einer Demonstration sympathisiert, dürfte bei der Schätzung etwas großzügiger sein. Bei den anderen Demos hingegen werden häufig strengere Maßstäbe angelegt. Im Einzelfall ist es natürlich gelegentlich auch anders: Die Legida-Zahlen müssen nicht unbedingt aus Sympathie hoch angesetzt worden sein, sondern sind vielleicht wirklich nur eine schlechte Schätzung.

Intransparente Zählmethoden

Sollte die Polizei ganz auf Schätzungen verzichten? Ihre Aufgabe ist schließlich der Schutz der Demonstration und nicht die Aufklärung der Öffentlichkeit über eine politische Bewegung. Der Polizei dürfte das sogar ganz recht sein, schließlich muss sie sich dann keine Kritik an ihren Zahlen mehr anhören. Trotzdem ist das für die Leipziger Polizei keine Option: „Wir müssen Stellung beziehen, wenn die Journalisten fragen“, sagt Sprecher Voigt. Womöglich hat die Presse sogar ein Recht auf eine solche Auskunft – zumindest, wenn die Polizei ohnehin schon gezählt hat, etwa um zu entscheiden, ob noch mehr Einsatzkräfte gebraucht werden.

Besser wäre es, wenn die Schätzungen genauer werden. „Es muss Schluss sein mit den politischen Zahlenspielen“, sagt Protestforscher Ullrich dem Freitag. „Es gibt verlässliche Zählmethoden, die kann man anwenden.“ Er verweist auf eine Übersicht seines Kollegen Dieter Rucht. Am besten geeignet ist demnach eine Videoaufnahme vom Protestzug, die hinterher im Zeitraffer abgespielt und ausgewertet wird. „Leider macht die Polizei das Verfahren oft nicht transparent“, kritisiert Ullrich. „Es wäre sinnvoll, eine Richtlinie zu haben, und Zählungen oder Schätzungen gemeinsam mit dem Veranstalter oder von neutralen Dritten nach überprüfbaren Kriterien vorzunehmen.“

Ein gesundes Misstrauen

Bis dahin wird die Polizei wohl die Deutungshoheit über die Zahlen behalten. Das hat mehrere Gründe. Erstens machen sich meistens weder die Demoveranstalter noch Journalisten die Mühe, die Teilnehmer durchzuzählen – die Anti-Atom-Demo im September 2010 war eine der wenigen Ausnahmen, die taz kam auf mindestens 50.000 Protestierer. Zweitens hat in der Regel nur die Polizei die technischen Möglichkeiten, um gute Luftaufnahmen zu machen, etwa mit einem Hubschrauber. Und drittens vertrauen die Journalisten lieber der Polizei als den Organisatoren. Die Zahlen können als „offiziell“ bezeichnet werden, die Polizei gilt als unabhängig und oft haben die Journalisten auch einen engeren Draht zum Pressesprecher, wenn sie mit dem regelmäßig zu tun haben.

Und wenn wieder so etwas passiert wie in Leipzig? Dann bleibt nur eines: ein gesundes Misstrauen gegenüber den Teilnehmerzahlen der Polizei.

Demo in Dresden: Pegida schrumpft

spiegel, 25.01.2015, Maximilian Kalkhof

"Informationen über den Koran gewünscht?" Dieter Claußnitzer läuft über den Theaterplatz und verteilt Flugblätter. Es ist Sonntagnachmittag kurz nach zwei, langsam füllt sich der Platz vor der Dresdner Semperoper. Der 62-jährige Claußnitzer ist Pegida-Anhänger und seit der dritten Kundgebung dabei. Doch mittlerweile ist der Dresdner nicht mehr nur Zuhörer. Er verteilt Faltblättchen und hält Reden. Man müsse nur ein gutes Redemanuskript einreichen, dann werde man von Pegida für die Bühne ausgesucht, sagt Claußnitzer.

"Informationen gewünscht?" So ziemlich jeder will Informationen, Claußnitzer teilt seine Flugblätter aus: "Bitte weitergeben! Das sollen alle erfahren!"

"Sie sind in Gefahr!", steht auf dem Blättchen. Daneben ist eine Bombe abgebildet, die auf Deutschland niedergeht. Auf der Bombe steht in Großbuchstaben: "Islam". Der Islam sei keine Religion, sagt Claußnitzer. Aber darüber würde die sozialistische Presse ja leider nicht berichten. Der Islam sei gleichzusetzen mit: Unterwerfung. Später, während seiner Rede vor der Menge, wird Claußnitzer sagen: "Pegida verunglimpft weder Gott noch Allah."

Zum ersten Mal seit zwei Wochen treffen sich die "Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes" wieder in Dresden und vieles ist anders als zuvor:

Das Bündnis ist gespalten. Nachdem es bei dem auf Mittwoch verlegten Marsch des Leipziger Ablegers Legida zu gewaltsamen Ausschreitungen gekommen war, musste Leipzig Kritik aus Dresden einstecken: Pegida drohte Legida mit einer Unterlassungsklage.

Zudem ist Pegida führungslos: Lutz Bachmann warf als Vereinsvorsitzender das Tuch, nachdem auf Facebook neben einem Hitler-Selfie auch ausländischerfeindliche Kommentare aufgetaucht waren. Mittlerweile ermittelt die Staatsanwaltschaft wegen des Verdachts der Volksverhetzung.

Als dann für den Montagabend auch noch eine Gegendemonstration mit einem Großaufgebot von Musikern angekündigt worden war, machte Pegida aus dem "Spaziergang" eine "Kundgebung" und verschob den Protest von Montag auf Sonntag. Etwa 17.000 Anhänger will die Polizei am Ende gezählt haben. Vor zwei Wochen waren es noch 25.000.

Als um kurz vor drei Kathrin Oertel das Mikrofon ergreift, bricht der Theaterplatz in Jubel aus. Nach ihrem Auftritt bei Günther Jauch und dem Fall von Lutz Bachmann ist Oertel der Popstar des Bündnisses. Oertel liest vom Blatt ab. Und geht gleich in die Offensive: Sie wolle ihrem Unmut über Frauke Petry Luft machen. Die sächsische AfD-Chefin hatte nach Bachmanns Abgang zu Protokoll gegeben, der Pegida-Spitze zu diesem Schritt geraten zu haben. Alles Unfug, sagt Oertel jetzt. Es habe keine Absprachen mit der AfD gegeben und man habe sich nicht beraten lassen: "Pegida bleibt überparteilich!" Die Menge jubelt, immer wieder werden "Wir sind das Volk"-Rufe laut.

Auch mit Legida sei alles ganz anders als berichtet, sagt Oertel. Es gebe keinen Bruch. Und um die Einheit zwischen Pegida und Legida zu demonstrieren, bittet sie kurzerhand den Legida-Organisator Silvio Rösler auf die Bühne. Rösler sagt, Pegida und Legida hätten sich zusammengerauft und alle Probleme aus der Welt geschafft: "Dresden und Leipzig spazieren in Zukunft Schulter an Schulter. Da passt kein Blatt dazwischen!", ruft Rösler.

Wer die Geschehnisse der letzten Tage verfolgt hat, dem fällt vor allem eines auf: Es fehlt Lutz Bachmann. Der Pegida-Gründer erscheint an diesem Sonntag nicht, auch Kathrin Oertel lässt ihn in ihrer Rede unerwähnt. Stünde da nicht dieser schnauzbärtige Mann in der Menge, man könnte Bachmann glatt vergessen: Der Mann - seinen Namen will er lieber nicht verraten - hält ein "Ich bin Lutz"-Schild in die Luft. "Danke Lutz" steht auf der Rückseite. Der Mann sagt, Lutz gebühre Dank,

weil er Pegida ins Rollen gebracht habe. Warum er zu den Pegida-Protesten kommt? "Weil es in Berlin Viertel gibt, in die man als Deutscher nicht mehr gehen kann." Und woher er kommt? "Aus Großröhrsdorf in Sachsen."

Als der Flugblätter-Verteiler Dieter Claußnitzer nach einigen Vorrednern das Mikrofon in die Hand bekommt und seine Rede halten darf, nimmt er es mit dem deutschen Außenminister auf. Frank-Walter Steinmeier habe ja gerade in einem Interview behauptet, Pegida schade dem Ansehen Deutschlands in der Welt. Claußnitzer schnaubt. "Nicht Pegida schadet Deutschland", ruft er, "es ist die verlogene Berichterstattung, die uns schadet." - "Lügenpresse! Lügenpresse!", schallt es über den Theaterplatz.

Von der Augustusbrücke dringen ab und zu Gesänge der Gegendemonstranten auf den Theaterplatz herüber. Etwa 5000 Gegenprotestler sollen es nach Polizeiangaben gewesen sein. Ihren großen Auftritt werden die Pegida-Gegner am Montag während des Konzerts "Offen und bunt - Dresden für alle!" haben.

Es ist in den letzten Wochen viel darüber gestritten worden, wie repräsentativ Pegida ist und was die Bewegung eigentlich will. Wer über den Theaterplatz läuft, der macht unter anderem diese völlig unrepräsentative Beobachtung: Es schiebt sich ein Mann durch die Menge und hält ein Schild in die Luft, auf dem neben einem toten Schaf zu lesen ist: "Betäubungsloses Schlachten endlich wieder verbieten."

Erst zur Hetze, dann zu Herbert

taz, 25.01.2015, Michael Bartsch

Dresden soll am Montag vor der Frauenkirche so etwas wie ein winterliches Woodstock erleben. Rund 250 Künstler werden unter dem Motto „offen und bunt“ ohne Gage auftreten, darunter Herbert Grönemeyer, Jan Josef Liefers und Bands wie Keimzeit und Silly. Der veranstaltende Verein „Dresden – Place to be“ hofft auf 30.000 Besucher. „Jeder Mensch guten Willens ist willkommen“, lud Initiator und Medizinprofessor Gerhard Ehniger ein.

Überraschend reagierte die Pegida-Führung darauf: Am Freitag teilte Sprecherin Kathrin Oertel mit, dass deshalb der montägliche „Abendspaziergang“ durch eine Kundgebung am Sonntagnachmittag ersetzt werde. Man wolle sich dem Motto „offen und bunt“ nicht verschließen. Deshalb habe man sich zur Verlegung entschlossen, damit sich die Spaziergänger mit ihren Familien „dieses kostenlose kulturelle Großerebnis nicht entgehen lassen müssen“.

Was Oertel dann am Sonntag der Menge von laut Polizei etwa 17.000 Demonstranten auf dem Theaterplatz zurief, klang wieder ganz anders. Die Organisatoren würden „mit Geld um sich werfen, um Stars nach Dresden zu holen“. Unter den 50.000, die am Montag zum Konzert kämen, würden aber auch viele Pegida-Anhänger sein. Diese Äußerung wurde wiederum mit ablehnendem Grummeln quittiert.

Nur wenige hundert Gegendemonstranten in Warnwesten hatten sich am Rande eingefunden. Die Pegida-Gegner mobilisieren erst Montag. Die Idee für ein großes Solidaritätskonzert entstand im Verein „Place to be“ um die Jahreswende. Der Verein betreut sonst mit persönlichen Patenschaften ausländische Arbeitnehmer, Wissenschaftler oder Studenten, die nach Dresden kommen. Mit dem festivalartigen Auftritt so vieler bekannter Künstler wolle man genau die künstlerische und kulturvolle Seite zeigen, für die Dresdens Ruf eigentlich steht, erklärte Professor Ehniger.

Der große Dialog

„Es wird Zeit, dass wir nicht nur über Pegida-Ängste, sondern auch über Ängste vor Pegida und über die der Asylbewerber reden“, hatte bereits Dieter Jaenicke geäußert, künstlerischer Leiter des Europäischen Zentrums der Künste am Festspielhaus Hellerau. Die Organisationskosten werden über Spenden finanziert.

Unterdessen vergeht in Dresden fast kein Tag, an dem nicht zum großen Dialog mit dem Volk geblasen wird. „Warum (nicht) zu Pegida gehen?“ war am Freitag zum zweiten Mal ein sogenannter Fishbowl überschrieben, der diesmal im großen Rahmen des Dresdner Stadtmuseums stattfand. Als Privatmann, wie er betonte, saß auch Vizekanzler Sigmar Gabriel (SPD) in einer der hinteren Reihen.

Aus erster Hand vernahm er Äußerungen zu Politik- und Demokratieverdrossenheit, Sympathiebekundungen für den kriminellen Ex-Pegida-Chef Bachmann, Überfremdungsängste, Zweifel am Vorrang von Freiheit gegenüber Sicherheit oder offene Ostalgie, etwa das Eingabewesen betreffend. Auch die CDU-Bundestagsabgeordnete Vera Lengsfeld zeigte viel Pegida-Verständnis und bedauerte, dass die CDU „den Platz rechts geräumt hat“. Gabriel differenzierte anschließend zwischen Pegida-Organisatoren und besorgten Demonstranten.

„Patriotische Europäer gegen die Amerikanisierung des Abendlandes“ nennt sich ein neues Kind von Pegida, das erstmals am Samstag in Erfurt etwa 1.000 Anhänger mobilisierte. „Pegada“ ist nach Medienrecherchen stark rechts beeinflusst und wendet sich gegen die „Terrormacht“ USA.

In Freiburg fand mit etwa 20.000 Teilnehmern die größte Anti-Pegida-Kundgebung dieses Wochenendes statt. Kritisiert wurde dort nicht nur Pegida, sondern auch die Abschiebepolitik der grün-roten baden-württembergischen Landesregierung. „Man muss kein Jurist sein, um zu wissen, dass es falsch ist, im Winter eine Roma-Frau mit ihren sechs Kindern in eine ungewisse Zukunft abzuschieben“, sagte Freiburgs grüner OB Dieter Salomon und forderte einen Winterabschiebestopp.

Pegida oder Jedem sein Vorurteil

faz, 25.01.2015, Harald Welzer

Ressentiment ist durch Information nicht zu belehren. Die Debatte mit Pegida-Akteuren ist daher nutzlos. Und fahrlässig ist es, ihnen auch noch eine mediale Bühne zu bauen, wie es das öffentlich-rechtliche Fernsehen gerade macht.

Es ist mehr als ein halbes Jahrhundert her, dass Gordon Allport den folgenden Dialog für seinen sozialpsychologischen Klassiker „Die Natur des Vorurteils“ erfand:

„Mr. X: Das Problem mit den Juden ist, dass sie immer nur an ihre eigene Religionsgemeinschaft denken. - Mr. Y: Aus dem Bericht über die Spendenaktion geht aber hervor, dass sie für die allgemeinen wohltätigen Aufgaben im Verhältnis zu ihrer Anzahl relativ mehr gespendet haben als die Nicht-Juden. - Mr. X: Das zeigt, dass sie immer versuchen, sich Vorteile zu erkaufen und sich in die Angelegenheiten der Christen einzumischen. Sie haben nichts anderes als Geld im Kopf, deshalb gibt es auch so viele jüdische Bankiers. - Mr. Y: Aber nach einer neueren Untersuchung ist der Prozentsatz an Juden im Bankgeschäft ziemlich gering, viel kleiner als der Prozentsatz an Nicht-Juden. - Mr. X: Stimmt genau, anständige Geschäfte interessieren sie nicht, sie sind eher im

Filmgeschäft oder führen einen Nachtclub.“

Dieser fiktive Dialog enthüllt den psychologischen Mechanismus, der die immer wieder gern geglaubte Annahme, Fehlinformationen ließen sich durch Informationen bekämpfen, in das Reich der Mythen verweist: Menschen mit Vorurteil geht es gerade darum, ihr Vorurteil bestätigen zu lassen. Vorurteile sind Orientierungsmarken und Wegweiser in einer komplexen Welt, weshalb man gern an ihnen festhält, insbesondere dann, wenn sie den Vorteil aufweisen, die Welt widerspruchsfrei zu erklären.

Man könne ja auch gegen die Abholzung des Regenwalds sein
Wenn Frau Oertel von Pegida beispielsweise in ihrer Islamophobie mit dem Sachverhalt konfrontiert wird, dass in Dresden ganze 0,4 Prozent Muslime leben, kontert sie ganz lehrbuchhaft, man könne ja auch gegen die Abholzung des Regenwaldes sein, obwohl es in Deutschland keinen gebe. Dass sie sich mit dieser Globalisierung ihres Arguments in völligen Widerspruch dazu begibt, dass man vor allem „vor Ort das Volk“ hören müsse, macht gar nichts. Der Aufrechterhaltung des Vorurteils ist jedes Argument recht.

Genau deswegen ist es fahrlässig, dem Vorurteil und, schlimmer noch, dem tiefen Ressentiment, eine mediale Bühne zu bauen, wie es gerade das öffentlich-rechtliche Fernsehen macht. In jede Talkshow werden exakt jene eingeladen, die dem Vorurteil der - hauptsächlich Dresdner - Straße öffentliche Präsenz verleihen. Mir ist das unerträglich, weil diese Leute - Gauland, Petry, Oertel - in ihrem Desinteresse an Sachverhalten gerade keine zahlenmäßig relevante Gruppe repräsentieren.

Das haben ja die Anti-Pegida-Demonstrationen gezeigt; oder wie soll man es interpretieren, dass zum Beispiel in Hannover 200 Menschen für Pegida demonstrieren, aber 19.000 dagegen? Die Randständigkeit jener, die ihre höchst partikularen menschenfeindlichen Positionen artikulieren und von „Tabubrüchen“ schwafeln, wird ausgerechnet durch ARD und ZDF zu besten Sendezeiten aufgehoben, was natürlich in einer Zeit fatal ist, in der eine durch die Morde von Paris hysterisierte Anschlagfurcht den Pegida-Quatsch auch bei jenen anschlussfähig macht, die die einschlägigen Vorurteile bislang gar nicht geteilt haben.

Verantwortung für Demokratie zeigt sich auch darin, nicht im Spekulieren auf Einschaltquoten und politischen Krawall Menschen ein Millionenpublikum zu eröffnen, die sich bislang besser im Bereich der nicht-öffentlichen Meinung aufgehalten haben. Weil man dort unter sich bleibt und keinen medialen Resonanzraum findet. Das Ressentiment ist durch Aufklärung nicht zu belehren, es lässt sich daher auch nicht abschaffen. Weshalb die Gesellschaft auch dafür Räume geschaffen hat: das Kneipengespräch, das Schimpfen an der Straßenecke, das Grölen im Stadion. Dort gehört das Vorurteil hin, dort können die es pflegen, die es brauchen. Es zum Gegenstand einer öffentlichen Debatte aufzuwerten, ist grundfalsch.

"Der Islam gehört nicht zu Sachsen"

welt, 25.01.2015, Karsten Kammholz, Claus Christian Malzahn

Sachsens Ministerpräsident Tillich (CDU) über Pegida – und die Ursachen, die den Freistaat zum politischen Brennpunkt werden ließen. Von muslimischen Verbänden fordert er Einsatz gegen Salafisten.

Schon am Bahnhof merkt man, dass mit Dresden zurzeit etwas nicht stimmt. An jeder Ecke stehen Polizisten mit kugelsicheren Westen und Maschinenpistolen: Schutzmaßnahmen gegen Terror. In

der Staatskanzlei an der Elbe trifft man einen besorgten Ministerpräsidenten.

Welt am Sonntag: Herr Ministerpräsident, Ihr Land macht negative Schlagzeilen. Pegida in Dresden, Legida in Leipzig: Ist Sachsen das Zentrum rechter Islamfeinde?

Stanislaw Tillich: Für die Organisatoren und einen Teil dieser Demonstranten trifft Ihre Beschreibung zu. Für die Mehrzahl derjenigen, die auf den Straßen Dresdens unterwegs sind, sicher nicht. Da geht es um eine Vielzahl von Problemen. Wir haben gerade zu einem Dialogforum eingeladen, wo ich mit Teilnehmern der Pegida-Aufzüge ins Gespräch gekommen bin. Sie sind mit vielen politischen Entscheidungsprozessen und Entscheidungen nicht einverstanden. Und das wollen sie öffentlich deutlich machen.

Welt am Sonntag: Mit Verlaub, in Leipzig wird sogar die deutsche Kriegsschuld am Zweiten Weltkrieg infrage gestellt – und wenn die Redner ans Mikro treten, brüllen sie Verschwörungstheorien.

Tillich: Fremdenfeindlichkeit, Ausländerhass und Gewalt lehne ich ab. Auch ich sehe, dass es in Leipzig deutlich radikalere Tendenzen bei Legida gibt. Die Organisatoren sind mir noch suspekter als die in Dresden.

Welt am Sonntag: Der ehemalige Pegida-Initiator Lutz Bachmann bezeichnet Flüchtlinge als "Viehzeug" und posiert mit Hitler-Bärtchen. In welchen Dialog wollen Sie da treten?

Tillich: Der Mann ist zurückgetreten – und das begrüße ich ausdrücklich. Ich unterscheide zwischen Organisatoren und dem größeren Teil der Teilnehmer. Ich will und kann Letztere nicht einfach ausgrenzen und für die Demokratie verloren geben. Es ist die Aufgabe der Politik, mit ihnen ins Gespräch zu kommen, um sie wieder für demokratische Entscheidungsprozesse zu interessieren und womöglich einzubinden. Dialog kann schiefgehen. Kein Dialog verändert nichts. Raus aus der Dunkelheit der Straße hinein ins Licht des Dialogs. Das ist jedenfalls mein Ziel.

Welt am Sonntag: Worüber sind die Leute so verärgert? Was treibt sie auf die Straße?

Tillich: Um Islamisierungssängste geht es nur am Rand. Die meisten haben sich von der Politik abgewandt. Ich glaube, dass die Ansprüche an den Staat bei ihnen sehr hoch sind. Die Bürger sagen sich: Wir zahlen Steuern, also muss auch alles klappen. Bürokratie, Verwaltungshandeln oder auch politische Entscheidungen, die dem einen oder dem anderen so nicht passen, sind damit gemeint. Ich habe von Teilnehmern im Dialogforum gehört, dass sie sich von den Parteien nicht mehr vertreten fühlen.

Welt am Sonntag: Und was sagen Sie dann?

Tillich: Dass es in einer Demokratie um Meinungsstreit und um Kompromisse geht. Und dass es eine Partei, die zu hundert Prozent die Überzeugungen einzelner Wähler vertritt, gar nicht geben kann.

Welt am Sonntag: Was wird denn konkret gefragt?

Tillich: Beim Dialogforum ging es zum Beispiel um die Rundfunkgebühren, die haben wir im Kreis der Ministerpräsidenten neu geregelt. Wir haben sicher zu wenig darüber informiert. Oder das Thema Frauenquote in Aufsichtsräten. Viele fragen sich: Was hat das mit mir zu tun? Das sei doch nicht das drängende Thema.

Welt am Sonntag: Trotzdem spielt Fremdenfeindlichkeit eine Rolle bei diesen Aufzügen.

Tillich: Davon müssen sich alle distanzieren. Gegen irreführende Gerüchte braucht man Sachargumente und Informationen. Gegen Ängste bedarf es Aufklärung und Information. Dass Neues und Fremdes Unsicherheit und Ängste auslösen kann, das ist auch anderswo der Fall.

Welt am Sonntag: Aber in Sachsen scheinen die Ängste besonders groß zu sein. Warum Dresden, warum Leipzig?

Tillich: Es gibt darauf nicht nur eine Antwort. Aber sicherlich gehört die Erfahrung aus dem Herbst 1989 dazu. Damals sind die Menschen auf die Straße gegangen – und haben politisch sehr viel verändert. Uns Sachsen ist die Demokratie nicht geschenkt worden, sie musste erkämpft werden. Darauf sind die Menschen stolz. Und wenn sie nun von ihrem Demonstrationsrecht Gebrauch machen, respektiere ich das. Auch wenn ich manche Parolen als abstoßend empfinde.

Welt am Sonntag: Vergangenen Montag galt die Demonstrationsfreiheit wegen einer Terrorwarnung nicht.

Tillich: Die Entscheidung, das Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit einzuschränken, ist uns in Sachsen nicht leicht gefallen. Aber es gab gewichtige Gründe der Sicherheitsbehörden, sie so zu treffen. Wir werden diesmal alles dafür tun, dass an diesem Sonntag das Demonstrationsrecht in Dresden wieder wahrgenommen werden kann.

Welt am Sonntag: Asylbewerber klagen in Dresden über eine feindliche Grundstimmung. Manche trauen sich abends gar nicht auf die Straße. Aus Köln, Hamburg oder Berlin werden Sie solche Beschreibungen kaum hören.

Tillich: Ich bestreite gar nicht, dass westliche Großstädte anders funktionieren. Dort hat man mehr Erfahrung mit ausländischen Mitbürgern. Fremdenfeindlichkeit schadet unserem Image. Es gibt eine Bürgergesellschaft, die zeigt, dass Dresden anders ist. An unserer Dialogveranstaltung haben übrigens nicht nur einige Pegida-Demonstranten, sondern auch Dutzende Dresdner mit ausländischen Wurzeln teilgenommen. Da gab es gute Gespräche. Sie haben einander zugehört und Vorurteile abgebaut. Das gilt es fortzuführen. Das hilft, Ängste abbauen.

Welt am Sonntag: Trägt die Union eine Mitschuld an der Misere? Jahrzehntlang haben CDU und CSU behauptet, Deutschland sei kein Einwanderungsland. Wir sind es aber längst.

Tillich: Da hat die Union in der Vergangenheit sicher nicht alles richtig gemacht, andere aber auch nicht. Jahrelang hat die Politik den Deutschen erzählt, Zuwanderung müsse begrenzt werden, weil Zuwanderer den Deutschen die Arbeitsplätze wegnähmen. Dann kam die Freizügigkeit in der EU, und wir stellten fest, da passiert ja gar nichts Schlimmes. Wir kennen das Demografie-Problem, deshalb sagen wir in Sachsen: Wir müssen Ausländer ins Land holen. Gerade der Osten braucht mehr Zuwanderung.

Welt am Sonntag: Was haben Sie konkret vor?

Tillich: Die Bluecard für ausländische Fachkräfte verlangt für einen Zuwanderer aus einem Nicht-EU-Land als Mindestgehalt über 40.000 Euro pro Jahr. Für Sachsen ist dies zu hoch. Der Mindestverdienst eines Facharbeiters in Ostdeutschland liegt bei rund 25.000 Euro im Jahr. Wir müssten uns an dieser Summe orientieren, da hier das demografische Defizit deutlicher ist.

Welt am Sonntag: Haben Sie den Eindruck, dass sich die Pegida-Leute für solche politischen

Maßnahmen interessieren?

Tillich: Nicht alle 25.000 Menschen, die in Dresden auf die Straße gegangen sind, werden wir am Ende erreichen. Einige wollen unsere Meinung vielleicht auch gar nicht hören, sondern einfach nur Recht behalten. Ich jedenfalls werde den Versuch machen, mit den Menschen in einen Dialog zu kommen.

Welt am Sonntag: Das klingt anstrengend.

Tillich: Das ist sicher anstrengend. Die Menschen müssen bei solchen Diskussionen lernen, einander zuzuhören. Man kann nicht immer Recht behalten.

Welt am Sonntag: Die größte Sorge der Pegida-Bewegung ist die vermeintliche Islamisierung der Gesellschaft. Frau Merkel sagt nun in diesen Tagen ganz offensiv: Der Islam gehört zu Deutschland. Gehört der Islam auch zu Sachsen?

Tillich: Ich teile diese Auffassung nicht. Muslime sind in Deutschland willkommen und können ihre Religion ausüben. Das bedeutet aber nicht, dass der Islam zu Sachsen gehört.

Welt am Sonntag: Innenminister de Maizière spricht sogar von einer Bringschuld der Muslime in unserem Land.

Tillich: Die meisten Muslime haben sich ja den Werten unserer Gesellschaft geöffnet und leben danach. Wenn wir uns die Ereignisse in Frankreich vor Augen führen, ist es jetzt umso wichtiger, dass sich die muslimischen Verbände klar zu unserem Wertekanon bekennen. Die Menschen haben Angst vor dem Islam, weil Terrorakte im Namen des Islams verübt werden. Die muslimischen Verbände könnten den Menschen diese Ängste nehmen, wenn sie klar formulierten, dass es sich um einen Missbrauch ihrer Religion handelt. Das wäre ein überzeugender Beitrag, die Ängste in diesem Land zu reduzieren. Wir brauchen auch deutliche Worte der muslimischen Verbände gegen Salafisten und die Scharia-Polizei. Solche Strömungen können die Muslime in diesem Land doch nicht wollen.

Welt am Sonntag: Nun löst auch Pegida Ängste aus, nicht nur bei Muslimen und Migranten. Man könnte also auch alle Sachsen in die Pflicht nehmen, sich zu Freiheit und Toleranz zu bekennen.

Tillich: Wir leben hier nicht im Tal der Ahnungslosen. Die Menschen haben sich Freiheit und Demokratie selbst erstritten. Ich werbe für Toleranz und Offenheit im Umgang mit Ausländern. Sie haben dazu beigetragen, dass Sachsen ein Kultur-, Wissenschafts- und Industrieland war und ist.

"AfD und Pegida rücken immer enger zusammen"

tagesspiegel, 25.01.2015, Matthias Meisner

Das Selbstbewusstsein von Pegida sei unglaublich, sagt Katja Kipping. Die Linken-Chefin im Interview über das Erstarken der Anti-Islam-Bewegung in ihrer Heimatstadt Dresden.

Frau Kipping, Pegida ist in den vergangenen Wochen immer weiter gewachsen. Was ist los mit Ihrer Heimatstadt Dresden?

Es wäre zu kurz gegriffen, das Problem Pegida alleine auf Dresden zu beziehen. Bei Demonstration

vor zwei Wochen konnte man sehen, dass inzwischen auch Leute zum Beispiel aus Brandenburg und Thüringen nach Dresden reisen. Dresden hat eine traurige Geschichte großer Naziaufmärsche. Dresden ist eine ostdeutsche Großstadt. Wenn es beim Erstarken von Pegida in Dresden eine ostdeutsche Komponente gibt, dann nicht, weil es da ein DDR-Gen gibt.

Aber die Demütigungen, die manche in der Nachwendezeit erfahren haben, machen sie ansprechbarer für eine solche Form von Protest.

Hat Pegida auch mit der Vorherrschaft der CDU in Sachsen zu tun?

Die CDU hat in Sachsen faktisch 25 Jahre durchregiert, nur manchmal gab es einen kleinen Koalitionspartner. Sie hat ganz offensichtlich nichts gegen einen sich verbreitenden Rassismus getan. Ganz im Gegenteil: Die Union hat den Humus dafür geschaffen. Zweitens hat sie über ein Vierteljahrhundert hinweg das Gefühl vermittelt: Egal, was man macht, Kritik, Protest, etc., der wird einfach arrogant bei Seite geschoben oder ignoriert. 25 Jahre faktische Alleinherrschaft der CDU haben nicht dazu beigetragen, Begeisterung für Demokratie in Sachsen zu verstärken.

Pegida-Chef Lutz Bachmann ist zurückgetreten, nach rassistischen Ausfällen und nachdem er sich als Hitler-Double ins Bild setzte. Ist Pegida jetzt geschwächt?

Wohl leider kaum. Was in diesem Facebook-Eintrag noch einmal aufgeblitzt ist, ist die tiefe Menschenverachtung, die hinter Pegida steht. Allein die Tatsache, dass Bachmann aus dem Vereinsvorstand zurücktritt, ändert ja nichts daran, dass er der Begründer von Pegida ist. Pegida ist ja nicht einfach nur eine peppige Abkürzung. Das ist eine Organisation, die ganz klar mit Ängsten vor einer angeblichen Islamisierung des Abendlandes spielt. Pegida baut in der Grundanlage her auf rassistischen Vorurteilen auf.

Pegida betont, dass sie sich abgrenze von Rechtsextremisten. Sie benutzt Symbole der Antifa-Bewegung, ist auch auf Distanz gegangen zum Leipziger Ableger Legida. Ist das glaubwürdig? Ich nehme ihnen das nicht ab. Es ist Ausdruck davon, dass sie eine geschickte PR-Strategie verfolgen. Es gibt berechnete Ängste, die auch auf den Demonstrationen von Pegida artikuliert werden, zum Beispiel die Angst vor Altersarmut. Oder die tiefe Überzeugung, dass es mehr direkte Demokratie und Volksabstimmungen geben müsse. Oder dass kein Krieg mit Russland vom Zaun gebrochen werden soll. Das sind ja alles berechnete Ängste. Aber die könnte man ja zum Beispiel unter der Überschrift „Montagsdemos für mehr Demokratie, für mehr soziale Gerechtigkeit oder gegen die Prekarisierung von mir aus auch des Abendlandes“ wenden. Aber so ist es ja nicht. Wer sich Pegida anschließt, stellt sich gegen die Islamisierung des Abendlandes. Das ist ein herbeiphantasiertes Gespenst.

Wie erleben Sie das in Ihrem Dresdner Freundes- und Bekanntenkreis? Wachsen dort Sympathien für Pegida?

Pegida langt sehr stark in die Debatten in der Stadt hinein, sei es bei Familienfeiern oder im Sportverein. Es spaltet die Stadt. Ich weiß von einigen Weihnachtsfeiern, wo das in den Familien sehr kontrovers diskutiert worden ist. Was ich mit Erschrecken feststelle: dieses unglaubliche Selbstbewusstsein, mit dem Pegida-Anhänger auftreten. Um nur ein Beispiel zu nennen: Sie sprechen zum Beispiel Krankenpfleger mit migrantischem Hintergrund an, fordern sie auf, mitzukommen zur Demo. So nach dem Motto: Du bist doch ein guter Ausländer, du kannst mit uns gegen die anderen Ausländer demonstrieren.

Gibt es auch etwas Positives? Schließlich nutzen die Menschen ja ihr verbrieftes Demonstrationsrecht.

Bei der großen Demonstration für "Dresden für alle und gegen Rassismus" konnte man sehen, dass es wieder eine neue Generation von jungen Leuten gibt, die dadurch politisiert wird. Manche waren vielleicht zum ersten Mal in ihrem Leben auf einer größeren Demonstration.

Die Staatsregierung, die CDU oder auch die Landeszentrale für politische Bildung setzen auf einen Dialog, mindestens mit den Mitläufern von Pegida. Ist dieser Ansatz richtig?

Auf die Frage, wie ich es mit einem Dialog halte, sage ich: Jeder, der mit mir beraten möchte, was man gegen Altersarmut tun kann, ist herzlich willkommen zum Gespräch. Aber mit den Organisatoren von Pegida, die auf Rassismus setzen, gibt es für mich keine Basis für ein Gespräch. Die Facebook-Einträge von Lutz Bachmann waren nur die Spitze des Eisberges. Sie haben gezeigt, dass es Pegida an jeglichem Respekt vor Menschen mangelt. Wer diese Organisation als gleichberechtigten Dialogpartner anerkennt, verharmlost sie. Frank Richter...

... der Chef der Landeszentrale für politische Bildung, der Pegida den Raum für eine Pressekonferenz zur Verfügung stellte ...

... ist eher zu bemitleiden als zu beschimpfen. Er hat das versucht, was die sächsische Staatsregierung 25 Jahre versäumt hat: nämlich sich mit Protest auseinanderzusetzen. Er hat vor diesem Hintergrund das Falscheste getan, was man tun konnte: nämlich Bachmann und seiner Mitstreiterin Kathrin Oertel ein Podium zu geben. Pegida ist quasi eine Vorfeldorganisation der AfD, gemeinsam bereiten diese Organisation und diese Partei einen Kulturkampf von rechts vor.

Ein Mitglied aus dem Orga-Team von Pegida hat um Aufnahme in die AfD ersucht. Wie eng gehören Pegida und AfD zusammen?

Die sächsische AfD-Frau Petry hat sich mit Pegida getroffen. Sie war die erste, die den Rücktritt von Bachmann verkündet hat. Man hatte fast schon das Gefühl, dass da die Mutterpartei für Pegida in Dresden entscheidet. Der brandenburgische AfD-Vertreter Gauland war bei Demonstrationen von Pegida dabei. AfD und Pegida rücken immer enger zusammen, in Sachsen ist die AfD quasi zum parlamentarischen Arm von Pegida geworden. Umgekehrt bereitet Pegida den gesellschaftlichen Boden für die AfD.

Pegida-Demonstrationen: Steinmeier sieht Ansehen Deutschlands beschädigt

spiegel, 25.01.2015, jbe

Er wird im Ausland ständig darauf angesprochen: Deutschlands Ansehen in der Welt leidet unter Pegida, sagt Außenminister Steinmeier: "Bei uns wird unterschätzt, welchen Schaden die Sprüche und Plakate schon jetzt angerichtet haben."

Außenminister Frank-Walter Steinmeier sieht angesichts der fremdenfeindlichen Pegida-Demonstrationen das Ansehen Deutschlands in der Welt beschädigt. "Bei uns wird unterschätzt, welchen Schaden die fremdenfeindlichen und rassistischen Sprüche und Plakate der Pegida schon jetzt angerichtet haben", sagte der SPD-Politiker der "Bild am Sonntag". Gerade bei diesem Thema blicke die Welt mit großer Aufmerksamkeit nach Deutschland.

Bei seinen zahlreichen Auslandsbesuchen sei Pegida häufig ein Thema: "Ich werde ständig darauf angesprochen", sagte Steinmeier. In vielen Ländern werde das, was sich auf hiesigen Straßen abspiele, sehr genau verfolgt. "Umso wichtiger ist es, dass wir klar und deutlich sagen: Pegida spricht nicht für Deutschland", zitiert die Zeitung den Minister.

Einen Dialog mit den Pegida-Organisatoren lehnt Steinmeier entschieden ab. Er rede mit Menschen, die enttäuscht seien, Sorgen hätten und sich benachteiligt fühlten - aber er habe "keine Lust, mit den selbst ernannten Funktionären zu sprechen". Ihn nerve "diese Attitüde von Pegida, die behauptet, man dürfe in Deutschland nicht alles sagen oder niemand würde einem zuhören". Solche Behauptungen seien schlicht nicht wahr und dienten nur als Vorwand, um unsinnige Forderungen zu stellen und Ängste in der Bevölkerung zu schüren.

SPD-Chef Sigmar Gabriel hatte für Aufregung gesorgt, weil er an einer Pegida-Diskussion teilgenommen hatte. Gabriel erklärte, er sei "als Privatmann" bei der Veranstaltung gewesen.

Besonders deutliche Worte fand Steinmeier dem "BamS"-Bericht zufolge für die Pegida-Anführer: "Warum ziehen die Pegida-Organisatoren ausgerechnet mit dem Thema 'Asyl' in den Kampf? Es ist eben einfacher, mit dem Schlagwort 'Asyl' verunsicherte Menschen zu mobilisieren als mit komplizierten Themen wie fehlender Infrastruktur oder alternder Gesellschaft."

Pegida und Neonazis: Organisierte Wut

de, 25.01.2015, Hans Pfeifer

Sie sind da, sichtbar und offenbar geduldet: Die gut organisierte Neonazi-Szene mischt sich unter die islamfeindliche Pegida-Bewegung. Bei Aufmärschen ist sie ein fester Bestandteil - nicht nur in Dresden.

André E. ist ein auffälliger Mann. In seinen Ohren trägt er große Löcher - geweitet durch schwarze Ringe. Deren Name ist so martialisch wie ihr Aussehen: Fleischtunnel. Seine beiden Handrücken sind vollständig tätowiert, der eine mit einem Totenschädel. Wenn man André E. nicht kennt, wirkt er einschüchternd. Wenn man ihn kennt, gefährlich. Denn er steht in Deutschland seit 2013 vor Gericht - als mutmaßlicher Helfer der Terrorgruppe "Nationalsozialistischer Untergrund" (NSU) um Beate Zschäpe. Er soll einer ihrer engsten Weggefährten gewesen sein. Verbunden hat sie der Hass: auf Einwanderer, auf Muslime.

Und seinen Hass macht er öffentlich. Mitte Januar 2015 ging André E. in München nach dem NSU-Prozesstag direkt vom Gerichtssaal aus auf eine Demonstration der islamfeindlichen Pegida-Bewegung, gemeinsam mit befreundeten Kameraden der bayerischen Neonazi-Szene.

Seit einigen Wochen schon bilden deren gut organisierte Netzwerke einen eigenen starken Block im Rahmen der Aufmärsche. Unter ihnen befinden sich Funktionäre rechtsextremer Parteien, Neonazis aus der gewaltbereiten Kameradschaftsszene oder verurteilte Rechtsterroristen. Wie Karl-Heinz Statzberger, der im Jahr 2003 einen Bombenanschlag auf eine Münchener Synagoge plante.

Wenn montags die Aufmärsche beginnen, formieren die Neonazis eine Art Nachhut. Kehlig röhren sie die Schlachtrufe der rechten Szene: "Wer Deutschland nicht liebt, soll Deutschland verlassen!" Viele "normale" Bürger rufen begeistert mit. Gestört fühlt sich von der martialischen Präsenz des rechten Blocks offensichtlich niemand.

Die Szene wiederholt sich in vielen Städten mit Pegida-Märschen. Im Norden der Republik beteiligt sich die Führung der rechtsextremen Partei NPD an den Kundgebungen, in Berlin tragen Neonazis ihre Gesinnung durch Szenekleidung mit NS-Symbolik zur Schau. Und im Brennpunkt der Proteste, in Dresden, treten Mitglieder rechter und gewaltbereiter Hooligan-Gruppen als Ordner auf. Nirgendwo scheinen die Veranstalter ein Problem mit den rechten Teilnehmern zu haben: Entweder will niemand sie gesehen haben oder ihre Beteiligung wird einfach klein geredet.

Warum gelingt es den Gruppen der extremen Rechten, so erfolgreich an die Pegida-Bewegung anzudocken? Eine aktuelle Untersuchung der Technischen Universität Dresden weist ähnliche Überzeugungen von Neonazis und teilnehmenden "Wutbürgern" nach: generelle Unzufriedenheit mit der Politik, Ablehnung des Islam und rassistische Vorurteile.

Die rechte Szene versucht, das für sich zu nutzen. Bisher erfolgreich. Die Allianz mit dem Bürgertum ist allerdings brüchig. Denn die meisten Anhänger der islamfeindlichen Pegida-Bewegung lehnen Gewalt als politisches Mittel ab. Gewalt aber bleibt ein Kernmerkmal der organisierten Neonazis.

23.01.2015 bis 25.01.2015, regional, ddnf Pressespiegel

Pegida will am Sonntag spazieren - Gegendemo auf dem Schlossplatz

dresden-fernsehen, 23.01.2015

"Wir machen eine Ausnahme und treffen uns am Sonntag zum 13. Mal". Der Pegida e.V. ruft über Facebook zum Treffen am Sonntag, 14:30 Uhr, auf dem Theaterplatz auf. Parallel dazu findet 14 Uhr auf dem Schlossplatz wieder die "Aktion Neujahrsputz" statt.

Folgende Gründe werden angegeben:

"Wir wollen keinesfalls, dass es zu Ausschreitungen kommt, welche auf Grund der Großzahl linker Chaoten und Gewalttäter aus dem autonomen SAntifa-Spektrum (welche sich für Montag angekündigt haben) kommt. Zum Zweiten wollen sicher viele unserer Anhänger auch gern zum Konzert von Gröni und Sill...y usw und dies wollen wir denen natürlich ermöglichen. Der Anlass des Montags-Gratiskonzert (Weltoffenheit) klingt ja auch vernünftig und ist in unserem Sinne."

Ab 14 Uhr findet auf dem Schlossplatz als Gegendemo wieder die "Aktion Neujahrsputz" statt. Mit dabei ist auch "Dresden Nazifrei" und "Dresden für alle".

Pegida-Gegner stellen sich Islamkritikern entgegen

sz-online, 24.01.2015, dpa

Ein breites Bürgerbündnis will sich in Dresden der von Pegida auf Sonntag vorgezogenen Demonstration entgegenstellen. Geplant sei um 14.00 Uhr auf dem Schlossplatz eine Kundgebung unter dem Motto „Refugees welcome“ (Flüchtlinge willkommen), teilte das Bündnis „Dresden nazifrei“ auf seiner Internetseite mit. Daran beteiligt seien auch das Bündnis „Dresden für alle“ und die „Aktion Neujahrsputz“. Die Demonstration findet in unmittelbarer Nähe zu der Kundgebung der islamkritischen Pegida statt. Sie hat auf dem Theaterplatz vor der Semperoper eine Veranstaltung mit 25 000 Teilnehmern angemeldet.

Die „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (Pegida) hatten die für Montag angekündigte Kundgebung auf Sonntag (14.30 Uhr) vorgezogen. Damit sollten mögliche Zusammenstöße mit Gegendemonstranten vermieden werden, hieß es. Dazu kommt: Zu dem Zeitpunkt, an dem für gewöhnlich montags Pegida auf die Straße geht, organisiert ein Bündnis unter dem Motto „Offen und bunt - Dresden für alle“ ein Konzert mit Künstlern wie Herbert Grönemeyer für Weltoffenheit, gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Pegida-Anhänger sollten sich „dieses kostenlose kulturelle Großerebnis nicht entgehen lassen müssen“, erklärten die Pegida-Organisatoren in der am Freitag verbreiteten Mitteilung. „Wir von Pegida möchten uns diesem Motto nicht verschließen“, hieß es.

Die Polizei bereitet sich unterdessen auf ihren Einsatz am Sonntag vor: „Wir müssen uns nach den Anmeldungen richten“, sagte ein Polizeisprecher. Wie viele Beamte im Einsatz sein werden, teilte die Polizei nicht mit.

Der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Rainer Wendt, warnte vor den Folgen für Sport- oder Kulturveranstaltungen durch die Dauerbelastung für die Polizisten wegen der islamkritischen Demonstrationen in Sachsen. „Das eine oder andere Fußballspiel oder Konzert

könnte verschoben werden oder ausfallen“, sagte er der „Leipziger Volkszeitung“ (Samstag). „Demonstrationen haben Vorrang.“

Am vergangenen Montag war die Pegida-Kundgebung wegen einer Terrordrohung von Islamisten gegen den inzwischen zurückgetretenen Pegida-Chef Lutz Bachmann abgesagt worden. Am Montag davor hatten sich nach Polizeiangaben etwa 25 000 Menschen beteiligt.

17.300 Teilnehmer bei Pegida-Sonntagstreff

mdr, 24.01.2015

Kaum noch ein Wochentag ohne Pegida oder einen der Ableger. Selbst die Ursprungsbewegung in Dresden wich von ihrem traditionellen Montagstermin ab und ging einen Tag früher und bei Tageslicht auf die Straße. Ein Hauptgrund war das für Montag angekündigte Großkonzert für eine weltoffene Stadt. Doch die Pegida-Gegner zogen nach und protestierten ebenfalls am Sonntag - in Sicht- und Hörweite.

Pegida und Legida demonstrieren Schulterchluss

In Dresden haben sich am Sonntagnachmittag zum 13. Mal Anhänger der Pegida-Bewegung versammelt. Die Polizei sprach nach Abschluss der Veranstaltung von 17.300 Teilnehmern. Pegida erklärte dagegen, es seien 20.000 bis 25.000 Menschen auf den Theaterplatz gekommen. Presseprecherin Kathrin Oertel rief bei der Kundgebung unter anderem zu einem Volksbegehren auf, um die Polizeireform in Sachsen zu kippen. Zudem wurde ein Schulterchluss zwischen Pegida und Legida-Bewegung demonstriert. Hatte vor einer Woche der Dresdner Verein dem als wesentlich rechtslastiger eingestuften Leipziger Ableger noch mit Klage gedroht, trat diesmal des Organisationsmitglied Silvio Rösler als Gastredner auf. Er erklärte die Differenzen für beigelegt. Beide Bewegungen würden künftig Schulter an Schulter spazieren und gemeinsam viel erreichen.

Zum zurückgetretenen Pegida-Gründungsmitglied Lutz Bachmann fiel auf der Kundgebung kein Wort. Die Veranstaltung am Sonntag war die erste nach Bachmanns Rücktritt und dem stadtweiten Demonstrationsverbot für den 19. Januar. Als Gründe für die Vorverlegung der 13. Auflage wurden das für Montag geplante Großkonzert für ein weltoffenes Dresden sowie Sicherheitsbedenken wegen zeitgleich angekündigter Anti-Pegida-Demonstrationen angegeben.

Auch Pegida-Gegner auf der Straße - kleinere Rangeleien

Konfrontationen drohten dennoch, denn die Bündnisse "Dresden Nazifrei" und "Dresden für alle" sowie die "Aktion Neujahrspatz" hatten reagiert und ebenfalls für Sonntag zum Gegenprotest in Hör- und Sichtweite aufgerufen. Dieser begann eine halbe Stunde vor Pegida auf dem Schlossplatz. Auch zu der Veranstaltung unter dem Motto "Für Weltoffenheit und Toleranz" gab es einen regen Zulauf, der allerdings mit 5.000 Teilnehmern deutlich geringer als auf der Gegenseite ausfiel. Viele Pegida-Anhänger liefen, entgegen den Hinweisen der Organisatoren, direkt an der Gegenveranstaltung vorbei zum Theaterplatz. Die Polizei war mit 1.558 Beamten vor Ort, um Auseinandersetzungen zu verhindern. Dennoch gab es vereinzelt Rangeleien. Laut Polizei wurden Ermittlungen wegen eines Körperverletzungsdelikts sowie wegen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte und wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen eingeleitet.

Musik für ein weltoffenes Dresden

Am bisher traditionellen Pegida-Montag findet in Dresden ein Großkonzert auf dem Neumarkt statt. Es wird vom Verein "Place to be" ausschließlich aus privaten Mitteln finanziert und soll ein Zeichen gegen Fremdenfeindlichkeit sein. Künstler wie Herbert Grönemeyer, Silly, Jupiter Jones, Marquess und Sebastian Krumbiegel wollen nicht nur singen, sondern auch Statements zu einem friedlichen Miteinander verschiedener Volksgruppen und Religionen abgeben. Die Organisatoren hoffen auf mindestens 40.000 Besucher, die sich zu einem bunten, weltoffenen Dresden bekennen. Allerdings hat auch Pegida seine Anhänger aufgerufen, sich unter die Konzertbesucher zu mischen.

Linke kritisiert Gabriels Besuch bei Pegida-Diskussion in Dresden

dnn, 24.01.2015, dpa

Der SPD-Chef und Vizekanzler Sigmar Gabriel hat am Freitagabend überraschend an einer Diskussionsveranstaltung mit Pegida-Anhängern in Dresden teilgenommen. „Ich finde, mit den Menschen müssen wir besser in Kontakt kommen“, sagte der Wirtschaftsminister, der seine Teilnahme als rein privat deklarierte. „Reden ist das Einzige, was man in der Demokratie machen kann.“ Gabriel warnte davor, die islamkritische Pegida-Bewegung zu unterschätzen. „Es ist nicht nur der Stammtisch, der da redet, sondern ganz oft auch der Frühstückstisch.“ Es sei notwendig, mit den Menschen, die Sorgen haben, tabulos zu reden.

Zu der Gesprächsrunde unter dem Titel „Warum (nicht) zu Pegida gehen“ im Stadtmuseum Dresden hatte die Landeszentrale für politische Bildung eingeladen. Rund 200 Anhänger und Gegner der islamkritischen Pegida nahmen teil. An der öffentlichen Diskussion beteiligte sich Gabriel zunächst nicht. „Ich wollte mich nicht melden, weil ich kein Dresdner bin. Ich wollte nur mal zuhören“, sagte er. Anschließend diskutierte er aber etwa eine Stunde mit Pegida-Anhängern. Mit einem Islamkritiker ging er eine Wette ein. Der behauptete im Gespräch mit ihm, dass die islamischen Vereine in Berlin durchgesetzt hätten, dass alle Weihnachtsmärkte in Wintermärkte umbenannt würden. Gabriel wettete um ein Bier, dass das nicht stimmt: „Ich trinke ein großes Bier, da seien Sie sicher“, sagte er.

Gabriel betonte, dass er kein Interesse an dem Dialog mit den Organisatoren von Pegida habe. „Ich würde jetzt auch nicht mit Organisatoren reden, die im Neo-Nazi-Raum stehen. Aber mit den Menschen, die dort hingehen, die Sorgen haben, und die verärgert sind über die Politik, natürlich muss man mit denen reden.“ Gabriel nannte ausdrücklich den inzwischen zurückgetretenen Pegida-Gründer Lutz Bachmann. „Entweder ist er ein Idiot, oder er ist ein Nazi oder beides“, sagte er. „Vernünftige Leute reden nicht mit Idioten und anständige nicht mit Nazis.“

Die SPD war sich zuletzt uneins über den Umgang mit Pegida. Während Generalsekretärin Yasmin Fahimi eine Teilnahme an solchen Veranstaltungen kürzlich als „falsches Zeichen“ bezeichnete, zeigte sich Fraktionschef Thomas Oppermann offen für den Dialog. Vom linken Flügel seiner eigenen Partei erhielt Gabriel jetzt Beifall für seinen Vorstoß: „Gutes Signal an „Mitläufer““, schrieb Wortführerin Hilde Mattheis bei Twitter.

Die Bundesvorsitzende der Jusos, Johanna Uekermann, kritisierte Gabriel dagegen scharf. „Rassismus ist keine Gesprächsgrundlage“, sagte sie dem „Handelsblatt“ (Online). Der Linksparteivorsitzende Bernd Riexinger kritisierte den SPD-Chef ebenfalls - und das obwohl Linksfraktionschef Gregor Gysi bereits selbst bekundet hat, mit Pegida-Anhängern reden zu wollen. Der Grünen-Politiker Volker Beck warf Gabriel eine „demonstrative Aufwertung von Pegida“ vor und sagte im Deutschlandfunk: „Es gibt keinen Dialog mit Judenhass oder Muslimhass oder Ausländerhass.“ Gabriel appellierte an die Politik insgesamt, stärker den Dialog mit den Bürgern zu

suchen. „Ich würde der Politik raten (...), nicht zu glauben, dass die Eliten-Dialoge, die wir so in der Politik und in der Wirtschaft führen, dass die identisch sind, mit dem Alltagsdialog von Menschen.“

Das islamkritische Bündnis „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ demonstriert seit Wochen montags in Dresden. Die nächste Kundgebung findet bereits am Sonntag statt. Die Vorverlegung begründete Pegida unter anderem damit, mögliche Zusammenstöße mit Gegendemonstranten vermeiden zu wollen.

Ohren auf!

sz-online, 24.01.2015, Christian Thielemann

Die Mitarbeiter der Semperoper verspüren seit Wochen ein Unbehagen, montags zur Arbeit zu gehen. Sorge, dass womöglich Steine oder Flaschen fliegen könnten, dass die Situation auf dem Theaterplatz eskaliert. Sich den Weg durch eine aufgebrauchte Menge bahnen zu müssen, durch Lärm und Gebrüll, um wenig später in der „Fledermaus“ oder in Debussys „Pelléas et Mélisande“ auf der Bühne zu stehen, das macht aus dem Theater einen Elfenbeinturm, der es nicht ist und nicht sein darf – nicht einmal in einer Stadt wie Dresden, der gerne Kulinarik nachgesagt wird. Wir hier drinnen, ihr da draußen: So funktioniert Kunst nicht, so funktioniert Öffentlichkeit nicht. Insofern müsste ich es eigentlich begrüßen, dass die Pegida-Demonstration am vergangenen Montag verboten wurde. Schade, dass wir an diesem Tag keine Vorstellung hatten.

Unsere Versammlungs- und Meinungsfreiheit aber ist ein hohes Gut. Ein Gut, das wir uns durch keinen Terror der Welt nehmen lassen dürfen. Insofern war ich gegen das besagte Verbot und kann nur hoffen, dass Sicherheitsbehörden und Politik stichhaltige Gründe dafür hatten. Wenn ich allerdings sehe, mit welchen Reflexen „die Medien“ auf die Pegida-Vertreterin Kathrin Oertel reagieren, die sich Sonntagabend in die ARD wagte, dann frage ich mich, wie wir selber mit unseren Gütern und Werten umgehen: Eine schwarz gekleidete, blonde Frau, die sich bei Günther Jauch nicht provozieren lässt, gilt als „eiskalt“ und „emotionslos“. Weil sie sich zur Sprecherin der Unzufriedenen in diesem Land macht und Meinungen vertritt, die offenbar niemand hören will. Weil sie nicht mitspielt und sich jeder Skandalisierung entzieht. In den Genuss unserer Meinungsfreiheit kommt sie auf diese Weise nicht.

Frau Oertel hätte klarer sagen können und müssen, wogegen Pegida sich richtet. Dass sie es nicht konkret oder konkret genug getan hat, begreift ein Theatermensch wie ich sofort als Inszenierung, als Strategie. Und vielleicht ist es nicht einmal die dümmste. Die Zehntausende, die Pegida Woche für Woche folgen, sind mit vielem unzufrieden, das scheint von der GEZ-Gebühr bis zur Asylantenquote zu reichen. Dies einzeln aufzulisten führt momentan zu nichts. Vielmehr geht es darum, der Unzufriedenheit als solcher Ausdruck zu verleihen, jenem Gefühl der Ohnmacht, das so viele bedrückt und mit dem, wenn es weiter um sich greift, kein Staat mehr zu machen sein wird. Und kein Volk und keine Kunst.

„Augen auf“, „Herzen auf“, „Türen auf“ hat die Semperoper auf Fahnen, die auf dem Theaterplatz wehen, geschrieben. Ich würde dem gerne ein „Ohren auf“ hinzufügen. Die Menschen trauen sich nicht, zu sagen, was sie denken, weil sie nirgends auf offene Ohren stoßen und weil das, was sie denken, so weit weg ist vom Konsens, dass die diplomatischen Gepflogenheiten unserer Verständigung dafür nicht ausreichen. Es wird viel geredet in Deutschland, aber es wird nicht offen geredet, so dass wir für bestimmte Dinge nur die Wahl zwischen Parolen und politischer Korrektheit haben und keine differenzierte Sprache mehr. Sprechendürfen und Zuhörenkönnen aber gehören zusammen. Es wird nicht mehr zugehört. Das besorgt mich. Pegida sei nicht die Krankheit, sondern

das Symptom, hat die Schriftstellerin Monika Maron gesagt. Unsere Politiker doktern nahezu ausschließlich an den Symptomen herum. Als würden sie den Werten, auf denen unsere Gemeinschaft ruht, insgeheim nicht mehr trauen.

Die schrecklichen Ereignisse von Paris schreien nach einer offensiven Definition dieser Werte, ich nenne sie einmal: bürgerliche Werte. Wir haben etwas zu verteidigen, und vielleicht wird uns das durch solche Katastrophen wieder bewusst. Neben der Pressefreiheit wäre Bildung für mich ein erster bürgerlicher Wert, der Umgang mit Kunst und Kultur, der uns lehrt, die Meinung des anderen zu respektieren und Konflikte friedlich auszutragen. Die Familie, das Geborgensein in Liebe und Vertrauen, ganz gleich, in welcher Personen- oder Geschlechterkonstellation sich Familie zuträgt. Stichworte wie Verlässlichkeit, Anstand, Ehrlichkeit, Rücksicht, Respekt kommen mir in den Sinn, kurz: alles, was zu einer menschlichen Erziehung gehört.

Ich würde mir wünschen, dass am Berliner Humboldt-Forum oder an der Dresdner Frauenkirche 99 Thesen zu unseren bürgerlichen Werten prangen. Für alle zugänglich, jederzeit nachzulesen. Der Bundespräsident könnte sich hier profilieren, aber es würde mich auch interessieren, was Angela Merkel dazu beizutragen hätte. Der Islam gehört zu Deutschland? Warum nicht. Vielleicht gehört das Christentum ja irgendwann zur Türkei und das Judentum zur arabischen Welt.

Solange dies nicht der Fall ist, müssten wir allerdings sagen dürfen, dass es nicht der Fall ist, ohne als faschistoid, rechtspopulistisch oder intolerant zu gelten. Die 68er haben von ihrer Vätergeneration Bekenntnisse verlangt, Offenbarungen, Schuldeingeständnisse. Es ist an der Zeit, von ihnen das Nämliche zu fordern. Die Fragen, mit denen das Phänomen Pegida uns konfrontiert – insofern könnte darin bei allem Bauchgrimmen und mit einiger Abstraktion auch eine Chance liegen –, wären: Was bedeutet Freiheit in einer offenen, aufgeklärten Gesellschaft, was Toleranz? Wie weit können wir die Grenzen stecken, wie eng sollten wir sie stecken? Müssen wir uns von gewissen Freizügigkeiten vielleicht verabschieden, weil wir ihrer nicht mehr Herr werden?

Ich finde es nicht hinnehmbar, dass ein arabischstämmiger Jugendlicher seiner Lehrerin ins Gesicht schreit, von Frauen lasse er sich nichts sagen. Ebenso wenig hinnehmbar ist, dass Menschen wegen ihres nicht deutschen Namens, ihrer Hautfarbe oder ihrer Religion keine Wohnung finden. Beide Fälle zeigen, in welchem Zustand der Verunsicherung und Verrohung sich unsere Gesellschaft befindet.

Die Politik hat sich nicht genug bemüht, die Einwanderer zu integrieren. Wir haben nicht verstanden, wie wichtig es für sie ist, die Sprache unseres Landes zu beherrschen. Wir haben nicht sehen wollen, dass Kultur und Religion in der Fremde immer an Bedeutung gewinnen, nie an Bedeutung verlieren – und was das für den Integrationsprozess und sein Konfliktpotenzial heißt. Wir haben den Dialog nicht geführt, der zu führen gewesen wäre, von Anfang an nicht.

Wir haben in den Siebziger- und Achtzigerjahren nicht für eine Durchmischung der Gesellschaft gesorgt – und plötzlich gab es Ballungen in den Städten, Brennpunkte, die für keine Seite gut waren. Wer auf der Kultur beharrte, die er von zu Hause und in seinem Herzen mitgebracht hatte, weil er mit der anderen, neuen gar nicht in Berührung kam oder kommen konnte, galt als integrationsunwillig. Und wer als Deutscher von Bedrohung sprach, war Ausländerfeind.

Den Unzufriedenen zuzuhören scheint das Gebot der Stunde zu sein. Die globalen Probleme drohen uns über den Kopf zu wachsen: der Ukraine-Konflikt, der Nahe Osten, die radikalen Islamisten von Syrien bis Paris – das mag in der Summe diffus sein und diffuse Ängste schüren, aber vielleicht hat es trotzdem seine Berechtigung. Gerade wenn es sich an den Zuständen vor der eigenen Haustür festmachen lässt. Einer, der das lange vor Pegida gesehen hat, ist Heinz Buschkowsky, der Bezirksbürgermeister von Berlin-Neukölln. Er trifft in seinen Formulierungen genau die Balance

zwischen Wohlwollen und Kritik (im Gegensatz zu Thilo Sarrazin), an der wir uns viel früher ein Beispiel hätten nehmen müssen. Buschkowsky ist dafür heftig gescholten worden. Auch das hat den Menschen nicht gerade Mut gemacht.

Ich habe sehr nette Briefe bekommen, in denen ich gebeten wurde, nach einer von mir dirigierten Vorstellung auf den Balkon der Semperoper zu treten und montags „zum Volk“ auf dem Theaterplatz zu sprechen. Ich bezweifle jedoch, dass das meine Aufgabe wäre. Wir Künstler sollten uns mehr einmischen in die Debatten, aber wir können die Politik nicht ersetzen. Wir können uns nur auf unsere Weise Gehör verschaffen. Die Musik bietet da das perfekte gesellschaftliche Gleichnis. Denn nicht der Dirigent zeigt den Musikern, wo es langgeht, sondern Bach, Beethoven und Wagner zeigen es uns. Darauf hat sich das Orchester nun einmal geeinigt. Das heißt, jeder Einzelne muss sein Handwerk, sein Instrument, seine Stimme so beherrschen, dass er oder sie der jeweiligen Partitur gerecht wird. Akzentfrei, in der richtigen Sprache, mit Sensibilität und wachen, offenen Ohren. Nur so funktioniert das Zusammenspiel.

Pegida hat sich für ihre Aktivitäten Dresden ausgesucht, die Stadt, die am 13. Februar 1945 des 70. Jahrestages ihrer Zerstörung durch alliierte Bomber gedenkt. Die Stadt, die zu spüren bekommen hat, dass Unrecht niemals mit Unrecht zu vergelten sein darf. Dieses Trauma und dieses Erkenntnis haben sich tief in die Seele der Stadt und ihrer Menschen eingegraben. In der Semperoper werden wir an diesem Tag Rossinis „Stabat mater“ spielen, und wenn Dreiviertelzahn die Glocken läuten, mag jeder an vieles denken, nicht nur an das brennende Dresden: an Auschwitz oder an Hiroshima, an den 11. September und an „Charlie Hebdo“.

Den Mutlosen auf diese Weise wieder Mut machen und den Unzufriedenen zuhören, das scheint mir das Gebot der Stunde zu sein. Und ihnen jene Toleranz entgegenbringen, derer wir uns rühmen.

"Presselügner, Politikversager" - Pegida in Dresden 17.300 Menschen

freie presse, 25.01.2015, Tino Moritz

17.300 Menschen kamen zur Sonntagskundgebung von Pegida. Dort wird die Überparteilichkeit betont, aber zugleich ein Grußwort vom Rechtspopulisten Geert Wilders verlesen.

Dresden. Es sind weniger als beim letzten Mal, aber ansonsten gleicht das Bild dem der Montagabende: Tausende Menschen - viele Männergruppen, aber auch Familien - strömen an diesem Sonntagnachmittag aus verschiedenen Richtungen zum vereinbarten Treffpunkt. Dort lassen die meisten geduldig eine Stunde lang Reden über sich ergehen. Viele tragen Deutschlandfahnen, wie gewohnt erschallen "Wir sind das Volk"-Rufe, gegen die auch die Piffe der etwa 5000 Gegendemonstranten einfach nicht ankommen.

Aber es gibt auch Überraschendes. Pegida-Sprecherin Kathrin Oertel redet einen deutlichen Zacken schärfer als bei "Günther Jauch" und der bisher einzigen Pegida-Pressekonferenz vor einer Woche. Den meisten Applaus der Demonstranten - laut Polizei sind es insgesamt 17.300 - erhält Oertel, als sie ruft: "Die Menschen lassen sich nicht mehr für dumm verkaufen von Presselügnern und Politikversagern."

Dann übergibt sie das Wort an Silvio Rösler vom Leipziger Legida-Team, das bislang deutlich radikalere Positionen vertreten hatte. Oertel hatte Legida kürzlich noch eine Klage angedroht, weil der Ableger die Pegida-Forderungen nicht übernommen hatte - aber das scheint Schnee von gestern. Laut Rösler haben Le- und Pegida die Differenzen inzwischen aus der Welt geschafft: "Dresden und Leipzig spazieren in Zukunft Schulter an Schulter", gemeinsam werde man "sehr, sehr viel

erreichen", und zwar "in Sachsen und in ganz Deutschland".

Dass es womöglich um noch mehr geht, wird eine halbe Stunde später klar: Der Niederländer Edwin Wagenveld, der schon häufiger bei Pe- und Legida Reden hielt, verliest ein Grußwort seines Landmanns Geert Wilders, Chef der rechtspopulistischen "Partei für die Freiheit" (PVV). "Meine lieben Freunde in Dresden", heißt es darin angeblich, "es ist wirklich fabelhaft, was in Dresden passiert". Und weiter: "Ganz Europa schaut auf Euch, ihr seid nicht allein, ihr seid Teil von was ganz Großem." Die Menschen hätten "genug von der Islamisierung" und "von den politischen Eliten, die unsere jüdisch-christliche Identität und unsere Traditionen verraten". Wilders schreibt laut Wagenvelds Vortrag auch: "Ich bin stolz auf Euch. Wir wollen, was ihr wollt."

Dabei hatte sich Oertel zuvor alle Mühe gegeben, eine besondere Nähe zu Parteien rechts von der CDU auszuschließen. "Pegida bleibt überparteilich", ruft sie und zeigt sich enttäuscht über Sachsens AfD-Chefin Frauke Petry. Die hatte in mehreren Interviews angegeben, am Tag vor dem Rücktritt von Pegida-Vereinschef Bachmann mit Oertel telefoniert und sie dazu beraten zu haben. "Es gab keine Absprache mit der AfD, es gab keine Absprache mit der Frau Petry - und ich habe mich von ihr definitiv auch nicht beraten lassen", hält Oertel dagegen.

Bachmann hatte in der vergangenen Woche seinen Posten als Pegida-Vereinschef niedergelegt, nachdem menschenverachtende Facebook-Kommentare von früher bekannt geworden waren. Oertel geht nicht weiter auf die Personalie ein, sie sagt nur, dass die Entscheidung im Organisationsteam getroffen worden sei und dass man sich dazu auch noch einmal "zu gegebener Zeit" äußern werde.

Bei den Demonstranten gehen die Meinungen zu Bachmann ganz offensichtlich auseinander. Auf einem Transparent steht: "Wir verzeihen Dir, alle Menschen machen Fehler, die meisten machen die Politiker." Ein älterer Herr sagt einer Studentin der TU Dresden mit Umfragebogen, dass er den Rücktritt für richtig hält. Dass er das elfte Mal bei Pegida dabei sei, Deutschland zu viele Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge aufnehme und er die AfD wähle.

Deren Sachsen-Chefin Petry hatte Pegida zuletzt öffentlich dazu geraten, die eigenen Ziele in Bürgerbegehren zu überführen. Oertel fordert die Demonstranten nun zu einem Volksbegehren auf, um den geplanten Stellenabbau bei Sachsens Polizei abzuwenden. "Wir sind eine riesengroße Macht", sagt sie. "Kippt die Polizeireform 2020!" Am Ende der Kundgebung ist es noch hell. Pegida verzichtet auf das übliche Handy-Leuchten. Diesmal winken die Demonstranten auf Kommando gemeinsam - als Gruß an die Politiker.

Teilnehmerzahlen

Wie zuverlässig die Angaben von Teilnehmer-Zahlen bei Demonstrationen sind, ist umstritten. Beispiel: Nach der Kundgebung des Leipziger Pegida-Ablegers Legida am vergangenen Mittwoch hatten Polizei und Stadt von 15.000 Demonstranten gesprochen. Soziologen der Universität Leipzig legten später das Ergebnis eigener Zählungen vor, die nur auf 4000 bis 5000 Teilnehmer kamen.

Die Dresdner Polizei hält die Durchgangszählung bei einem Demonstrationszug für die genaueste Methode. Dabei wird an verschiedenen Punkten gezählt und später abgeglichen. Pegida zählt und schätzt selbst. Bei den Schätzungen werde die Fläche mit maximal 2,4 Menschen pro Quadratmeter multipliziert, so ein Vereinskoch. Für gestern gab Pegida 20-bis 25.000 Teilnehmer an.

SCHLÄGEREI AM RANDE DER DEMO

mopo, 25.01.2015

Am Rande der großen Demonstration kam es am Sonntag an der Augustusbrücke zu einer Schlägerei.

Es passierte um 14:14 Uhr. Ein Augenzeuge schoss die Fotos und berichtete MOPO24, dass es nicht ganz klar war, wer in diesen Sekunden wen angegriffen hat: "Ganz unschuldig sind scheinbar beide Seiten nicht!"

Angeblich soll ein vermutlich Linksradikaler eine Gruppe PEGIDA-Teilnehmer zuerst bepöbelt und dann körperlich angegriffen haben.

Die PEGIDA-Leute handelten gemeinsam und überwältigten den Mann. Nur Sekunden später war die Polizei vor Ort und löste die Rangelei auf. Der Polizeiführer vom Dienst (in der Leitstelle) kannte um 18 Uhr den Fall auf MOPO24 Nachfrage allerdings nicht.

Derweil meldet der MDR einen weiteren Vorfall auf seiner Homepage: "16.00 Uhr: Fotograf angegriffen. Am Rande der Pegida-Kundgebung ist nach Berichten eines MDR-Reporters ein Fotograf angegriffen worden. Aus einer Gruppe heraus sei ihm brutal ins Gesicht gefasst worden."

DPA schreibt in seiner Zusammenfassung: "Und es gibt Reibereien mit Reportern: Ein Mann schiebt einem Kameramann immer wieder ein großes Schild vor die Linse und schimpft: ‚Haben Sie überhaupt eine Drehgenehmigung?‘ Eine andere Demonstrantin nimmt einem Journalisten das Mikrophon ab und rückt es nicht mehr heraus."

Insgesamt hatte die Polizei am Sonntag in der Dresdner Innenstadt rund 1600 Polizisten im Einsatz.

Polizei Dresden: Pegida-Kundgebung mit 17.300 Teilnehmern - Keine Zwischenfälle auch bei Gegenveranstaltung

dnn, 25.01.2015, ste/dpa

Rund 17.300 Pegida-Anhänger haben sich laut Polizeiangaben am Sonntagnachmittag auf dem Dresdner Theaterplatz zu ihrer inzwischen 13. Kundgebung versammelt. Ihnen entgegen stellten sich bis nach Schätzung der Beamten zu 5000 Gegendemonstranten. Beide Seiten wurden durch eine doppelte Polizeikette voneinander getrennt. Augenzeugen und DNN-Mitarbeiter vor Ort schätzten allerdings auf beiden Seiten eine deutlich geringere Teilnehmerzahl.

Die Leitung der Pegida-Kundgebung übernahm Kathrin Oertel. Wörter wie "Lügenpresse" fielen auch dieses Mal, obwohl die Sprecherin in einer Pressekonferenz vergangener Woche angekündigt hatte, enger mit den Medien zusammen zu arbeiten. Ebenfalls als Redner begrüßten die Pegida-Teilnehmer Silvio Rößler, der die Legida-Versammlungen in Leipzig leitet. Der 51-Jährige betonte in seiner Rede, dass die Zwistigkeiten zwischen Pegida und Legida beigelegt seien und man als eine Gemeinschaft zusammen agiere. Noch am Montag hatte Pegida angekündigt, sich klar von dem Leipziger Ableger zu distanzieren. Das scheint jetzt vom Tisch.

Generell verliefen beide Veranstaltungen friedlich. Die Polizei war mit rund 1600 Polizisten im Einsatz. Es hätte keine nennenswerten Zwischenfälle gegeben, so ein Sprecher der Polizeidirektion

Dresden. Lediglich auf der Augustusbrücke soll es einen nicht näher beschriebenen Vorfall gegeben haben, die Polizei ermittelt wegen Körperverletzung. Darüber hinaus mussten Ermittlungsverfahren wegen Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte sowie des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen eingeleitet werden. Insgesamt waren 1.558 Polizeibeamte im Einsatz

Nachdem es am 22. Dezember an gleicher Stelle große Probleme mit dem Zugang zur Gegendemo gegeben hatte, änderten die Beamten dieses Mal ihr Konzept und ließen nahezu alle Zugänge für beide Seiten offen. Dass dadurch aber immer wieder Pegida-Teilnehmer mitten durch die Gegendemonstranten geführt wurden, sorgte bei diesen für lautstarken Unmut.

Am Montag vor zwei Wochen hatte Pegida nach Polizeiangaben etwa 25.000 Menschen auf die Straße gebracht, so viele wie noch nie. In der vergangenen Woche waren wegen einer Terrorandrohung von Islamisten gegen den inzwischen zurückgetretenen Pegida-Chef Lutz Bachmann alle Veranstaltungen in Dresden abgesagt worden. Nun zog Pegida die ursprünglich für Montag angekündigte Kundgebung vor, um Zusammenstöße mit Gegendemonstranten zu vermeiden, wie es hieß. Vor allem aber ist für diesen Montag unter dem Motto „Offen und bunt - Dresden für alle“ ein Konzert gegen Fremdenfeindlichkeit mit Künstlern wie Herbert Grönemeyer angekündigt. Pegida-Anhänger sollten sich „dieses kostenlose kulturelle Großerebnis nicht entgehen lassen müssen“, erklärten die Pegida-Organisatoren.

Es war die erste Kundgebung seit dem Rücktritt des Pegida-Gründers Lutz Bachmann . Er hatte am vergangenen Mittwoch alle Ämter bei Pegida niedergelegt, nachdem ein Selfie mit „Hitler-Bärtchen“ und Facebook-Posts mit menschenverachtenden Bezeichnungen für Ausländer bekanntgeworden waren. Die Staatsanwaltschaft Dresden ermittelt wegen des Verdachts der Volksverhetzung gegen den 41-Jährigen.

25.01.2015 bis 27.01.2015, bundesweit, ddnf Pressespiegel

Wie spricht das "Volk"?

zeit, 25.01.2015, THERESIA ENZENSBERGER

Der Verein Pegida fühlt sich von einem Meinungsdictat gegängelt. Oder die politische Korrektheit ist schuld. Oder die Presse. Ein Blick in die Pegida-Rhetorik

Der Satz, der heute ohne Fehl und mit Nachdruck jeder rassistischen, sexistischen und homophoben Äußerung vorangeht, lautet: "Ich bin kein Nazi!" Beliebte Variationen des Themas sind: "Ich habe nichts gegen Schwule!"; "Ich habe nichts gegen Frauen!" oder auch: "Ich habe nichts gegen Ausländer!". Offene Feindschaft gegen Ausländer, Frauen und Homosexuelle gilt nicht mehr als salonfähig. Was für die traditionelle Rechte ein Problem darstellen mag, wird in antifeministischen Foren, in Blogs wie Politically Incorrect und bei Organisationen wie Pegida geschickt umschifft. Im Namen der Demokratie werden dort linke, linksliberale und rechte Parolen und Begriffe wild durcheinandergemischt, offenbar mit dem Ziel, das Identifikationspotential zu vergrößern. Zeit, sich die Rhetorik dieser lupenreinen Demokraten einmal genauer anzusehen.

Nach eigenen Angaben ist der kürzlich zurückgetretene Vorsitzende Lutz Bachmann, der Initiator von Pegida, ehemaliger Werbefachmann. Das ist einleuchtend, und nicht nur, weil er sich ein schmissiges Akronym mit lokalem Branding hat einfallen lassen. Auch das offizielle Positionspapier der Pegida hält sich an die einfachste Regel der Werbeindustrie: nur positive Formulierungen sind erfolgsversprechend. 14 der 19 Forderungen sprechen sich für etwas aus, auch wenn dafür bisweilen eine Art doppelte Verneinung bemüht werden muss, wie etwa bei dieser Aussage: "Pegida ist FÜR eine Null-Toleranz-Politik gegenüber straffällig gewordenen Asylbewerbern und Migranten!" Eine der wenigen Forderungen im Positionspapier, die sich gegen etwas ausspricht, ist folgende: "Pegida ist GEGEN Radikalismus egal ob religiös oder politisch motiviert!"

Die Distanzierung von Radikalismus und rechtem Gedankengut funktioniert allerdings nur stellenweise. Mehrere Begriffe, die von Pegida-Anhängern, selbst ernannten "besorgten Bürgern", genutzt werden, so wie "Lügenpresse", "Systempresse" und "Volksverräter" haben ihren Ursprung nachweislich in der NS-Propaganda. Die NPD, die gemeinhin nicht für ihre glänzende Öffentlichkeitsarbeit bekannt ist, reibt sich auf ihrer Webseite die Hände. Dort heißt es: "'Volksverräter' ist NPD-Sprachgebrauch und NPD-Denken (...) Mag sein, dass viele Rufer sich dessen gar nicht gewahr sind, dass sie den Sprachgebrauch und damit die ideologische Grundhaltung der NPD übernommen haben. (...) wir müssen noch nicht einmal die Organisationsarbeit machen."

Journalismus als Gefahr für Demokratie?

Ob sie sich des inneren Widerspruchs "gewahr" sind oder nicht, die Anhänger der Pegida gerieren sich als politisch Verfolgte, unterdrückt von Staat und Medien. "Wer in der Demokratie schläft, wacht in der Diktatur auf", heißt es auf einem Plakat bei der Demonstration in Dresden. Die diffuse Angst vor der Diktatur ist ein zentrales Motiv der Bewegung, wobei die "Putin"-Rufe und das Vertrauen in Nachrichtenseiten wie RT Deutsch auf der anderen Seite suggerieren, dass auch die alte Sehnsucht nach Recht und Ordnung durch ein autoritäres System noch eine Rolle spielt.

Denis Yücel von der taz sagte einer der Demonstranten in Dresden: "Es ist alles wie 1989 (...) Das

Volk ist wieder auf der Straße, während die Herrschenden und ihre Propagandaorgane verzweifelt versuchen, uns zu diffamieren." In einer besonders seltsamen Szene, die das NDR auf einer Pegida-Demonstration Mitte Dezember eingefangen hat, sieht man, wie die Anhänger der Bewegung ein paar Gegendemonstranten als "Antifa-Faschisten" bezeichnen.

Verwirrend ist auch, dass mit der vermeintlichen "Gleichschaltung" der Medien ein weiterer Begriff aus der Zeit des Nationalsozialismus fällt, der sich allerdings in diesem Fall warnend zu Eigen gemacht wird. In dem Weltbild der Pegida-Anhänger wird der "Qualitätsjournalismus" (ebenfalls eine bemerkenswerte Umwertung eines Begriffs durch Anführungszeichen) als eine der wesentlichen Gefahren für die Demokratie identifiziert.

Immer wieder wird suggeriert, es gebe in Deutschland keine Meinungsfreiheit. Die öffentlich-rechtlichen Sender werden der "Staatspropaganda" beschuldigt, im NDR-Interview sagt eine Anhängerin der Bewegung: "Wenn man irgendwas sagt, was eine andere Meinung ist, wird man als schlecht und blöd hingestellt und das lass ich mir nicht mehr gefallen." Jemanden als "schlecht und blöd" hinstellen zu dürfen, ist zwar Teil der Meinungsfreiheit, das scheint in der Argumentationskette aber unerheblich.

Generell wird ignoriert, dass die Meinungsfreiheit im Grundgesetz verankert ist, an dem sich in den letzten Jahrzehnten wenig geändert hat. Wenn man sich Mühe gibt, kann man die Forderung nach "Meinungsvielfalt", die auf einem weiteren Plakat bei der Demonstration zu lesen ist, nachvollziehen. Allerdings verliert sie an Glaubwürdigkeit, wenn sie von Menschen geäußert wird, die jegliches Medium ablehnen, das nicht die eigene Meinung wiedergibt.

Der Beweis dafür, dass Meinungsfreiheit nicht dasselbe ist wie die Freiheit von einer gegensätzlichen Meinung, findet sich ja schon in der Tatsache, dass Pegida-Demonstrationen völlig legal sind, auch wenn sich die meisten Politiker und ein Großteil der Medien den Meinungen der Demonstranten nicht angeschlossen haben.

Nach der Absage der Demonstration vergangene Woche waren die Organisatoren dann auch regelrecht einmütig mit Polizei und Behörden. Die Meinungsflut, die sich in den Tagen nach dem Attentat auf Charlie Hebdo auf das Internet und in die Zeitungen ergossen hat, ist ein weiterer Indikator dafür, dass unterschiedliche Ansichten in unserem Land durchaus geäußert werden dürfen – auch wenn Hashtags wie #JeSuisCharlie natürlich einer gewissen Differenzierung entbehren. Folgerichtig war Pegida am Montag nach dem Anschlag auch Charlie.

Nun ist es gar nicht so leicht, hierzulande eine schlagkräftige Zensur nachzuweisen. Es bleibt nur eine Instanz übrig, die für Selbstzensur, Diffamierung und Verleumdung verantwortlich gemacht werden kann: die berüchtigte politische Korrektheit. Ein Blog, das sich stolz Politically Incorrect nennt, prangert dieses infame Werkzeug an: "Die politische Korrektheit und das Gutmenschentum dominieren heute überall die Medien. Offiziell findet diese Zensur natürlich nicht statt, dennoch wird über viele Themen, selbst wenn sie von höchster Bedeutung (...) sind, nur völlig unzureichend oder sogar verfälschend 'informiert'."

Ein weiterer Passus befasst sich mit dem "Multikulturalismus", der nicht nur das Grundgesetz bedroht, sondern sogar die Menschenrechte gefährdet. Um dagegen anzugehen, braucht es offenbar eine Art von Mut, die an Tollkühnheit grenzt: "Wir wollen laut sein, wenn die politische Korrektheit Schweigen einfordert, wir wollen hinsehen, wo Wegsehen als 'Vermeidung von Vorurteilen' gilt."

Gleichzeitig Außenseiter und Mitte der Gesellschaft

"Wir sind das Volk" zu skandieren, ist nicht nur der Versuch, den Ethos der

Montagsdemonstrationen in der DDR – und damit den Widerstand gegen eine Diktatur – für sich zu beanspruchen, es bedeutet auch: "Ihr seid nicht das Volk". Wer hier ausgeschlossen wird, ist nicht schwer zu erraten. Auf die Frage, ob Flüchtlingsheime nicht notwendig seien, entgegnet ein Demonstrant im NDR-Interview: "Für Wirtschaftsflüchtlinge auf keinen Fall." Auf die Differenzierung zwischen Wirtschaftsflüchtlingen und politischen Flüchtlingen sind die Pegida-Anhänger stolz, schließlich sehen sie darin den endgültigen Beweis dafür, dass die Bewegung mit Ausländerfeindlichkeit nichts am Hut hat.

Als Kathrin Oertel, die neue Sprecherin von Pegida, bei Günther Jauch darauf hingewiesen wurde, dass in Dresden recht wenige Menschen muslimischen Glaubens leben, entgegnete sie kühn: "In Deutschland wird ja zum Beispiel auch gegen die Abholzung des Regenwaldes demonstriert, obwohl es keinen Regenwald in Deutschland gibt." Die Bewegung sei nicht "im Tal der Ahnungslosen," sondern schau über "den Tellerrand hinaus". Hier haben wir es also mit weltoffenen Menschen zu tun, die sich für die Interessen anderer europäischer Länder einsetzen, "wo die Islamisierung so weit fortgeschritten ist, dass es dort wirklich in das Leben und die Kultur dieser Menschen eingreift." Vielleicht nicht erstaunlich, dass Oertel auf Nachfrage vor allem Frankreich einfiel. Wo in dieser paradoxen nationalen, aber dann eben doch auch supranationalen Interessenlage die Grenzen gezogen werden, ist manchmal schwer zu erraten.

Einerseits geriert man sich als Außenseiter, andererseits möchte man zur "Mitte der Gesellschaft" gehören. Dieses Kunststück kann nur gelingen, indem man Positionen besetzt, auf die sich die Mehrheit einigen kann: die Verteidigung des Grundgesetzes, der Pressefreiheit und, – in einem besonders elaboriertem intellektuellem Stunt – die der Frauenrechte.

Im NDR-Interview sagt ein älterer Herr, der mit Pegida auf die Straße gegangen ist: "Islam – das muss man auch sagen dürfen – ist ein Rückschritt 300 Jahre zurück ins Mittelalter. Dort ist Genitalverstümmelung, die Frauen haben nichts zu sagen, die werden verheiratet, Tiere werden geschächtet, wo bleibt denn da der Tierschutzverein?" Misogynie kann es nur anderswo geben. Allerdings erregt sich das Pegida-Positionspapier über das wahnwitzige "Gender Mainstreaming" und über die "nahezu schon zwanghafte, politisch korrekte Geschlechtsneutralisierung unserer Sprache", was zumindest auf eine gewisse Unsensibilität gegenüber den Interessen einer recht großen Bevölkerungsgruppe schließen lässt.

Diesem Thema widmet sich auch das antifeministische Forum "Wie viel Gleichberechtigung verträgt das Land?". Dort heißt es: "Man kann mit Fug und Recht von einer feministischen Machtergreifung sprechen. Der somit etablierte Staatsfeminismus ist es, der systematisch Volksverhetzung betreibt – durch politische Reden, durch Gesetze und durch mediale Beeinflussung." Hier finden sich alle Elemente der beschriebenen Geisteshaltung wieder: Das Raunen von der drohenden Diktatur, die angebliche Manipulation durch die Medien im Namen der "politischen Korrektheit" und deren politische Einflussnahme. Woher die Verfasser nur den Begriff der "Volksverhetzung" haben? Juristisch gesehen wird das Grundrecht auf Meinungsfreiheit in Deutschland nur in diesem Punkt beschränkt. In diesem Sinne wäre also der "Staatsfeminismus" nicht nur ärgerlich, sondern geradezu verfassungswidrig.

Diskursanalyse? Damit Pegida zu begegnen, wäre vergebliche Mühe. Man kann einen Pudding nicht an die Wand nageln. Die Sprache der Werbung nimmt keine Rücksicht auf die Herkunft ihrer Phrasen. Ob ein Slogan aus der rechten oder linken Ecke kommt, ob man sich bei Orwell oder bei Goebbels bedient, spielt keine Rolle. Hauptsache, man stiftet so viel Verwirrung wie möglich, steigert die potenzielle Breitenwirkung und lässt für seine Gegner nur so zahnlose Begriffe wie "bunt" und "weltoffen" übrig.

Ohne Facebook kein Pegida

sueddeutsche, 25.01.2015, Simon Hurtz

Die Volksparteien sind in den sozialen Medien abgehängt

Deutschland hat wieder eine außerparlamentarische Opposition - und was für eine! Die Parteistrategen von CDU und SPD haben versagt, AfD und "Die Partei" sind ihnen über den Kopf gewachsen. Zumindest könnte diesen Eindruck haben, wer seine Informationen ausschließlich aus dem sozialen Netzwerk Facebook bezieht. Dort haben die Alternative für Deutschland (140 000 Likes) und Sonneborns Satiretruppe (175 000 Likes) fast so viele Fans wie alle im Bundestag vertretenen Parteien zusammen.

Natürlich taugt Facebook nicht zu ernsthafter Wahlforschung. Aber eine Tendenz lässt sich klar erkennen: In sozialen Netzwerken funktioniert Politik durch Zuspitzung; je emotionaler, desto viraler, desto schneller und weiter verbreiten sich die Inhalte. Gelikt wird aus Protest und Ironie, die seriös-biedere Politikvermittlung der Volksparteien hat es auf Facebook schwer.

Auf Facebook kann man sich gegen die "Lügenpresse" wehren

Mit diesem Problem hat die Pegida-Bewegung nicht zu kämpfen. "Facebook ist die perfekte Plattform für deren krude Weltsicht", sagt Politikberater Martin Fuchs, der als "Hamburger Wahlbeobachter" die Online- und Social-Media-Strategien von Politikern und Parteien analysiert. Nicht alle Pegida-Anhänger seien Nazis, aber alle eine das gleiche Gefühl: Wir werden nicht ernst genommen, die Medien schweigen uns tot, es dominiert die Political Correctness.

"Um diesen Unmut loszuwerden, trifft man sich auf Facebook. Dort können sich die Pegida-Anhänger austauschen und in ihrem Eindruck bestätigen, dass sich der Rest der Welt gegen sie verschworen hat", sagt Fuchs. Die Zahlen geben ihm Recht: Seit sich im Oktober die ersten Pegida-Demonstranten in Dresden sammelten, ist nicht nur die Protestbewegung auf der Straße gewaltig gewachsen. Binnen vier Monaten hat Pegida rund 155 000 Facebook-Fans gesammelt - und damit SPD und CDU überflügelt, die seit Jahren in den sozialen Netzwerken aktiv sind.

Auf Facebook versammeln sich Enttäuschte und Empörte

Martin Fuchs geht noch weiter. Das digitale Sammelbecken der Enttäuschten und Empörten sei entscheidend für den Erfolg der analogen Kundgebungen: "Ohne Facebook würde es Pegida in der jetzigen Form nicht geben. Soziale Medien sind ideal, um Menschen zu aktivieren und zu mobilisieren."

Das bestätigt der Konfliktforscher Andreas Zick von der Uni Bielefeld. Im Gespräch mit der Tagesschau nennt er soziale Medien "unglaublich wichtig" für Pegida. Dort würden sich die Anhänger ihrer eigenen Weltbilder versichern, dort schaffe man sich eine eigene Öffentlichkeit, dort finde eine "Selbstradikalisierung" abseits der etablierten Medien statt. Die Hasskommentare in Kommentarspalten und sozialen Netzwerken seien eine Art Vorläufer von Pegida gewesen. Die Bewegung bündele nun Ressentiments, die schon seit langem in der Gesellschaft vorhanden seien, und eine Plattform wie Facebook mache sie sichtbar.

Politik und Medien haben zu lange weggeschaut

Früher prosteten sich am Stammtisch 15 Menschen zu, jetzt treffen sich 10 000-mal so viele im Netz. Über Ressentiments, die größtenteils auf Gefühlen statt auf Fakten basieren, könne man inhaltlich kaum diskutieren - und doch hätten Politiker und Journalisten einen Fehler gemacht, sagt Fuchs: "Man hätte schon viel früher erkennen können, dass sich da was zusammenbraut. Ich finde es schade, dass alles, was in sozialen Netzwerken passiert, immer noch nicht ganz ernst genommen wird."

Er wolle weder Politiker- noch Medien-Bashing betreiben. Und doch: "Wenn früher bekannt geworden wäre, wes' Geistes Kind ein Typ wie Bachmann ist, hätte Pegida längst nicht so viel Auftrieb bekommen." Verstärkt durch die homogene Gemeinschaft auf Facebook seien ein Zusammengehörigkeitsgefühl und eine "Jetzt erst recht"-Stimmung entstanden. Mittlerweile hätten sich viele Anhänger so stark mit der Bewegung identifiziert, dass sie alle Informationen, die nicht in ihr Weltbild passen, als Propaganda der angeblichen Lügenpresse abtun würden.

In Deutschland gibt es über 28 Millionen Facebook-Profilen, jeder Dritte nutzt das Netzwerk. Das macht es zu einem Seismograph für politische Stimmungen. Ganz im Gegensatz zu Twitter: "In Deutschland erreicht man auf Twitter zwar Multiplikatoren, aber noch nicht die breite Masse", sagt Fuchs. Folgerichtig gibt es keinen offiziellen Pegida-Account bei Twitter; die Hashtags #Pegida, #Nopegida oder #Schneegida werden fast ausschließlich von Gegnern der Bewegung genutzt, die warnen, informieren oder spotten.

Dementsprechend wenig Resonanz findet die Aufklärungskampagne, die Sachsens Innenministerium im Dezember startete. "Wir gehen rein in die sozialen Netzwerke. Wo wir falsche Informationen sehen, stellen wir richtige Fakten dagegen", sagte Sprecher Martin Strunden damals im Deutschlandradio. Bisher passiert das allerdings ausschließlich in der vergleichsweise kleinen Twitter-Nische. Obwohl Strunden täglich Dutzende Infotweets absetzt und mit den Hashtags #Pegida und #Nopegida über die Themen Asyl und Zuwanderung aufklären möchte, erreicht der Account nur wenige hundert Menschen.

Die Pegida-Bewegung hat ihren Peak erreicht

So löblich sein Engagement ist, daran liegt es wohl kaum, dass die Pegida-Seite auf Facebook seit einigen Tagen langsamer wächst als in den Wochen zuvor. Auch Initiativen wie Pegida-Watch oder #YouGeHa, das steht für Youtuber gegen Hass, spielen dabei nur eine untergeordnete Rolle, sagt Martin Fuchs: "Die größte Gefahr für Pegida sind ihre Inhalte. Besser gesagt: der Mangel an Inhalten."

Pegida sei vor allem ein Gefühl, es gebe kaum konkrete Forderungen, geschweige denn konstruktive Vorschläge. "Je länger die Demos dauern, desto deutlicher wird, wie viele unterschiedliche Strömungen die Bewegung vereint." Rechtsradikale, Wutbürger, Gutbürger, die würden sich kaum auf einheitliche Ziele einigen können, glaubt Fuchs. "155 000 Fans, der Peak ist erreicht. Ich kann mir nicht vorstellen, dass noch viel mehr dazukommen. Vielleicht werden es 170 000, mehr Potential hat Pegida auf Facebook aber nicht."

Auch wenn Pegida verschwindet: Die Vorurteile bleiben

Ähnlich sieht das der Konfliktforscher Andras Zick. Es sei nicht im Sinne von Pegida, Antworten zu geben, sagte er gegenüber der Tagesschau. "Die werden einen Teufel tun, konkrete Angebote zu machen, denn in diesem Moment wären sie haftbar." Er sieht in Pegida vor allem ein sächsisches Phänomen; die Bewegung werde sich "nicht auf die Mehrheitsgesellschaft zubewegen, sondern weiter versuchen zu polarisieren." Sie könne sich in ihre Konspirationszirkel im Internet verziehen, man dürfe aber darauf vertrauen, dass sie da untergehen werde.

Eine Sache betonen Andreas Zick und Martin Fuchs unisono: Ganz gleich, ob 150 000, 170 000 oder auch 200 000 Facebook-Fans - Politik, Medien und Gesellschaft müssten Pegida als Warnsignal begreifen, selbst wenn die Bewegung wieder verschwinden sollte. Die ihr zugrundeliegenden Vorurteile würden ja weiterhin in den Köpfen der Menschen bleiben.

CSU-Chef: Seehofer distanziert sich von Gabriels Pegida-Dialog

spiegel, 26.01.2015, Björn Hengst

Sigmar Gabriel konnte sich bis zu diesem Montagmorgen bestätigt fühlen: Für seine Teilnahme an einer Diskussionsrunde mit Anhängern der islamfeindlichen Pegida-Bewegung hatte der SPD-Chef zwar Kritik aus der Opposition, dafür aber auch anerkennende und wohlwollende Worte von Koalitionspolitikern aus der Union erhalten - etwa von Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU).

Das Urteil der CSU fällt dagegen deutlich kritischer aus: Parteichef Horst Seehofer betonte vor einer Vorstandssitzung der Christsozialen, dass er immer der Auffassung gewesen sei, dass man die Sorgen der Menschen zur Kenntnis nehmen müsse - "aber ich halte nichts davon, dass man sich mit den Leuten zusammensetzt", sagte Seehofer. Man müsse sich nur "manche Lebensläufe von führenden Leuten bei Pegida" anschauen, so Seehofer vor Journalisten: "Man muss schon wissen, mit wem man es zu tun hat."

Seehofer attestierte dem SPD-Chef indirekt mangelnde Sensibilität dafür, dass dieser im Anschluss an eine Diskussionsveranstaltung in Dresden mit Pegida-Anhängern gesprochen hatte: "Ein führender Politiker muss immer wissen, welche Eindrücke er damit auslöst", sagte Seehofer.

Gabriel hatte am Freitagabend überraschend an einer Veranstaltung der Landeszentrale für politische Bildung in Dresden teilgenommen. Er sei als Privatmann gekommen, hatte Gabriel gesagt. Im Anschluss an die Runde hatte sich Gabriel rund eine Stunde lang auch mit Pegida-Anhängern auseinandergesetzt.

Während etwa die Grünen dem Vizekanzler vorgeworfen hatten, die islamfeindliche Bewegung mit seinem Vorstoß aufzuwerten, gab es zuletzt positive Resonanz in der CDU: "Ich halte das für richtig", hatte Bundesinnenminister Thomas de Maizière gesagt.

Für ein Bier die Ehre der Politik verspielt

faz, 26.01.2015, Christian Geyer

Was hat Sigmar Gabriel bei den Dresdner Demonstranten gegen die Islamisierung des Abendlandes verloren? Wie er dort über „die Politik“ spricht, kommt dem System-Ressentiment von Pegida geradewegs entgegen.

Darf man? Oder darf man nicht - mit Pegida-Demonstranten reden? Natürlich darf man. Aber muss man es auch? „Was gibt es in der Demokratie anderes an Mitteln, als miteinander zu reden?“, fragt Sigmar Gabriel im Zeichen der Alternativlosigkeit. Na ja, eine Alternative gibt es schon: nicht miteinander zu reden. Ebendies ist schließlich auch Kommunikation: Man kann nicht nicht kommunizieren (Paul Watzlawick). Hat Pegida selbst das mit ihrem Gesprächsentszug nicht vorgemacht? Mit dem Effekt, dass sich Günther Jauch kaum einkriegte, als die Pegida-Organisatorin Kathrin Oertel es sich dann doch anders überlegte und ins Fernsehen ging. Unvergessen die unpolitische Euphorie, die Schnappatmung, mit der Jauch vorige Woche diesen Schritt bejubelt hat: Jetzt habe „zum ersten Mal eine der Pegida-Organisatoren zugesagt, um mit uns darüber zu sprechen, was hinter ihren Protesten steckt“. Zum ersten Mal und dann auch noch mit uns!

Etwas von dieser Scoop-Mentalität mag auch beim SPD-Parteichef im Spiel gewesen sein, als er

jetzt in einem abendlichen Mantel-und-Degen-Stück zum Gespräch mit Pegida-Anhängern (nicht Organisatoren!) in die Dresdner Landeszentrale für politische Bildung eilte. Zum ersten Mal und dann auch noch mit mir! Die Skrupel hatte Gabriel dadurch entschärft, dass er sich mitten in der von Kameras ausgeleuchteten Öffentlichkeit zum Privatmann erklärte. Als habe er die Pegida-Anhänger nur mal eben von der Kita abholen wollen.

Was hat der Privatmann erreicht? Nach allem, was man hört, hält sich der politische Ertrag von Gabriels Pegida-Sprechstunde in Grenzen. Er hat dort ein Bier dagegen gewettet, dass der angebliche Umbenennungszwang von Weihnachtsmarkt in Wintermarkt auf islamische Verbände zurückgeht (das Bier ist ihm sicher). Und er hat, staatsbürgerlich korrekt, Verständnis für alle Formen politischer Partizipation gezeigt, ein Verständnis, das freilich - in dem gönnerhaften Ton, den Gabriel dabei anschlug - knapp an der Parteienschelte vorbeischrämte: Er würde „der Politik“ raten, so der SPD-Chef in Pegida-Bierlaune, „nicht zu glauben, dass die Elitendialoge, die wir in der Politik und in der Wirtschaft führen, dass die identisch sind mit dem Alltagsdialog von Menschen“.

War das nötig? Pauschale Systemkritik zu üben, um für einen effektiv kalkulierten Moment die Gunst des Pegida-Publikums zu gewinnen? Hätte Gabriel, wenn er schon Bürgerkunde lehrt, nicht umgekehrt deutlich machen müssen, worin der demokratische Wert der nur scheinbar lebensfremd wirkenden Prozeduren besteht? Versteht sich der SPD-Chef etwa als Vertreter der oberen Zehntausend statt als Volksvertreter? Ganz sicher nicht. Warum diffamiert er dann aber „die Politik“ als eine Eliten-Veranstaltung, die am Alltag der Menschen vorbeigeht - und kommt damit dem System-Ressentiment von Pegida geradewegs entgegen? Man fasst es nicht.

Wer bei Pegida mitläuft, weiß, was er tut

Gegen die neue Redseligkeit mahnt Gabriels Parteigenossin, die SPD-Generalsekretärin Yasmin Fahimi, „politische Haltung“ an. Das heißt: Man spricht mit Bürgern, wenn es sich ergibt (jeder Abgeordnete hält schließlich Bürgersprechstunde), aber man sucht nicht ostentativ das Gespräch mit ihnen als Pegida-Anhängern. Fahimi hält nichts davon, die Demonstranten dadurch aufzuwerten, dass man sie erst einmal staatsbürgerlich entmündigt (nach dem Motto: denn sie wissen nicht, was sie tun), um sich dann als politische Therapeuten über sie zu beugen. „Wir reden hier über mündige Bürger“, stellt Fahimi in der „Frankfurter Rundschau“ klar. „Wer mündig ist, trägt Verantwortung für seine Taten und dafür, wem er hinterherläuft. Deswegen möchte ich in keinen Dialog treten mit Leuten, die Stimmung schüren gegen Migranten, gegen Ausländer und gegen Andersdenkende.“ Wer hinter der Fahne „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ herlaufe, wisse, was er tut, und sei ebendarin ernstzunehmen: im Schüren des Ressentiments mit Hilfe des absichtsvoll diffus gehaltenen Leitmotivs der Antiislamisierung, das jeder Pegida-Veranstaltung im Namen eingeschrieben ist.

Wäre es nicht ein Leichtes, die verflixte Islamisierung aus dem Pegida-Namen zu nehmen, fragt der gute, durch und durch mediationsgläubige Landeszentralen-Chef Frank Richter. Wo es Pegida nach eigenem Bekunden doch gar nicht um Ausländerhass gehe? Das Schmunzeln der Kathrin Oertel als Antwort auf diese Frage musste man bei Jauch gesehen haben. Wir sind doch nicht doof, schwieg sie den Moderator an. Wir ziehen doch nicht freiwillig unseren Publikumsmagneten aus dem Verkehr! Wir demolieren doch nicht unsere Projektionsfläche, in die sich alle Ängste und Sorgen hineinlesen lassen, von denen dann der Systempolitiker, den wir attackieren, dankenswerterweise erklärt, sie müssten ernstgenommen werden!

„Bei uns wird unterschätzt, welchen Schaden die fremdenfeindlichen und rassistischen Sprüche und Plakate der Pegida schon jetzt angerichtet haben.“ Sind diese jüngsten Worte des Außenministers auch als Ruffel für Gabriels Kapriole zu verstehen? Die Generalsekretärin seiner Partei hat es schon immer gesagt: Besser Pegida mit Haltung ausspazieren lassen als das Ressentiment gesprächsfähig

zu machen.

Dresden: Asylbewerber aus Libyen angegriffen

spiegel, 26.01.2015, ler/AFP

Hitlergruß und ausländerfeindliche Sprüche: Mehrere Männer haben in Dresden einen Asylbewerber aus Libyen angegriffen. Das Opfer hatte an einer Straßenbahnhaltestelle gewartet.

Ein aus Libyen stammender Asylbewerber ist am Sonntagabend in Dresden auf offener Straße angegriffen und geschlagen worden. Die Polizei geht von einem fremdenfeindlichen Hintergrund aus. Das gab das Operative Abwehrzentrum der sächsischen Polizei am Montag in Leipzig bekannt. Vier unbekannte Männer hätten an einer Straßenbahnhaltestelle mehrfach auf den dort wartenden Asylbewerber eingeschlagen.

Einer der Tatverdächtigen habe zudem den Hitlergruß gezeigt und Sprüche wie "Ausländer raus" skandiert. Das Opfer konnte flüchten, wobei einer der Angreifer noch eine Bierflasche nach ihm warf. Das Operative Abwehrzentrum Sachsen in Leipzig hat Ermittlungen wegen gefährlicher Körperverletzung aufgenommen.

Studie über Pegida-Gegner: Jung, kinderlos, weiblich

spiegel, 26.01.2015,

Zehntausende Demonstranten protestieren in Deutschland gegen Pegida. Doch wer sind sie? Eine neue Studie zeigt die Unterschiede zur Anti-Islam-Bewegung - doch es gibt auch eine Gemeinsamkeit.

Mit den Pegida-Demonstrationen haben sich in letzter Zeit gleich mehrere Forschungsinstitute beschäftigt. Im Großen und Ganzen waren sich die Wissenschaftler dabei über die Teilnehmer einig: An den Aufmärschen nehmen überwiegend männliche Sachsen zwischen 45 und 50 Jahren teil. Doch die Zusammensetzung der in ganz Deutschland aktiven Gegenbewegung war noch weitgehend unbekannt.

Das Göttinger Institut für Demokratieforschung hat jetzt insgesamt 628 Teilnehmer von NoPegida-Demonstrationen in Braunschweig, Duisburg und Leipzig befragt. Repräsentativ sind die Resultate zwar nicht. Doch ermöglichen die Ergebnisse einen Einblick in die Zusammensetzung der Teilnehmer der NoPegida-Kundgebungen.

Die Erkenntnisse zu beiden Gruppierungen:

NoPegida-Protestierende sind weitaus jünger als ihre Kontrahenten. Während bei Pegida die 36- bis 45-Jährigen mit rund 55 Prozent dominieren, sind es bei der Gegenbewegung die 16- bis 35-Jährigen mit rund 45 Prozent.

Rentner und Pensionäre, die die Proteste gegen Stuttgart 21 und andere größere Infrastrukturprojekte Anfang des Jahrzehnts beherrschten, sind bei Pegida und ihren Gegnern nur noch gering vertreten.

Die Anti-Pegidisten sind nicht nur besonders jung, sondern auch in großer Zahl Single und kinderlos. 58 Prozent der von uns befragten Gegner der Anti-Islam-Bewegung haben keinen

Nachwuchs (bei ihren Pendanten sind es lediglich 29 Prozent).

Die Opposition zu Pegida ist überdies erheblich weiblicher: Der Anteil von Frauen bei den Befragungen des Göttinger Instituts macht fast 40 Prozent aus (bei Pegida sind es gut 18 Prozent). Angesichts des jungen Alters von Anti-Pegida-Aktivisten ist es auch nicht verwunderlich, dass ein erheblicher Anteil noch in der Ausbildung ist. Nur 47 Prozent sind voll erwerbstätig. Bei den Pegida-Teilnehmern - wenn sie denn auskunftswillig waren - waren dies 77 Prozent.

Doch es gibt auch Ähnlichkeiten: Bei der Bildung unterscheiden sich die beiden Lager nicht: In beiden Sphären machen Absolventen von Universitäten und Fachhochschulen etwas mehr als ein Drittel aus. Schaut man auf die Variable "religiöse Orientierung", dann stehen hier wie dort die Konfessionslosen an der Spitze. Offenkundig scheint Dissidenz gegenüber Kirchlichkeit säkularisierten Aktivismus zu fördern, das war historisch nicht immer so.

Groß ist natürlich die kulturell-politische Kluft zwischen beiden Seiten. Die NoPegidisten kommen unverkennbar aus dem rot-grünen Spektrum. Bei der jüngsten Bundestagswahl haben diejenigen, die jetzt an der Befragung teilnahmen, zu 37 Prozent die Grünen, zu 15 Prozent die Linke und zu 25 Prozent die Sozialdemokraten gewählt. Frühere CDU-Wähler sind mit fünf Prozent hingegen rar. Würde aber heute gewählt, könnte nur die Linke ihr Ergebnis halten, während Grüne Einbußen von zwölf Prozentpunkten, die Sozialdemokraten von rund sieben Prozentpunkten zu verkraften hätten. Die Abtrünnigen haben sich allerdings derzeit nicht einer anderen Parteiformation angeschlossen. Sie wissen einfach noch nicht, wem sie ihre Stimme geben möchten. Auch hier also gibt es Unzufriedenheit mit den "Etablierten" des Parlamentarismus.

Von denen, die demonstrieren und zugleich einer Partei angehören, besitzen rund fünf Prozent ein sozialdemokratisches Parteibuch. Auf den ersten Blick erscheint dies als ein erfreuliches Signal für die SPD. Andererseits liegt nirgendwo sonst die Zahl der in den letzten Jahren ausgetretenen Mitglieder so hoch wie in der Partei von Sigmar Gabriel. 46 der 628 befragten Anti-Pegida-Demonstranten erklärten, dass sie die SPD mittlerweile verlassen haben.

NoPegida ist für Gleichstellung, Solidarität und Umverteilung

Die rot-grüne Herkunft wird besonders deutlich bei den Antworten auf die Frage, was in unserem politischen System an Bedeutung gewinnen sollte. Den Pegida-Unterstützern in Dresden fielen vor allem Recht und Ordnung sowie nationale Interessen ein. Ihre Widersacher plädieren hingegen vor allem für Gleichstellung, Solidarität und Umverteilung. Die letzte Forderung wird noch dadurch untermauert, dass die NoPegida-Befürworter größtes Misstrauen gegen Großkonzerne und Banken bekunden und der freien Marktwirtschaft (zu 97 Prozent) keine größere Relevanz mehr zumessen mögen.

Interessant ist, dass Teile der NoPegida-Aktiven offenkundig frühere Vorbehalte gegen die Macht- und Gewaltapparate des Staates aufgegeben haben: Polizei und Justiz erhalten nun zumindest gemäßigt freundliche Werte. Sympathien für eine plebiszitäre Demokratie sind dagegen markant abgekühlt. Nur noch 17 Prozent sind voll und ganz von direktdemokratischen Elementen überzeugt. Auf Pegida-Kundgebungen in Dresden gab es zuvor Zustimmungswerte von über 70 Prozent für eine Referendumsdemokratie.

Möglicherweise hat die neue rechte Bewegung bei der eher linksorientierten Gegenseite für eine Mäßigung bei politischen Kernaussagen gesorgt. Dass die politische Elite in Deutschland korrupt sei, will kaum ein Pegida-Kritiker für eine richtige Feststellung halten. Auch im Vergleich zu den Stuttgart-21-Gegnern vor einigen Jahren sind die NoPegidisten heute mit der Lage der Republik und dem Zustand der Demokratie erkennbar weniger unzufrieden. In der schwäbischen Metropole hatte eine übergroße Mehrheit der Demonstranten Volksbegehren und -entscheide gefordert. Hier scheint links der Mitte Ernüchterung eingetreten zu sein.

Im Gegensatz zum Pegida-Milieu bekennen sich die Gegendemonstranten mit großer Mehrheit zur kulturellen Vielfalt, zur Zugehörigkeit des Islams zu Deutschland und zu dem Willkommen von Ausländern in der eigenen Nachbarschaft. Demgegenüber leuchtete der großen Mehrheit der Befragten keineswegs ein, dass Kinder eine Mutter und einen Vater haben sollten und dass Eigenverantwortung zu den wünschenswerten Bürgertugenden der Zukunft zu zählen habe.

Eine Gemeinsamkeit zwischen Demonstrationslagern findet man dann aber doch: Auf beiden Seiten ist kaum jemand der Auffassung, dass man in einer alternden Gesellschaft länger arbeiten müsse, um die Renten oder Pensionen finanzieren zu können.

Anti-Pegida-Konzerte in Dresden: Mit Musik gegen den Muff

spiegel, 26.01.2015, kry/dpa

"Offen und bunt" hieß das Motto des Konzerts gegen Pegida in Dresden. Zehntausende demonstrierten gegen die fremdenfeindlichen Aufmärsche der Bewegung. Auch in anderen Städten gingen Menschen für mehr Weltoffenheit auf die Straßen.

Mit einem Bürgerfest für Toleranz und Weltoffenheit hat Dresden ein Zeichen gegen die Wutbürger-Bewegung Pegida gesetzt. Unter dem Motto "Offen und bunt" demonstrierten Zehntausende Besucher vor der Frauenkirche gegen die fremdenfeindlichen Aufmärsche der vergangenen Wochen.

Unter den Künstlern waren Wolfgang Niedecken von BAP, Gentleman, Silly, Keimzeit und auch der Sänger Herbert Grönemeyer. Der Barde aus Bochum zeigte zwar Verständnis für Politikverdrossenheit, warnte aber davor, den Islam zum Feindbild zu erklären. "Das ist völlig undemokratisch", sagte der 58-jährige Grönemeyer.

Pegida hatte seine Anhänger zum Konzertbesuch ermuntert und die eigene Kundgebung auf den Sonntag vorverlegt. Zu dieser Veranstaltung kamen erstmals weniger Teilnehmer als zu den Kundgebungen davor. "Heute Abend schon was vor?", stand am Montag auf der Facebook-Seite der Pegida-Organisatoren - daneben ein zwinkernder Smiley. Pegida bringe Kultur nach Dresden - völlig kostenlos, so ein leicht zynischer Kommentar.

Wegen Überfüllung wurden einige Besucher auf den Theaterplatz vor der Semperoper umgeleitet, wo das Konzert auf einer Großleinwand übertragen wurde. "Liebe, Hoffnung, Humanismus, Nächstenliebe" - in bunten Farben wurden diese Worte von Lasern auf die Kuppel der Frauenkirche projiziert.

Zeitgleich demonstrierten auch in anderen Städten Menschen gegen Pegida. In Frankfurt verhinderten etwa 3000 Menschen einen Pegida-Schweigemarsch mit rund 70 Teilnehmern. In Bremen und Karlsruhe versammelten sich Tausende, um für eine offene und tolerante Stadt zu werben. In Berlin, Hannover und Braunschweig musste die Polizei ein Aufeinandertreffen der beiden Lager verhindern. Auch hier waren die Pegida-Gegner deutlich in der Überzahl.

Sachsens Innenminister Markus Ulbig (CDU) geriet wegen eines Treffens mit der Pegida-Frontfrau Kathrin Oertel in die Kritik der Opposition. Die Landesregierung hatte sich eigentlich darauf geeinigt, keine Gespräche mit den Organisatoren zu führen.

Auch auf Bundesebene sorgt der Umgang mit Pegida für Kontroversen: SPD-Chef Sigmar Gabriel erhielt für seine Teilnahme an einer Diskussionsrunde mit Pegida-Teilnehmern Kritik aus der Opposition. Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) hingegen fand anerkennende Worte

für Gabriels Dialog mit dem Bündnis.

Wilders Pegida-Flirt bringt AfD in Not

n-tv, 26.01.2015, Christian Rothenberg

Pegida zieht nicht nur deutsche Politiker an, sondern auch Geert Wilders. Dass sich der bekannte niederländische Rechtspopulist nun offen mit dem Dresdner Anti-Islam-Bündnis solidarisiert, ist gefährlich - vor allem für die AfD.

Begeisterung klingt irgendwie anders. "Das fanden wir nicht so schön", heißt es am Tag nach der Pegida-Demo in Dresden aus AfD-Kreisen. Der Auslöser ist kein geringerer als Ed der Holländer. Der Mann aus Utrecht, der seit Wochen immer wieder bei den Pegida-Veranstaltungen aufgetreten war, hatte am Sonntag eine ganz besonders pikante Botschaft aus seiner Heimat mitgebracht. Bei seiner Rede in Dresden verlas er ein Grußwort von Geert Wilders, dem wohl bekanntesten Rechtspopulisten in Europa. "Es ist wirklich fabelhaft, was hier in Dresden passiert", hieß es darin. "Ich bin stolz auf euch. Lasst uns gemeinsam kämpfen."

Der niederländische Politiker ist seit Sonntag das bekannteste Gesicht, das sich bisher offen zu Pegida bekannt hat. Die islamkritische Bewegung in Deutschland gefällt dem 51-Jährigen. Eine Überraschung ist das nicht, aber der AfD dürfte das gar nicht schmecken. Wilders Grußwort dürfte den Rechtskonservativen um Bernd Lucke sogar Zähneknirschen und Unbehagen bereiten.

Die Partei betont seit jeher beharrlich ihre Distanz zu Wilders. "Mit Rechtsextremisten wollen wir nichts zu tun haben", sagte Lucke im November 2013. Wilders suchte vor der Europawahl 2014 mehrfach Kontakt zur AfD. Er wollte gemeinsam mit der Französin Marine Le Pen, der britischen Ukip und den deutschen Europaskeptikern eine gemeinsame Fraktion im EU-Parlament bilden - doch die AfD lehnte ab.

"Eine Pegida-AfD-Wilders-Achse wollen wir nicht"

Im Mai vergangenen Jahres erklärte Lucke dazu n-tv.de: "Wilders Partei macht Stimmung gegen Ausländer und insbesondere gegen Moslems. Das ist überhaupt nicht unser Stil. Wir kritisieren, wenn nötig, Gesetze und Institutionen, wir fordern ein Einwanderungsrecht nach kanadischem Vorbild. Aber wir agitieren nicht gegen Menschen."

Wilders Pegida-Verbrüderung wirft nun Fragen auf: Gelten Luckes Worte immer noch? Oder sitzen AfD, Pegida und Wilders jetzt in einem Boot? So viel ist sicher: Die Islamkritiker von Pegida gut zu finden, gleichzeitig aber den Islamkritiker Wilders zu verurteilen - das ist wahrlich ein schwieriger Spagat.

Am Tag nach Wilders Grußwort gibt es durchaus kritische Töne aus der Parteizentrale. "Eine Pegida-AfD-Wilders-Achse wollen wir nicht", heißt es. Sollte sich in den Niederlanden nun ein Pegida-Ableger mit Wilders an der Spitze etablieren, "dann wären wir ganz schnell raus aus der Kiste", sagt einer, der jedoch nicht mit seinen Namen genannt werden will. Offiziell tut die AfD-Spitze jedoch, als würde sie die Causa Wilders gar nichts angehen. Man schwankt zwischen demonstrativem Schulterzuckern und halbherzigem Herunterspielen. "Was Pegida für Grußworte hält, ist Sache von Pegida", sagt Lucke n-tv.de nur.

Neue Wähler für 2017

Dabei macht die AfD seit Wochen kein Geheimnis aus ihrer Zuneigung für das Anti-Islam-Bündnis. Zwar betonen Parteivertreter vereinzelt immer wieder Distanz, etwa zum inzwischen zurückgetretenen Pegida-Chef Lutz Bachmann. Doch wenn es um das Protest Bündnis im Allgemeinen und dessen Inhalte ging, wurden vor allem Parteisprecherin Frauke Petry und Vize Alexander Gauland nicht müde, die Gemeinsamkeiten hervorzuheben. Parteitaktisch bietet Pegida eine lukrative Gelegenheit, neue Wähler zu akquirieren, um 2017 den Einzug in den Bundestag zu schaffen.

Beide Seiten pflegen inzwischen einen guten Kontakt. So traf sich die sächsische AfD-Fraktion zuletzt mit den Pegida-Koordinatoren zum Austausch und Kennenlernen. Petry telefonierte mehrfach mit Anführerin Kathrin Oertel. Anders als im Fall Bachmann will die AfD gegenüber Pegida aber diesmal nicht darauf hinweisen, dass man die Figur Wilders für problematisch hält. "Schlicht weil der Kontakt nicht so eng ist", heißt es dazu lapidar aus der Parteispitze.

Die AfD bleibt erst einmal flexibel in ihrer Haltung zu Pegida. Auch in Zukunft wird sie ihre Taktik bei Bedarf wechseln und wieder stärker Nähe statt Distanz betonen. So hält man eine partielle Zusammenarbeit mit Pegida nach wie vor für möglich und nötig. Wie das aussehen könnte, zeichnete sich am Sonntag am Dresden schon ab. Pegida will ein Volksbegehren gegen die geplante sächsische Polizeireform initiieren. Dabei kann das Bündnis weiterhin auf die Unterstützung der AfD bauen. Das habe auch nach der Grußbotschaft von Wilders noch Bestand, bestätigte ein Mitglied aus der Parteispitze.

Wilfried Schulz - "Pegida ist eine anti-elitäre Bewegung"

rp-online, 26.01.2015, das Gespräch führte Dorothee Krings

Der designierte Theaterintendant für Düsseldorf, Wilfried Schulz, arbeitet noch in Dresden. Ein Gespräch über Pegida und die Kunst.

Leben Sie noch gern in Dresden?

Schulz Im Moment ist Dresden meine Heimat. Aber was ist Heimat? Heimat muss man sich immer wieder erarbeiten. Natürlich sind viele Dresdner im Moment traurig, ja verzweifelt, weil die Stadt schwierig ist. Wir haben in den vergangenen Jahren eine große Auseinandersetzung gehabt über den 13. Februar 1945, den Tag der Zerstörung Dresdens, der zu einem Identifikationstag für Neonazis aus ganz Europa werden konnte. Das haben wir, das Theater, und viele Intellektuelle in Dresden aufgearbeitet, darauf waren wir stolz. Jetzt zeigen sich aber in einer anderen Ecke wieder bedenkliche Stimmungen wie Fremdenfeindlichkeit, fehlende Toleranz, fehlende Empathie. Das macht einen als Kulturmenschen traurig.

Man könnte auch sagen, die Kultur hat versagt.

Schulz Nein, die Kultur hat nicht versagt. Kultur kann nicht alles heilen. Dennoch muss man feststellen, dass Dresden eine Stadt der Hochkultur ist, es ist dort flächendeckend Musik, Theater, Kunst im Angebot, und die Leute rennen hin. Dass ausgerechnet diese Stadt zum Zentrum und Symbol einer fremdenfeindlichen Bewegung werden konnte, erschüttert mich. Trotzdem lebe ich gern in dieser Stadt, weil ich weiß, dass ich dort eine Aufgabe habe. Es ballt sich in Dresden eine Minderheit zusammen, die Schamgrenzen aufgegeben hat, die den Konservatismus nach rechts öffnet und vorgibt, die Mehrheit zu sein - eine sehr laute, schweigende Mehrheit. Und der müssen wir entgegentreten.

Wer sammelt sich Ihrer Beobachtung nach in der Pegida-Bewegung?

Schulz Das ist schwer zu erheben, weil die Leute sich ja der Kommunikation verweigern. Pegida-Menschen wollen Aufmerksamkeit, darum demonstrieren sie, aber diskutieren wollen sie nicht. Man weiß aus ersten Umfragen, dass Pegida Arbeiter und Angestellte mit einem leicht überdurchschnittlichen Einkommen anzieht. Anscheinend speist sich die Bewegung also nicht überwiegend aus den weiten Rändern der Gesellschaft, sondern es ist eher eine Bewegung der Unzufriedenen, die bis weit in die Mitte der Gesellschaft reicht. Das sind zwar vage Ergebnisse, weil die meisten Pegida-Anhänger keine Auskunft geben wollen, aber festzustellen ist, dass die Mitte der Gesellschaft labil wird, sie flattert. Menschen aus kleinbürgerlichen Milieus stehen mit größter Selbstverständlichkeit tief im rechtspopulistischen Lager, das ist gefährlich. Und dafür schäme ich mich.

Wieso schämen Sie sich?

Schulz Ich empfinde Fremdscham. Es hat in Deutschland seit dem Zweiten Weltkrieg ein Tabu gegeben: Mit Neonazis ging man nicht auf die Straße. Natürlich hat es auch hier rechtspopulistisches Potenzial gegeben, wie in anderen europäischen Ländern auch. Aber durch die übergroße Schuld, die Deutschland auf sich geladen hat, hat das Neonazi-Tabu lange gehalten. Ich empfinde es als große Tragik, dass dieses Tabu in Dresden nun gebrochen worden ist. Wenn man viele Menschen sieht, die dort für Pegida demonstrieren, die Kleidung, die Tätowierungen, die Transparente, dann muss man wissen, dass man auch neben Neonazis marschiert.

Warum ist Dresden das Zentrum der Bewegung geworden?

Schulz Das hat mit dem Grundkonservatismus dieser Stadt zu tun. Politik und Bürgerschaft in Dresden haben es versäumt, klare Grenzen zu ziehen zwischen Konservatismus, Rechtspopulismus und Rechtsextremismus. Da war das alles manchmal nah beinander und nicht so schlimm. Außerdem gibt es in Nachwirkung von 1989 in Dresden viele gebrochene Biografien, enttäuschte Erwartungen, zerschellte Lebensträume. Das äußern die Menschen jetzt offensiv.

Soziologen sagen, es gehe bei den Demonstrationen um diffuse Ängste vor allem vor dem sozialen Absturz.

Schulz Ich sehe bei den Demonstranten keine Angst in den Gesichtern. Ich sehe Wut, ich sehe Trotz, ich sehe Unzufriedenheit und Verbitterung.

Erleben wir nicht auch einen Kampf der sozialen Klassen: Kleinbürgertum gegen intellektuelle Mittelschicht?

Schulz Ja, Pegida ist eine anti-elitäre Bewegung. Das sieht man auch an dem schlimmen Kampfbegriff der "Lügen- und Systempresse", der ja aus der Zeit des aufkommenden Faschismus in der Weimarer Republik stammt. Pegida ist eine antiintellektuelle, antipolitische, antidemokratische Bewegung, und sie richtet sich gegen alles, was kompliziert ist in dieser Welt, gegen alles schwer Überschaubare. Darum gibt es auch die Rufe nach einer starken Führerpersönlichkeit. Da laufen Leute mit, die pro Putin skandieren. Das ist der Ruf nach einem autoritären Staat. Ich glaube, man muss diesen Menschen offensiver sagen: Wenn ihr in Freiheit und Demokratie leben wollt, dann müsst ihr aushalten, dass die Wirklichkeit kompliziert ist.

Eine antiintellektuelle Bewegung richtet sich auch gegen das Theater.

Schulz Das stellen wir bisher nicht fest. Im Theater sammeln sich eher die Menschen, die gern

einen "Nathan der Weise" sehen wollen und auch wissen, warum.

Warum?

Schulz Weil sie sich vergewissern wollen, dass Toleranz, Offenheit, das Aushalten anderer Religionen wichtige Werte sind. Sie wollen nicht hinter die europäische Aufklärung zurückfallen. Die Schauspieler lesen im Moment nach jeder Vorstellung eine Resolution vor, in der sie zur Weltoffenheit aufrufen. Das ist keine Weisung von mir, die Schauspieler stimmen vor jeder Vorstellung ab, ob sie das tun wollen. Die Resonanz ist sehr gut. Oft erhebt sich das Publikum und applaudiert.

Da predigen Sie aber zu den Geretteten.

Schulz Es ist trotzdem wichtig, und es hat etwas Anrührendes, wenn ein Publikum von 800 Leuten nach einer Vorstellung von "Schöne neue Welt" aufspringt und klatscht. Das sogenannte "andere Dresden" sucht einen Identifikationspunkt und auch eine Entlastung von seinen Ohnmachtsgefühlen gegenüber der Bewegung, die sich da in seiner Stadt breitmacht. Es gibt das Bedürfnis zu sagen: Nein, was ihr da im Fernsehen seht, ist nicht Dresden. Wir sind die Mehrheit - Pegida, das ist "das andere Dresden".

Glauben Sie noch an die aufklärerische Kraft der Kunst?

Schulz Die historische Aufklärung hätte nicht stattgefunden, wenn man nicht an die Möglichkeit von Aufklärung geglaubt hätte. Ich glaube weiter an die Machbarkeit von Geschichte und an die Veränderbarkeit von Welt. Das ist der Philosophie der Aufklärung immanent, und es ist der Kunstproduktion, dem Theater immanent. Auch wenn es persönlich Momente der Depression gibt, weil man doch gehofft hatte, an einem anderen Punkt der Empathie und Menschenfreundlichkeit in der Gesellschaft angekommen zu sein, dann werde ich trotzdem nicht meinen Beruf oder meine Lebenshaltung aufgeben. Man kann dem Phänomen Pegida mit den Mitteln der Kunst begegnen, man kann öffentlich darüber nachdenken. Das ist meine Aufgabe als Theaterleiter in Dresden.

„Ausländische Forscher sehr verunsichert“

tagesspiegel, 27.01.2015, Tilmann Warnecke

Seit Wochen zeigen die Pegida-Demonstranten ausländerfeindliche Sprüche. Studenten und Wissenschaftler aus dem Ausland macht das Angst, warnt Sachsens Wissenschaftsministerin.

Sachsens Wissenschaftsministerin Eva-Maria Stange (SPD) sieht durch die Pegida-Bewegung die Internationalität an den Hochschulen des Landes gefährdet. Aus Gesprächen mit Vertretern der Forschungseinrichtungen in Dresden habe sie erfahren, dass einige ausländische Forscherinnen und Forscher als Reaktion auf Pegida nicht mehr in Sachsen bleiben wollen, sagte Stange dem Tagesspiegel: „Es gibt eine ungeheure Verunsicherung unter internationalen Wissenschaftlern und Studierenden.“

Imageschaden für Dresdner Universitäten

Vor allem das Bild, das durch die „ausländerfeindlichen und rassistischen Sprüche auf den Kundgebungen“ von Sachsen gezeichnet werde, führe zu einem „enormen Imageschaden für die Hochschulen und Forschungseinrichtungen“, sagte Stange: „Man wird ganz viel machen müssen, um das in den nächsten Monaten wieder zu heilen und ein anderes Bild entgegenzusetzen.“

Allein an der Technischen Universität Dresden (TUD), der größten Uni Sachsens und einzigen „Exzellenzuniversität“ in Ostdeutschland, sind 4600 ausländische Studierende eingeschrieben. Mehrere hundert Wissenschaftler aus dem Ausland arbeiten an der TUD. Uni-Sprecherin Kim-Astrid Magister bestätigte auf Anfrage, viele dieser Forscher und Studierenden fühlten sich derzeit nicht wohl in Dresden: „Es herrscht eine angespannte Stimmung.“ Es könne aber keine Rede davon sein, dass Forscher „massenhaft“ Dresden verlassen.

Studenten verlassen Dresden

Magister ist der Fall einer ausländischen Doktorandin bekannt, die auch aufgrund der Pegida-Märsche aus Dresden weggegangen ist. Dabei sei Pegida eines von mehreren Motiven für den Weggang gewesen. Magister sagte, Pegida „konterkariere“ aber sehr wohl die jahrelangen Bemühungen der Universität um mehr Internationalität - die auch für die wirtschaftliche Entwicklung der Region von Bedeutung ist: „Das steht jetzt auf dem Spiel.“

Der Senat der TUD hatte vor zwei Wochen in geheimer Abstimmung einstimmig beschlossen, das Rektorat zu unterstützen, sich „aktiv und medienwirksam“ für eine weltoffene Gesellschaft einzusetzen. Rektor Hans Müller-Steinhagen erklärte zu dem Anlass, die TU Dresden lebe „vom Miteinander ausländischer und deutscher Studierender und Wissenschaftler“. Die medizinische Fakultät hisste ein Banner auf dem Campus, auf dem Menschen aus allen Ländern in mehr als zwanzig Sprachen willkommen heißen werden. Auf ihrer Webseite erklären die Mediziner, sie befürchteten den „Todesstoß für den Wissenschaftsstandort Sachsen“, sollten „Menschen mit ausländischen Wurzeln infolge einer negativen Grundstimmung nicht mehr den Weg nach Sachsen einschlagen“.

Defizite im Demokratie-Verständnis

Für Ministerin Stange, die auch für das Amt der Dresdner Oberbürgermeisterin kandidiert, hat das Erstarken von Pegida auch mit Defiziten im Demokratie-Verständnis ihrer Landsleute zu tun. In vielen Gesprächen in ihrem Wahlkreis habe sie festgestellt, dass „einige das Wahlsystem noch immer nicht verstanden haben“. Oft würde auch nicht akzeptiert, dass demokratisch getroffene Entscheidungen für alle gelten.

Anders als die sächsische Kultusministerin Brunhild Kurth (CDU) sieht Stange in der Frage der Demokratieerziehung durchaus Versäumnisse bei den Schulen: „Da können wir mehr machen.“ Stange sagte, ihr gehe es nicht so sehr um noch mehr theoretische politische Bildung. Demokratie müsse in Schulen vielmehr richtig gelebt werden. Meistens würden Mitwirkungsrechte nur für wenige Schülervertreter gelten. Der große Rest der Schülerschaft sei nicht einbezogen: „Da geht das Problem schon los. Wenn ich Demokratie nur theoretisch vermittelt bekomme, kann ich sie nicht so einfach anwenden.“ Das sei nicht nur ein sächsisches Problem. In ganz Deutschland müsse darüber nachgedacht werden, wie jungen Menschen durch mehr Teilhabe das demokratische System besser vermittelt werde.

Das ist der typische Pegida-Gegner

focus, 27.01.2015

Der typische Pegida-Anhänger wurde in Studien als mittelalter, gut ausgebildeter Mann identifiziert. Nun hat sich ein Wissenschaftler der Erforschung der Pegida-Gegner angenommen. Es zeigen sich einige deutliche Unterschiede zwischen den beiden Seiten.

Wer sind die Menschen, die in Dresden gegen eine vermeintliche „Islamisierung“ des Abendlandes demonstrieren? Eine Studie der TU Dresden ergab dabei folgenden typischen Pegida-Anhänger: Er sei 48 Jahre alt, männlich, berufstätig und gut ausgebildet. Bei der Untersuchung wollten allerdings 65 Prozent der angesprochenen Demonstranten keine Angaben machen.

Nun hat sich eine Studie mit der anderen Seite von Pegida beschäftigt: den Gegendemonstranten. Dafür wurden 628 NoPegida-Teilnehmer in Braunschweig, Duisburg und Leipzig vom Göttinger Institut für Demokratieforschung befragt. Darüber berichtet „Spiegel Online“.

Jünger, weiblicher, öfter alleinstehend

Durch die Befragung zeigt sich, dass die Pegida-Gegner im Vergleich zu den Anhängern deutlich jünger sind: So ist bei den Gegnern die größte Altersgruppe die der 16- bis 35-Jährigen, während es bei Pegida die Gruppe zwischen 36 und 45 Jahren ist.

Der typische Gegendemonstrant ist zudem häufiger alleinstehend und hat keine Kinder. Zudem ist der Anteil der Frauen bei den Gegendemonstrationen fast doppelt so hoch wie bei Pegida. Während Pegida nur einen Frauenanteil von 18 Prozent aufweist, sind es bei den Gegnern 40 Prozent.

Wohl aufgrund des geringeren Altersschnitts sind bei den Gegnern weniger Befragte erwerbstätig. Bei der Bildung gibt es jedenfalls laut „Spiegel Online“ keine größeren Unterschiede zwischen den Gruppen.

Vor allem linke Parthälfte gewählt

Die parteipolitische Heimat der typischen Pegida-Gegner ist eher der linke Teil der Parteienlandschaft. Auf die Frage, wen sie bei der letzten Bundestagswahl gewählt haben, nannten 37 Prozent die Grünen, 25 Prozent die SPD sowie 15 Prozent die Linke. CDU-Wähler machten lediglich 5 Prozent aus.

Diese Wahlentscheidungen scheinen jedoch eher lose. Gerade bei den Grünen- und SPD-Wählern unter den Befragten würden sich viele nun anders entscheiden. Einen neuen Favoriten haben sie jedoch noch nicht, sondern sind meist unentschieden in Bezug auf die nächste Wahl.

Recommendations plista Anzeigen

Dennoch wollen sie politikverdrossenen Aussagen, wie dass die politische Elite hierzulande korrupt sei, nicht zustimmen - möglicherweise auch bewusst in Abgrenzung zu den Aussagen von Pegida. Mehr direktdemokratische Elemente lehnen die Gegendemonstranten im Gegensatz zu einer großen Mehrheit der Pegida-Anhänger ebenso eher ab.

CDU-Bundesvize Klöckner verharmlost den Hitlergruß

zeit, 27.01.2015

Die Mainzer CDU-Landeschefin hat Grüne und SPD mit Äußerungen zum Hitlergruß irritiert. Ihre Partei beklagt eine böse Unterstellung.

Die stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende hat das Recht auf freie Meinungsäußerung verteidigt. Die Meinungsfreiheit sei für eine freie Gesellschaft grundlegend, auch wenn man nicht immer mit

anderen einer Meinung sein könne, mahnt die Politikerin in einem Interview.

Der Wortlaut des Interviews legt nahe, dass für Klöckner auch der Hitlergruß zur Meinungsfreiheit gehört. Wer mit den Terroropfern von Paris Mitgefühl zeige, "der muss auf der anderen Seite auch (die islamfeindliche Bewegung) Pegida ertragen können als Teil der Meinungsfreiheit", sagte sie. "Ich mag natürlich auch keinen, der sich mit einem Hitlergruß ablichten lässt und Anführer einer Pegida-Demonstration ist." Dennoch sei das Recht auf freie Meinungsäußerung, auch wenn einem die Inhalte nicht gefielen, grundlegend für die freie Gesellschaft.

Hintergrund waren Fragen nach dem Verbot von Kundgebungen vergangenen Montag in Dresden. Damals hatten Gewalttäter mit Mord an einem der Organisatoren gedroht. Die Polizei untersagte darauf sämtliche Versammlungen unter freiem Himmel.

In Deutschland ist der Hitlergruß nicht durch die Meinungsfreiheit gedeckt. Er steht in einer Reihe mit der ebenfalls verbotenen Leugnung des Holocaust. Wer als Person den Hitlergruß außerhalb von Kunstperformances oder künstlerischen Produktionen zeigt, verstößt gegen das Verbot des Zeigens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. Zudem kann er wegen Volksverhetzung bestraft werden. Möglich sind bis zu fünf Jahre Freiheitsstrafe.

Vorwürfe "böartig" und "absurd"

Die Grünen in Rheinland-Pfalz kritisierten Klöckner für ihre Äußerung: "Zum Hitlergruß kann es nur eine Haltung geben", sagte Landeschefin Katharina Binz. "Eine klare und eindeutige Distanzierung." Stattdessen verharmlose Klöckner den Hitlergruß, indem sie mit dem Recht auf freie Meinungsäußerung argumentiert. "Das klingt nach dem oft gehörten 'Das wird man ja noch sagen dürfen!' und der Argumentation der Pegida-AnhängerInnen", sagte Binz. Ihr Co-Chef Thomas Petry ergänzte, Klöckner habe sich disqualifiziert, wie schon lange nicht mehr. Die Landes-SPD verlangte eine öffentliche Klarstellung.

Klöckner äußerte sich am Nachmittag über ihren Sprecher Olaf Quandt: "Wer das gesamte Interview liest, sieht, dass sich die Äußerungen von Frau Klöckner zur Meinungsäußerungsfreiheit klar erkennbar auf das Demonstrationsrecht und nicht auf das Bachmann-Bild und schon gar nicht auf den Hitlergruß beziehen", sagte Quandt.

Zuvor hatte bereits ein Sprecher ihres CDU-Landesverbandes die Grünen-Vorwürfe als "böartig" bezeichnet. "Ich weise sie mit allem Nachdruck zurück", hieß es. "Es ist vollkommen klar, dass der Hitlergruß nicht von der Meinungsfreiheit gedeckt ist, verboten ist und unter Strafe steht." Klöckner etwas anderes zu unterstellen, "ist absurd".

Das Gespräch mit Klöckner hatte der rheinland-pfälzische Landesdienst der Nachrichtenagentur dpa geführt. Bisher war die medienerfahrene Politikerin, die auch leidenschaftlich twittert, nicht für verbale Ausrutscher bekannt. Doch musste sie damit rechnen, dass ihre Äußerung ausgerechnet am 70. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz für Kritik sorgen würde. Am Vormittag hatte sich dazu der Bundestag zu einer Gedenkfeier versammelt, der Bundespräsident sprach. Am Nachmittag findet in Auschwitz eine große Gedenkfeier statt.

26.01.2015 bis 27.01.2015, regional, ddnf Pressespiegel

22 000 feiern ein offenes Dresden

sz-online, 26.01.2015

Dresden ist bunt, tolerant und weltoffen. Diese Botschaft haben am Montagabend 22 000 Dresdner und ihre Gäste in die Welt gesandt. Mit einem Bürgerfest, prominenten Künstlern, Musik und Tanz wollten sie ein anderes Bild der Stadt zeichnen als das der Montagsdemonstrationen der islamkritischen Pegida-Bewegung. Aufgerufen hatte das Bündnis „Offen und bunt – Dresden für alle“.

Wegen des Festes hatten die Pegida-Organisatoren ihre Kundgebung von Montag auf Sonntag vorverlegt. „Diese Chance sollte man sich nicht entgehen lassen“, hieß es in einer Mitteilung. Einige wenige Pegida-Anhänger versuchten, die Veranstaltung mit laustarken „Wir sind das Volk“-Rufen zu stören. Doch das verpuffte weitgehend im vielstimmigen Pfeifkonzert.

Auf dem Dresdner Neumarkt vor der Frauenkirche spielten Herbert Grönemeyer, Silly, Keimzeit, Sarah Connor und viele andere. Nachdem der Platz völlig überfüllt war, mussten die Organisatoren die Besucher zum Theaterplatz umleiten, wo man auf einer Leinwand das Konzert auf dem Neumarkt live verfolgen konnte. Herbert Grönemeyer zeigte Verständnis für die Politikverdrossenheit vieler Bürger. Er warnte zugleich aber davor, den Islam zum Feindbild zu erklären. „Das geht gar nicht. Das ist auch völlig undemokratisch“, sagte der 58-jährige Musiker.

Pegida hatte behauptet, dass für das Bürgerfest Steuergelder in sechsstelliger Höhe ausgegeben würden. Die Initiatoren, gestützt vom Verein „Dresden Place to be“, erklärten hingegen, der Verein komme komplett für die Kosten des Konzertes auf, hoffe aber auch auf weitere Spenden. Alle Musiker hätten zudem auf ihre Gagen verzichtet.

Mehrere Firmen, die schon beim Kirchentag in Dresden dabei waren, unterstützten die Organisatoren. Mitarbeiter des Dresdner Staatsschauspiels übernahmen die Dramaturgie für das Konzert und die Videobotschaften von Menschen, die Dresden nicht der Intoleranz und Stimmungsmache von Pegida überlassen wollen.

In Leipzig demonstrierten gestern nach Polizeiangaben rund 2 000 Menschen für Vielfalt und eine weltoffene Stadt. Sie folgten einem Aufruf der Initiative „Willkommen in Leipzig“, die sich gegen die Islamkritik und Fremdenfeindlichkeit des Legida-Bündnisses wendet. Legida hatte seinen geplanten Aufzug in Leipzig von Mittwoch auf Freitag verlegt. Auch in anderen Städten sahen sich Pegida-Anhänger mit größeren Gegenkundgebungen konfrontiert. In Frankfurt (Main) verhinderten etwa 3 000 Demonstranten einen Pegida-Schweigemarsch mit rund 70 Teilnehmern. In Bremen versammelten sich 7 000 Menschen, um Zeichen für eine bunte und tolerante Stadt zu setzen.

ANGRIFF AUF LIBYSCHEN ASYLBEWERBER IN DRESDEN!

mopo, 26.01.2015

In der Dresdner Friedrichstadt kam es am Sonntagabend zu einem Angriff auf einen libyschen Asylbewerber. Das teilt die Polizei am Montag mit.

Der Mann, der dort auf die Straßenbahn (Linie 1) wartete, wurde aus einer Gruppe von vier

unbekannten Männern heraus mehrfach geschlagen. Einer der Tatverdächtigen zeigte zudem den Hitlergruß und skandierte „Ausländer raus!“ sowie „Deutschland den Deutschen!“.

Der Libyer konnte vor den Angreifern in Richtung Löbtauer Straße/Bauhofstraße flüchten, wobei einer der Tatverdächtigen noch eine Bierflasche nach ihm warf.

Das Operative Abwehrzentrum Sachsen hat die Ermittlungen übernommen.

Zeugen, die in der Zeit von 19 Uhr bis 19.30 Uhr in diesem Bereich etwas gesehen haben und Hinweise geben können, werden gebeten, sich bei der Polizeidirektion Dresden telefonisch unter 0351/483-2233 oder jeder anderen Polizeidienststelle zu melden.

Sachsens Innenminister trifft sich mit Pegida-Organisatoren

sz-online, 26.01.2015, dpa

Gespräche mit Pegida-Anhängern ja, mit den Organisatoren nein - so lautet bisher das Credo von Sachsens Regierung. Nun hat Innenminister Ulbig sich mit Pegida-Frontfrau Kathrin Oertel getroffen - und erntet dafür scharfe Kritik.

Sachsens Innenminister Markus Ulbig (CDU) hat sich zu einem Gespräch mit Pegida-Frontfrau Kathrin Oertel und einem weiteren Vorstandsmitglied der islamkritischen Bewegung getroffen. „Der Dialog kann auf der Straße beginnen, kann aber dort nicht als verständiger Austausch von Meinungen und Argumenten geführt werden“, erklärte Ulbig am Montag. Der Minister warb für verschiedene Dialogangebote der Stadt und der Staatsregierung. Ziel sei es, die Bürgerschaft - bei aller Meinungsverschiedenheit - wieder aufeinander zuzubewegen, so Ulbig.

Der Innenminister wich damit vom bisherigen Kurs der Staatsregierung ab, die ein Treffen mit den Pegida-Organisatoren abgelehnt hat. Vizeministerpräsident Martin Dulig (SPD) hatte Ulbig's Bemühen um das Gespräch als persönliche Entscheidung eines Kabinettsmitglieds bezeichnet. Ulbig möchte in einigen Monaten Dresdner Oberbürgermeister werden. Gewählt wird am 7. Juni. Amtsinhaberin Helma Orosz (CDU) gibt ihr Amt aus gesundheitlichen Gründen Ende Februar vorzeitig auf.

Sachsens Grüne sprachen von einem „Kniefall vor Pegida“, der an Zynismus nicht zu überbieten sei. Auch die Linke kritisierte das Treffen: „Der heutige öffentlich zelebrierte Schulterchluss des sächsischen Innenministers mit den Pegida-Köpfen ist ein Rechtsrutsch ohnegleichen“, sagte der Chef der Linken-Landtagsfraktion, Rico Gebhardt.

Die Frage nach dem Umgang mit der Pegida-Bewegung wird derzeit bundesweit teils kontrovers in den Parteien diskutiert. Angeheizt wurde die Diskussion vom Besuch des SPD-Parteichefs Sigmar Gabriel bei einer Diskussionsrunde mit Pegida-Anhängern in Dresden.

Unterdessen kündigte Sachsens Regierung an, das Dialogforum „Miteinander in Sachsen“ fortzusetzen. Weitere Gespräche mit Anhängern der Dresdner islamkritischen Pegida-Bewegung soll es demnach am 10. März und am 21. April geben, wie die Staatsregierung am Montag mitteilte. „Meinungsstreit, Austausch und Aufklärung sind wichtig und richtig. Wir wollen zu verschiedenen Themen weiter miteinander im Gespräch bleiben“, erklärte Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU).

Neben Tillich wollen auch Wirtschaftsminister Martin Dulig (SPD) sowie Sozialministerin Barbara Klepsch (SPD) teilnehmen. „Es geht darum, über mitunter schwierige politische Entscheidungsprozesse zu diskutieren, für die Demokratie zu werben und mit denen zu sprechen, die Fragen haben und an einem wirklichen Dialog interessiert sind“, sagte Tillich. Zum ersten Dialogforum am vergangenen Mittwoch kamen rund 300 Bürger.

Die Vorsitzende der Grünen-Bundestagsfraktion, Katrin Göring-Eckardt, zeigte sich auch für Pegida-Anhänger gesprächsbereit. „Aber wer hinter einer Parole herläuft, weiß was er tut, mit dem setze ich mich dann hart auseinander“, sagte sie am Montag beim Besuch eines Konzerts für Weltoffenheit und Toleranz in Dresden. „Da kann es nicht darum gehen, sich nett zum Kaffeekränzchen zu treffen, sondern dann geht es darum, Meinungen wirklich auszutauschen.“

Sachsens Innenminister trifft sich mit Pegida-Organisatoren

freie presse, 26.01.2015, dpa

Sachsens Innenminister Markus Ulbig (CDU) hat sich zu einem Gespräch mit Pegida-Frontfrau Kathrin Oertel und einem weiteren Vorstandsmitglied der islamkritischen Bewegung getroffen. "Der Dialog kann auf der Straße beginnen, kann aber dort nicht als verständiger Austausch von Meinungen und Argumenten geführt werden", erklärte Ulbig am Montag. Der Minister warb für verschiedene Dialogangebote der Stadt und der Staatsregierung. Ziel sei es, die Bürgerschaft - bei aller Meinungsverschiedenheit - wieder aufeinander zuzubewegen, so Ulbig.

Der Innenminister wich damit vom bisherigen Kurs der Staatsregierung ab, die ein Treffen mit den Pegida-Organisatoren abgelehnt hat. Vizeministerpräsident Martin Dulig (SPD) hatte Ulbigs Bemühen um das Gespräch als persönliche Entscheidung eines Kabinettsmitglieds bezeichnet. Ulbig möchte in einigen Monaten Dresdner Oberbürgermeister werden. Gewählt wird am 7. Juni. Amtsinhaberin Helma Orosz (CDU) gibt ihr Amt aus gesundheitlichen Gründen Ende Februar vorzeitig auf.

Sachsens Grüne sprachen von einem "Kniefall vor Pegida", der an Zynismus nicht zu überbieten sei. Auch die Linke kritisierte das Treffen: "Der heutige öffentlich zelebrierte Schulterchluss des sächsischen Innenministers mit den Pegida-Köpfen ist ein Rechtsrutsch ohnegleichen", sagte der Chef der Linken-Landtagsfraktion, Rico Gebhardt.

Die Frage nach dem Umgang mit der Pegida-Bewegung wird derzeit bundesweit teils kontrovers in den Parteien diskutiert. Angeheizt wurde die Diskussion vom Besuch des SPD-Parteichefs Sigmar Gabriel bei einer Diskussionsrunde mit Pegida-Anhängern in Dresden.

Unterdessen kündigte Sachsens Regierung an, das Dialogforum "Miteinander in Sachsen" fortzusetzen. Weitere Gespräche mit Anhängern der Dresdner islamkritischen Pegida-Bewegung soll es demnach am 10. März und am 21. April geben, wie die Staatsregierung am Montag mitteilte. "Meinungsstreit, Austausch und Aufklärung sind wichtig und richtig. Wir wollen zu verschiedenen Themen weiter miteinander im Gespräch bleiben", erklärte Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU).

Neben Tillich wollen auch Wirtschaftsminister Martin Dulig (SPD) sowie Sozialministerin Barbara Klepsch (SPD) teilnehmen. "Es geht darum, über mitunter schwierige politische Entscheidungsprozesse zu diskutieren, für die Demokratie zu werben und mit denen zu sprechen, die Fragen haben und an einem wirklichen Dialog interessiert sind", sagte Tillich. Zum ersten

Dialogforum am vergangen Mittwoch kamen rund 300 Bürger.

Die Vorsitzende der Grünen-Bundestagsfraktion, Katrin Göring-Eckardt, zeigte sich auch für Pegida-Anhänger gesprächsbereit. "Aber wer hinter einer Parole herläuft, weiß was er tut, mit dem setze ich mich dann hart auseinander", sagte sie am Montag beim Besuch eines Konzerts für Weltoffenheit und Toleranz in Dresden. "Da kann es nicht darum gehen, sich nett zum Kaffeekränzchen zu treffen, sondern dann geht es darum, Meinungen wirklich auszutauschen."

Das Konzert "Offen und Bunt" in Dresden geht mit dem Auftritt von Grönemeyer zu Ende: Bis zu 25.000 Besucher

dnn, 26.01.2015, jv/sl

Rund 25.000 Menschen haben laut Veranstalter am Montagabend in Dresden ein deutliches Zeichen für Weltoffenheit, für Toleranz und gegen Rassismus gesetzt. Zahlreiche prominente Musiker und Personen des öffentlichen Lebens riefen die Dresdner auf, ihre Stadt gegen Vorurteile und Diskriminierung zu verteidigen.

Stargast der Veranstaltung war Sänger Herbert Grönemeyer, der zwischen seinen Songs deutliche Worte fand. „Erschreckend und traurig“ sei das, was momentan jede Woche in Dresden passiere. Sich bei berechtigten Sorgen Gehör zu verschaffen, sei legitim, religiöse Gruppen aber zu Sündenböcken zu machen, sei eine Katastrophe. Vielfalt sei Deutschlands Zukunftsgarantie. „Alle für jeden. Das ist Deutschland und das bleibt so“, rief Grönemeyer unter lautem Applaus. Die Rede von Herbert

Zuvor hatten die Dresdner zu der Musik von zahlreichen Künstlern und Bands getanzt. Unter anderem standen Silly, Gentleman, Keimzeit, Sarah Connor und Adel Tawil auf der Bühne am Neumarkt. Wolfgang Niedecken und Gentlemen sangen zusammen Marleys "Redemption Song", einer von vielen ergreifenden Momenten. Auch die regionalen Bands Fogo de Ritmo, Yellow Umbrella und Christian Friedel und Woods of Birnam waren mit dabei.

Zwischen den Songs gab es immer wieder aufrüttelnde und teils berührende Ansprachen und Videobotschaften. Applaus gab es unter anderem für Robert Koall, Chefdramaturg des Staatsschauspiels Dresden. Er fordert die Menschen auf: "den Arsch hochzubekommen und die Zähne auseinander". „Die gute Stimmung hier lassen wir uns nicht durch die engstirnigen Aussagen des Ministerpräsidenten kaputt machen“, so Koall weiter. Auch das Gedicht einer muslimischen Poetry-Slamerin aus Berlin wurde von den Dresdnern mit viel Applaus bedacht.

Die Dresdner Künstlerin Annamateur sendete eine Videobotschaft an die Zuschauer. „Seid empathischer, baut Brücken statt Mauern, seid neugierig, macht Kunst und Musik.“ Eric Hattke vom "Bündnis für Alle" mahnte die Würde aller Menschen an und forderte mehr Anstrengungen im Bildungsbereich. Jakob Gilles, Sprecher von Dresden Nazifrei, forderte einen Winterabschiebestopp und wünschte sich, dass sich viele Dresdner am Widerstand gegen Pegida beteiligen. "Kein Mensch ist illegal", rief er den Dresdnern zu.

Am Dienstag äußerte das Bündnis Nazifrei aber auch Kritik: So hatten die Organisatoren nicht erlaubt, dass der eigentliche Bündnis-Sprecher Silvio Lang das Statement verlesen konnte. Lang ist Mitglied der Partei die Linke, und die Veranstalter wollten dezidiert keine Parteipolitiker auf der Bühne. „Silvio Lang ist seit 2012 Sprecher unseres spektrenübergreifenden Bündnisses“, so Gilles, „und hat diese Funktion immer professionell von seinen Parteifunktionen getrennt und zur vollen

Zufriedenheit aller Bündnispartner erfüllt. Wir haben uns dazu entschieden, dennoch an der Veranstaltung teilzunehmen, um sie nicht zu torpedieren. In Zukunft sollten Organisatoren von Großveranstaltungen aber wissen, dass Entscheidungen zur Rednerwahl und ebenso zu den Redeinhalten ausschließlich von den im Bündnis Dresden Nazifrei organisierten Personen und Strukturen getroffen werden.“, so Gilles weiter.

Khaldun Al Saadi, Sprecher des Islamischen Zentrums Dresden, sagte: "Der Islam gehört zu Sachsen wie die Eierschecke zu Blümchenkaffee", der sich aber enttäuscht zeigte, dass sich nach der ersten Großveranstaltung vor wenigen Wochen an gleicher Stelle nichts getan habe und Muslime in Sachsen weiter ausgegrenzt würden.

Was Redner und Musiker einte: Sie forderten die Dresdner auf, auch in den kommenden Wochen Gesicht zu zeigen.

Die Zuschauer strömten an diesem Abend in Massen zum Neumarkt. Bereits zu Beginn war der Platz vor der Frauenkirche bestens gefüllt, ab 19 Uhr ging an vielen Ecken nichts mehr, so dass sich die Veranstalter entschlossen, die Übertragung auf dem Theaterplatz zu starten. Dort verfolgten in der Spitze noch einmal rund 1000 Dresdner das Konzert. Auch der einsetzende Dauerregen konnte die Zuschauer nicht verschrecken.

Die mit rund 450 Beamten angetretene Polizei verlebte einen ruhigen Abend. Von einzelne Provokationen und Störversuchen seitens Pegida-Anhängern ließen sich die Dresdner nicht aus der Ruhe bringen. Als während der Videobotschaft der TU Dresden plötzlich eine kleine Gruppe „Wir sind das Volk“ brüllt, bleibt alles ruhig. "Sind wir das nicht alle?“, konterte Moderatorin Alexandra Gerlach.

Organisiert wurde der Abend vom Verein „Dresden-Place to be!“. „Wir haben uns heute hier versammelt, um ein Zeichen zu setzen“, erklärte Moderatorin Gerlach die Gründe für die Veranstaltung. Ideengeber Gerhard Ehninger stellte auf der Bühne noch einmal klar, dass keinerlei Steuergelder flossen: „Wir sind unabhängig von König, Staat und Kirche.“

Neben Musik und Reden hatte sich der Verein noch etwas Besonderes einfallen lassen. Ab 18 Uhr erstrahlten zahlreiche Gebäude am Elbufer in den buntesten Farben. So verwies auch der Canaletto-Blick auf ein buntes Dresden.

Sachsens Innenminister Ulbig trifft sich mit Pegida-Organisatoren

dnn, 27.01.2015, dpa / sl

Sachsens Innenminister und Dresdner OB-Kandidat Markus Ulbig (CDU) hat sich zu einem Gespräch mit Pegida-Frontfrau Kathrin Oertel und einem weiteren Vorstandsmitglied der islamkritischen Bewegung getroffen. „Der Dialog kann auf der Straße beginnen, kann aber dort nicht als verständiger Austausch von Meinungen und Argumenten geführt werden“, erklärte Ulbig am Montag.

Der Minister warb für verschiedene Dialogangebote der Stadt und der Landesregierung. Ziel sei es, die Bürgerschaft - bei aller Meinungsverschiedenheit - wieder aufeinander zuzubewegen, so Ulbig. Der Innenminister wich damit vom bisherigen Kurs der Staatsregierung ab, die ein Treffen mit den Pegida-Organisatoren abgelehnt hatte. Vizeministerpräsident Martin Dulig (SPD) hatte Ulbig's Bemühen um das Gespräch als persönliche Entscheidung eines Kabinettsmitglieds bezeichnet. Die

Frage nach dem Umgang mit der islamkritischen Pegida-Bewegung hat bundesweit zu teils kontroversen Diskussionen in den Parteien geführt.

Sachsens Linke-Chef Rico Gebhardt nannte das Treffen einen "Rechtsrutsch ohnegleichen". "Frau Oertel ist das Gesicht der Pegida-Organisatoren. Sie hat in den letzten Wochen die Kulturkampf-Linie gegen 'Islamisierung' massiv bedient. Dass sich ein christdemokratischer Innenminister mit rechtspopulistischen Hetz-Rednern dieses Kalibers gemein macht, ist - konservativ gesprochen – Ausdruck politischen Sittenverfalls", so Gebhardt. Ulbig ist nach der Landtagsfraktion der AfD um Frauke Petry der zweite Politiker, der sich mit Pegida-Organisatoren trifft."

"Der Innenminister verlässt mit seinem Handeln klar den Rahmen, den die Koalition vorgegeben hat. Es ist nicht nachvollziehbar, warum Herr Ulbig Stimmen fischen am rechten Rand wichtiger ist, als der entschiedene Kampf gegen rechte Parolen sowie der Dialog mit denen, die für Weltoffenheit und Zivilcourage auf die Straße gehen", kritisieren Sachsens Jusos. "Natürlich darf man nicht die im Regen stehen lassen, die wirklich Fragen haben. Frau Oertel und Herr Exner aber sind Brandstifter, keine Dialogpartner/innen. Ulbig muss sich zwischen der Rolle als rechtspopulistischer Wahlkämpfer und seiner Verantwortung als Innenminister entscheiden."

Das Treffen mit Pegida - ausgerechnet an dem Tag, an dem über 20.000 Dresdner für eine weltoffene und tolerante Stadt auf den Neumarkt strömten, ist nicht der einzige Punkt, für den Ulbig zuletzt in der Kritik stand. Das totale Demo-Verbot am 19. Januar in Dresden und die Überlastung der sächsischen Polizei sind weitere Punkte, für die Ulbig kurz vor seiner Fachregierungserklärung am Donnerstag in der Kritik steht.

Rechter Übergriff am Sonntag

addn, 27.01.2015, Paul

Nur wenige Stunden nach dem Ende einer Kundgebung von PEGIDA kam es in der Friedrichstadt zu einem offenbar rassistisch motivierten Übergriff auf einen vor dem Bürgerkrieg in Libyen geflohenen jungen Mann. Gegen 19 Uhr sei der Mann an der Straßenbahnhaltestelle Schäferstraße von vier unbekanntem Männern angegriffen und geschlagen worden sein. Anschließend habe einer der Täter einen Hitlergruß gezeugt und rechte Parolen gerufen. Der Betroffene konnte schließlich vor der Gruppe fliehen. Inzwischen hat das Operative Abwehrzentrum (OAZ) der sächsischen Polizei Ermittlungen aufgenommen und sucht nach Zeugen der Tat. Personen, die etwas beobachtet haben werden gebeten, sich unter der 0351-4832233 bei der Polizeidirektion Dresden zu melden.

Die Tat reiht sich ein in einer Serie von Übergriffen auf Migrantinnen und Migranten. Allein im Januar kam es einer unvollständigen Chronik der Opferberatung des RAA Sachsen zufolge zu insgesamt fünf teilweise bewaffneten Überfällen auf Asylsuchende in der Stadt. Insgesamt steht Sachsen bei der Zahl der dokumentierten rassistisch motivierten Körperverletzungen bundesweit an der Spitze. Nach Angaben der Amadeo Antonio Stiftung und Pro Asyl kam es allein im vergangenen Jahr zu 153 Angriffen auf Flüchtlingsunterkünfte, in 77 Fällen wurden geflüchtete Menschen zum Ziel tätlicher Angriffe. Zudem finden in Deutschland Woche für Woche im Schnitt fünf rassistische Kundgebungen oder Demonstrationen statt, in denen gegen Asylsuchende gehetzt wird.

26.01.2015 bis 28.01.2015, bundesweit, ddnf Pressespiegel

Sachsen ist ein demokratisches Entwicklungsland

badische-zeitung, 26.01.2015, Bernhard Honnigfort

Etwas stinkt vielen Dresdnern an der Demokratie – mancher weiß nicht einmal genau, was. Ein tiefer Riss geht durch die Stadt. Seit Pegida üben sich Politiker im Zuhören.

Ein älterer Herr an der Elbe. Er ist mit seinem Jagdhund zwischen Waldschlösschenbrücke und dem Blauen Wunder unterwegs. Ein Gespräch beginnt. Über das Wetter, über Hunde, über Dresden. Er ist schnell bei der Politik. "Parteien und das alles? Brauchen wir nicht", findet er. "Ich wünsche mir einen guten Diktator." Der Mann ist Rentner, es geht ihm gut.

In der Hauptstraße beim Goldenen Reiter. Eine kleine Oma, an der Hand ihr vielleicht sieben Jahre altes Enkelkind. Es geht um Muslime. Sie sagt: "Nein, diese Leute in den langen Gewändern, die sich beim Beten hinknien, die wollen wir hier nicht haben." Das Mädchen: "Wenn die beten, können die doch nicht arbeiten?" Die Oma: "Nein, das können die nicht." Das Mädchen: "Dann wollen wir die hier nicht haben." Aufgeschnappt in Dresden.

Am Abend sitzt Landesbischof Jochen Bohl in der Frauenkirche. Große Diskussion: "Was will das Volk?" Bohl lebt seit 20 Jahren in Dresden. Er ist ein nüchterner, kluger, freundlicher Mann, wirkt traurig und mitgenommen. "Das Klima ist unerfreulich geworden", sagt er. "Etwas so Hasserfülltes ist in der Stadt, in der ich so gerne lebe. Das bekümmert mich."

Es geht vielen in Dresden gerade wie dem Bischof. Ein tiefer Riss geht durch die Stadt. Er ist sichtbar und spürbar, seit Pegida mit immer mehr Leuten im Schlepptau durch Dresden zieht, gegen die "Asyindustrie" schimpft, Politik und Medien pauschal zu Lügner erklärt oder der Kanzlerin Kriegsvorbereitungen gegen Russland unterstellt. Der Riss geht tief und mitten durch alles, durchs Schauspielhaus, durch die Museen, Firmen, Sportvereine, Freundschaften. Er trennt sauber in Pegida-Anhänger und Gegner. Die Stadt ist politisiert, ist aus den Fugen und aufgeladen wie nie seit 1990.

Ein junger Mann erzählt. Er arbeitet in einem Museum. Die jüngeren Mitarbeiter mit den Werkverträgen, schlechter bezahlt, von überall her nach Dresden gekommen, demonstrieren gegen Pegida. Die älteren Mitarbeiter mit den Verträgen aus DDR-Zeiten, besser dotiert, "immer am Meckern" – die gehen zu Pegida.

Warum Dresden? Warum Sachsen? Warum kocht gerade dort die Volksseele und nicht in Schwerin, Wiesbaden oder Bremen? Dresden, meint Johannes Lichdi, wäre gerne eine europäische Kulturmetropole, ist in Wahrheit aber ein "engherziges und borniertes Provinznest". Eine Stadt, in der viele Bürger die Entwicklung nach 1989 "nie verstanden oder akzeptiert" haben. "Belogen und betrogen" fühlten sich etliche Nach-Wende-Dresdner, sie kämen nicht zurecht mit der "Verwirrung offener Gesellschaften" – ohne eindeutige Autoritäten, wo jeder "seinen eigenen Weg suchen muss".

Johannes Lichdi ist Dresdner. Er ist wütend, er ist Anwalt und sitzt für die Grünen im Stadtrat. Sein Urteil schießt übers Ziel hinaus, er beschreibt eine Minderheit, gewiss nicht ganz Dresden. Aber andere sehen Ähnliches. "Wir stellen in Sachsen schon lange ein Demokratiedefizit fest", sagt der Bielefelder Politikwissenschaftler Andreas Zick. "Es gibt bei vielen den autoritären Wunsch nach einer starken Person an der Spitze."

Mittwochabend im Dresdner Kongresszentrum: Die Landesregierung lädt das Volk zum Dialog. 300

Leute, verteilt auf 50 Tische. Über 400 bewarben sich, es wurde gelost. Viel Pegida, aber keine Schimpfer. Seit Pegida ist die CDU/SPD-Landesregierung in Panik, das Land ist unruhig. Der christdemokratische Ministerpräsident Stanislaw Tillich redet mit an diesem Abend. An den Tischen wird über Asyl, Integration und Zuwanderung diskutiert. Man redet miteinander, man übt Kommunikation, man fängt vorne an.

Dann wird vorgetragen. Tisch 20, eine junge Frau: "Wie wird garantiert, dass sich Ausländer in Deutschland an das Grundgesetz halten?" Tisch 2, ein Appell an die Politik: "Leute, versucht so rüberzukommen, dass die Menschen euch verstehen." An vielen Tischen: Angst vor Parallelgesellschaften wie in Berlin-Neukölln. So etwas muss verhindert werden. Und natürlich die Rolle der Medien, ein älterer Herr von Tisch 2 erhält großen Applaus: "Berichten Sie so, dass die Menschen sagen: Ja, so isses!" Die Landesregierung will die Veranstaltung fortsetzen. Und muss es wohl auch.

Ein Eindruck: Die Mauer könnte auch erst vorgestern gefallen sein. Hier ticken West und Ost noch sehr anders. Das Verständnis von Politik ähnelt Erwartungen an einen Pizzaservice: "Die da oben" müssen das liefern, was das Volk will. "Die da oben" haben auf das Volk zuzugehen und es zu verstehen. Wenn es nicht klappt, schreibt man Briefe an Merkel oder Gauck oder geht auf die Straße. Dort ruft man wieder "Wir sind das Volk" und lehrt "die da oben" das Fürchten.

Pegida-Bürger halten sich für das Volk. Man ist nicht Gesellschaft oder Teil eines Staates, in dem jeder mitmachen sollte. "Man will sich selbst nicht einbringen in die Gesellschaft. Man formuliert nur Forderungen und fragt nicht: Was ist mein Beitrag?", sagt Grit Hanneforth. Die Dresdnerin leitet seit vielen Jahren das Kulturbüro Sachsen, eine Aufbauorganisation für Demokratie.

Kurt Biedenkopf regierte Sachsen von 1990 bis 2002. Er war nicht der gute Diktator, aber er war "König Kurt", der Landesvater. Er war eine Autorität, er nahm die Sachsen im wiedervereinigten Deutschland an die Hand und führte sie durch schwierige und harte Jahre, in denen kein Stein auf dem anderen blieb: Schulen, Universitäten, die komplette Wirtschaft, das Arbeitsleben, die Politik – alles wurde auf Bundesrepublik umgekrempelt. Biedenkopf machte das brillant und wurde dreimal mit Ergebnissen deutlich über 50 Prozent gewählt. Er wusste genau, was für ein Volk sich ihm damals anvertraut hatte. Und seine Frau Ingrid wurde zum Kummerkasten der Sachsen. An sie schrieben alle, wenn sie Ärger hatten. Sie bekam ein eigenes Büro und funkte in den Regierungsapparat ihres Mannes, wenn es ihr notwendig erschien. Ein Eingabesystem wie zu DDR-Zeiten, als das Volk Erich Honecker Bittbriefe schrieb. Politische Bildung, Demokratieförderung – all das kam in den Jahren ein bisschen kurz.

Nun, nach dem Pegida-Schock, heißt es: Zurück auf Los! Die Luft brennt. Jetzt muss geredet und zugehört werden. "Wir müssen über politische Bildung ganz neu nachdenken", sagt Frank Richter. Er ist der Leiter der Landeszentrale für eben diese Bildung, er ist eine Legende der friedlichen Revolution. Und er ist der, der den Dialog zwischen Dresdnern und Pegida-Dresdnern organisieren soll.

Freitagabend im Dresdner Stadtmuseum: 200 Leute, in der Mitte ein Tisch, vier Stühle. Jeder darf drei Minuten etwas sagen. Dampf ablassen, möglichst zivilisiert. Einer spricht, alle hören zu. Applaus und Buhen unerwünscht. Es geht heftig zur Sache. Lutz Bachmann, der Pegida-Anführer, der sich im Hitler-Look ablichten ließ, der angeblich nichts gegen Ausländer hat, aber Flüchtlinge im Netz als "Viehzeug" und "Dreckspack" beschimpfte? Ein Opfer von "Hinrichtungsjournalismus", meint ein Mann. Ein anderer verlangt: Schluss mit den Parteien, man wähle einfach die "eigenen Leute" in die Parlamente. Lobbyisten aus dem Bundestag "eliminieren". Ein Mann aus Ottendorf-Okrilla: Zu DDR-Zeiten bekam man Antwort von der "Obrigkeit". Heute redet man sich den Mund fusselig.

Dann meldet sich Wilfried Schulz, er ist Intendant des Schauspielhauses. Er versteht es nicht: diese reiche Stadt mit ihrer Kultur, den vollen Theatern, den Orchestern, Museen, den Galerien. So kunstsinnig und gleichzeitig in weiten Teilen so herzlos: "Es deprimiert mich." Er erzählt von einem dunkelhäutigen Schauspielschüler, der nach Dresden kommen wollte und es sich anders überlegte. Sofort wird Schulz ausgebuht. "Stimmt doch gar nicht", rufen Leute. "Hörensagen."

In einer hinteren Stuhldreihe sitzt ein korpulenter Mann mit dunklem Polohemd – Sigmar Gabriel. Er sei "als Privatmann hier", sagt der SPD-Chef, dessen Partei Gespräche mit Pegida bisher ablehnt. Aber Gabriel ist bekannt für "Bauchentscheidungen". In Dresden ist er, um zu zeigen, dass Politiker keine abgehobene Clique sind, die sich nicht mehr für ihre Wähler interessieren. "Mein Rat ist jedenfalls, das zu tun, was seit langem erforderlich ist: dass wir mit Menschen, die Sorgen haben, tabulos reden." Am Wochenende wird ihm der überraschende Auftritt Kritik von Linken, Grünen und Jusos und halblaut auch in der eigenen Partei eintragen.

Dresden? Die Wut? Das Unverständnis? Es ist ein Puzzle aus tausend Teilen. Ein Mitarbeiter aus dem Landtag erzählt: Schulklassen werden durch das Parlament geführt. "Glauben Sie", fragt er, "dass hier in den vergangenen 25 Jahren ein Landtagspräsident auf Schulklassen zugeht? Man könnte doch zweimal pro Woche mit Schülern reden, ihnen erzählen, warum so ein Parlament keine Schwatzbude, sondern eine zivilisatorische Errungenschaft ist, warum in der DDR 1989 Bürger auch für so etwas auf die Straße gingen?" Er schüttelt den Kopf: "So etwas ist hier nicht üblich."

Die nützlichen Idioten

sueddeutsche, 27.01.2015, Inge Schulze

Für die regierenden Parteien sind die Anhänger von Pegida eine bequeme Opposition - denn die eigentlichen Fragen werden von ihnen nicht gestellt. Selbst Pegida-Sprecherin Kathrin Oertel spricht nur von einem Schlagersänger.

Wenn ich nicht wüsste, dass Pegida "Patriotische Europäer gegen (die) Islamisierung des Abendlandes" bedeuten soll und ich stattdessen wüsste, dass Pegida auf die Vornamen von drei politisch engagierten Freundinnen anspiele (Petra, Gisela, Dagmar), die Montag für Montag eine Demonstration organisierten - ich wäre voller Sympathie und Interesse und würde hingehen. Denn auf die Frage, warum wir in Deutschland nicht viel häufiger auf die Straße gehen, habe ich keine Antwort.

Als ich mich am 12. Januar kurz nach 18 Uhr in warmer Kleidung dem Sammelpunkt näherte, bin ich irritiert. Die Stimmung hat etwas von einem Männertagsausflug im Winter. Ich sehe tatsächlich fast nur Männer, die meisten sind noch älter als ich. Die Jugend, sagt vorwurfsvoll einer der Alten, habe noch nicht kapiert, dass es ja hier um ihre Zukunft gehe. Immer mehr Fahnen werden herangetragen, Deutschland-Fahnen und die Fahnen der Bundesländer.

Auf einem Plakat steht: "Lieber heute aufrecht für Pegida als morgen auf Knien gen Mekka". Ihre Sorgen möchte ich haben, würde ich am liebsten sagen. Als der erste Sprecher zu reden beginnt, setzt schon bald nach den ersten Sätzen ein Sprechchor ein: "Wir sind das Volk! Wir sind das Volk!"

Mir fiel es schon im Oktober 1989 schwer, in Sprechchöre einzustimmen. Wenn der Redner etwas sagt, was der Chor missbilligt, gibt es "Pfui!"-Rufe, lobt er etwas ("Dresden zeigt, wie's gemacht wird!"), beginnen gleich wieder die "Wir sind das Volk!"-Rufe. Sie machen mir eine Gänsehaut. Ist es die Heiterkeit, die fehlt, die Offenheit, die es 1989 trotz der Angst gab? Als der Wind wieder die

Deutschland-Fahnen flattern lässt und aus den Lautsprechern die Wörter Volk und Heimat scheppern, begreife ich mit einem Mal, dass ich die ganze Atmosphäre schon kenne!

Aber woher nur? Ja, so war es schon Ende 1989, und dann vor allem 1990, als die einen immer noch riefen: "Wir sind das Volk!", aber die anderen, die dann die Wahlen gewannen, riefen: "Wir sind ein Volk!". Ich würde gern mit Petra, Gisela und Dagmar reden. Ich würde ihnen gern sagen, dass hier etwas falsch läuft.

Dann höre ich den Forderungen zu, die bisher von der Presse, so sagt der Redner, nicht zur Kenntnis genommen worden seien. Sofort skandieren Tausende: "Lügenpresse! Lügenpresse!" Dann wieder der Redner. Erstens: qualitative Zuwanderung statt quantitativer, zweitens: Integrationspflicht für Ausländer, drittens: keine Einreise mehr für Dschihadisten, viertens: Volksentscheide, fünftens: ein gutes Verhältnis zu Russland, sechstens: mehr Geld für die Polizei.

Ich wundere mich über den Applaus und die Bravo-Rufe. Petra, Gisela, Dagmar, möchte ich sagen, das geht doch so nicht. Qualitative Einwanderung bedeutet, andere Länder bezahlen die Ausbildung unserer Spezialisten. An die Gesetze müssen sich alle halten, aber eine Integrationspflicht verstößt gegen das Grundgesetz. Dschihadisten müssen schon längst mit Verhaftung rechnen. Und Volksentscheide werden nicht erst seit heute gefordert. Und dafür, dass die Berichterstattung in Sachen Russland einseitig war, gibt es immerhin Entschuldigungen . . .

Aber wie kommt es, möchte ich Petra, Gisela und Dagmar fragen, dass diese sechs Punkte Woche für Woche so viele Menschen mobilisieren? Der Redner spricht von der Angst vor "Überfremdung" und zugleich fordert er die Demonstranten auf, am folgenden Montag "integrationswillige und sogar herzliche Muslime", die ja fast jeder kenne, mitzubringen. Aber, Petra, ob sich das die herzlichen Muslime auch trauen?

Und wenn deren Ehefrau und ihre Töchter Kopftücher tragen, was dann, Gisela? Und wenn ich schon mal beim Fragen bin, Dagmar, es kann doch nicht sein, dass es diese sechs Punkte sind, weshalb die Demonstranten hier so enthusiastisch und so empört sind. Einige sagen selbst, diese Forderungen seien keine Basis zum Weitermachen. Aber man weiß wohl selbst nicht recht, was man fordern soll. Neuwahlen? Einer sagt: "Immer denke ich, am nächsten Montag tue ich mir das hier nicht an, aber spätestens am Mittwoch habe ich schon wieder so viel Wut, dass ich es kaum erwarten kann."

Dann spricht "unsere liebe Kathrin", die Pegida-Sprecherin Kathrin Oertel. Ich erwarte, dass sie jetzt deutlich werden wird. Sie wird jetzt das sagen, was ihr Vorredner versäumt hat und weshalb wir alle hier sind: Sie wird davon sprechen, dass mit dem Ausbruch der Finanz- und Bankenkrise im September 2008 offensichtlich wurde, dass das Gemeinwesen die Geisel jener ist, die jahrelang exorbitante Gewinne eingesteckt haben und einstecken.

Gleich wird sie sagen, dass die zunehmende Polarisierung der Gesellschaft Existenzängste schürt, die Polarisierung der Welt in Arm und Reich jede Minute Menschen sterben lässt. Kathrin wird sagen, dass die sogenannten Freihandelsabkommen der EU mit den USA und Kanada (TTIP und Ceta) wie auch ähnliche Abkommen die Widersprüche zeichenhaft bündeln und eine nicht hinnehmbare Überantwortung von politischer und rechtsstaatlicher Souveränität an Konzerne bedeutet, ein erneutes Einknicken der Politik vor jenen, die den eigenen Profit über alles stellen.

Sie wird jetzt gleich über Snowden sprechen, über die Foltergefängnisse der CIA und über die rasante Verarmung in einem Land wie Griechenland, in dem schon ein Drittel der Bevölkerung keine Krankenversicherung mehr besitzt. Und dann wird sie von der Verantwortung Europas sprechen, von unserer Verantwortung, weil sich kein Konflikt dieser Welt verstehen lässt ohne die

Geschichte des Kolonialismus und des Kalten Krieges und des Neokolonialismus.

Sie wird sagen, dass es eine Schande ist, wie wir mit Flüchtlingen umgehen. Es gibt viel zu viel zu sagen. Es ist wichtig, wird sie am Ende rufen, auf die Straße zu gehen und die Politik zu zwingen, im Sinne des Gemeinwesens und nicht des Profitstrebens zu handeln.

Aber nichts von all dem sagt unsere liebe Kathrin, gar nichts. Überhaupt ist es schwer zu wiederholen, was sie sagt. Meinungsfreiheit, unser schönes Dresden, Volk und vor allem ihre Enttäuschung über einen Herrn Kaiser, Roland Kaiser, der Schlagersänger ist gemeint. Der hat Kathrin ins Herz getroffen. Er hat gesagt, dass man statt Angst Neugier haben soll und solche Sachen. Roland Kaiser hat offenbar auf der offiziellen Gegendemo die stärkste Rede gehalten. Und dann sind die Reden schon vorüber.

Gegendemonstranten sind auch keine Hilfe

Und ich denke, jetzt ziehen sie alle los und haben gar keine Forderungen, die wirklich etwas mit ihrem Leben und ihrer Unzufriedenheit zu tun haben. Gibt es denn in der Gedanken- und Gefühlswelt dieser Demonstranten keine Worte dafür? Offenbar fehlen die geeigneten Begriffe: An die Stelle von Gesellschaft tritt Volk, statt von sozialer Ungerechtigkeit zu sprechen, prangert man jene an, die angeblich arbeitsscheu sind, der permanente Kniefall der Politik vor den Forderungen der Wirtschaftslobby wird auf die Fremdbestimmung von Brüssel reduziert.

Für konservative und regierende Parteien sind Pegida-Demonstranten eine bequeme Opposition, denn die eigentlichen Fragen werden nicht gestellt. Pegida sind die nützlichen Idioten. Mit dem Hinweis auf sie können Gesetze verschärft und kann grundsätzliche Opposition diskreditiert werden. Aber die Gegendemonstranten sind auch keine Hilfe, zumindest keine, die unsere Probleme besser formulierte.

Als zwanzig, dreißig junge Leute Polizei und Demonstranten überrumpeln, sich auf die Straße setzen als lebende Blockade und skandieren: "Es gibt kein Recht auf Nazi Propaganda" umstellt die Polizei sie, ein Ausreißer wird ziemlich unsanft eingefangen. Etwas verzögert wälzt sich der Strom der Demonstranten an ihnen vorbei. "Gäht erst mal arbeeten!" (Geht erst mal arbeiten!), rufen sie und "Wir sind die Mehrheit, Ihr seid zu wenig!", was zumindest hier stimmt.

Die Alternative wird übersehen

Es gibt Gruppen unter den Demonstranten, denen möchte man tatsächlich zurufen, was die Blockierer rufen, die zum Glück von der Polizei geschützt werden. Trotzdem greifen die Vorwürfe der Gegendemonstranten zu kurz. Manche halten den Blockierern Plakate hin, die diese auch selbst gemacht haben könnten: "Keine Waffenexporte! Keine Flüchtlinge", "Volksabstimmung über NATO und EU" - Und plötzlich entsteht in mir ein Verdacht: Wenn sich beide Seiten nicht im feindlichen Gegeneinander erschöpften, sondern wechselseitig ihr Unbehagen am Status quo artikulierten - wie groß wäre die Zahl der Gemeinsamkeiten? Ich vermute, überraschend hoch. Die Empörung à la Grönemeyer ist wohlfeil. Dann schon lieber Roland Kaiser, der wirkt wenigstens, obwohl ich nicht die Hoffnung habe, Pegida würde ihren Namen bald als Petra, Gisela und Dagmar deuten.

Diese drei Damen traf ich dann allerdings tatsächlich noch, leider nicht in Dresden, sondern sechs Tage später am Potsdamer Platz in Berlin. Mit ihnen waren fünfzigtausend Demonstranten gekommen, doppelt so viele wie in Dresden. Und jetzt kam all das zur Sprache, was ich in Dresden vermisst hatte - und noch einiges mehr. "Lieber gegen TTIP demonstrieren, als mit Pegida flanieren!" Und während sich der Demonstrationszug in Richtung Kanzleramt in Bewegung setzte, dachte ich: Das müssten sie sehen, die Pegida-Dresdner, ihre Befürworter und ihre Gegendemonstranten.

Aber von diesen Demonstranten hörte und las man erstaunlich wenig. Alle Journalisten, mit denen ich in den letzten Tagen sprach, wussten kaum, was ich meinte, wenn ich die fünfzigtausend (oder mehr) Demonstranten erwähnte, die ohne nennenswertes Polizeiaufgebot gegen die Politik der Bundesregierung auf die Straße gegangen waren. Hier wurde die Alternative sichtbar. Wir alle hätten nur hinhören und hinsehen müssen. Ja, müssen. Dass dies nicht geschah, darüber wundere ich mich - auch wenn mich Petra, Gisela und Dagmar dafür vielleicht belächeln.

Zahl rassistischer Übergriffe steigt

zeit, 27.01.2015, sig

Seit Beginn der Pegida-Demonstrationen hat die Gewalt gegenüber Flüchtlingen und Migranten zugenommen. Das legt die Auszählung von Polizeidaten und Medienberichten nahe.

Die Gewalt in Deutschland gegen Flüchtlinge, Migranten und deren Unterkünfte hat laut einem Medienbericht zugenommen. Seit den ersten Pegida-Demonstrationen Ende Oktober habe sich die Zahl rassistisch motivierter Übergriffe gegenüber dem vorigen Dreimonatszeitraum verdoppelt, berichtet das ARD-Magazin Report Mainz.

Während es in den drei Monaten vor Pegida bundesweit 33 Übergriffe auf Migranten und Flüchtlinge gegeben habe, seien es innerhalb der vergangenen drei Monate 76 Taten gewesen. Das TV-Magazin hat Agenturen, Zeitungs-, Hörfunk- und Fernsehberichte ausgewertet, Pressemitteilungen der Polizei sowie Chroniken der Regionalen Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie (RAA). Verglichen wurde das vergangene Vierteljahr (erster Pegida-Aufmarsch am 20. Oktober bis 20. Januar) mit dem Vierteljahr davor (20. Juli bis 19. Oktober).

Solche Veränderungen habe es in den vergleichbaren Zeiträumen der Vorjahre 2012 und 2013 nicht gegeben. Auf der Internetseite des Magazins ist die gesamte Chronik der Übergriffe aufgelistet. Erfasst sind Raubüberfälle, Körperverletzungen, Totschlag und Sachbeschädigungen im gesamten Bundesgebiet.

Die vom Bundeskriminalamt geführte Statistik sogenannter Politisch Motivierte Kriminalität – rechts (PMK – rechts) erreichte im November 2014 einen Höchststand von 63 Gewalttaten mit fremdenfeindlichem Hintergrund. In den Monaten davor waren es durchschnittlich 38. Das entspricht einem Plus von 66 Prozent. Diese Zahlen gehen aus den Antworten der Bundesregierung auf monatliche Anfragen der Partei Die Linke hervor.

Auch die Opferberatungsstelle Sachsens, finanziert von Land und Bund, hat mehr Vorfälle mit Migranten seit Pegida verzeichnet, sagte Robert Kusche, der Geschäftsführer der Opferberatung, in einem ARD-Interview. Flüchtlingshilfsorganisationen beklagen ebenfalls einen Anstieg von rechtsextremistisch motivierter Gewalt. Die meisten rassistisch motivierten Körperverletzungen hätte es in Sachsen gegeben, teilten Pro Asyl und die Amadeu Antonio Stiftung mit.

Seit Pegida nehmen Angriffe auf Flüchtlinge drastisch zu

neues- deutschland, 28.01.2015

Report Mainz: Zahl der rassistischen Attacken seit Beginn der Aufmärsche mehr als verdoppelt /
Experte Funke: Pegida hat Klima der Gewalt entfesselt

Seit Beginn der rechten Pegida-Aufmärsche im Oktober vergangenen Jahres hat sich bundesweit die Gewalt gegen Flüchtlinge, Migranten und deren Unterkünfte mehr als verdoppelt. Das berichtet das ARD-Politikmagazin »Report Mainz«, das systematisch die entsprechenden Berichte von Nachrichtenagenturen, Zeitungen und Rundfunk- sowie Fernschmeldungen und andere Quellen ausgewertet hat.

Während es in den drei Monaten vor den Pegida-Aufmärschen laut dem Magazin bundesweit 33 Übergriffe auf Migranten und Flüchtlinge gab, hat sich seit Beginn der Demonstrationen die Zahl mit 76 Übergriffen mehr als verdoppelt. Das entspricht einer Zunahme von 130 Prozent. Dies bedeute, so »Report Mainz«, dass es nunmehr fast täglich zu Übergriffen kommt. »Solche Veränderungen gibt es für die vergleichbaren Zeiträume weder in 2013 noch in 2012«, heißt es in einer Vorabmeldung.

Der Experte für Rechtsradikalismus, Hajo Funke, sagte, Pegida habe »ein Klima entfesselt, das Gewalt gegen Migranten, vor allem aber Muslime will. Die Erhöhung um über 100 Prozent an Gewalt gegen Schwächere ist beschämend für die Republik, für uns alle.« Funke zog Parallelen zu den tödlichen Anschlägen auf Asylunterkünfte Anfang der 1990iger Jahre. Er verwies auf die »Interaktion zwischen dieser Stimmung, die entwickelt und mobilisiert wurde, und den Rechtsextremen, die gesagt haben: 'Das ist unsere Stunde. Jetzt ist Attentatszeit.'«

Wie »Report Mainz« meldet, ergebe sich ein ähnlich besorgniserregendes Bild aus anderen Statistiken, etwa der vom Bundeskriminalamt geführtem sogenannten »Politisch Motivierte Kriminalität - rechts« und Zahlen der Opferberatungsstelle Sachsens. »In Dresden fällt natürlich auf, dass wir zumindest seit Oktober, was rassistisch motivierte Angriffe anbelangt, schon einen massiven Anstieg festgestellt haben«, zitiert das ARD-Magazin den Geschäftsführer der Opferberatung, Robert Kusche.

Der sächsische Irrweg

sueddeutsche, 28.01.2015, Ulrike Nimz

Stanislaw Tillich ist kein Mann großer Worte. Den Wahlkampf um das Amt des sächsischen Ministerpräsidenten bestritt er 2009 mit dem schlichten Motto: "Der Sachse". Nach den West-Regenten Kurt Biedenkopf und Georg Milbradt endlich einer von hier, so die Botschaft. Seitdem ist Tillich kaum durch kontroverse Redebeiträge aufgefallen.

Jetzt spricht Tillich, und nicht nur die Kanzlerin wird sich wünschen, er hätte geschwiegen. "Der Islam gehört nicht zu Sachsen", sagte Tillich in einem Interview mit der Zeitung Welt am Sonntag. Dieser Satz ist ihm nicht einfach so herausgerutscht. So ein Satz, wird er wissen, löst auf einer Pegida-Kundgebung Beifall aus und Unverständnis im Rest von Deutschland. Stanislaw Tillich ist Sorbe. Deren Anteil an der sächsischen Gesamtbevölkerung macht etwa 0,9 Prozent aus. Nüchtern betrachtet, hat da also der Angehörige einer Minderheit einer Weltreligion die Zugehörigkeit zu Deutschland abgesprochen. Was ist da los im Freistaat?

Tillich, 55, ist ein Mann, der Politik machen mag. Darüber reden mag er nicht. Als in Sachsen Schüler unvollständige Zeugnisse bekamen, weil wegen des Lehrermangels zu viel Unterricht ausgefallen war, dauerte es Wochen bis sich Tillich äußerte. Als klar war, dass Rechtsterroristen über Jahre unbehelligt in Sachsen leben konnten, sprach Tillich vom "Thüringer Trio".

Tillich lud zum Bürgerforum - Muslime sah man keine

Auch in Bezug auf Pegida herrschte lange Sprachlosigkeit. Tillich weigerte sich zwar, als Redner auf deren "Montagsspaziergang" aufzutreten. Man sah ihn aber auch auf keiner Gegenveranstaltung. Als die islamfeindlichen Proteste es schließlich in die Tagesschau geschafft hatten, lud der Ministerpräsident zu einem Bürgerforum, deren Teilnehmer ausgelost wurden. Dort saß dann am Ende auch ein NPD-Kreischef aus dem Erzgebirge, der zuletzt dadurch aufgefallen war, dass er Fackelmärsche gegen das örtliche Asylbewerberheim initiierte.

Die Zahl derer, die in Dresden allwöchentlich gegen eine vermeintliche Islamisierung auf die Straße gehen, ist längst zu groß, um ignoriert zu werden. Zu groß auch, um sie zu kritisieren? Am Montag hat sich Innenminister Markus Ulbig mit Pegida-Sprecherin Kathrin Oertel zusammengesetzt. Das Treffen, ließ das Innenministerium auf Twitter wissen, sei mit der Staatskanzlei "auf geeignete vertrauliche Weise" abgestimmt gewesen. Am 7. Juni ist Oberbürgermeisterwahl in Dresden. Kandidat der CDU ist Markus Ulbig, jener Mann also, der ankündigte, eine Sondereinheit gegen straffällig gewordene Asylbewerber ins Leben rufen zu wollen. Bei 44 politisch motivierten Übergriffen auf Asylbewerberunterkünfte in Sachsen allein im Jahr 2014 ein eigenwilliger Schwerpunkt.

Ein gewisses Maß an Realitätsverweigerung hat Tradition in Sachsen. Kurt Biedenkopf ließ sich im Jahr 2000 gegenüber der Sächsischen Zeitung zur Behauptung hinreißen, die sächsische Bevölkerung sei immun gegen rechtsradikale Versuchungen - so als hätte es die Angriffe auf das Asylbewerberheim in Hoyerswerda nie gegeben. Mehr noch: So ein Satz offenbart ein politisches Selbstverständnis, in dem Debatte und Dissens nicht vorkommen. 2004 zog die NPD das erste Mal in den Sächsischen Landtag ein - mit 9,2 Prozent.

Wirft man einen genauen Blick auf die sächsischen Verhältnisse, überrascht das wenig. Die CDU regiert Sachsen seit 25 Jahren. Eine Partei, deren Nachwuchs sich von fröhlichem Geschichtsrevisionismus beseelt "Junge Union Sachsen & Niederschlesien" nennt. Eine Partei, deren Querköpfe sich 2011 zu einem sächsischen Ableger der "Aktion Linkstrend stoppen" zusammenschlossen, hauptsächlich, um dagegen zu sein: gegen Abtreibung, gegen die Homoehe, gegen Multikulti.

Und dann ist da noch die Dresdner Staatsanwaltschaft, die nicht nur Menschen wie den Jenaer Pfarrer Lothar König wegen seiner Proteste gegen Nazi-Aufmärsche anklagte, sondern auch gegen Thüringens Ministerpräsidenten Bodo Ramelow, den Dresdner Grünen Johannes Lichdi, die Linken-Bundestagsabgeordneten Michael Leutert aus Chemnitz und Caren Lay aus Hoyerswerda vorging. Angesichts einer solchen Liste lässt sich schon die Frage stellen: Soll da Recht gesprochen oder der politische Gegner diskreditiert werden?

Man müsse die Menschen ernst nehmen, die bei Pegida mitlaufen - das hört man dieser Tage oft, zuletzt von SPD-Chef Sigmar Gabriel. Was aber ist mit denen, die vor Pegida weglaufen? Wie die Journalisten, die am vergangenen Mittwoch in Leipzig von Anhängern des örtlichen Ablegers der Bewegung angegriffen wurden? Oder Flüchtlinge und Migranten in Dresden, die montags das Haus nicht mehr verlassen, weil sie spüren, dass sie mit "Wir sind das Volk" nicht gemeint sind?

Sonderweg bei der Extremismusklausel

Bis zur Abschaffung der Extremismusklausel Anfang 2014 mussten sich Initiativen gegen

Rechtsextremismus in Deutschland per Unterschrift zum Grundgesetz bekennen. Sachsen war das einzige Land, das eine eigene Regelung auf den Weg brachte. Die sogenannte Sachsenklausel sah vor, dass alle Projektbeteiligten ein Bekenntnis zur freiheitlich-demokratische Grundordnung zu unterschreiben hatten, auch Referenten. Das hatte zur Folge, dass sogar Überlebende des Holocaust einer Gesinnungsprüfung unterzogen werden konnten. Es scheint, als haben sie in Sachsen etwas aus dem Blick verloren: Wer alternativen Lebensentwürfen mit Misstrauen begegnet, Akteure der Zivilgesellschaft gegen Wände laufen lässt, der kultiviert politisches Desinteresse oder fördert Radikalisierung. Der Demokratie dient er nicht.

Die Menschen, die Pegida folgen, mögen Sorgen haben. Doch statt diese zu zerstreuen, sieht Sachsens Ministerpräsident in seinem jüngsten Interview die Muslime in der Bringschuld: Deren Verbände könnten den Menschen Ängste nehmen, wenn sie deutlich machten, dass es sich bei Anschlägen um einen Missbrauch ihrer Religion handelt. Kaum drei Wochen ist es her, dass Tillich während einer Großveranstaltung zum Thema Toleranz die Bühne mit dem Sprecher der Islamischen Gemeinde in Dresden teilte. Khaldun Al Saadi verurteilte in seiner Rede die Anschläge von Paris aufs Schärfste. Wenn Reden Tillichs Schwäche ist, scheint selektives Zuhören seine Stärke zu sein.

Beim großen Toleranzkonzert am Montag sah Al Saadi sich genötigt, erneut vor die Dresdner zu treten. In fließendem Sächsisch sagte er: "Dor Islam gehört zu Sachsen genauso wie Bliemchenkaffee zur Eierschegge." Humor ist eine Variante mit den sächsischen Verhältnissen umzugehen.

State Department warnt vor Pegida-Demos

welt, 28.01.2015, dpa/epd/fp

Die Pegida-Bewegung löst auch in den USA Unruhe aus. Das State Department gibt jetzt eine Warnung heraus: US-Bürger sollten sich in Deutschland des erhöhten "Bedrohungsgrades" bewusst sein.

Das State Department hat US-Bürger in einer Mitteilung für Deutschland auf mögliche Gefahren im Zusammenhang mit Demonstrationen der islamkritischen Pegida-Bewegung hingewiesen. Amerikaner in Deutschland sollten wegen angekündigter Proteste der "Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung" in einer Reihe deutscher Städte größere Menschenmengen meiden und besonders vorsichtig sein, hieß es in einer bereits am Montag herausgegebenen Mitteilung.

Konkret wurden geplante Demonstrationen in Berlin, Frankfurt, München, Dresden, Leipzig und Köln in den kommenden Wochen sowie eine Kundgebung in Düsseldorf am Rosenmontag (16. Februar) erwähnt. Wörtlich wurde in der Mitteilung von einem "erhöhten Bedrohungsgrad" in den betroffenen Regionen gesprochen.

Gewalt gegen Flüchtlinge verdoppelt

Seit dem Beginn der islamkritischen Pegida-Demonstrationen im Oktober hat sich nach Recherchen des ARD-Magazins "Report Mainz" die Gewalt gegen Flüchtlinge, Migrantinnen und deren Unterkünfte in Deutschland mehr als verdoppelt. Das Magazin berief sich auf die Auswertung von Polizei- und Medienberichten sowie Chroniken der Regionalen Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie (RAA). Verglichen wurden dabei die zurückliegenden drei Monate mit den drei Monaten davor.

Während in den Monaten vor den ersten Pegida-Kundgebungen dem Bericht zufolge bundesweit 33 Übergriffe auf Migranten und Flüchtlinge publik wurden, stieg diese Zahl im Drei-Monatszeitraum danach auf 76. Das entspreche einer Zunahme um 130 Prozent und bedeute, dass es inzwischen fast täglich zu solchen Übergriffen komme. Eine ähnliche Zunahme in den Wintermonaten sei in den Jahren zuvor nicht feststellbar gewesen.

"Pegida hat ein Klima entfesselt, das Gewalt gegen Migranten, vor allem aber gegen Muslime will", zitierte "Report Mainz" den Rechtsextremismus-Forscher Hajo Funke. Er nannte die Zunahme von Gewaltakten "beschämend für die Republik". Es gebe eine Interaktion zwischen der von Pegida erzeugten Stimmung und Rechtsextremen, die nun sagten: "Das ist unsere Stunde. Jetzt ist Attentatszeit."

Treffen mit Pegida geplant

Ungeachtet scharfer Kritik schließt unterdessen der sächsische Innenminister Markus Ulbig (CDU) weitere Treffen mit der Pegida-Spitze nicht aus. Allerdings gebe es dafür noch keine konkreten Termine oder Vereinbarungen, sagte er der in Dresden erscheinenden "Sächsischen Zeitung" (Mittwochs Ausgabe). Ulbig hatte sich am Montag mit Pegida-Mitbegründerin Kathrin Oertel und Vorstandsmitglied Achim Exner getroffen.

Vor allem aus der Opposition, aber auch aus den Reihen des Koalitionspartners SPD kam daraufhin Kritik. Ulbig verlasse mit seinem Handeln klar den Rahmen, den die Koalition vorgegeben hat, sagte etwa die sächsische Juso-Landesvorsitzende Katharina Schenk. Ulbig selbst hatte erklärt, der Dialog könne auf der Straße beginnen, dort aber nicht als verständiger Austausch von Meinungen und Argumenten geführt werden.

Offener Streit bei Pegida - Kathrin Oertel steigt aus

stern, 28.01.2015

Es brodelte seit Wochen und hat sich in den letzten Tagen weiter zugespitzt: In einer Sitzung des sogenannten Organisations-Teams der Pegida-Führungsspitze haben am Dienstagabend Kathrin Oertel und mindestens drei weitere Mitglieder der "Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes" alle Funktionen und Ämter niedergelegt. Nach stern-Informationen ging es in der Sitzung um die Rolle von Lutz Bachmann, der sich offenbar entgegen seinen Ankündigungen doch nicht ganz zurückziehen will.

Neben einem Foto, auf dem Bachmann als Hitler posiert, waren in der vergangenen Woche Facebook-Kommentare aufgetaucht, in denen der Pegida-Initiator Asylbewerber als "Dreckspack", "Viehzeug" und "Gelumpe" beschimpft hatte. Nachdem er sich in Reden auf den Kundgebungen gern gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit ausgesprochen hatte, sah er sich – zumindest nach außen und als Vereinsvorsitzender – zum Rückzug genötigt.

Vor einer Woche hatte sich Lutz Bachmann in einer Pegida-Presseerklärung für die Facebook-Entgleisungen "aufrichtig entschuldigt" und bedauert, "dass ich damit den Interessen unserer Bewegung geschadet habe". Nach stern-Informationen hatten jedoch mehrere Mitglieder aus Pegida-Orga-Team und Verein gestern den Eindruck, seine Distanzierungen seien nicht ehrlich. Auch fällt es Bachmann offenbar schwer, Einfluss und Führung auf die von ihm maßgeblich initiierten Proteste gegen eine angebliche Islamisierung und andere Kritikpunkte abzugeben. Schon in den vergangenen Wochen hatte es intern immer wieder Diskussionen um den Namen und eine

Neuausrichtung gegeben. Bachmann erkenne leider nicht, dass er der Sache im Wege steht, heißt es nun aus dem Kreis seiner enttäuschten Gefährten.

Zu den Mitgliedern der ersten Stunde, die nun alles hingeworfen haben sollen, zählen nach stern-Informationen Kathrin Oertel, AfD-Mitglied Achim Exner, der Wirtschaftsberater Bernd-Volker Lincke und der ehemalige CDU-Stadtrat von Meißen, Thomas Tallacker, der schon selbst Erfahrungen mit abfälligen Bemerkungen über Asylbewerber auf Facebook gemacht hat. Auch der stellvertretende Vereinsvorsitzende René Jahn soll von Bachmann abgerückt sein. Alle haben sich zunächst bis zum morgigen Donnerstag auf Stillschweigen geeinigt. "Bis dahin werden wir alles dementieren", hieß es auf Nachfrage des stern. Weder Lutz Bachmann noch Kathrin Oertel waren heute für eine Stellungnahme zu erreichen. Allerdings gibt es inzwischen einen Post auf der Facebook-Seite von Pegida, der Oertels-Rückzug bestätigt.

Wie es nun mit Pegida und den Ablegern in anderen Städten weitergeht, ist noch völlig offen. Heute nachmittag, ab 15 Uhr, soll in einer weiteren Krisensitzung darüber beraten werden. In Dresden hatte das sogenannte Orga-Team nach eigenen Angaben bisher alle Veranstaltungen aus eigener Kraft gestemmt.

Kathrin Oertel tritt ab

zeit, 28.01.2015, sdo

Die Pegida-Bewegung verliert ihr zweites bekanntes Gesicht. Grund soll ein Streit um die Rolle von Lutz Bachmann sein. Pegida selbst stellt die Lage anders dar.

Kathrin Oertel und mehrere Spitzenfunktionäre der islamfeindlichen Pegida-Bewegung haben ihre Ämter niedergelegt. Das berichtet der Stern. Demnach haben die Mitglieder der "Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes" bei einem Treffen des sogenannten Organisationsteams am Dienstagabend hingeworfen. Damit verliert die islamkritische Bewegung ihr zweites bekanntes Gesicht. Vor wenigen Tagen war Lutz Bachmann von seinen Ämtern zurückgetreten.

Grund für den Rückzug der 37-jährigen Oertel und der anderen Führungsmitglieder soll die Rolle von Bachmann sein, früherer Kopf der Bewegung. Der Stern zitiert Pegida-Mitglieder, die kritisieren, der 42-Jährige versuche nach wie vor, Einfluss auf die Bewegung zu nehmen. Er erkenne nicht an, dass er der Sache im Wege stehe, heißt es.

Zu den Mitgliedern, die ihre Ämter nun niederlegen, gehören neben Oertel auch der zweite Vorsitzende des Pegida-Vereins, Rene Jahn, das AfD-Mitglied Achim Exner, der Wirtschaftsberater Bernd-Volker Lincke und der ehemalige CDU-Stadtrat von Meißen, Thomas Tallacker. Das bestätigte Jahn der Bild-Zeitung. "Hintergrund ist der Verbleib von Herrn Bachmann im Orga-Team der Pegida sowie die mangelnde Abgrenzung von Legida in Leipzig", sagte er.

Kathrin Oertel war für eine Stellungnahme nicht zu erreichen. Tallacker sagte auf Nachfrage der dpa, er wolle sich noch nicht dazu äußern. Laut des Stern-Berichts haben sich alle Beteiligten darauf geeinigt, sich bis zum morgigen Donnerstag nicht zu den Personalien zu äußern.

Bei Pegida selbst klingt es anders

Auf ihrer Facebook-Seite stellt Pegida die Lage anders dar. Oertel hat demnach vorerst ihr Amt als

Pressesprecherin niedergelegt. "Dies ist massiven Anfeindungen, Drohungen und beruflichen Nachteilen geschuldet", heißt es. "Wenn aber nachts schon irgendwelche Fotografen und andere komische Gestalten um ihr Haus schleichen, da kann man es der stärksten Frau nicht übel nehmen, wenn sie eine Auszeit braucht." Von der Rolle Bachmanns ist nicht die Rede. Auch Tallacker sei wegen beruflicher Nachteile von seinen Ämtern zurückgetreten. Er habe durch den Verlust etlicher öffentlicher Aufträge "massive Probleme" mit seiner Firma. Eine neuer Vorstand soll "in den nächsten Tagen in einer Sondersitzung" gewählt werden.

Bachmann war vergangene Woche zurückgetreten. Hintergrund sind Ermittlungen wegen des Verdachts der Volksverhetzung gegen ihn, die die Staatsanwaltschaft Dresden aufgenommen hat. Dabei geht es um Facebook-Posts mit ausländerfeindlichen Beleidigungen, die von Bachmann stammen sollen. Sie enthalten menschenverachtende Bezeichnungen wie "Viehzeug", "Gelumpe" und "Dreckspack" in Bezug auf Ausländer.

Pegida ist ein Verein, die Spitze besteht aus zwölf Personen, die Teil des sogenannten Orga-Teams sind. Die Bewegung organisiert seit einigen Monaten islamfeindliche Kundgebungen und Protestmärsche, vor allem in Dresden. Zu den Treffen, die meist am Montagabend stattfinden, waren mehrere Tausend Menschen gekommen.

26.01.2015 bis 28.01.2015, regional, ddnf Pressespiegel

Ulbig: Mit Pegida nicht über politische Inhalte gesprochen

dnn, 27.01.2015, dpa

Bei seinem umstrittenen Treffen mit der Pegida-Führung ist es nach Angaben des sächsischen Innenministers Markus Ulbig (CDU) nicht um politische Inhalte oder Positionen gegangen. Es sei „allein über mögliche Sicherheitsentwicklungen und vor allem über die Informationsangebote für die Demonstrationsteilnehmer“ gesprochen worden, sagte Ulbig.

Er war am Montag mit der Sprecherin der „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (Pegida), Kathrin Oertel, und einem weiteren Mitglied des Pegida-Vereinsvorstands zusammengetroffen. Auch vom Koalitionspartner SPD, der direkte Kontakte mit der Führung der Islamkritiker ablehnt, war er deshalb scharf kritisiert worden.

Ulbig weist Kritik an Pegida-Treffen zurück: Organisatoren sind in der Dialog-Verantwortung

dnn, 27.01.2015, dbr

Nach seinem Treffen mit zwei Pegida-Organisatoren am Montag, betonte der sächsische Innenminister Markus Ulbig (CDU) am Dienstag, dass es thematisch allein um die Versammlungsentwicklung und die Dialogangebote für die Demoteilnehmer gegangen sei. „Was ich gemacht habe, war nicht der Versuch mich mit den inhaltlichen Themen von Pegida auseinanderzusetzen“, sagte Ulbig bei einer Diskussionsrunde der Semper-Schulen, die den Minister als Gastredner für ein Schulprojekt zu jüdischer Kultur geladen hatten.

Er wies damit Vorwürfe zurück, sich mit der Pegida-Bewegung gemein zu machen. Die SPD hatte dem Innenminister vorgeworfen, der Staatsregierung in den Rücken gefallen zu sein. Ulbig habe Kathrin Oertel nahegelegt, die Demonstranten zu einem Dialog zu bitten und sich lösungsorientiert an der Politik zu beteiligen. „Eine Diskussion kann man auf der Straße anstoßen, aber nicht auf der Straße führen“, so Ulbig. Er sieht die Organisatoren jetzt in der Verantwortung. Frau Oertel habe ihm zugesagt, dass sie ihren Leuten anraten werde, in die Dialoggespräche zu gehen. „Wenn dies das Ergebnis wird, ist es mehr, als ich erwarten konnte“, so Ulbig gegenüber den 120 Schülern im Plenum.

Sachsens CDU-Generalsekretär Michael Kretschmar wies die Kritik an dem Treffen als „maßlos übertrieben“ zurück. Der Minister sei in seiner Funktion ganz unmittelbar mit den Demonstrationen von Pegida befasst.

US-Botschaft warnt vor Pegida-Demos

Die Zuwanderungs- und Islam-feindlichen Proteste der Pegida-Bewegung lassen im Ausland die Sorge vor Gewalt gegen Fremde in Deutschland wachsen.

Die US-Botschaft in Berlin hat nun einen Sicherheitshinweis an ihre Landsleute herausgegeben. Darin wird vor Gewalt im Umfeld der Pegida-Proteste und der Gegenproteste gewarnt.

Wörtlich heißt es: „Wegen des erhöhten Bedrohungslevels in der Region mahnen wir alle US-Bürger zu Aufmerksamkeit und zum Ergreifen entsprechender persönlicher Sicherheitsvorkehrungen.“

Ausdrücklich wird auf die Kundgebungen in Dresden, Leipzig und Köln in den kommenden Wochen hingewiesen. In Düsseldorf würde die Demonstration des dortigen Pegida-Ablegers Dügida am 16. Februar mit den Feiern zum Rosenmontag zusammenfallen. Gegenproteste seien zu erwarten.

US-Bürger, die in Deutschland leben oder hierher reisen wollen, werden vor Gefahren durch gewaltsam eskalierende Proteste gewarnt. „Sie sollten die Gegenden um Demonstrationen meiden und Vorsicht bei größeren Menschenansammlungen, Protesten oder Kundgebungen üben.“

Die Amerikaner werden aufgerufen, wachsam und aufmerksam zu sein, lokale Nachrichten zu verfolgen und sich bei den US-Vertretungen und auf den Seiten der US-Behörden über die aktuelle Sicherheitslage zu informieren.

Inzwischen mehren sich Warnungen, Deutschlands Ruf im Ausland könnte durch die Pegida-Bewegung Kratzer bekommen. Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) sieht das Ansehen bereits beschädigt.

Inzwischen mehren sich Warnungen, Deutschlands Ruf im Ausland könnte durch die Pegida-Bewegung Kratzer bekommen. Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) sieht das Ansehen bereits beschädigt.

Nun gelte es, dem schlechten Ruf entgegenzutreten: „Wir werden immer wieder klarmachen, dass Pegida eben nicht die schweigende Mehrheit ist und Deutschland ein weltoffenes Land ist und bleibt, das Anteil nimmt und nicht wegschaut, wenn Millionen Menschen zur Flucht gezwungen werden.“

Bundesweit gingen am Montag wieder Zehntausende gegen „Pegida“ auf die Straße.

In Dresden strömten rund 22 000 Menschen zu einem Open-Air-Konzert für Weltoffenheit vor die Frauenkirche. Künstler wie Herbert Grönemeyer, Gentleman, Adel Tawil und die Band Silly riefen zu Toleranz und Mitmenschlichkeit auf. Grönemeyer sagte, er verstehe, dass Menschen Ängste und Sorgen hätten und sich von der Politik nicht mehr wahrgenommen fühlten. Dies dürfe aber nicht dazu führen, „dass man sich als Zielscheibe und Projektion für diese Ängste, die man auch hat, plötzlich wieder eine Religion aussucht. Das hatten wir schon mal.“

Grönemeyer deutlich: „Jedes Gestammel von Überfremdung ist kalte verbale Brandstiftung und ignorante Verblendung.“

Auch in zahlreichen anderen deutschen Städten fanden am Montagabend Anti-Pegida-Proteste wie auch Kundgebungen der „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlands“ selbst statt.

In Frankfurt am Main standen den rund 16 500 Gegendemonstranten etwa 100 Anhänger der islamfeindlichen Pegida-Bewegung gegenüber. In Bremen demonstrierten nach Polizeiangaben rund 7000 Menschen für Toleranz und gegen Fremdenfeindlichkeit. Nach Angaben der Polizei versammelten sich in der Nähe des Berliner Hauptbahnhofes rund 1100 Menschen, die gegen einen zeitgleich stattfindenden Aufzug des Berliner Pegida-Ablegers „Bärgida“ protestierten. Dazu kamen nach Polizeiangaben rund 550 Anhänger.

Reaktionen zum Bürgerfest: "Dresden ist mit sich in Deutschland und Europa nicht allein"

dnn, 28.01.2015, Thomas Baumann-Hartwig

Lachende Gesichter statt wütender Sprechchöre - Dresden zeigte sich am Montag von seiner weltoffenen Seite. Bis zu 25 000 Menschen machten vor der Frauenkirche und auf dem Theaterplatz deutlich: Die Stadt ist bunt und atmet Vielfalt. Die DNN haben Reaktionen auf das Bürgerfest des Vereins "Dresden - Place to be" gesammelt:

Innenminister Markus Ulbig (CDU) erklärte: "Es war eine großartige Veranstaltung. Schön, dass so viele Menschen gekommen sind. Von Dresden ging ein eindeutiges Zeichen der Menschlichkeit und Weltoffenheit aus." Dresdens Erster Bürgermeister Dirk Hilbert (FDP) sagte: "Ein unterhaltsames und schönes Konzert, verbunden mit sehr feinsinnigen Worten von Herbert Grönemeyer, die ich mir auch selber gern annehme." "Wir begrüßen die vielfältigen Aktionen für ein weltoffenes, internationales Dresden. Der Auftritt renommierter Künstler und eine beeindruckend bunte Stadtsilhouette wurden durch die Medien umfassend aufgegriffen und haben ein sehr positives Bild unserer Stadt gezeigt", sagte Bettina Bunge, Geschäftsführerin der Dresden Marketing GmbH. Christiane Filius-Jehne, Vorsitzende der Grünen-Stadtratsfraktion, sagte, eine aus der Bürgerschaft kommende Initiative habe innerhalb weniger Tage gezeigt, wie die Welt nach Dresden geholt werden könne. "Da kann sich manche öffentliche Stelle eine Scheibe abschneiden."

CDU-Stadtratsfraktionsvorsitzender Jan Donhauser erklärte, es sei richtig und wichtig, mit solchen Veranstaltungen Dresden in der Außendarstellung ins richtige Licht zu rücken. "Ich finde es aber genauso wichtig, dass Markus Ulbig das Gespräch mit Pegida gesucht hat. Alle sollten jetzt ihre Arbeit gut machen", forderte Donhauser.

Linken-Stadtratsfraktionsvorsitzender André Schollbach erklärte: "Es war ein gutes Signal - nicht nur getragen von der Sorge um den guten Ruf unserer Stadt, sondern auch vom unbedingten Willen zu einer offenen Gesellschaft. Allerdings: Solche Signale braucht es auch in den nächsten Wochen. Wir sind (nicht nur) Montag für Montag gefordert, Fremdenfeindlichkeit offen entgegenzutreten - umso dringender, wenn, wie jetzt bekannt wurde, Rechtsradikale für den 14. Februar einmal mehr einen Aufmarsch in Dresden planen."

SPD-Stadtratsfraktionsvorsitzender Peter Lames sprach von einer wunderschönen Stimmung und einem sehr guten Bild von Dresden. "Besonders die in vielen Farben leuchtende Elbsilhouette war eindrucksvoll." Dresden sei mit sich nicht alleine in Deutschland und Europa, hat laut Lames die Botschaft gelautet.

Der Vorsitzende der AfD-Fraktion im Stadtrat, Stefan Vogel, erklärte: "Den Organisatoren ist es durch die verbindende Kraft der Musik gelungen, unterschiedliche Sichtweisen friedlich zusammenzuführen. Besonders freuen wir uns, dass offenbar auch zahlreiche Pegida-Anhänger an der Veranstaltung teilgenommen haben, um gemeinsam mit allen anderen ein Zeichen für eine weltoffene und tolerante Stadt zu setzen."

FDP-Stadtrat Jens Genschmar sagte: "Ich freue mich, dass so viele Künstler nach Dresden gekommen sind, um ein Zeichen für Weltoffenheit und Toleranz zu setzen. Zur Toleranz zählt für mich aber auch, andere Meinungen zu akzeptieren, auch wenn ich diese nicht teile. Aus diesem Grund sehe ich manche einseitige Äußerung der Künstler eher kritisch, weil diese die Gräben in der Stadt vermutlich sogar noch vertiefen, anstatt dass es zu einer Verbesserung kommt."

Verein „Place to be“ kündigt weitere Aktionen für ein weltoffenes Dresden an

dnn, 28.01.2015, Thomas Baumann-Hartwig

Der Verein „Dresden – Place to be“ plant weitere Aktionen für ein weltoffenes Dresden. Der Hauptorganisator des Bürgerfestes am Montagabend auf dem Neumarkt, der Mediziner Gerhard Ehninger, kündigte für den kommenden Montag Gesprächsgruppen vor dem Schauspielhaus an. Das „Treffen am Postplatz“ werde um 18 Uhr beginnen. Auch das islamkritische Bündnis Pegida hat für diesen Tag eine weitere Demonstration in Dresden angemeldet. „Wichtig ist die Botschaft, dass es weitergeht. Und es wird weitergehen“, sagte Ehninger gegenüber DNN.

Ehninger wehrte sich vehement gegen Gerüchte, das Konzert mit zahlreichen renommierten Künstlern wie Herbert Grönemeyer oder Sarah Connor sei mit öffentlichen Mitteln finanziert worden. Das sei eine glatte Lüge. Die Künstler seien alle ohne Gage aufgetreten. Für Bühne und Technik sowie weitere Ausgaben seien Gesamtkosten in Höhe von bis zu 200.000 Euro aufgelaufen, so Ehninger. Dafür sei ein Kredit aufgenommen worden, für den er, seine Ehefrau Elisabeth und mehrere Mitstreiter von „Dresden – Place to be“ haften. Bisher seien rund 25.000 Euro Spenden eingegangen, so der Mediziner. Er würde sich freuen, wenn weitere Konzertbesucher spenden würden. „Wenn wir wenigstens einen Menschen glücklich gemacht haben, dann hat die Veranstaltung schon etwas gebracht“, sagte er.

Ehninger zeigte sich entsetzt über Reaktionen im Internet, die vermutlich von Pegida-Anhängern verbreitet wurden. Er sei auch persönlich auf vielfache Weise bedroht worden, erklärte er. Dabei seien die Grenzen der freien Meinungsäußerung mehrfach überschritten worden. „Der Umgang ist alles andere als freundlich. Hier wird mit sehr harten Bandagen gearbeitet.“

Es ist eine klamme, sehr hysterische Atmosphäre - Die Rede von Herbert Grönemeyer zum Nachlesen

Die bürgerschaftliche Initiative für ein weltoffenes Dresden ist am Dienstag auf breite Zustimmung bei Politikern gestoßen. Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) erklärte: „Ich danke den Veranstaltern für die Initiative; zeigt es doch eine engagierte Bürgerschaft. Ich freue mich, dass damit deutlich wird, dass die Menschen in Dresden und Sachsen weltoffen und tolerant sind.“ Wissenschaftsministerin Eva-Maria Stange (SPD) sagte: „Das Fest auf dem Neumarkt war ein sehr kraftvolles Ereignis. Zehntausende Menschen haben ein starkes Zeichen für Toleranz und Weltoffenheit nach innen und außen gesetzt. Viele Dresdner sind offenbar nicht willens, verbale und gewalttätige Angriffe auf Ausländer unwidersprochen hinzunehmen. Ich bin auch richtig stolz auf die vielen Organisatoren um Gerhard Ehninger, die Künstler und Mitarbeiter vom Staatsschauspiel Dresden, von anderen Kultureinrichtungen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen.“

Streit bei Pegida eskaliert – Hälfte der Organisatoren tritt zurück - Demo für Montag abgesagt

dnn, 28.01.2015, dpa und dnn

Pegida-Sprecherin Kathrin Oertel hat hingeworfen. Via Facebook bestätigte Pegida am Mittwochnachmittag einen Bericht des "Stern", dass die 37-Jährige zurückgetreten ist. Oertel habe sich "aufgeopfert" und brauche jetzt eine "Auszeit". Auch den Rücktritt von Thomas Tallacker bestätigte Pegida. Die geplante Pegida-Demo für Montag ist abgesagt, wie die Stadt auf DNN-

Anfrage bestätigte. Am 9. Februar soll jedoch eine Kundgebung stattfinden, kündigte Pegida via Facebook an.

SPD-Chef Sigmar Gabriel sieht angesichts der Pegida-Führungskrise den Zenit der islamkritischen Bewegung überschritten. Die Organisatoren zerlegten sich gerade, „was ja vielleicht auch eine Erlösung für Dresden ist“, sagte Gabriel am Mittwochabend in der ZDF-Sendung „Was nun?“. „Ich glaube, dass wahrscheinlich der öffentliche Zenit dieser Demonstrationen überschritten ist“, sagte der Vizekanzler und Bundeswirtschaftsminister.

Oertel, die Pegida schon bei Günther Jauch vertreten hatte, war nach dem Rücktritt Bachmanns das offizielle "Gesicht" der "Patriotischen Europäer". Zusammen mit Achim Exner, der ebenfalls zurückgetreten sein soll, hatte sich Oertel am Montag auch mit Innenminister Markus Ulbig (CDU) getroffen.

Laut "Stern" sind neben Oertel und Tallacker auch AfD-Mitglied Achim Exner und der Wirtschaftsberater Bernd-Volker Lincke zurückgetreten. Linke bestätigte seinen Rücktritt sowie den Rücktritt weiterer Pegida-Gründer gegenüber dem "MDR", Tallacker sagte auf dpa-Anfrage, er wolle sich vor Donnerstag nicht dazu äußern. Via "Bild" erklärte auch Rene Jahn seinen Rücktritt, laut "Radio Dresden" sei Frank Ingo Friedemann bereits am Sonntag zurückgetreten. Von den ursprünglich offiziell zwölf Personen im Orga-Team der Bewegung sind damit nur noch fünf übrig - und eventuell Lutz Bachmann.

Denn nach übereinstimmenden Medienberichten ist die Rolle Bachmanns der Hauptgrund für den internen Bruch. Bachmann war vergangene Woche zurückgetreten. Anlass waren Facebook-Einträge mit rassistischem Inhalt, weswegen auch die Staatsanwaltschaft wegen des Verdachts der Volksverhetzung ermittelt. „Ich entschuldige mich aufrichtig bei allen Bürgern, die sich von meinen Postings angegriffen fühlen. Es waren unüberlegte Äußerungen, die ich so heute nicht mehr tätigen würde. Es tut mir leid, dass ich damit den Interessen unserer Bewegung geschadet haben, und ziehe daraus die Konsequenzen“, erklärte Bachmann damals in Dresden.

„Die jetzt bekannt gewordenen Facebook-Postings Lutz Bachmanns vom September weisen wir als Verein aufs Schärfste zurück. Sie tragen nicht dazu bei, Vertrauen zu den Zielen und Protagonisten von Pegida zu entwickeln. Vokabeln wie ‚Viehzeug‘, ‚Dreckspack‘ und ‚Gelumpe‘ gehören ebenso wenig in einen politischen Diskurs wie ‚Rattenfänger‘ (Ulbig), ‚Mischpoke‘ (Özdemir) oder ‚übelriechender braungrüner Schleim‘ (taz). Nur persönliche Integrität schafft politische Glaubwürdigkeit“, kommentierte Oertel den Rücktritt vor einer Woche. Bachmann hatte zudem als Hitler frisiert in dem sozialen Netzwerk posiert, tat das aber als Satire ab.

Doch offenbar wollte sich Bachmann nicht komplett zurückziehen, auch bei Pegida in Leipzig soll er mitgelaufen sein, trotz Morddrohungen, die zur Demo-Absage in Dresden geführt hatten. Zweiter Grund soll das Verhältnis zu Pegida in Leipzig sein. Hatte Pegida noch vor gut einer Woche eine Klage gegen den radikaleren Leipziger Ableger angekündigt, gab es am Sonntag in Dresden einen öffentlichen Schulterchluss. "In den nächsten Tagen" wolle Pegida einen neuen Vorstand wählen. Bachmann soll diesem aber nicht angehören.

Der Extremismus-Experte Timo Reinfrank sieht die Führungskrise der islamkritischen Bewegung Pegida allerdings nicht als Ende für das Bündnis. „Ich glaube noch nicht, dass dies das Aus ist“, sagte der Koordinator der Amadeu-Antonio-Stiftung, die Initiativen gegen Rechtsextremismus unterstützt, am Mittwoch in Berlin. Das Bündnis hänge nicht an einzelnen Personen. Mehrere Mitglieder, die sich nun aus der Pegida-Spitze zurückgezogen hätten, seien bislang ohnehin so gut wie gar nicht in der Öffentlichkeit in Erscheinung getreten. Entscheidend sei nun, ob es dem Bündnis gelinge, sich organisatorisch neu aufzustellen, um weitere Demonstrationen zu

veranstalten.

Reinfrank betonte, keine andere Protestbewegung habe in den vergangenen Jahren derart viel Aufmerksamkeit bekommen und sei derart schnell gewachsen. „Auch die große Mobilisierungskraft der Bewegung in den sozialen Netzwerken sollte man nicht unterschätzen.“ Außerdem seien die Themen, die die Menschen auf die Straße trieben, nicht verschwunden. Reinfrank prognostizierte, vermutlich werde die Pegida-Bewegung nicht weiter wachsen und in Städten jenseits von Dresden wohl eher kleiner werden. In der sächsischen Hauptstadt werde das Bündnis aber wohl eine längerfristige Erscheinung sein.

Auch Kathrin Oertel steigt bei Pegida aus

sz-online, 28.01.2015, szo/dpa

Bei Pegida ist es zum Streit gekommen. Der bereits zurückgetretene Lutz Bachmann will angeblich weiter in der Führungsriege des Bündnisses tätig bleiben. Das führte zum Rückzug von Oertel und weiteren Mitgliedern aus der Pegida-Spitze. Die für kommenden Montag geplante Pegida-Demonstration wurde abgesagt.

Krise bei der Führung der „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ in Dresden: Pegida-Sprecherin Kathrin Oertel und offenbar fünf weitere Mitglieder des aus zwölf Personen bestehenden Organisationsteams der islamkritischen Bewegung haben sich zurückgezogen. Kurz zuvor hatte Chefororganisator Lutz Bachmann nach heftiger Kritik Pegida verlassen.

Seit Bachmanns Rückzug war Oertel zum Gesicht der Bewegung geworden. Jetzt hat auch sie mit der Pegida-Führung gebrochen, wie auf der Pegida-Facebookseite kurz vor 15 Uhr mitgeteilt wurde. Zuerst hatte das Magazin „Stern“ darüber berichtet. Nach Informationen des „Stern“ haben in einer Sitzung des zwölfköpfigen Organisations-Teams der Pegida-Führungsspitze am Dienstagabend Oertel und mindestens drei weitere Mitglieder alle Funktionen und Ämter niedergelegt.

Montag keine Pegida-Demonstration

Das Zerwürfnis bei der Pegida-Führung hat jetzt auch direkte Auswirkungen auf die Veranstaltungen in Dresden. Die nächste Pegida-Demonstration, die am Montag stattfinden sollte, ist abgesagt worden. Das bestätigte die Stadt Dresden gegenüber der Sächsischen Zeitung. Am 9. Februar soll es allerdings erneut einen Abendspaziergang geben, heißt es auf der Facebook-Seite des Vereins.

Bei der bisher letzten Veranstaltung am Sonntag waren etwa 17 000 Anhänger auf dem Theaterplatz zusammengekommen. Es war das erste Mal, dass weniger Anhänger kamen als zu der Veranstaltung davor. Vor zwei Wochen waren noch etwa 25 000 Menschen in Dresden auf der Straße. Am Montag vergangener Woche waren alle Demos in Dresden wegen einer Terrorwarnung untersagt worden.

Oertel-Rücktritt mit Antifa-Anfeindungen begründet

Das Zerwürfnis bei Pegida ist nach Informationen des „Stern“ um die Rolle von Lutz Bachmann entbrannt. Vor einer Woche war Bachmann zurückgetreten, nachdem neben einem Foto, auf dem er als Hitler posiert, auch Facebook-Kommentare aufgetaucht waren, in denen der Pegida-Initiator Asylbewerber als „Dreckspack“, „Viehzeug“ und „Gelumpe“ beschimpft hatte. In seinen Reden auf

den Kundgebungen in Dresden sprach er sich dagegen immer gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit aus. Als dieser Widerspruch ans Licht kam, sah er sich zum Rückzug genötigt. Er hatte sich für die Facebook-Entgleisungen „aufrichtig entschuldigt“ und bedauert, „dass ich damit den Interessen unserer Bewegung geschadet habe“.

Offenbar war der Rückzug aber nur nach außen hin ehrlich gemeint. Nach „Stern“-Informationen hatten mehrere Mitglieder aus dem Pegida-Orga-Team und dem Verein den Eindruck, seine Distanzierungen seien nicht ehrlich gewesen. Er hat wohl weiter versucht, im Hintergrund die Fäden in der Hand zu behalten. Darüber kam es offenbar zum Zerwürfnis. Pegida selbst begründet Oertels „vorübergehenden“ Rückzug auf der Facebook-Seite des Vereins mit Drohungen, Anfeindungen und beruflichen Nachteilen. Pegida-Mitbegründer Lutz Bachmann sagte der „Süddeutschen Zeitung“, Oertel sei zurückgetreten, weil sie aus Antifa-Kreisen massiv bedroht worden sei.

Laut der Facebook-Seite von Pegida soll in den kommenden Tagen ein neuer Vorstand gewählt werden. Weder Oertel noch er stünden künftig für Vorstandsposten zur Verfügung, sagte Bachmann am Mittwoch.

Mindestens fünf weitere Führungskräfte werfen hin

Der „Stern“ schreibt in seiner Online-Ausgabe weiter, dass zu den Mitgliedern der ersten Stunde, die nun hingeworfen haben sollen, neben Oertel auch AfD-Mitglied Achim Exner, Wirtschaftsberater Bernd-Volker Lincke und der ehemalige CDU-Stadtrat von Meißen, Thomas Tallacker, gehören. Tallacker sagte auf dpa-Anfrage, er wolle sich vor Donnerstag nicht dazu äußern. Laut „Stern“ haben die Beteiligten bis zu diesem Donnerstag Stillschweigen vereinbart. Lincke bestätigte inzwischen seinen Rücktritt. Der dpa sagte er: „Ich kann und will mich mit den Äußerungen von Lutz Bachmann nicht identifizieren.“ Lincke sagte zudem, dass auch René Jahn Pegida verlassen hat. Radio Dresden meldete am Nachmittag, dass auch Frank Ingo Friedemann bereits am Sonntag seinen Rücktritt wegen des Verhaltens von Lutz Bachmann erklärt hatte.

Orga-Team-Mitglied Siegfried Daebritz äußerte sich am Mittwochnachmittag auf seinem Facebook-Profil so zur Situation: „Ich werde keine Fragen zu diesem Thema beantworten, (...) es wird eine offizielle Stellungnahme geben. (...) ICH halte mich daran, wen ich verspreche, das ich NICHTS sage, und NIEMANDEM irgendetwas verrate, weitergebe usw., bis es eine offizielle Verlautbarung gibt. (...) Nichtsdestotrotz interessiere ich mich natürlich für den Maulwurf oder die Maulwürfe, die seit Wochen graben und plappern und graben und plappern ...“.

Das Orga-Team von Pegida organisiert seit Ende Oktober die als „Abendspaziergänge“ bezeichneten Märsche und große Kundgebungen mit mehreren tausend Menschen. Nach dem Rückzug von Lutz Bachmann war Pressesprecherin Kathrin Oertel das Gesicht der islamisierungskritischen Bewegung. Oertel vertrat am 18 Januar Pegida in der ARD-Talkshow „Günter Jauch“.

OERTEL STEIGT BEI PEGIDA AUS +++ DEMO ABGESAGT!

mopo, 28.01.2015

Schon wieder interner Wirbel bei der Dresdner PEGIDA. Nachdem in der vergangenen Woche Gründer Lutz Bachmann (42) von der Spitze des Vereins zurücktrat, ist jetzt Sprecherin Kathrin Oertel (37) ausgestiegen.

Außerdem wurde der 14. Abendspaziergang am kommenden Montag abgesagt. Rathaussprecher Kai Schulz bestätigte am Mittwoch 16:26 Uhr: "Pegida hat heute eine für Montag den 02.02.2015 geplante Demo abgesagt."

Der Grund für den Rücktritt soll wieder Lutz Bachmann gewesen sein. Entgegen seiner Ankündigung, er wolle sich aus dem PEGIDA-Verein zurückziehen, übernimmt er intern wohl weiter eine führende Rolle.

So ist offenbar der Facebook-Post zur Kundgebung am vergangenen Sonntag auf dem Theaterplatz von Lutz Bachmann verfasst und veröffentlicht worden. Unter dem Post stand gezeichnet "LB" wie Lutz Bachmann. 30 Minuten später war das LB verschwunden, nachdem mehrere Leute gefragt hatten, ob denn "der Lutz immer noch da" sei.

Im Orga-Team war bei mehreren Mitgliedern der Eindruck entstanden, dass Bachmanns Entschuldigung für seinen rassistischen Facebook-Post (siehe unten) und sein Rückzug nicht ernst gemeint waren.

Daraufhin warfen außer Oertel noch weitere Gründungsmitglieder hin. Zu ihnen zählen nach stern-Informationen u.a. auch AfD-Mitglied Achim Exner, der Wirtschaftsberater Bernd-Volker Lincke und Thomas Tallacker.

Am Mittwochmittag erreicht MOPO24 den PEGIDA-Organisator René Jahn (49).

Er sagt: "Ich kann Kathrins Rücktritt bestätigen. Drei weitere Mitglieder des Orga-Teams und ich sind aus dem Verein ausgetreten. Es gab am Dienstag um 17 Uhr eine Sitzung des gesamten Orgateams. Dabei wurde kontrovers über die Rolle von Lutz Bachmann diskutiert. Wir waren der Meinung, dass es kontraproduktiv ist, wenn er weiter bei PEGIDA eine führende Rolle spielt. Wir würden früher oder später der Lüge bezichtigt und als Bewegung unglaublich. Hier geht es um PEGIDA, nicht um Einzelschicksale. Was der Verein jetzt nach unserem Rückzug macht, ist seine Sache."

Außerdem machte er deutlich: "Es kann nicht sein, dass wir uns in aller Deutlichkeit von Lutz Bachmanns untragbaren Äußerungen distanzieren, er dann aber im Orga-Team der Pegida bleiben will. Mit diesem Nazi-Zeug und den rechten Äußerungen möchte ich nichts zu tun haben".

Ingo Friedemann war bereits am Sonntag aus dem Orga-Team und dem Verein zurückgetreten; das bestätigte er auf MOPO24-Nachfrage. Dieser Entschluss sei bereits mit Auftauchen der Bachmann-Posts und des Hitler-Bildes gefallen.

Auf der Facebookseite von Pegida wurde eine Erklärung veröffentlicht, in der andere Gründe für die Rücktritte genannt wurden. So hätten Kathrin Oertel und Uwe Tallacker privat und beruflich zu sehr unter Anfeindungen von PEGIDA-Gegnern gelitten.

Was der Rückzug für die PEGIDA bedeutet, kann nur gemutmaßt werden. Fest steht, dass Kathrin Oertel seit dem Auftritt bei Günther Jauch (am Sonntag, 18.1.) massiv an Bedeutung und Bekanntheit zugelegt hatte. Nahezu jede große deutsche Zeitung hatte ihr Foto veröffentlicht.

Sachsens Innenminister Markus Ulbig (50, CDU) hatte sich am Montag sogar mit ihr zum Gespräch getroffen. Zum Oertel-Rücktritt wollte sich Ulbig gegenüber MOPO24 am Mittwochnachmittag aber nicht äußern.

Bachmann selbst war am 21. Januar zurückgetreten, nachdem bekannt wurde, dass er auf seiner

Facebookseite vor Jahren Ausländer als "Viehzeug" und "Gelumpe" beschimpft hatte. Außerdem hatte er sich als Hitler gepostet, mit der Unterschrift "Er ist wieder da!"

Seit dem führte Oertel die PEGIDA-Geschäfte zusammen mit René Jahn. Nun müssen die Karten wohl noch einmal neu gemischt werden. Für übernächsten Montag (9. Februar) ist nunmehr der 14. Spaziergang geplant.

Auf ihrer Facebookseite teilte PEGIDA am Mittwoch mit, dass in den nächsten Tagen in einer Sondersitzung ein neuer Vorstand gewählt werden soll. Demnach soll Lutz Bachmann nicht mehr zur Verfügung stehen.

Bachmann bestätigte das gegenüber der Süddeutschen Zeitung: Bachmann zur SZ. "Ich bin auch froh, dass ich da draußen bin, ich will gar nicht mehr."

28.01.2015 bis 29.01.2015, bundesweit, ddnf Pressespiegel

Der Fluch über Dresden

heise, 28.01.2015, Fabian Köhler

In Dresden gehört die Angst längst zum Alltag

Zehntausende Dresdner warnten am Montag vor Pegida. Dabei gehört Rassismus dort längst zum Alltag. Ein Besuch bei Migrant*innen, die zunehmend Angst um ihre Sicherheit haben – und um ihre Stadt. Mit oder ohne Toleranz-Konzert.

Wer sich das ganze Drama, das sich seit Pegida in Dresden abspielt, in einer unterunterbrochenen Rede aus Wut, Frust und Hoffnungslosigkeit anhören will, muss Denise Sousa besuchen. Die Brasilianerin, Mitte 40, sitzt am Küchentisch ihrer Wohnung in Dresden-Johannstadt und redet. Über ihre Stadt, in der sie Freunde gefunden hat "wie sonst nirgends auf der Welt". Eine Stadt, in der sie sich immer öfter nicht aus dem Haus traut.

Es ist der Montag. Jener Tag, an dem zehntausende Dresdner Farbe bekennen wollen: gegen Pegida, dagegen, dass eine Gruppe fremdenfeindlicher Wutbürger zunehmend das Image der Stadt ruiniert. Und der Tag, an dem es vor der Frauenkirche Grönemeyer, Silly und Sarah Connor für lau gibt.

"Plötzlich gibt es Hass überall. Plötzlich liegt ein Fluch über Dresden", sagt Sousa, schenkt einen Pott Kaffee ein und beeilt sich, hinterher zu schieben, dass nicht alle Dresdner so seien, sie doch Dresden immer geliebt habe. Über ihr hängen hunderte selbst gemachte Samba-Kostüme. Wer in Dresden eine Tänzerin für den Karneval oder seinen Jungessellenabschied sucht, stößt schnell auf die kleine Brasilianerin, die im Jahr 2000 in die Stadt kam, wegen des Geldes nach Berlin und Frankfurt ging, wegen der Freunde wieder zurückkam und nun abermals überlegt, der Stadt den Rücken zu kehren.

"Die Menschen hier verdienen diesen Ruf nicht. Meine Freunde sind keine Ausländerfeinde", sagt sie und berichtet von ihrem kleinen Restaurant, das sie schließen musste, nachdem sich mit Beginn der Pegida-Proteste die sexistischen und rassistischen Belästigungen gehäuft hatten. Von der Polizei, die nichts unternahm. Von einem Freund, der sie eines Montagabends warnte, besser nicht mehr auf die Straße zu gehen.

Dass sich das Klima in seiner Stadt verändert hat, bestätigt auch Viktor Vincze. Der 1,90 Meter große aus Ungarn stammende Mann ist Vorsitzender des Dresdner Ausländerbeirates. "Das einzige von Migrant*innen selbst gewählte Gremium in Dresden", betont er stolz. "Pegida hat ein Ventil geschaffen. Die Leute können jetzt frei sagen, dass sie etwas gegen Ausländer haben." Fast täglich berichteten ihm Migrant*innen von Anfeindungen: muslimische Frauen, die auf der Straße bespuckt werden. Dunkelhäutige, die aufgefordert werden, in "ihre Heimatländer" zurückzukehren.

Vincze gehört zu jenen Dresdnern, die schon gegen Pegida auf die Straße gingen, als das Bündnis "Dresden Nazifrei" allenfalls ein paar hundert Antifas mobilisieren konnte. Auch am Montagabend wird er wieder seine Rede halten, wie "wichtig es ist, Gesicht zu zeigen". Darüber, dass es "notwendig ist, jeden Tag etwas zu tun, nicht nur montags". Dass es "nicht reicht, einmal in der Woche ein Schild hoch zu halten".

Dass sich das Leben in Dresden durch Pegida verändert hat, belegen auch offizielle Zahlen: Das ARD-Magazin "Report Mainz" hat Zahlen von Presseberichten, Polizeimeldungen und Chroniken der Regionalen Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie (RAA) ausgewertet.

Demnach hat sich die Zahl rassistisch motivierter Übergriffe seit der ersten Pegida-Kundgebung gegenüber dem Vorjahreszeitraum verdoppelt. Die Flüchtlingsorganisation Pro Asyl berichtet, die meisten Übergriffe habe es in Sachsen gegeben. Erst am Sonntagabend wurde in Dresden ein libyscher Mann auf der Straße angegriffen. Einer der Täter habe den Hitlergruß gezeigt sowie "Ausländer raus!" und "Deutschland den Deutschen!" skandiert, wird berichtet.

Auch Denise Sousa kennt rassistische Gewalt. Anfang 2013 ging ihr Name durch die Presse Während des Karnevalsanzug in Radeburg schlugen sie mehrere Männer zusammen. Regelmäßig werde sie auf der Straße rassistisch beschimpft: "Ich frage mich, was sind das für komische Leute? Ich bin Christin und ich habe muslimische Freundinnen mit Kopftuch hier in Dresden. Wir gehen zusammen einkaufen. Ich kann nicht verstehen, warum die diesen Hass verbreiten", erzählt sie und schwärmt von den Stadtvierteln in Sao Paulo, in den Menschen "in der dritten Generation Japanisch oder Italienisch" sprechen: "Niemals kämen wir auf die Idee, dagegen zu demonstrieren."

Man muss lange suchen, um in Dresden muslimisches Leben zu finden. Gäbe es die von Pegida befürchtete Islamisierung, ihre Zentrale wäre wohl ein ebenso winziger wie trister Flachbau mit einem im Keller versteckten islamischen Gebetsraum. Nur wenige Gehminuten von jenem Ort entfernt, an dem seit drei Monaten Dresdner die Angst vor dem Islam schüren, sitzt Sami Ibrahim auf der weinroten Auslegeware. Mehrere hundert Muslime sollen sich hier manchmal zum Gebet drängen. An diesem Montagabend sind es nicht einmal ein Dutzend.

"Wir haben jeden Montag die letzten beiden Gebete abgesagt, zum Schutz der Leute, die zu uns kommen", erzählt Ibrahim mit ruhiger Stimme und stellt Kaffee und Kekse auf den Tisch. Ibrahim ist einer der Organisatoren der Mostafa-Moschee. "Die Menschen sind durch Pegida unfreundlich geworden", stellt auch er fest. Dass nun auch Ministerpräsident Tillich gesagt hat, dass der Islam nicht zu Sachsen gehöre, beunruhigt ihn. "Überall liest man davon, die Ängste dieser Pegida-Leute ernst zu nehmen, aber wer nimmt unsere Ängste ernst?" Aber auch Ibrahim hat nicht nur Angst um sich, sondern auch um seine Stadt: "Die guten Leute von uns ziehen weg, die Ärzte und Ingenieure. Was wird aus Dresden, wenn es keine Zuwanderer mehr gibt?"

Die Frage, was aus dieser Stadt werden soll, versuchen auch die vielen Redner am Abend auf dem Dresdner Neumarkt zu beantworten: weltoffen, bunt, tolerant. 250 Musiker. 22.000 Dresdner haben sich versammelt. Das fast einstimmige Bekenntnis an diesem Abend: Der Islam, nicht aber Pegida, gehöre zu Dresden. Nur als eine junge Frau mit Kopftuch auf der Videoleinwand erscheint, skandieren einige: "Wir sind das Volk." Sousa ist an diesem Abend zu Hause geblieben. Nicht aus Angst, sondern weil sie noch ein Samba-Kostüm fertig nähen muss: "Weißt du, oft machen die Leute nur Affenlaute, wenn ich vorbeilaufe. Das ist nicht schlimm, das ist Alltag in Dresden."

Dresdner Zustände

zeit, 28.01.2015, Christian Bangel

Auch wenn Pegida sich nun selbst zerlegt: In Dresden haben sie einen großen Schritt in die Mitte getan. Es geht hier weniger um den Islam als um linke Denkverbote.

Am kommenden Montag wird es keine Pegida-Demo geben. Eilig haben die Organisatoren nach dem Rücktritt Kathrin Oertels den nächsten Aufzug abgesagt. So schlagartig, wie die Lage sich gerade entwickelt, möchte man nicht mal darauf wetten, ob es je wieder eine geben wird.

Man kann das begrüßen oder auch bedauern. Doch wer glaubt, dass Dresden nun zur Ruhe kommen

wird, der irrt. Zuviel ist in den letzten Wochen und Monaten in dieser Stadt geschehen. Das, was Pegida ausgelöst und aufgedeckt hat, gehört zu Dresden. Und das muss man eher bedauern.

Dort draußen, im nichtdresdner Deutschland, wurde viel diskutiert über die Frage, ob man mit den Pegidisten reden soll. Hier drinnen fragt man sich: Was denn sonst? Sie sind Mütter, Brüder, Arbeitskollegen, Nachbarn, Vereinskameraden.

Sie sind wie die Hausfrau Ines Thietz-Bartram, die am vergangenen Sonntag ihre zehnte Pegida-Demo erlebte. Sie trägt eine Fahne, ihr buschiges, rotes Haar ist zum Zopf zusammengebunden und ihre gute Laune endet scheinbar nie. Auch nicht, wenn man sie fragt, warum auf ihrer Fahne neben dem evangelischen Ichthys-Fisch und dem jüdischen Davidstern nicht auch ein islamischer Halbmond sei.

"Weil wir das christlich-jüdische Abendland sind", sagt sie lachend, als sei das eine Selbstverständlichkeit. Und dann sagt sie: Ja, Muslime gehörten auch dazu, nur möchte sie den Halbmond nicht tragen, weil sie sich nicht mit Salafisten gemein machen wolle.

"Niemand redet mit mir"

Thietz-Bartram und ich haben uns schon ein paar Tage zuvor kennengelernt, in der Landeszentrale für Politische Bildung. Deren Chef Frank Richter hatte zu einer Diskussionsrunde eingeladen. Es ging um die Frage, ob er richtig gehandelt habe, als er das Gebäude für die umstrittene Pegida-PK zur Verfügung stellte. Fast alle hier sind Pegida-Gegner. Die Diskussion beginnt engagiert und endet, wie so viele zurzeit, mit Geschrei.

Zwischendrin, die Stimmung fängt gerade an, hitzig zu werden, meldet sich Thietz-Bartram und sagt: "Ich bin Pegida-Anhängerin. Und ich will reden. Nur redet niemand mit mir." Ich spreche sie an und rede mit ihr. Thietz-Bartram sagt dabei Dinge über die Muslime, die man von den Pegida-Demos kennt. Zusammengefasst: Buschkowsky hat recht. Sie sagt aber auch noch einiges, das wohl auch Buschkowsky erschrecken würde.

Aber, und das macht es komplizierter: Pegida-Anhänger haben auch manchmal recht. Zum Beispiel hiermit: "Wir werden islamophob genannt für Aussagen über den Islam, von denen die deutsche Presse bis vor einigen Jahren voll war."

Es macht keinen Sinn, Landeszentralen-Chef Frank Richter nach seiner Haltung zum Islam zu befragen. Er kann es sich nicht leisten, parteiisch zu sein. Richter ist der letzte Akteur, zu dem alle, Pegida-Organisatoren, -Anhänger und -Gegner Zugang haben. Er ist so etwas wie der Seelenklempner und oberste Vermittler dieser Stadt.

Als 1989 in Dresden Gewalt zwischen Sicherheitskräften und Demonstranten drohte, da gründete er die Gruppe der 20, die mit den Staatsorganen verhandelte. 2012, als der Streit über den Umgang mit den Nazis und ihren Aufmärschen am Gedenktag der Zerstörung Dresdens eskalierte, erkämpfte er, dass die Stadt Gespräche aufnahm mit dem linken Bündnis Dresden Nazifrei. Heute sagt er: "Wenn es uns nicht gelingt, ins Gespräch zu kommen, dann drohen hier Gewaltausbrüche."

Letzte Woche in Leipzig konnte man erleben, was Richter meint. Dort hat sich mit Legida ein radikaler Ableger der Pegida gegründet, auf dem inzwischen Redner der neuen Rechten wütende Beifallsstürme erhalten. Tausende aufgepeitschte Menschen, unter ihnen viele Hundert Rechtsextreme, sind kein Karnevalsanzug. Was geschieht, wenn einige beschließen, die neue Revolution gleich an Ort und Stelle auszuprobieren? Eine Andeutung davon gab es in Leipzig: Im Rausch des Hasses auf die vermeintliche Lügenpresse verprügelten 50 Hooligans und Nazis

Journalisten und zerstörten ihre Ausrüstung.

Ein Tisch aus gemeinsam akzeptierten Normen

Deswegen organisiert Richter Gespräche, wo er kann. Er versucht, einen Tisch aus gemeinsam akzeptierten Normen zu bauen, an dem alle Platz nehmen und miteinander sprechen können. Nur leider ist dieses Baumaterial nicht im Überfluss vorhanden. Um genau zu sein, es gibt fast nichts davon.

Was soll man auch sagen, wenn ganz normale Leute darauf beharren, dass auf den Flüchtlingsbooten im Mittelmeer die Christen von den Muslimen ins Meer geworfen würden? Oder dass es in Neukölln islamische Gerichte gebe, die die deutschen ersetzt hätten. So etwas kann keine Gesprächsgrundlage sein, weil es unwahr ist. Es sei denn, mit den islamischen Gerichten ist die Neuköllner Küche gemeint.

Zudem werden Richters Dialoge immer wieder unterlaufen von Ereignissen, die die gefühlte Wahrheit dieser überreizten Stadt wieder ändern. Kurz zuvor ist – auch mithilfe der Pressekonferenz in Richters Räumen – die Botschaft angekommen, dass Pegida einen Weg aus der Isolation sucht, da werden die rassistischen Sprüche Lutz Bachmanns auf seiner Facebook-Pinnwand bekannt. Neues Futter für die Ansicht, Pegida sei nichts als ein Haufen Rassisten.

Und dann erfährt man, dass der Asylbewerber Khaled B. nicht von einem Nazi, sondern von einem seiner Mitbewohner erstochen wurde. Flugs verlangt die sächsische CDU eine Entschuldigung von all jenen, die die kaum widerlegbare Schlamperie der Polizei kritisiert haben. Und wie zur Bestätigung, dass es den Tausenden linken "Wir-sind-Khaled"-Demonstranten nicht wirklich um den Toten, sondern um Stimmungsmache ging, taucht dann auch kaum einer von ihnen auf dessen Beerdigung auf.

"Niemand diskutiert über Rassismus"

Jetzt diskutieren sie in Dresden über Pegida, die Politikverdrossenheit und den Islam, aber Muslime, Migranten und Ausländer fehlen. Auch bei jenem Diskussionsabend in der Frauenkirche. Innenminister Thomas de Maizière ist auf dem Podium, FR-Chefredakteurin Bascha Mika, Landesbischof Pohl und der Politikwissenschaftler. Am Ende meldet sich eine Kanadierin und fragt: "Warum sitzt kein Ausländer auf diesem Podium? Seit Jahren gibt es diesen Hass gegen uns. Wir haben alle Angst, viele von uns wollen nur noch weg. Und niemand spricht darüber. Noch nicht mal jetzt." Keiner dort oben weiß eine gute Antwort.

Aus dem Gespräch mit Pegida-Anhängern, das Richter zu initiieren versucht, ist etwas sehr Dresden-Typisches geworden: Eine Diskussion über die Diskussion. Woran liegt es, dass die Pegida-Anhänger sich ausgegrenzt fühlen? Die Antwort, die man nun öfter hört, gibt auch Pegida: Man dürfe bestimmte Dinge in Deutschland nicht sagen.

Da sind jetzt nicht mehr nur Pegida-Anhänger, die nicht erst seit dem Rücktritt Oertels behaupten, sie würden ausgegrenzt. Ähnliches sagen jetzt auch Leute wie der Dresdner Politikwissenschaftler Werner Patzelt, der in der FAZ behauptet, diejenigen links der Mitte würden normalen Bürgern einen "Denk- und Redekanon" vorschreiben und "Abweichler" ausgrenzen.

Oder der Chefdirigent der Sächsischen Staatskapelle, Christian Thielemann, der verlangt, es dürfe nicht als "faschistoid, rechtspopulistisch und intolerant" gelten, zu sagen, der Islam gehöre nicht zu Deutschland. Was interessanterweise Ministerpräsident Tillich einen Tag darauf tat. Es nannte ihn faschistoid: Niemand.

Es ist absurd: Eine lokale Bewegung weniger Tausend Demonstranten schafft es innerhalb von Wochen, Aufmerksamkeit in ganz Deutschland zu bekommen. Der Innenminister spricht mit den Organisatoren, und sogar der Vizekanzler hört zu. Und doch verfängt ihre Behauptung, sie werde ausgegrenzt. Das Argument, das man öfter hört, lautet: Ja, es gibt Nazis bei Pegida. Aber es gibt doch auch Linksextremisten unter den Gegendemonstranten.

"Ein Rechtsruck"

Was sagen denn die Linken? Dem Bündnis "Dresden für Alle" wird noch immer seine Besenaktion als ein Verstoß gegen den politischen Anstand vorgehalten. Sprecher Eric Hattke beantwortet Fragen vorsichtig und ist klug genug, die Gruppe nicht als links zu bezeichnen. Nicht mal als reines Anti-Pegida-Bündnis wollen sie wahrgenommen werden, stattdessen fordern sie mehr politische Bildung und weniger politische Radikalität. Trotzdem macht die CDU nicht mit. "Dies ist der Beginn eines Rechtsrucks", sagt einer, der in der Gruppe mitorganisiert. "Aber wenn wir das aussprechen, befördern wir es nur."

Und ganz links? Im AZ Conni findet an einem Donnerstagabend das "Offene Antifaschistische Treffen" statt, eine Veranstaltung, die dem sächsischen Verfassungsschutz schon als Mobilisierungsplattform der Autonomen galt. Doch hier wird gerade nicht mobilisiert. Nach einem gut zweistündigen Vortrag über Frauen im Rechtsextremismus findet sich eine Handvoll Leute im Raucherraum ein und diskutiert unter anderem darüber, ob es scheinheilig sei, Linken das Coca-Cola-Trinken vorzuwerfen. Pegida? Schulterzuckende Ablehnung. "Zum Kotzen ist ja", sagt einer, "dass linke Islamkritik damit für absehbare Zeit gestorben ist".

Ines Thietz-Bartram ist wie immer guter Laune und sie hat auch einen Grund. Die Diskussionen in der Politik liefen in die richtige Richtung, sagt sie. Jetzt müsse man nur schauen, dass die vielen Gesprächsangebote der Politik kein Versuch seien, die Bewegung einzuschläfern.

Und dann bekommen die Ereignisse wieder diese ungute Geschwindigkeit. Zuerst gibt Pegida bekannt, fortan mit der radikaleren Legida zu kooperieren. Am Tag darauf trifft sich Innenminister Ulbig – er will im Sommer Dresdner Bürgermeister werden – mit den Organisatoren von Pegida. Schließlich tritt die halbe Führungsmannschaft zurück. Es habe, heißt es von einem der Zurückgetretenen, eine Tendenz zum rechten Rand gegeben, die man nicht mittragen wolle.

Ob Pegida damit am Ende ist? Die Antwort hängt davon ab, ob man Pegida als eine Ansammlung montäglicher Demonstranten begreift. Oder als eine Geisteshaltung. Die nämlich steckt tief in Teilen der Stadt.

Wie AfD und Pegida paktieren

tagesspiegel, 28.01.2015, Mathias Meisner

Die AfD versucht seit Wochen, eine enge Allianz mit Pegida zu schmieden. Die CDU in Sachsen steht dabei nicht völlig abseits.

Frauke Petry wusste gut Bescheid. Es war Anfang Januar, die sächsische AfD-Landtagsfraktion hatte am Vortag die Spitzenleute von Pegida getroffen. Bundessprecherin Petry unterrichtete die Presse im Dresdner Landtag darüber, wer bei der Anti-Islam-Bewegung nun das Sagen hat. „Soviel ich weiß, ist Lutz Bachmann nicht mehr Cheforganisator“, sagte Petry, die auch an der Spitze der AfD-Landtagsfraktion steht. Das war Tage bevor ein Rückzug von Bachmann am Mittwoch

vergangener Woche dann tatsächlich von seinen Mitstreitern erzwungen wurde.

Rassistische Facebook-Posts waren publik geworden, in denen Bachmann Asylbewerber als „Dreckspack“, „Viehzeug“ und „Gelumpe“ beschimpft hatte. Nachdem dann noch ein Foto aufgetaucht war, auf dem sich Bachmann als Hitler-Double präsentierte, war es zunächst vorbei für den Pegida-Gründer. Die „Bild“-Zeitung hatte aus dem Hitler-Bachmann eine Titelstory gemacht.

Jetzt wird Pegida offenbar von neuen internen Machtkämpfen erschüttert, ein Bachmann-Comeback ist nicht auszuschließen. Das sind Entwicklungen, die vor allem eine Partei nicht unberührt lassen werden: die AfD. Sie versucht seit Wochen, eine enge Allianz mit Pegida zu schmieden und hat längst Einfluss genommen auf die Entwicklung der Bewegung. Schon vor Weihnachten nahm Brandenburgs AfD-Chef Alexander Gauland an einer Pegida-Demonstration in Dresden teil und kam nach eigenen Worten mit einem „sehr guten Eindruck“ zurück. „Wieso das eine Schande für Deutschland sein sollte, konnte ich auch nicht feststellen“, sagte er damals in einem Reuters-Interview. Und auch wenn Gauland beteuert, nie direkten Kontakt zu Bachmann gehabt zu haben: Er schwärmt von Pegida als „Volksbewegung“, vergleicht die Anti-Islam-Aktivisten mit der früheren Anti-Atom-Bewegung.

Brandenburgs AfD knüpfte im Januar Kontakte zu Lutz Bachmann Gaulands Mitstreiter in der Alternative für Deutschland haben längst Drähte auch zu den Pegida-Anführern geknüpft – zum Beispiel Birgit Bessin, Geschäftsführerin der Potsdamer Landtagsfraktion. Der RBB zitierte am Mittwoch aus einer E-Mail Bessins von Anfang Januar, in der sie an Parteifreunde schreibt: „In einem persönlichen Telefonat mit dem Initiator, Herrn Bachmann, haben wir beide uns ausgetauscht. Das Interesse, Pegida in Brandenburg zu entwickeln, ist vorhanden.“ Auch einen Bus mit AfD-Anhängern wollte die Politikerin demnach zu einer Pegida-Kundgebung nach Dresden schicken.

Mehrere Hinweise darauf, dass sich Pegida zu einer Art AfD-Vorfeldorganisation entwickelt, gibt es auch aus Sachsen. In Meißen stellte Siegfried Däbritz einen Aufnahmeantrag, eines der Mitglieder des Pegida-Orgateams. Er soll dem „Spiegel“ zufolge Muslime unter anderem als „mohammedanische Kamelwämser“ oder „Schluchtenscheißer“ bezeichnet haben. Die „Sächsische Zeitung“ wiederum berichtete, dass der Dresdner AfD-Vorstand Achim Exner, bis 2006 Sicherheitschef des Fußballklubs Dynamo Dresden, zur Zeit als Berater für das Pegida-Orgateam arbeitet. Mehrere von Pegida veröffentlichte Pressemitteilungen geben demnach in den Dokumenteneigenschaften Exner als Verfasser an.

Mit im Bund mit Pegida ist auch der frühere stellvertretende AfD-Landesvorsitzende Thomas Hartung – er war 2014 von diesem Posten zurückgetreten, nachdem er sich abfällig über Menschen mit Trisomie geäußert hatte. Hartung gehört ebenfalls dem Dresdner AfD-Kreisvorstand an und bekennt sich im Internet als „überzeugter Pegida-Gänger“. Mit dem Hinweis „lesenswert, sehr lesenswert“ postete Pegida auf ihrer Facebook-Seite am Mittwoch einen Aufsatz von Hartung, in dem es heißt: „Das Schlagwort ‚Willkommenskultur‘ verpflichtet die Deutschen gutzuheißen, im eigenen Land zur Minderheit zu werden.“

Exner war – neben der bisherigen Organisatorin Oertel – einer der beiden Pegida-Funktionäre, die der sächsische Innenminister Markus Ulbig (CDU) am Montag an unbekanntem Ort traf. Er warb, wie er am Mittwoch bei einer Regierungserklärung im Landtag erläuterte, für einen „sachkundigen Dialog“. Es solle weniger Auseinandersetzungen auf der Straße geben, erläuterte er. Der Staatsregierung zufolge war Ministerpräsident Stanislaw Tillich nicht vorab informiert. Die Opposition empörte sich – und auch die Organisatoren des großen Bürgerfestes am selben Montag, bei dem unter anderem Herbert Grönemeyer auf dem Dresdner Neumarkt auftrat.

Ulbig will im Juni zum Oberbürgermeister von Dresden gewählt werden. Dann könnte auch Pegida wieder eine Rolle spielen. In der Sachsen-Union wird für möglich gehalten, dass die Bewegung einen Kandidaten aufstellt oder einen Bewerber der AfD massiv unterstützt. Ein einflussreicher CDU-Politiker aus Sachsen sagte dem Tagesspiegel dazu, er wolle Pegida ein solches Vorgehen nicht empfehlen. „Es schreckt mich aber auch gar nicht.“ Schließlich könne dann auch über Inhalte und Themen diskutiert werden – und Pegida komme „raus aus der Märtyrerrolle“.

Aus Pegida entstehen freie Radikale

zeit, 28.01.2015, Ulrike Nimz

Schon lange hatte die Chemie nicht mehr gestimmt bei Pegida. Nun ist nach Lutz Bachmann auch Kathrin Oertel zurückgetreten. Die islamfeindliche Bewegung hat damit innerhalb weniger Tage Stimme und Gesicht verloren. Doch schon jetzt vom Ende zu sprechen, wäre verfrüht.

Das Ringen um die ideologische Ausrichtung von Pegida hat bereits vor Wochen begonnen, und es ist noch nicht beendet. Hatte Oertel zunächst versucht, sich von extremen Positionen in den eigenen Reihen loszusagen, könnte nun nach ihrem Weggang eine mäßigende Stimme fehlen. Pegida ist im Sinne des Wortes kopflos.

Viele der "besorgten, ganz normalen Menschen", von Politikern jüngst mit Dialogangeboten verwöhnt, werden sich abwenden, abgeschreckt von den inneren Querelen. Einer Bewegung, die auch davon lebt, dass sie Menschen in dem Glauben zusammenbringt, im Besitz der einzigen, unbequemen Wahrheit zu sein, stehen offene Streitigkeiten nicht gut zu Gesicht. Und wer ist schon gern in der Nähe, wenn etwas vermeintlich Großes in sich zusammenstürzt?

Übrig bleiben jene, die Hass und Fremdenfeindlichkeit ohnehin seit Jahren auf die Straße tragen. Um den 13. Februar wollen in Dresden wieder Neonazis der Opfer der Bombardierung Dresdens gedenken. Politik und Biochemie sind sich bisweilen nicht ganz unähnlich: Wo Dinge zerfallen, entstehen freie Radikale.

Das unappetitliche Problem der Pegida-Bewegung

welt, 28.01.2015, Ulrich Clauß

Rechtsextreme um Hitler-Fan Bachmann spalten die Führung der Dresdner Wutbürger und vertreiben die Gemäßigten. Wenn die Pegida-Marschierer das akzeptieren, sind sie und ihr Anliegen diskreditiert.

In der Spitze der Pegida-Organisation kracht es gewaltig. Offenbar hat sich das Führungsteam im Streit über den Rückzug des Gründers Lutz Bachmann zerlegt. Der Rückhalt innerhalb der Pegida-Führung für den mit rassistischen Äußerungen und einer fotografischen Hitler-Hommage hervorgetretenen Bachmann ist wohl so stark, dass seine Nachfolgerin im Sprecheramt mit anderen gemäßigten Kräften zusammen das Weite sucht.

Der Vorgang dürfte Ernüchterung weit über den Kreis der Pegida-Marschierer hinaus bewirken. Einen Vorstand, der sich über so einer abstrusen Personalie zerstreitet, muss man wohl nicht ernst nehmen. Wie man sich überhaupt fragt, ob das Phänomen Pegida nicht etwas zu wichtig genommen

wurde. Denn es handelt sich ja doch wohl um nicht mehr als eine sächsische Anomalie, man könnte fast sagen, um eine Art Dresdner Polit-Folklore.

Dort haben sich offenbar in Frontstellung zu einem besinnungslosen lokalen Linksradikalismus – der zum Beispiel die Bombardierung Dresdens im Zweiten Weltkrieg als Akt der Läuterung verklärt – Meinungskerne extrem polarisiert.

Jüngste Erhebungen legen jedenfalls den Eindruck nahe, dass die Dresdner Wutbürger in der Mehrheitsbevölkerung keinerlei Anklang, geschweige denn Rückhalt finden. Es gibt wenig Anhaltspunkte dafür, dass der antiparlamentarische Sound, wie er sich am Sonntag erst wieder auf dem Dresdner Theaterplatz Luft machte, in der breiten Bevölkerung verfangt.

Ein verbohrt Kern von Rechtsextremisten

Zum einen sollte man sich dennoch nicht in der Hoffnung wiegen, der Dynamik von Pegida vor Ort in Dresden sei damit nicht nur die Spitze, sondern auch das Rückgrat weggebrochen. Der Unmut (wie immer man ihn beurteilen mag), der dort Tausende bislang unauffällige und größtenteils eben durchaus nicht rechtsextremistisch gesonnene Bürger auf die Straße trieb, wird unabhängig von den Führungsquerelen anhalten. Er wird weiterhin seinen Ausdruck suchen.

Zum anderen lassen die jetzt bekannt gewordenen Konfliktlinien innerhalb von Pegida auf ein unappetitliches Problem schließen: einen verbohrt Kern von Rechtsextremisten. Wenn tatsächlich das Für und Wider um den verkrachten Hitler-Lookalike Bachmann der Grund für das Zerwürfnis ist, dann treiben dort ganz offenbar Kräfte ihr Unwesen, derer sich die Pegida-Mitläufer schleunigst entledigen müssten.

Geschieht das nicht, dann gilt auch für den unverdächtigen Teil der Pegida-Marschierer: mitgegangen, mitgefangen. Wer sich von Lumpensammlern – und damit sind auch Teile der AfD-Führung gemeint – vor den Karren spannen lässt, disqualifiziert sich und sein Anliegen.

Gauland sieht Pegida weiter als natürlichen Verbündeten

zeit, 29.01.2015, zz

Auch nach der Affäre um den abgetretenen Pegida-Anführer Bachmann steht der AfD-Politiker zu der Dresdener Bewegung. Für Vizekanzler Gabriel dagegen ist Pegida am Ende.

Der stellvertretende AfD-Bundessprecher Alexander Gauland hält trotz der Auflösungserscheinungen weiter zu der Pegida-Bewegung. "Pegida Dresden und die Demonstranten sind noch immer natürliche Verbündete", sagte Gauland. Er distanzierte sich aber von Lutz Bachmann, einem der Anführer der Bewegung, der kürzlich zurückgetreten war. "Herr Bachmann war nie mein natürlicher Verbündeter", sagte Gauland weiter.

Bachmann hatte sich zurückgezogen, nachdem ein Bild von ihm mit Hitlerbart und ausländerfeindliche Facebook-Einträge öffentlich geworden waren. Unter anderem hatte er Asylbewerber als "Dreckspack", "Viehzeug" und "Gelumpe" bezeichnet.

Der AfD-Spitzenkandidat für die Hamburger Bürgerschaftswahl, Jörn Kruse, lehnte es dagegen ab, die Pegida als "natürlichen Verbündeten der AfD" zu bezeichnen. "Ich habe den Begriff nicht verwendet und ich werde ihn auch nicht verwenden", sagte Kruse. "Wir haben aber gesagt, wir

verstehen die Gründe, warum die Leute da auf die Straße gehen."

"Eine Erlösung für Dresden"

Auf die Frage, wie er das zukünftige Verhältnis zwischen AfD und Pegida beschreiben würde, sagte Kruse: "Wir wollen uns in der Öffentlichkeit natürlich nicht desavouieren lassen von Leuten, von denen man nicht weiß, was sie morgen tun." Insofern sage die AfD, das sei ein Phänomen, was weiter beobachtet werde.

Nach dem Rücktritt auch der zweiten Führungsfigur Kathrin Oertel am Mittwoch ist für SPD-Chef Sigmar Gabriel der Niedergang von Pegida eingeleitet. "Ich glaube, dass wahrscheinlich der öffentliche Zenit dieser Demonstrationen überschritten ist", sagte der Vizekanzler und Bundeswirtschaftsminister im ZDF. Die Organisatoren zerlegten sich gerade, "was ja vielleicht auch eine Erlösung für Dresden ist".

Spaltung der Anti-Islam-Bewegung: Pegida gegen Pegida

spiegel, 29.01.2015, Fabian Reinbold

Die Spaltung von Pegida ist vollzogen: Ex-Sprecherin Oertel und andere planen einen neuen Verein - und eine eigene Demo. Von einer Islamisierung des Abendlandes ist keine Rede mehr.

An der Spaltung von Pegida wollten die Abtrünnigen keinen Zweifel lassen. Die fünf Zurückgetretenen um Sprecherin Kathrin Oertel gaben noch am späten Mittwochabend eine Erklärung ab, in der sie den Bruch unmissverständlich vollzogen: Sie gaben ihren Vereinsaustritt bekannt, widersprachen der Darstellung Pegidas über die Gründe für ihren Rückzug. Sie distanzierten sich von Gründer Lutz Bachmann und sie kündigten an, sich "neu aufzustellen".

Dabei wird klar: Um die angebliche Islamisierung, die Pegida ihren Namen gab, geht es den Leuten um Oertel immer weniger. Sie betonen andere Anliegen, wollen für "unsere Ziele wie die Durchsetzung der direkten Demokratie auf Bundesebene" kämpfen.

Oertel und Co. arbeiten an der Gründung eines neuen Vereins. Laut der "Sächsischen Zeitung" ist dafür der Name "Bewegung für direkte Demokratie in Europa" im Gespräch.

Die Aufspaltung von Pegida ist damit vollzogen. In zehn Tagen könnte es in Dresden zwei Montagsdemonstrationen geben. Pegida hat die Demo für kommenden Montag abgesagt, "aus organisatorischen und rechtlichen Gründen", will aber am 9. Februar eine neue Kundgebung abhalten. Für jenen Montag haben auch die Leute um Oertel laut ihrer Erklärung "eine erste Kundgebung" geplant.

Wer ist jetzt das Volk?

Die Demonstranten, die nach Monaten des Wachstums letzte Woche erstmals wieder weniger wurden, müssen sich künftig entscheiden: Pegida eins, Pegida zwei oder gleich zu Hause bleiben?

Der Riss hat sich an der Person Bachmanns und der künftigen Ausrichtung aufgetan. (Lesen Sie hier eine Analyse zum Thema.) Der Pegida-Gründer war vergangene Woche als Vereinsvorsitzender zurückgetreten - Grund war ein Foto im Hitler-Look, das um die Welt ging, sowie ausländerfeindliche Einträge auf Facebook. Doch hinter den Kulissen machte er einfach weiter.

Oertel und die anderen nennen als Grund für ihre Rücktritte ausdrücklich dieses "Verbleiben Bachmanns im Verein und im Orga-Team von Pegida e.V., trotz der bekannt gewordenen Facebook-Postings vom September 2014, welche wir nicht mitzutragen gewillt sind". Weiter heißt es, man grenze sich "klar von rechtsextremen Tendenzen ab".

Außerdem seien die fünf Zurückgetretenen gegen den Schulterschuss mit Legida in Leipzig. Dieser wurde noch am Sonntag auf der letzten Pegida-Kundgebung verkündet.

Die für Pegida so wichtig Facebook-Seite - mit immerhin 160.000 Fans - ist offenbar weiter unter Kontrolle der Bachmann-Leute. Dort wurde am Donnerstag für die kommende Legida-Kundgebung getrommelt. "Freitag ist Legida-Tag. Jetzt erst Recht, Schulter an Schulter."

Wie geht es für den Verein Pegida weiter?

Bis zur Kundgebung in zehn Tagen soll ein neuer Vorstand gewählt werden. Bachmann steht dafür nach eigenen Angaben nicht zur Verfügung.

Forscher: Kein Dialog mit Pegida

junge welt, 29.01.2015, AFP/jW

Der Meinungsforscher Manfred Güllner hat davor gewarnt, die nationalistische Pegida-Bewegung durch Dialogangebote aufzuwerten oder als Vertretung breiterer Bevölkerungsschichten ernst zu nehmen. »Alle vorliegenden Daten über die AfD- und Pegida-Anhänger belegen, dass sie nicht aus der Mitte, sondern vom rechten Rand der Gesellschaft kommen«, sagte Güllner dem Magazin Stern. Eine klare Distanzierung sei die einzig richtige Reaktion. Wer diese radikale Minderheit wichtig nehme oder gar mit ihnen rede, »wertet sie auf und stärkt sie in ihrem Wahn, das ganze Volk zu repräsentieren«, warnte der Chef des Meinungsforschungsunternehmens Forsa. »Schon die NSDAP wurde erst zur Massenpartei, als das konservative Segment der Weimarer Gesellschaft, allen voran der preußische Adel, seine Abgrenzung aufgab und Bündnisse mit der braunen Bewegung einging.«

Einen ähnlichen Vergleich zieht auch der Extremismusforscher Oliver Decker von der Uni Leipzig bezüglich des Pegida-Ablegers Legida: »Legidas Forderungen sind ausdrücklich rechtsextreme Inhalte, die denen im Nazi-Reich ähneln. Man will zweierlei Recht, eins für die Deutschen und eins für die Ausländer«, sagte er der Leipziger Volkszeitung. Unterdessen steht Sachsens Innenminister Markus Ulbig (CDU) neuen Gesprächen mit den Organisatoren von Pegida offen gegenüber. Er sagte der Sächsischen Zeitung vom Mittwoch, weitere Treffen seien nicht ausgeschlossen. Ulbig hatte sich am Montag mit Pegida-Mitgliedern ausgetauscht. Der CDU-Landesverband unterstützte Ulbigs Vorstoß.

28.01.2015 bis 29.01.2015, regional, ddnf Pressespiegel

Studenten kritisieren Pegida-Politik von TU-Professor Werner Patzelt

dnn, 28.01.2015, Christoph Springer

Mit heftiger Kritik an TU-Professor Werner Patzelt, dem Inhaber des TU-Lehrstuhls für Politische Systeme und Systemvergleich, haben sich am Mittwoch Studenten der Technischen Universität zu Wort gemeldet. Sie werfen dem 61-Jährigen Fehler bei seiner Pegida-Analyse vor und legen ihm zur Last, in der gesamten Debatte „mehr politischer Akteur denn Wissenschaftler“ zu sein. Patzelt verharmlose Pegida im Namen der Politikwissenschaft, ist dem Flugblatt zu entnehmen, das am Mittwoch gegen 11 Uhr im Hörsaalzentrum an der Bergstraße zu finden war. Unterzeichnet ist es „Studierende an der TU Dresden“.

Die Verfasser des zwei A4-Seiten langen Textes finden, dass die Erklärungen des bekannten Dresdner Politikwissenschaftlers „den rassistischen Kern der Pegida-Bewegung negieren“. Weiter heißt es: „Herr Patzelt scheint der Ansicht, wer einen festen Beruf hat, über 40 Jahre alt ist und ‚normal‘ aussieht, kann unmöglich rassistische Einstellungen haben.“ Patzelt erfuhr am Mittwoch durch die DNN von dem Flugblatt. „Es ist richtig, dass die Studierenden sich artikulieren“, stellte er fest, „zumal dann, wenn es Stoff zum Streiten gibt“. Beim ersten Lesen des Flugblatts seien ihm aber „teils große Missverständnisse“ seiner Haltung aufgefallen. Außerdem „Vorhaltungen, über die man durchaus unterschiedlicher Ansicht sein kann und sich folglich austauschen sollte“.

Gegenüber DNN sagte er, durch Fallstudien seiner Studenten und regelmäßige eigene Besuche von Pegida-Demonstrationen, auch schon vor Weihnachten, sei er „ziemlich detailliert, und meistens auch aus erster Hand, darüber informiert, was sich bei und um Pegida tut“. Seine öffentlichen Einschätzungen und Kommentare seien auch von „Pegida-Anhängern als differenziert, um analytischen Durchblick bemüht sowie als fair empfunden“ worden. Das habe ihm auch „erhebliches Vertrauen seitens der Pegida-Demonstranten eingebracht“ und dazu geführt, dass sie wohl auch anfangen, auf das zu hören, was er ihnen „im Interesse des Gemeinwohls unseres Landes“ riet.

Patzelt stellt schließlich fest, dies alles schein „das politische Klima hin zu einer Umgangsweise zu verändern, die er erstrebenswert findet. Das sei dann wirklich „politisches Handeln“. „Und sollte ich selbst zu diesem Wandel ein wenig beigetragen haben, würde mich das nicht reuen, sondern freuen.

ETZT ENTHÜLLT! BOMBENDROHUNG VOR KONZERT

mopo, 28.01.2015, Stefan Ulmen

Immer noch schwärmen viele vom Mega-Konzert am Montagabend auf dem Neumarkt, u.a. mit Herbert Grönemeyer (58), und der Botschaft aus Dresden für mehr Weltoffenheit und Toleranz.

Doch wie jetzt einer der Hauptinitiatoren, Prof. Gerhard Ehninger (62) vom Verein "Dresden - Place to be" gegenüber MOPO24 sagt, gab es vorher massive Anfeindungen.

Ehninger: "Es ging sogar eine Bombendrohung gegen die Veranstaltung ein!"

Das bestätigt Polizeisprecher Thomas Geithner (41) auf MOPO24-Anfrage: "Am Montag lag ein entsprechender Brief in unserer Poststelle bezüglich dieser Veranstaltung. Wir haben ihn geprüft und ‚keine Ernsthaftigkeit‘ festgestellt. Trotzdem haben wir einen Sprengstoffsuchhund laufen lassen und die Bühne 'sauber' an die Veranstalter übergeben."

Reichlich 450 Polizisten seien im Einsatz gewesen, so Geithner.

Zu den verbalen Angriffen und Bedrohungen im Internet sagt Prof. Ehninger nur ein Wort: "Lügenpegida!"

Er stellte jedoch in keinem Fall Strafanzeige bei der Polizei, sondern fand einen sehr eigenen Weg. Er schaltete seine Anwälte ein und ging direkt auf die Droher zu. Ehninger dazu: "Manche müssen jetzt spenden, um eine Anzeige zu vermeiden. Also ... wir wehren uns."

Der Spendenstand hat sich nach seinen Worten übrigens auf 50.000 Euro erhöht. Aber noch fehlt viel Geld, denn die Gesamtkosten des Konzertes liegen bei 200.000 Euro.

TU-Studie: Welche Einstellungen führen zu Pegida?

dnn, 28.01.2015, ste

Eher nationale Einstellungen, größere Vorbehalte gegenüber Fremden, Misstrauen gegenüber Journalisten und größere Ängste vor Extremismus und islamistischem Terror sind die Merkmale dafür, ob jemand Sympathie für Pegida hat oder nicht. Das sind die Ergebnisse einer Umfrage unter 860 Dresdnern, die in den letzten zwei Wochen am Institut für Kommunikationswissenschaft der TU Dresden unter Leitung von Professor Wolfgang Donsbach durchgeführt wurde.

Die Wissenschaftler befragten anonym per Email eine über eine Zufallsstichprobe gewonnene Befragtengruppe. Diese sei nach Angaben von Donbach aufgrund der Internetnutzung etwas jünger, gebildeter und politisch mehr links als der Durchschnitt der Dresdner. Die Forscher hatten sich aber bewusst gegen eine Befragung direkt unter den Pegida-Teilnehmern entschieden. Diese führe, wie die Studie von TU-Professor Hans Vorländer gezeigt habe, aufgrund der unterschiedlichen Antwortbereitschaft der Teilnehmer mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einer Verzerrung der Ergebnisse.

Ergebnisse der Studie: Immerhin drei Prozent der Befragten gaben an, selbst bei Pegida mitgelaufen zu sein. Knapp jeder Zehnte teilt die Ziele uneingeschränkt, weitere 35 Prozent teilweise, sodass selbst unter dieser leicht in das politisch linke Spektrum verschobenen Stichprobe 43 Prozent eine Sympathie für die Bewegung aufbringen.

Die Antwort auf diese Frage war in der weiteren Analyse der Ausgangspunkt. Die Forscher wollten wissen, welche Einstellungen die Wahrscheinlichkeit erhöhen, dass jemand den Pegida-Zielen zustimmt oder nicht. Dazu hatten sie eine Reihe von Fragen gestellt, die sich verschiedenen Einstellungsbereichen zuordnen lassen – von Fremdenfeindlichkeit über verschiedene Ängste bis hin zu Kapitalismuskritik.

An erster Stelle stehen Einstellungen, die ein stärkeres Nationalbewusstsein anzeigen und Vorbehalte gegenüber Fremden ausdrücken. Zum ersten Bereich gehört zum Beispiel, dass man „endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl“ haben sollte oder unser Land ein „hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland“ benötigt.

Der zweite Einstellungsbereich, der besonders deutlich zu Pegida-Sympathie führt, sind stärkere Vorbehalte gegenüber Fremden. Pegida-Sympathisanten erwarten häufiger, dass jemand, der irgendwo neu ist, sich erst einmal mit weniger zufrieden geben sollte, dass die Einheimischen mehr Rechte haben als die Zugezogenen und dass generell zu viele Ausländer in Deutschland leben. Auch fühlen sie sich durch „die vielen Muslime“ eher „wie ein Fremder im eigenen Land“.

Zwei Arten von Sorgen folgen nachrangig als Erklärungen: Sorgen vor Extremismus und religiösem, insbesondere islamistischem Terror sowie Sorgen vor Überfremdung. Zu diesen gehören Befürchtungen wie die, dass unsere Kultur und unsere Sprache an den Rand gedrängt werden, sich das Stadtbild durch Einwanderer nachhaltig verändert, in bestimmten Stadtteilen kaum noch Deutsche wohnen und unser deutsches Recht nicht mehr gilt.

Unsicherheit über rechte Demo am 14. Februar

sz-online, 28.01.2015, sz/jr

Rund um den 70. Jahrestag der Bombardierung der Stadt gibt es schon zahlreiche angemeldete Veranstaltungen.

Bisher stehen für den 13. Februar acht und für den 14. Februar zwei Veranstaltungen fest. Darunter ist auch ein „Gedenkmarsch zur Erinnerung an die Zerstörung Dresdens im Februar 1945“, der von der „Volkstreuen Bürgerrechtsbewegung für Meinungsfreiheit und nationale Selbstbestimmung“ angemeldet wurde.

Linken-Fraktionschef André Schollbach deutet diesen als Aufmarsch von Neonazis, der „eine erneute Provokation darstellt.“ Die Arbeit gegen „braunen Ungeist“ müsse konsequent fortgesetzt werden, so Schollbach. Die Stadt ist sich über die Ausrichtung der Veranstaltung aber noch nicht ganz sicher. „Wir wissen nicht, ob das eine Veranstaltung jener Gruppen aus dem rechtsradikalen Spektrum sind, die bisher rund um den 13. Februar demonstriert haben“, sagt Rathaussprecher Kai Schulz.

Der Anmelder sei namentlich bekannt, aber bisher noch nicht in Dresden aufgetreten.

ZAHLEN-CHAOS! WIE VIELE SIND WIRKLICH BEI DEN DEMOS?

mopo, 28.01.2015, Juliane Morgenroth

Das Zahlen-Wirrwarr um Teilnehmerzahlen bei PEGIDA, LEGIDA und deren Gegnern geht weiter. Es ist dringend mehr Transparenz nötig, fordert ein Statistiker der Uni Leipzig. Sein Vorschlag: Die Polizei soll ihre Luftbilder veröffentlichen.

Wie viele Menschen waren wirklich auf den Veranstaltungen? Die zum Teil weit auseinandergelassenen Angaben von Veranstaltern, Polizei und Wissenschaftlern sorgen weiter für Diskussionsstoff. Dass gestern beim Großkonzert auf dem Dresdner Neumarkt nur 22.000 Personen gewesen sein sollen, zweifelten viele Teilnehmer an.

Statistiker Stephan Poppe (35) von der Uni Leipzig: „Es ist eine Methodenkritik nötig. Die Zählung der Teilnehmer ist intransparent. Eine Möglichkeit wäre es, dass die Polizei ihre Luftbilder

freigibt.“ Grund dafür sind unterschiedliche Zählmethoden und Annahmen, wie dicht die Menschen standen.

Poppe hatte mit seinem Team die LEGIDA-Demo am 21. Januar unter die Lupe genommen - die Wissenschaftler kamen auf maximal 5000 Teilnehmer. Die Polizei hatte 15.000 vermeldet. Der Statistiker hat der Polizei in Leipzig nach eigenen Angaben nun angeboten, gemeinsam zu zählen. Eine Antwort habe er aber noch nicht.

Das Wirrwarr führt derweil dazu, dass die Zahlen der Polizei nicht mehr ernst genommen werden. Etwa bei der PEGIDA-Gegenveranstaltung am vergangenen Sonntag in Dresden. Das beteiligte Bündnis "Dresden Nazifrei" bezweifelt, dass dort 5000 Menschen teilnahmen. Sie gehen von 2000 bis 3000 aus.

„Wir haben es nicht nötig, von ihnen hoch gewertet zu werden“, hieß es.

Pegida steht vor der Spaltung

sz-online, 29.01.2015, Karin Schlottmann und Gunnar Saft

Nach heftigem internen Streit will eine Gruppe um Sprecherin Kathrin Oertel ein neues Bündnis gründen.

Nach massiven internen Querelen steht das asylkritische Bündnis Pegida vor der Spaltung. Nach dem Rückzug von Sprecherin Kathrin Oertel ist nach SZ-Informationen die Gründung eines neuen Vereins geplant. Als Name ist die Bezeichnung „Bewegung für direkte Demokratie in Europa“ im Gespräch. Für die neue Gruppierung soll die Asylpolitik offenbar nicht mehr im Vordergrund stehen. Stattdessen wollen Oertel und andere sich politisch näher in Richtung CDU orientieren, heißt es.

Die von Pegida für diesen Montag angemeldete Demonstration in Dresden wurde abgesagt. Das bestätigte gestern die Stadtverwaltung. Nach SZ-Informationen plant das neue Bündnis nun am 9. Februar eine eigene Kundgebung. Auch Pegida hat für diesen Tag wieder zu einer Demonstration aufgerufen.

Gestern teilte der Verein überraschend mit, dass Oertel sowie weitere Vorstandsmitglieder alle Funktionen und Ämter niedergelegt haben. Auf der Pegida-Internetseite werden als Gründe massive Anfeindungen und berufliche Belastungen angegeben. Tatsächlich haben sich die Mitglieder des Organisationsteams jedoch über das weitere Vorgehen zerstritten und sich zudem mit Mitbegründer Lutz Bachmann überworfen. Auch der Umgang mit dem Leipziger Bündnis Legida ist ein Streitthema gewesen. Bachmann war nach ausländerfeindlichen Pöbeleien vor einer Woche zurückgetreten. Nach Angaben mehrerer Führungsleute hat er sich aber nicht wie vom Vorstand gefordert vollständig zurückgezogen. „Unter diesen Voraussetzungen mache ich da nicht mehr mit“, sagte Vereinsmitglied Bernd-Volker Lincke der Sächsischen Zeitung.

Pegida teilte lediglich mit, dass der Verein in den nächsten Tagen einen neuen Vorstand wählen wolle. Weder Bachmann noch Oertel stünden dafür zur Verfügung.

Bereits seit einigen Tagen deutete sich an, dass Pegida intern eine Kursänderung plant. Auf einer Pressekonferenz vor gut einer Woche hatte Oertel eingeräumt, man könne nicht ewig auf der Straße protestieren. Offenbar fehlt es dem Vorstand jedoch an einem konkreten Plan, wie ein Dialog mit

der Politik über die eigenen Forderungen gestaltet werden könnte. Zur Diskussion stehen jetzt zum Beispiel Runde Tische, sagte Ex-Vorstandsmitglied René Jahn.

Im Ausland werden die Pegida-Demonstrationen mit wachsender Sorge betrachtet. Das US-Außenministerium warnt seine Bürger vor den Kundgebungen speziell in Dresden und Leipzig. Es könne dort zu gewalttätigen Ausschreitungen kommen. Innenminister Markus Ulbig (CDU) sprach von einer bedauerlichen Übertreibung.

Oertel und fünf Mitstreiter treten ab

mdr, 29.01.2015

Von einem Tag auf den anderen steht Pegida ohne Führung da - nach dem Rücktritt von Lutz Bachmann haben sechs Führungsmitglieder der Pegida-Bewegung alle Funktionen und Ämter niedergelegt. Darunter auch Pressesprecherin Kathrin Oertel. Die Kundgebung am kommenden Montag in Dresden wurde abgesagt. Das Ende der Bewegung?

Paukenschlag in Dresden - am Mittwoch sind sechs Mitglieder der Führungsspitze der Pegida-Bewegung zurückgetreten. Neben Pressesprecherin Kathrin Oertel ziehen sich auch René Jahn, Bernd-Volker Lincke, AfD-Mitglied Achim Exner, der ehemalige CDU-Stadtrat von Meißen, Thomas Tallacker sowie Frank Ingo Friedemann zurück.

Wirtschaftsberater Lincke sagte MDR SACHSEN, er selbst habe hingeworfen, weil er sich mit den Äußerungen und der dahinter stehenden Einstellung von Lutz Bachmann nicht habe identifizieren können. Auch der stellvertretende Vereinsvorsitzende René Jahn rückte von Bachmann ab. Jahn sagte dem MDR, es sei nicht nur um die Rolle Bachmanns gegangen. Ausschlaggebend für den Rückzug sei auch der Auftritt des Legida-Mitglieds Silvio Rösler am vergangenen Sonntag gewesen. Rösler hatte auf der Kundgebung von einem Schulterschluss zwischen Pegida und Legida gesprochen - entgegen der Absprachen, die nur ein Grußwort von Legida vorgesehen hätten. Legida habe sich noch immer nicht endgültig zu den Positionen von Pegida bekannt, so Jahn.

Rückzug mit Anfeindungen und wirtschaftlichen Nachteilen begründet

Pegida teilte über Facebook mit, Kathrin Oertel ziehe sich aufgrund persönlicher Anfeindungen und Bedrohungen zurück. Zum Rücktritt Tallackers heißt es, er habe mit seiner Firma nach dem Verlust von öffentlichen Aufträgen erhebliche Probleme.

Das "Orga-Team", wie es intern und von Anhängern genannt wird, bestand zuletzt aus zwölf Personen. Bis auf wenige Ausnahmen sind sie auch Gründungsmitglieder des Vereins Pegida e.V.. Seit Ende Oktober organisieren sie in Dresden sogenannte Spaziergänge und Kundgebungen. Innerhalb weniger Wochen wuchs die Anhängerschaft rasant. Schlossen sich zum Anfang 300 Menschen an, waren es im Januar bis zu 25.000.

Bachmann weiter in der Kritik

Außer Lutz Bachmann, 42, war Kathrin Oertel, 37, das bekannteste Gesicht der Protestbewegung. Unter anderem vertrat sie Pegida in der ARD-Talkshow bei Günter Jauch. Neben einem Foto, auf dem Bachmann als Hitler posiert, waren in der vergangenen Woche Facebook-Kommentare aufgetaucht, in denen der Pegida-Initiator Bachmann Asylbewerber als "Dreckspack", "Viehzeug" und "Gelumpe" beschimpft hatte. Bachmann sah sich zum Rückzug genötigt und hatte sich vor

einer Woche für seine Facebook-Einträge entschuldigt. Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen Volksverhetzung gegen Bachmann.

Wie weiter mit Pegida?

Wie es nun mit Pegida und den Ablegern in anderen Städten weitergeht, ist noch völlig offen. Am Mittwoch Nachmittag sollte in einer weiteren Krisensitzung darüber beraten werden. Wie René Jahn dem MDR sagte, wollen er und Kathrin Oertel in einer anderen Form weitermachen. Nach MDR-Informationen soll das Thema Asyl dabei keine Rolle mehr spielen. Stattdessen will sich das neue Bündnis offenbar vor allem für mehr direkte Demokratie stark machen. Am nächsten Montag soll es erst einmal keine Kundgebung von Pegida in Dresden geben. Nach Angaben der Stadt wurde die Veranstaltung von Pegida abgesagt. Für den 9. Februar liege eine Anmeldung vor.

RENE JAHN: DIE WAHRHEIT ÜBER MEINEN AUSSTIEG BEI PEGIDA

mopo, 29.01.2015

Nach dem Zoff um die rassistischen Äußerungen von PEGIDA-Mitgründer und Ex-Chef Lutz Bachmann (42) trat die Hälfte des Orga-Teams zurück.

MOPO24 traf nun Aussteiger Rene Jahn (49), er war der Vize-Chef von PEGIDA. Jahn spricht über die Hintergründe seines Ausstieges.

Zum Gespräch erscheint er in Arbeitskleidung (er hat einen Hausmeister-Service) und wirkt deutlich entspannter als noch in den vergangenen Wochen. Jahn weicht kaum einer Frage aus, erklärt anschaulich die Gründe seines Rücktritts und dem, der fünf weiteren Mitglieder des Orgateams.

"Die Stellungnahme von PEGIDA, wir wären ausgetreten weil wir eine Pause bräuchten und weil einige von uns berufliche Einbußen durch PEGIDA hätten, ist gelogen. Wir wollten uns klar von den rechtsradikalen Äußerungen Bachmanns distanzieren. Bachmann bestand aber darauf, im Orga-Team zu bleiben. Dies konnten wir nicht mit unseren Vorstellungen einer Organisation der bürgerlichen Mitte vereinbaren. Daher sind wir ausgetreten."

Der ehemalige Vize-Chef zieht auch eine kritische Bilanz der PEGIDA-Zeit. Würde er mit demselben Namen und Bachmann an der Spitze nochmal loslegen? Jahn: "Das wäre sicher nicht geistreich..."

Seine neuen Pläne finden sich auf einer Facebook-Seite namens: "Konservativer Aufbruch Deutschland". Zusammen mit Kathrin Oertel (37, Ex-Sprecherin PEGIDA) und drei weiteren Zurückgetretenen will er die bürgerliche Mitte erreichen - und auch wieder auf die Straße gehen.

Jahn: "Wir planen für den 9. Februar unsere erste Demonstration." An diesem Tag will auch PEGIDA wieder demonstrieren.

Das komplette Interview im Video.

+++ Update +++

Wegen des großen Medieninteresses organisierte die Landespressekonferenz Sachsen am

Donnerstag um 14 Uhr kurzfristig eine Pressekonferenz für Rene Jahn (49) in ihrem Raum im Sächsischen Landtag.

Der ehemalige PEGIDA-Vize wiederholte dort im Wesentlichen seine Aussagen vom MOPO24-Interview am Morgen und ergänzte noch, dass er zu seiner ersten Demo am Montag, 9. Februar, rund 5000 Anhänger erwartet.

Das Positionspapier seiner Bewegung werde zeitnah ausgearbeitet und vorgestellt. Außerdem wollen „gefühlte 500 Leute“ in diesem neuen Verein mitmachen. Auf jeden Fall dabei sind die vier Mit-Aussteiger, darunter Kathrin Oertel (37, Ex-Sprecherin PEGIDA). Sie sei aktuell angespannt, aber keineswegs krank.

Der Abschied von PEGIDA sei ein „beschissenes Gefühl“ gewesen. Es wird aber nochmal ein Treffen mit Bachmann & Co. geben, um den Verein abzuwickeln.

TU-Studierende mit Kritik an Patzelt

addn, 29.01.2015, Paul

Am Mittwoch hat eine Gruppe Studierender der TU Dresden auf dem Campus der Universität tausende Flugblätter verteilt, auf denen sie den Politikwissenschaftler Werner Patzelt für seine Äußerungen zu PEGIDA und den Gegenprotesten kritisieren. Die Studierenden bemängelten einerseits, Patzelt verharmlost die PEGIDA-Bewegung und warfen ihm vor, die rassistische Äußerungen, die offene zu Tage getretene Gewaltbereitschaft einiger Demonstranten und den Anstieg rassistisch motivierter Gewalt in den letzten Monaten zu ignorieren. Zum anderen wehrten sie sich gegen Patzels Darstellung der Gegenproteste. Sie wiesen seinen Vorwurf als „unsinnig“ zurück, diese hätten durch „Feindbildpflege“ eine Mitverantwortung an den im Internet verbreiteten islamistischen Drohungen gegen einen der Organisatoren von PEGIDA, welche zu einem Versammlungsverbot geführt hatten.

Die Studierenden warfen dem CDU-Mitglied Patzelt vor, im Namen der Politikwissenschaft als politischer Akteur zu agieren und dabei PEGIDA zu verharmlosen. Patzelt hatte in der Vergangenheit immer wieder betont, bei den allwöchentlichen Veranstaltungen in Dresden keine Fremdenfeindlichkeit erkennen zu können. Vor kurzem schrieb er in einem in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung veröffentlichten Aufsatz, es bedarf einer „Veredelung“ des Volkswillens, anstatt einer Ausgrenzung der islamkritischen Bewegung. Die Studierendengruppe widersprach dieser Darstellung scharf: Ausgegrenzt werde nicht PEGIDA, sondern geflüchtete Menschen. Bisher hatte sich aus akademischen Kreisen niemand zu Patzels Einschätzungen geäußert, obwohl ihm empirische Studien deutlich widersprechen. Kritik hatten jedoch der Dresdner Künstler und ehemalige TU-Student Michael Bittner ebenso geäußert, wie der ehemalige Landtagsabgeordnete der GRÜNEN Miro Jennerjahn.

Einen Tag nach der Aktion, positionierten sich auch Angestellte des Instituts für Politikwissenschaften der TU Dresden erstmals zu seinen Äußerungen. In einer Pressemitteilung kritisieren sie Patzels verbale Angriffe auf Gegendemonstrationen, sowie seine Einschätzungen zum politischen Klima in Dresden. Es sei ihnen ein großes Anliegen, diejenigen in den Diskurs einzubeziehen, die sich „aufgrund ihrer Hautfarbe, ihres Aussehens oder ihrer Kleidung montags nicht mehr auf die Straße trauen“. „Im Vergleich dazu“, schreiben sie weiter, „erscheint uns die Rede von der ‘Ausgrenzung’ derer, die mit großem medialen Echo wöchentlich für eine Vielzahl an teils rechtspopulistischen Forderungen auf die Straße gehen, wie blanker Hohn.“ Unterzeichnet ist

das Schreiben von zwölf wissenschaftlichen Mitarbeiter_innen und Professor_innen des Lehrstuhls für politische Theorie und dem Lehrstuhl für politische Didaktik.

Dokumentation des Flugblattes: Wer wird hier ausgegrenzt? – Eine Kritik an Herrn Patzelts Äußerungen über Pegida und deren Kritiker_innen

Anmelder der Neonazi-Demo sitzt im Gefängnis

sz-online, 29.01.2015, SZ/awe

Die Stadt geht davon aus, dass der für den 14. Februar geplante Aufmarsch ausfällt. Der Organisator hatte auch Verbindungen zum NSU.

Die Verwirrung um eine angemeldete Kundgebung rund um den 13. Februar scheint aufgelöst. Die Anmeldung ging im März 2014 ein. Von einer Person aus einem anderen Bundesland, aus einem Gefängnis heraus, teilte das Ordnungsamt gestern mit. „Auf Nachfrage bei den Justizbehörden sei damit zu rechnen, dass diese Person auch bis zum 14. Februar 2015 weiterhin Betroffener einer freiheitsentziehenden Maßnahme in einem anderen Bundesland sein werde“, hieß es im Amtsdeutsch. Im Klartext heißt das, der Anmelder sitzt derzeit wieder im Gefängnis.

Nach SZ-Informationen handelt es sich dabei um eine bekannte Neonazi-Größe aus Bayern, Gerhard Ittner. Der hatte Verbindungen zum „Thüringer Heimatschutz“, dem Sammelbecken rechtsradikaler Kameradschaften, und zum „Nationalsozialistischen Untergrund“, der terroristischen Vereinigung von Neonazis, die eine Serie von Morden an Ausländern verübt hat und 2011 aufgefliegen ist.

Ittner sitzt derzeit wegen Volksverhetzung in Untersuchungshaft. „Die Anmeldung hat mit großer Wahrscheinlichkeit keine Relevanz“, so Silvio Lang, Sprecher des Bündnisses Dresden Nazifrei. Auch das Ordnungsamt sagt, es gebe „keinerlei Mobilisierungshandlungen“ dafür.

Allerdings ist noch unklar, ob die Dresdner Neonazis konkrete Pläne haben. „Es wird für den 12. bis 14. Februar mobilisiert“, so Lang. „Es kann aber auch sein, dass sich die Nazis auf ein späteres Datum verständigen.“ Dresden Nazifrei sei in Bereitschaft und könne kurzfristig zu Blockaden mobilisieren, wenn es Aufmärsche der Neonazis geben sollte.

Die Rechtsextremen mobilisieren diffus für eine „Aktionswoche 13. Februar“, bieten Devotionalien wie „Soli-Hemden“ im Internet an. Es ist wohl zu erwarten, dass sie den 70. Jahrestag der Bombardierung – nicht wie die SZ gestern falsch schrieb, den Jahrestag der 70. Bombardierung – für sich missbrauchen wollen, in welcher Form auch immer.

Der Stadt liegen noch keine Anmeldungen vor. Allerdings können Veranstaltungen bis 48 Stunden vor dem Beginn angemeldet werden. Außerdem kann jederzeit eine spontane Demonstration stattfinden, allerdings wird dann die Mobilisierung eher schwierig.

Wenn schon Symbolpolitik, dann zum richtigen Termin« – Der 13. Februar und der Bezug zur allgemeinen politischen Lage in Dresden – Im Gespräch mit Barbara Lubich

Im Februar jährt sich die Zerstörung Dresdens zum 70. Mal. In den vergangenen Jahren dominierten

rechtsextreme Aufmärsche und Gegenaktionen großer Teile der Bevölkerung die Tage um den 13. Februar. Die Soziologin, promovierte Historikerin und Filmemacherin Barbara Lubich, geboren und aufgewachsen in Italien, hat die spezielle Dresdner Gedenkkultur um diesen Tag ausgiebig seziert, der dabei entstandene Dokumentarfilm »Come Together« erschien kürzlich auch auf DVD. Im Gespräch mit DRESDNER-Redakteur André Hennig ließen sich Exkurse zum gegenwärtigen allgemeinen Kundgebungsgeschehen nicht vermeiden.

Als Italienerin hast du vielleicht einen distanzierteren Blick auf die Situation. Wie erscheint dir der Umgang mit dem 13. Februar im Blick von außen?

Barbara Lubich: Ich weiß nicht, ob es wirklich ein Blick von außen ist, denn ich bin ja schon recht lange in Dresden. Er ist vielleicht etwas distanzierter, weil es ein soziologischer Blick ist. Ich hab ja schon 2002 begonnen, mich damit zu beschäftigen. Da gab es ein Projekt von einem italienischen Regisseur, eine Art Spielfilmessay. Er versuchte, eine fiktive Versöhnungsgeschichte zu erzählen, von einem jüdischen Professor, der in Dresden geboren wurde und dann zurück kommt im Alter, um die Orte seiner Kindheit zu sehen und die findet er nicht mehr. Der Regisseur ist mit dem Thema hier erst mal auf Unverständnis gestoßen und es wurde klar, dass der Umgang Dresdens mit der eigenen Vergangenheit ein sehr schwieriger ist. Wir haben bis 2005 an dem Projekt gearbeitet, zu der Zeit herrschte im kritischen Teil der Öffentlichkeit hier in der Stadt der Tenor, dass so ein Film problematisch ist, weil die Dresdner mit ihrer Schuldthematik nicht offen umgehen und weil es auch schon damals eine Instrumentalisierung seitens der Rechtsextremen gab.

Wie das? Es gab doch diesen ZDF-Spielfilm zum 13. Februar, das war ja anscheinend auch kein Problem?

Barbara Lubich: Ja, das war aber später. Da war es dann auch salonfähig, deutsche Opfer als Protagonisten zu zeigen. Dresden als Opferstadt, das war ein Dresden-Phänomen, so wurde es international und lokal, und zum Teil auch national gesehen. Ungefähr 2005 ist Dresden dann ein Symbol geworden für eine deutsche Versöhnung mit der eigenen Vergangenheit. Gleichzeitig spitzte sich die Instrumentalisierung durch die extreme Rechte zu. So war die Lage in der Zeit, als wir das beobachtet haben, zwischen 2005 und 2012. 2005 war ich zum ersten Mal auf der Straße, um zu filmen. Ab 2009 ist das Problem auch im Bewusstsein der Stadtbevölkerung und der Verwaltung angekommen. Wir haben also genau die Zeit erwischt, wo es zu einer Zuspitzung kam. Die Interviews sind 2011/ 2012 entstanden.

Im Film wird an einer Stelle Hamburg als Bezugsgröße zu Dresden ins Verhältnis gesetzt. 1943 wurden im Rahmen von rund eine Woche anhaltenden Luftangriffen große Teile der Stadt zerstört, es starben deutlich mehr Menschen als in Dresden. Dennoch war der Wallfahrtsort der Neonazis nicht Hamburg, sondern eben Dresden. Wie lässt sich das erklären?

Barbara Lubich: Die Erinnerungskultur in Dresden wurde lange Jahre gepflegt, schon seit Kriegsende. Die DDR-Regierung hat das natürlich auch schon instrumentalisiert, aus antiimperialistischer Sicht. Ganz entscheidend sind aber auch die 1980er Jahre, als das Gedenken von der Friedensbewegung reaktiviert wurde, zu einer Zeit, als es ziemlich eingeschlafen war. In den 80ern war der Umgang mit dem Tag sehr vielschichtig, das Gedenken und ein allgemeiner Friedenswillen haben sich beispielsweise mit Forderungen nach Ausreise verschränkt. Die Ausreisewilligen haben sich damals auch an die Frauenkirche gestellt, weil sie wussten, dass die Medien das wahrnehmen. Und später hat Helmut Kohl ebenfalls diesen Platz vor der Kirche genutzt, um seine ersten Reden zu halten. Der Ort wurde symbolisch immer mehr aufgeladen.

Ort und Datum wurden also früher schon für alle möglichen Dinge instrumentalisiert?

Barbara Lubich: Richtig, man hat sich mit Dresden eine symbolisch aufgeladene Bühne gesucht und

da drauf gesetzt, damit es mehr Leute sehen. 2009 bei der Demo der Rechtsextremen am Hauptbahnhof haben die gerufen: »Wir sind das Volk«. Da haben sich dann mehrere Dinge verknüpft: Die Wende 1989 und das Jahr 2009, in beiden Fällen Hauptbahnhof. Solche Aspekte überlagerten also den eigentlichen Anlass, den 13. Februar. 2011 sagte dann ein Demonstrant des »Trauermarsches«: »Wir sind für die Wiederherstellung der Demokratie«. Es geht also nicht nur um den 13. Februar, sondern immer auch um ganz andere Themen. Alle haben das Datum immer auch für andere Themen genutzt, selbst die Gegendemonstranten, die gesagt haben, »wir wollen keine Nazis in unserer Stadt«. Das war natürlich eine Reaktion, aber auch ein prinzipielles Anliegen.

Du hast es schon angerissen: Ich habe mich schon in der ersten Minute des Films ziemlich erschreckt. Da sind zwei alte Männer, Mitläufer beim »Trauermarsch«, und die schwadronieren, es ginge ihnen um die Wiederherstellung der Demokratie. Gegen Ende des Films beschwört der NPD-Mann Jürgen Gansel vor dem sächsischen Landtag die Gefahr eines linkstotalitären Gesinnungsstaates. Das alles erinnert in erschreckender Weise an die derzeitige Meinungslage bei Pegida. Was stimmt nicht mit der politischen Wahrnehmung in Dresden?

Barbara Lubich: Das ist alles sehr merkwürdig. Die rufen zwar »Lügenpresse«, glauben aber offenbar dem Spiegel mit seinen sehr emotionalisierten Berichten zum Islamismus. Vielleicht glauben die ja zu sehr, was in den Medien so erscheint. Es ist schon ein ähnliches Volk, was da in beiden Fällen auf der Straße ist. Auch am 13. Februar sind bisher nicht nur »freie Kräfte« unterwegs gewesen, das Volk da ist viel heterogener als man glauben mag. Es geht um Identität und das tut es in anderer Form auch bei der Menschenkette oder bei der Mahnwache der muslimischen Gemeinschaft in Berlin. Mich würde interessieren, ob die Pegidaleute da auch hingehen würden.

Bei den Rechtsextremen am 13. Februar und auch bei Pegida sind die Leute offenbar der Meinung, dass die Politik und damit auch die Demokratie sehr weit weg, weil links von ihnen ist?

Barbara Lubich: Genau, und sie selbst haben die einzige Wahrheit in der Hand. Ihr sich ausgeschlossen Fühlen ist auch eine Selbststilisierung als Außenseiter, mit diesem »man muss das doch mal sagen können«. Das ist schon das Mittel der NPD im Landtag gewesen. Die Stilisierung zum Tabubrecher ist ein ganz wichtiges Kraftmoment, aus dem heraus eine Bewegung wie Pegida auch eine solche Anziehungskraft hat. Und man beruft sich auf isolierte Fakten wie die Opfer von Dresden oder den Islamismus, um daraus eine alleingültige Wahrheit zu postulieren. »Wir sind die Einzigen, die die Wahrheit sagen und sich nicht einlullen lassen von diesem »Gesinnungsstaat« und der »Gleichschaltung«. Diese Sicht der Dinge betrifft den 13. Februar genauso wie die Demonstrationen von Pegida.

Ist es ein Zufall, dass sich das beides in Dresden entlädt?

Barbara Lubich: Na ja, es gibt hier einen Konservatismus, der sich gewaschen hat. Und der auf Nichtkennen beruht. Man will keine Durchmischung. Aber das ist an der Realität vorbei. Man kann nicht sagen, es darf keine Migration geben, die passiert einfach. Mit dieser idiosynkratischen Konzentration auf die eigenen Befindlichkeiten und die gepachtete Wahrheit vergisst man, dass Migration in krisenhaften Zeiten eine Dynamik ist. Aber es ist ganz schwierig, die derzeitige Gemengelage zu beurteilen. Man weiß ja gar nicht, wer diese Leute eigentlich sind. Sind es »einfache Leute« oder doch die obere Mittelschicht? Das ist ja im Endeffekt auch egal, man muss mit diesen Leuten irgendwie ins Gespräch kommen. Ich fand es auch in der Auseinandersetzung mit dem 13. Februar interessant, mit den rechten Funktionären ausführliche Gespräche zu führen. Die haben ja nicht generell was gegen Ausländer, sie treffen sich sogar mit denen, zum Beispiel mit Faschisten aus meiner Heimat. Aber aus deren Sicht hat jeder seinen Ort, an dem er bleiben sollte, sie wollen ein Europa der Nationalstaaten. Unter diesem Postulat kooperiert sie ja auch untereinander, mit dem Front National oder mit der Rechten in Italien.

Oberbürgermeisterin Orosz rief 2010 im Rahmen ihrer Menschenkette dazu auf, Dresden »zu einer weltoffenen Festung gegen Intoleranz und Dummheit« zu machen. Offenbar ist das katastrophal schief gegangen. Wie wird sich die momentane Stimmungslage in der Stadt auf den kommenden 13. Februar auswirken?

Barbara Lubich: Dieses Jahr ist es natürlich auch speziell, weil wir den 70. Jahrestag haben. Die Frage ist, wie sich die Pegida-Anhänger positionieren. Ich kann mir auch vorstellen, dass die sich in die Menschenkette einreihen. Schwer zu sagen, ich möchte mich da auch nicht zu weit aus dem Fenster lehnen. Im besten Fall kann es die Zivilgesellschaft bewegen, für mehr Weltoffenheit zu demonstrieren. Dass die Trauermarsch-Anhänger mehr sein werden, wage ich zu bezweifeln. Die haben ja zurzeit genug Auslauf ...

Das offizielle Dresden reagiert bestenfalls verspätet und vor allem mit Symbolpolitik auf rechtslastige Entwicklungen: mit der Menschenkette oder mit der Kundgebung vom 10. Januar. Wie sollte die politische Klasse im Hinblick auf latent oder offen antidemokratische Strömungen von rechts außen agieren?

Barbara Lubich: Diese Strömungen begreifen sich ja als Kraft von unten. Deswegen finde ich es im Falle von Pegida richtig, dass Leute wie Frank Richter von der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung oder die Professoren Patzelt und Rehberg hingehen und versuchen mit den Leuten zu reden.

Aber das wollen die ja nicht so richtig, oder?

Barbara Lubich: Das ist das Problem. Die Kommunikationsblockade kommt ja von denen. Und die Politiker wissen derzeit auch nicht, wie diese Bewegung zusammengesetzt ist. Deshalb ist es so schwer, schnell zu reagieren. Auch die Reaktionszeiten auf den 13. Februar waren extrem lang. Das kann man nicht schönreden. Am 10. Januar waren 35.000 Leute »für Toleranz«, es wäre besser gewesen, wenn sich am Montag darauf diese Menschen auch gegen Fremdenfeindlichkeit positioniert hätten. Wenn schon Symbolpolitik, dann zum richtigen Termin. Es sieht halt blöd aus, wenn ausgerechnet in Dresden nur wenige Tausend Leute dagegen Stellung beziehen und 30.000 in Leipzig. Was für oder gegen die jeweilige Stadt spricht, sind einfach die Zahlen, leider. Die quantitative Dimension ist das, was den Dresdnern peinlich sein kann. Das Problem ist: Eine gewisse Zahl will im Prinzip keine Ausländer und die werden nicht ausgeglichen durch die, die es gut finden, dass Ausländer da sind.

Mit dem Gegeneinanderstellen von Zahlen kommt man ja auch nicht weiter. Es bleibt der Zwiespalt: Die eine Seite will nicht reden und die andere Seite hat erst mal – und zwar verständlicherweise – mit Abscheu und harschen Worten reagiert. Und jetzt überlegt man sich, dass es ja nicht so wenige sind, und dass man die nicht alle verprellen will. Vor allem in Dresden wird im politischen Establishment laviert, oder?

Barbara Lubich: Pegida hat so viele verschiedene Aspekte, da blickt man ja nur schwer durch. Wie will man eine eindeutige Reaktion auf ein uneindeutiges Gesamtpaket an Beschwerden liefern? Und es gibt ein ausgeprägtes Freund-Feind-Denken auf deren Seite. Aber Politik ist nicht Freund gegen Feind, sondern Dialog und das muss man ihnen auch zeigen, wenn sie das noch nicht verstanden haben. Emotionalisierung hilft da nur bedingt weiter. Jede Seite kann einerseits klare Worte finden, aber andererseits nicht so eine Abwehrfront vermitteln, das ist die hohe Kunst. In einer hoch emotionalisierten Situation fällt es schwer, das Ganze distanziert zu betrachten oder etwas pragmatischer. Natürlich gibt es Leute, die beispielsweise schlechte Erfahrungen mit Ausländern mitbringen, vielleicht auch nur eine schlechte Erfahrung und aus der entsteht ihre ganze Weltanschauung. Das muss man überwinden und das kann man, aber nicht mit einem Schwarzweiß-

Denken. Das würde den Pegida-Anhängern vielleicht ganz gut tun: einfach mal entspannen.

30.01.2015 - 03.02.2015, bundesweit, Pressespiegel dresden_nazifrei

Pegida hatte direkten Draht ins sächsische Innenministerium

spiegel, 30.01.2015

Das umstrittene Treffen von Sachsens Innenminister Markus Ulbig (CDU) mit Führungsfiguren der Anti-Islam-Bewegung Pegida wirft neue Fragen auf. Offenbar war das Gespräch, das am vorigen Montag an einem geheimen Ort außerhalb Dresdens stattfand, durch Spitzenleute des Ministeriums seit Längerem vorbereitet worden. Wie ein Sprecher Ulbigs auf Anfrage erklärte, ging die Initiative für das Gespräch vom sächsischen Innenministerium aus. Bereits um den 15. Januar herum habe der Leiter von Ulbigs Leitungsstab Kontakt mit der damaligen Pegida-Sprecherin Kathrin Oertel aufgenommen und danach mehrmals mit ihr telefoniert und SMS ausgetauscht, um die gegenseitige "Gesprächsbereitschaft" und das "Gesprächsformat" des Minister-Termins zu sondieren. Ursprünglich sollte neben Oertel wohl auch der umstrittene Gründer der Protestbewegung, Lutz Bachmann, teilnehmen. Nach Bekanntwerden rassistischer Facebook- Einträge und eines Bachmann-Fotos in Hitler-Pose sollte Pegida dem Ministerium dann zusichern, dass Bachmann nicht an dem Gespräch teilnehme. Am Ende wurde Oertel von einem anderen Mitstreiter, dem AfD-Funktionär Joachim Exner, begleitet. Bei dem Spitzentreffen soll es, anders als zunächst behauptet, nicht nur vorrangig um Sicherheitsfragen der wöchentlichen Pegida-Demonstrationen gegangen sein. Unter anderem habe Minister Ulbig gegenüber Pegida die Dialog bereitschaft der Landesregierung bekräftigt. Einen Tag nach dem Geheimtreffen brach die Führungsspitze von Pegida auseinander: Fünf Mitglieder des sogenannten Or ga-Teams, unter ihnen Oertel und Exner, verließen das Gremium und kündigten die Gründung einer neuen Protestbewegung an.

„Dresden ist ein anderes seit Pegida“

fr-online, 30.01.2015, Bernhard Honnigfort

Der Politikwissenschaftler und Dresdner Hans Vorländer spricht im Interview mit der Frankfurter Rundschau über Pegida, Hass und altes Denken.

Herr Professor Vorländer, Sie leben seit 22 Jahren in Dresden. Es ist auch Ihre Stadt geworden. Seit Oktober 2014 gibt es Pegida. Was ist seitdem anders?

Dresden ist zutiefst gespalten, ein Riss geht durch die Stadt, einer, der vielleicht immer schon da war, doch nun sichtbar geworden ist. Ich habe Dresden in den Jahren seit 1993 immer als sehr politisierte Stadt erlebt. Auch in Gesprächen mit ostdeutschen Freunden, Kollegen und Bekannten. Es ging immer um Ost und West und um die unterschiedliche Sozialisation, spannende Gespräche. Pegida, das ist auch eine kleine Reminiszenz an solche Ost-West-Verwerfungen. Es gibt Unterschiede zwischen dem alten Dresdner Bürgertum und dem neuen, zugewanderten, das nun auch schon über 20 Jahre da ist. Es gibt unterschiedliche Auffassungen über die Welt, über Vielfalt, über die Offenheit von Gesellschaften und Kulturen.

Was erleben wir eigentlich gerade in Dresden? Mit 25 Jahren Jahren Verspätung eine Debatte über Demokratie und wie wir in Deutschland leben wollen?

Ja, es hat damit zu tun. Wir haben offensichtlich sehr unterschiedliche Vorstellungen darüber, wie Demokratie funktionieren soll und was wir von ihr erwarten können. Das Verständnis der Leute, die bei Pegida mitmachen, ist sehr simpel: Die Politik, wer immer das ist, hat der Stimme des Volkes zu

folgen und dessen Wünsche unmittelbar umzusetzen. Alles, was Demokratie so schwierig wie auch attraktiv macht, die unterschiedlichen Perspektiven und Meinungen, das Aushandeln von Interessen, das mühsame Herstellen von Mehrheiten, das Akzeptieren von Niederlagen – all das fehlt im Verständnis derer, die jetzt rufen: Wir sind das Volk. Sie scheinen Politik als unmittelbar umzusetzende Dienstleistung zu verstehen.

Politik wie ein Pizza-Service? Man bestellt, man bekommt?

Genau. Das ist DDR, altes Denken: Ich will haben! Du, Staat, hast zu liefern! Wir erleben gerade eine Wiederauflage des alten DDR-Eingabewesens, wo Briefe geschrieben und dann vom Staatsrat oder vom Politbüro die Umsetzung erwartet wurde. In der DDR gab es indes keine andere Möglichkeiten, es sei denn, man riskierte Leben und Freiheit. Das ist heute anders. Wenn man unter Pegida-Anhängern die Meinung hört, man sei heute wieder da, wo man schon 1989 einmal war, ist das ein profundes Missverständnis. Es lässt einfach alles aus, was Demokratie an Möglichkeiten des eigenen Engagements bietet.

Warum heute? Warum Dresden?

Dresden hat über viele Jahrzehnte, ja Jahrhunderte eine Kultur der Selbstbezüglichkeit und der Selbstverliebtheit gepflegt. Und das trifft zusammen mit einem Verständnis, Opfer unverschuldeter Umstände zu sein – ich erinnere nur an die Bombardierung vom 13./14. Februar 1945. Zu DDR-Zeiten war das eine nützliche Abgrenzung zum SED-Staat: Der Dresdner fand seinen Stolz in der Kultur, in der Schönheit der alten Stadt, in Wissenschaft, im Barock, letztlich in der glanzvollen Geschichte Sachsens. Man lebte in einer selbst geschaffenen Nische, die von der Eigenerzählung ausgeschmückt wurde. Die Folge ist aber bis heute spürbar: Es ist eine Kultur der Rückwärtsgewandtheit. Viele Dresdner definieren sich eher über die Vergangenheit, nicht über die Zukunft. Es fehlt in dieser Stadt so oft an Zukunftsoffenheit, an der Neugier auf Neues, Unbekanntes. Ein Beispiel: Architektur. Wann immer in Dresden etwas Modernes gebaut oder die historischen Brüche architektonisch sichtbar gemacht werden sollen, bilden sich sofort Initiativen, die auf der geschichtlich getreuen Rekonstruktion des Alten bestehen.

Und warum bricht es erst jetzt nach 25 Jahren heraus?

Die Stadt hat einen fantastischen Ruf, sie ist Leuchtturm in Ostdeutschland. Und nun diese dunklen Flecken. Wir erleben gerade, wie die offene, globale Gesellschaft auf lokale Gemeinschaften, Dörfer, Kleinstädte einstürzt. Gewohntes wird infrage gestellt, überall ist Veränderung. Das Thema Asyl ist ein starker Katalysator gewesen. Plötzlich kommen Flüchtlinge ins Land. Das hat Ängste so beflügelt, dass Leute nun meinen, sie öffentlich artikulieren zu müssen.

Leben Sie noch gerne in Dresden? Was haben Wut, Geschrei und Hass mit dem Bürger Vorländer gemacht?

Wenn ich ehrlich bin: Ich bin erschüttert. Ich bin Wissenschaftler und wir Wissenschaftler haben lange Jahre, mit vielen anderen Bürgern, daran mitgearbeitet, Dresden der Welt zu öffnen. Die Stadt hat einen fantastischen Ruf, sie ist Leuchtturm in Ostdeutschland. Und nun diese dunklen Flecken. Offensichtlich, und das ist deprimierend, waren unsere Bemühungen nicht sehr nachhaltig. Was mich immer an Dresden irritiert hat, ist diese Selbstverliebtheit: Dresdens Musik ist das Größte, Dresdens Kultur ist die Schönste, Dresdens Barock ist der Schönste, auch das sächsische Obst ist das Prächtigeste, von der Eierschecke ganz zu schweigen. Man kann ja wirklich in den Bann Dresdens und seiner Umgebung gezogen werden. Aber es ist doch auch immer ein Versuch, sich von der Umwelt, der Gegenwartsgesellschaft abzuschotten und sich selbst genug zu sein.

Dresden ist ein anderes seit Pegida?

Ja, natürlich. Jetzt ist die Stadtgesellschaft gespalten: die einen für Vielfalt, für Offenheit, für Toleranz. Die anderen, ängstlich oder ablehnend, gegen Ausländer, sogar gegen Nicht-Sachsen. Ich erlebe es selbst: Da wird gefragt, wieso muss denn dieser Direktorenposten von einem Nicht-Sachsen besetzt werden? Wir haben doch eigene gute Leute. Es gibt vielfach eine unzureichende Bereitschaft in Dresden, im Fremden und in der Zuwanderung eine Chance für die Zukunft zu sehen, eine Bereicherung für alle.

Und nun Pegida. Soll man eigentlich mit ihnen reden?

Das Ironische ist: Durch ihre Totalabschottung und Totalkonfrontation hat Pegida in Deutschland, Europa, auf der ganzen Welt viel Aufmerksamkeit erfahren und ist dadurch erst Teil der öffentlichen Wahrnehmung, des öffentlichen Diskurses, geworden. Was aber aus all dem wird, ob der Protest in Parteien mündet, bei der AfD oder andernorts, ob sich etwas einbinden lässt, man muss es abwarten. Es organisieren sich hier ja montags nicht nur Rechtsextremisten und Ausländerfeinde, es sind ja auch eine Menge Menschen dabei, die mit der etablierten Politik allgemein unzufrieden sind. Mit denen muss man reden. Man darf diese Menschen nicht abschreiben. Indes ist mein Eindruck eher der, dass auf Seiten der Politik noch gar nicht gewusst wird, wo anzusetzen ist, um diese Menschen wieder zurück zu holen. Zugleich könnte die AfD geneigt sein, Pegida auf ihre Seite zu ziehen.

In den vergangenen 25 Jahren sind in Sachsen Straßen, Kläranlagen, Telefonnetze, Kraftwerke, Fabriken gebaut worden. Schulen, Krankenhäuser, Universitäten alles wurde und wird modernisiert. Jede Kleinstadt hat einen Aldi, Lidl und mehrere Autohändler. Nur die demokratische Entwicklung, die blieb auf der Strecke?

Demokratische Umwandlungsprozesse dauern einfach lange. Das war auch in der alten Bundesrepublik der Fall. Die Zivilgesellschaft dort kam auch erst nach 1968 in Schwung. Die feste Verwurzelung der Demokratie im Volk braucht 20, 30, 40 Jahre. Was den Osten deutlich vom Westen unterscheidet, ist der Verlust an sozialen Institutionen der Vermittlung: Die Parteien sind schwach, die Gewerkschaften, die Innungen, Arbeitgeberverbände, alle schwach. Es gibt wenig Vereinsleben und die Kirchen sind in Wahrheit eine kleine Minderheit. Im Westen bröckelt es zwar auch in diesen Institutionen, aber im Osten gibt es ein komplettes Vakuum, auch eine Folge der DDR. Für eine Demokratie ist eine Zivilgesellschaft, die sich über derlei Institutionen entwickelt und auch artikuliert, aber extrem wichtig. Hier in Sachsen fehlt das, hier fehlt die Kommunikation, die sonst über Gewerkschaften, Kirchen oder in Parteien geführt werden kann. Hier fehlen die Gesprächsmöglichkeiten, die Stammtische, die vielen kleinen Ventile für den täglichen Unmut. Deshalb auch diese explosionsartigen Ausbrüche wie bei Pegida.

"Pegida ist ein regionales Phänomen von Wende-Enttäuschten"

deutschlandradiokultur, 31.01.2015, Andre Zantow

Nach Ansicht des Soziologen Heinz Bude ist die Protestbewegung Pegida ein regionales Phänomen. Ostdeutsche Demonstranten brächten ihr Gefühl der verletzten Ehre zum Ausdruck, weil sie sich im wiedervereinigten Deutschland zurückgesetzt fühlten.

Für Heinz Bude ist die Protestbewegung Pegida ein regionales Phänomen, das auf ein ostdeutsches Narrativ zurückzuführen ist.

Zwar gebe es in einigen Regionen der "neuen Bundesländer" ein Bevölkerungswachstum – Potsdam ist eine der reichsten Städte Deutschlands – aber viele Gebiete "bluten aus", sagte Bude im Deutschlandradio Kultur. Wenn diese Menschen jetzt rufen "Wir sind das Volk", ist das ein trauriger Ausruf, weil es das "ostdeutsche Volk" nicht mehr gebe und sie nur so ein Gefühl von ihrer sozialen Größe hätten. Diese Menschen hätten Jahre lang gehofft nach der Wende, dass etwas passiert, "ein großer Investor kommt", aber nichts geschah. Zu akzeptieren, dass sie enttäuscht worden sind vom vereinten Deutschland, ist schwer, meint Bude.

Aus der Sicht des Soziologen und Publizisten gibt es keinen Politiker, der sich für diese Menschen noch interessiert. Auch Sachsens Ministerpräsident Tillich von der CDU habe nur das islamophobische Motiv aufgenommen und verpasst, dass es eigentlich um etwas ganz anderes geht – ein Gefühl der verletzten Ehre, des Zurückgesetzt worden seins". Deshalb die geringe Wahlbeteiligung in Sachsen. "Kein Politiker trifft ihr Lebensgefühl."

Gerhard Schröder habe in seiner Amtszeit nie geschafft zu sagen, dass es zwar kein Recht auf Faulheit gebe, aber wir auch auf niemand verzichten können. Zu Angela Merkel meinte Bude: "Ihr Regime der immer währenden Gegenwart, dass wir immer nur die kleinen Probleme lösen und die großen auf sich beruhen lassen, diese Zeit des emotionalen Managements von Deutschland ist vorbei."

Heinz Bude wird 1954 in Wuppertal geboren. Er studiert in Tübingen und an der Freien Universität Berlin u. a. Soziologie. 1994 habilitiert er zur Herkunftsgeschichte der 68er-Generation. Seit 2000 hat er an der Universität Kassel die Professur für Makrosoziologie inne. Bude landete mit seinen Büchern regelmäßig in den Bestseller-Listen, darunter "Bildungsspanik" und zuletzt "Gesellschaft der Angst".

Deutschlandradio Kultur: Die Gründe für den Unmut der Pegida-Anhänger, deren Führung sich ja in dieser Woche zerlegt hat, wollen wir nun erfragen. Das waren einige Musiker, die am Montag in Dresden ein Konzert für ein weltoffenes Deutschland gegeben haben, darunter Herbert Grönemeyer, Silly und Gentleman.

Bei uns zu Gast im Tacheles ist heute Heinz Bude, Soziologe von der Universität Kassel und vielen sicherlich bekannt durch seine Bücher "Bildungsspanik" oder zuletzt "Gesellschaft der Angst". Herr Bude, dieses Buch ist im September 2014 erschienen und sucht nach Gründen für das Angstgefühl in unserer Gesellschaft.

Ob es das gibt, lassen wir jetzt mal dahingestellt, aber auf Zuwanderer sind Sie vor einem halben Jahr noch nicht richtig gekommen. Müssen Sie Ihr Buch jetzt nochmal um ein Kapitel Islam erweitern?

Heinz Bude: Na ja, es gibt ein Kapitel, wo es um den Islam auch geht.

Deutschlandradio Kultur: Am Rande.

Heinz Bude: Am Rande – es ist ein Kapitel, das heißt "die Angst der anderen". Das ist für uns nicht ganz unwichtig, auch für diese Debatte nicht ganz unwichtig. Wir haben ja die merkwürdige Situation, dass wir eine Mehrheitsbevölkerung haben, die sagt, sie habe Angst vor einer Minderheitsbevölkerung. Sie vergisst ab und an, dass die Minderheitsbevölkerung auch Angst vor der Mehrheitsbevölkerung hat. Das heißt, wir haben durchaus, was Deutsche betrifft, die eine – wie soll ich sagen – islamische Zuwanderungsgeschichte haben, die haben auch Angst und die haben auch Anlass, Angst zu haben. Denken Sie an den NSU.

Da hat's Leute gegeben, die aus einem Untergrund aufgetaucht sind und ohne irgendwelche Erklärungen abgegeben zu haben, einige Leute erschossen haben – brutal erschossen haben. Ich muss gestehen, ich habe für alles Verständnis. Ich habe auch Verständnis dafür: Wenn ich ein Deutscher wäre, der türkische Wurzeln hätte, der palästinensische Wurzeln hätte, ich glaube, ich hätte auch ein bisschen Angst in unserer Gesellschaft.

Deutschlandradio Kultur: Ist denn die Angst der Mehrheitsgesellschaft vor dieser Minderheit, vor den Anhängern des islamischen Glaubens etwas Neues oder ist es durch Pegida erst hervorgetreten?

Heinz Bude: Hervorgetreten ist vielleicht das richtige Wort. Durch Pegida ist etwas geäußert worden. Ob wir Angst haben vor dem Mehmet-Scholl-Deutschen, das glaube ich eher nicht. Viele Leute wissen gar nicht, dass Mehmet Scholl einen türkischstämmigen Hintergrund hat. Und ich habe auch den Eindruck, dass für die allermeisten Mehmet-Scholl-Deutschen diese Situation so ist, dass sie, wenn sie etwas fürchten, im Augenblick auch eher fürchten, dass ihre Kinder oder ihre Enkel auf dumme Gedanken kommen und möglicherweise sich irgendwelchen Pop-Radikalismen anschließen, die plötzlich ganz gewalttätig werden können.

Das Interessante ist, und das muss man soziologisch relativ nüchtern konstatieren, die allermeisten Migranten in Deutschland sind Migrationsgewinner, die allerallermeisten. Ich würde sagen, 95 Prozent aller Migranten in Deutschland sind Migrationsgewinner. Die Bildungserfolge der türkischstämmigen Deutschen sind bemerkenswert, wenn man immer vergleicht mit dem, was die Eltern und Großeltern für einen Bildungsabschluss hatten. Also, im Grunde können wir eine Geschichte einer unglaublichen Inklusion von nicht deutschstämmigen Deutschen konstatieren.

Aber – und das ist immer der interessante Fall und das macht beiden Seiten Angst, der Mehrheitsbevölkerung wie der Minderheitsbevölkerung – wir haben auch immer Migrationsverlierer. Und je größer eine Einwanderungsgruppe ist, umso größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass es in dieser Gruppe auch Migrationsverlierer gibt.

Das Interessante ist jetzt: Mit den Migrationsverlierern will sowohl ihre eigene Migrationsgruppe nichts mehr zu tun haben und gleichzeitig die, wenn Sie so wollen, "biodeutschen" Deutschen, die denken, das sind Leute, die komische Gedanken in ihrem Kopf ausbrüten. – Tun sie auch manchmal.

Also, es gibt in der Tat Gründe, ab und an Angst zu haben vor Leuten, die sich dumme Gedanken machen. Wir haben das in Belgien erlebt. Wir haben das in Frankreich erlebt. Und es ist nicht ausgeschlossen, der Innenminister betont das auch immer wieder, dass es auch in Deutschland passieren kann.

Deutschlandradio Kultur: Und diese Angst vor der größer werdenden Gruppe von auch Migrations-Verlierern in der zugewanderten Gesellschaftsschicht hat ihre Ausprägung in ganz Deutschland. Sie haben das mal untersucht 2011 in einer Telefonumfrage. Erst mal gefragt: War die repräsentativ, so haben Sie es damals genannt, für ganz Deutschland?

Heinz Bude: Ja, es ist eine repräsentative Umfrage gewesen.

Deutschlandradio Kultur: Was sind denn die wichtigsten Erkenntnisse gewesen daraus, wie islamkritisch Deutschland eingestellt ist?

Heinz Bude: Vielleicht nochmal der Hintergrund: Der Hintergrund dieser Umfrage war, dass wir uns für Leute interessiert haben, denen die Äußerungen des Bundespräsidenten Christian Wulff, dass der Islam zu Deutschland gehört, das war im Oktober 2010, gar nicht schmeckte. Wir wollten

wissen, wem schmeckt das eigentlich nicht. Und wir sind auf drei Gruppen gekommen, denen das überhaupt nicht gefällt. Und das ist einigermaßen rätselhaft, wie diese Gruppen zustande kommen.

Das ist nämlich eine Gruppe, denen geht es relativ gut. Die haben auch das Gefühl, sie haben so im Leben, je nach dem, in welchem Alter sie sind, mehr oder weniger eigentlich ganz gut das erreicht, was sie sich vorgenommen hatten. Und sie sind gleichzeitig zu einem großen Anteil der Meinung, dass sie zu den Gewinnern der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten 20 Jahre gehören. Das sind, wenn Sie so wollen, Leute, die ein hohes positives Statusgefühl haben. – Die haben zum Teil Angst vor einer Veränderung unserer Gesellschaft durch Migranten mit islamischem Hintergrund. Und es ist merkwürdig. Wie kommen die eigentlich da drauf?

Unsere Interpretation ist, das sind Leute, die eigentlich sich in ihren sozusagen Kreisen nicht stören lassen wollen. Wenn Sie so wollen, man könnte sagen, die haben so eine Art Selbstgerechtigkeit entwickelt. Die haben so das Gefühl, ich hab erreicht, ich hab halt gearbeitet und jetzt will ich meine Ruhe haben. Dieses Gefühl, seine Ruhe haben zu wollen, hat offenbar auch, kann anlassbezogen immer ausschlagen in der Idee, da ist irgendetwas, was uns nicht gefällt.

Dann haben wir eine Gruppe, die zweite Gruppe, die sind eher schlecht gebildet, arbeiten in schwierigen Positionen, gehören beispielsweise zum "Dienstleistungsproletariat" in Deutschland. Die sind hart mit Einwanderern konfrontiert, weil es bei denen um eine unmittelbare existenzielle Konkurrenz um Arbeitsplätze geht.

Also, stellen Sie sich Leute vor, die in der Gebäudereinigung tätig sind. Die Gebäudereinigung ist ein Bereich, den ich zum "Dienstleistungsproletariat" rechnen würde. Das ist eine multiethnische Population. Da merken Sie, da stoßen die Gruppen aufeinander und da gibt's Zoff.

Deutschlandradio Kultur: Viel Wettbewerb.

Heinz Bude: Genau. Und diese Gruppe ist sogar der Meinung, wir haben so eine Art Überströmungsgefahr. Da gibt es irgendwie Leute, die kommen in das Land, die wollen nur Theater machen. Die wollen nur "Zeck" machen. Die sagen, nee, nee, raus mit diesen Leuten, die machen nur Theater, die machen nur Krieg auf der Straße.

Die dritte Gruppe ist die interessanteste Gruppe. Das sind nämlich Leute, immerhin 13 Prozent derer, die wir befragt haben, denen es relativ gut geht, die ein starkes Gefühl von ihren eigenen Kompetenzen haben und Weltreisen gemacht haben, in der Welt rumgekommen sind und sich selber als weltoffen bezeichnen.

Deutschlandradio Kultur: Hoher Bildungsgrad?

Heinz Bude: Relativ hoher Bildungsgrad, die Höchstgebildeten von den drei islamophoben Gruppen. Und die sagen: Jetzt ist aber mal Schluss bei diesen Leuten, die irgendwie diesen komischen Glauben haben, von dem wir nicht genau wissen, was der eigentlich verkündet. Mit diesen selbst ernannten Propheten, mit denen wollen wir nichts mehr zu tun haben.

Interessant an dieser Gruppe ist, wenn man sich die genauer anguckt, dass sind Leute, die eigentlich das Gefühl haben, dass sie ihr Leben lang unter ihren Möglichkeiten geblieben sind, dass sie eigentlich hätten viel mehr leisten können und jetzt das Gefühl haben, jetzt wird uns erzählt, wir sollten eine Empfangskultur für Leute bereithalten, die aus anderen Ländern hier hinströmen. Und denen wird quasi alles ermöglicht. – Ich habe doch auch hart arbeiten müssen! Ich habe doch auch bestimmte Niederlagen hinnehmen müssen. Ich habe mich gehalten und ich bin nicht willkommen geheißen worden. Und ich habe eigentlich das Gefühl, ich bin unter meinen Möglichkeiten

geblieben in meinem Leben.

Diese Gruppe haben wir höher repräsentiert in Ostdeutschland als in Westdeutschland. Da vermute ich einen sehr zentralen Bestandteil dessen, was wir heute Pegida nennen.

Deutschlandradio Kultur: Jetzt haben wir diese drei Gruppen erwähnt, ganz verschiedene Menschen, Gebäudereiniger, hoch gebildet, aus ganz verschiedenen Bereichen. Trotzdem schaffen die es, sich alle zu vereinen mit dem Feindbild Islam. – Warum?

Heinz Bude: Weil es so etwas gibt wie einen konzeptionellen anderen, der uns in unserer Lebensweise bedroht. Und was sie alle drei vereint, ist das Gefühl, dass wir im Grunde in Deutschland dabei sind, so eine Art von kollektiver Selbstpreisgabe zu praktizieren. Alle drei sind eigentlich der Meinung, dieses Rangieren ans andere, dieses immer auf andere zukommen, obwohl sie doch eigentlich unsere Kultur verachten, damit muss jetzt mal Schluss sein.

Dies ist das Gefühl, und das eint sie mit manchen extremen Islamisten, eigentlich ist es noch mal der Traum einer ethnischen Reinheit des Volkes, nochmal, dass wir unter uns wären, dass wir eine Art von exklusiver Solidarität von Deutschen hätten, die sich gegenüber denjenigen abschirmen könnte, die in unser Land kommen wollen oder von der politischen Klasse oder von Ihnen, also von den Journalisten und von den Medien, von denen dauernd erzählt wird, wir bräuchten die, weil sonst Deutschland aussterben würde.

Diese Idee, dass Deutschland von sich aus aussterben würde, bringt die um den Verstand.

Deutschlandradio Kultur: Wir haben gerade über die Ergebnisse einer Untersuchung von Ihnen gesprochen aus dem Jahr 2011 über Islamophobie in Deutschland. Die ist also in durchaus vielen Köpfen drin, haben wir gehört. Offen ausgesprochen wurde sie zuletzt vor allem in Dresden. Warum, das wollen wir jetzt noch analysieren anhand der Teilnehmer.

Wir fangen mal an mit dem Musikgeschmack. Die hören gerne Roland Kaiser. Sie verschieben ihre Demo, um beim Konzert von Herbert Grönemeyer, Sarah Connor und Silly dabei zu sein.

Sind die Pegida-Anhänger also genau das, was sie bei den Medien anprangern, Mainstream?

Heinz Bude: Das ist so eine Sache mit dem Mainstream. Erstmal müssen wir mal feststellen, am Ende ist es ein regionales Phänomen geblieben. Also, an der Universität Kassel da gab's auch so ein paar Pegida-Anhänger. Es waren 50, in Worten: fünfzig. Da waren natürlich gleich 500 da, die sagten, was soll das alles, die also eine Gegendemonstration veranstaltet haben. Und das sind alle die Nachrichten, die wir aus München haben, die wir am Ende auch aus Düsseldorf haben, obwohl es am Anfang ein bisschen anders aussah, und aus vielen Städten, insbesondere interessanterweise in Süddeutschland.

Da gibt es eigentlich eine Mittelklasse, die sagt, nee, das ist nix für uns. Das ist sozusagen der Testfall, um zu zeigen, dass wir anders sind. Ich war in München bei einer Veranstaltung und merkte, die sind eigentlich so in dieser etwas bayerischen Selbstgewissheit der Meinung, nee, nee, nee, also, von denen aus dem Osten lassen wir uns nicht sagen, wie wir uns in Deutschland fühlen. Wir sind sogar bereit, und das ist interessant, auch eine gewisse Großzügigkeit zu haben. Wir können es uns leisten, Leute willkommen zu heißen. Wir sind nicht so engherzig wie die da drüben.

Also, in gewisser Weise ist für die Pegida ein Testfall für die Weltoffenheit der Deutschen Mitte. Und das ist auch die Generaltendenz, die wir haben. Die Generaltendenz ist eigentlich der Ausdruck von Solidarität gegen Angst. Die Generaltendenz ist zu sagen, Großherzigkeit gegen Engherzigkeit.

Das ist interessant.

Aber es bleibt dabei, es ist in Ostdeutschland eine gewisse Konzentrierung zu konstatieren.

Deutschlandradio Kultur: Wie kommt die zustande?

Heinz Bude: Ich glaube, es gibt, und diese Geschichte ist noch viel zu wenig erzählt, es gibt auch einen ostdeutschen Grund in der ganzen Geschichte, ein ostdeutsches Narrativ. Und das geht in etwa so, dass Ostdeutschland überhaupt gar nicht mehr existiert. Ostdeutschland gibt es nicht mehr. Ostdeutschland ist wahrscheinlich heute eine der fragmentiertesten Sozillandschaften Europas. Es gibt derartig unterschiedliche Lebensverhältnisse in Ostdeutschland, denken Sie an Brandenburg hier in der Nähe von Berlin. Dort gibt es Teile von Brandenburg, in denen in den nächsten zehn Jahren ein Bevölkerungszuwachs von sechs bis acht Prozent zu erwarten ist. Potsdam ist eine der reichsten Städte mittlerweile in Deutschland. Da wohnt die Prominenz der Republik.

Und dann gibt es im gleichen Bundesland so am Rande hin zu Mecklenburg-Vorpommern Gebiete, bei denen ein Bevölkerungsschwund um 30 Prozent im gleichen Zeitraum zu erwarten ist.

Das heißt, wir haben einerseits Landflucht, wo Leute übrig bleiben, die wirklich das Gefühl haben, übriggeblieben zu sein, und solche Gebiete in Ostdeutschland, Zonen des Lebens in Ostdeutschland, wo es den Leuten ziemlich gut geht.

Und jetzt sagt man: Wir sind das Volk! Wir sind das Volk ist eigentlich ein ganz trauriger Ausruf. Es ist ein völlig verlorener Ausruf, weil das Volk der Ostdeutschen sich, wenn Sie so wollen, verpulverisiert hat. Es gibt es nicht mehr. Es gibt auch keine ostdeutsche Solidarität mehr, die man aufrufen kann. Wenn man sie überhaupt noch aufrufen kann, dann in einem gewissen Ressentiment.

Warum ich das alles sagen kann: Ich habe mit Kollegen zusammen in den Jahren 2006 bis 2009 eine groß angelegte Untersuchung in einer Kleinstadt in Ostdeutschland unternommen über viele Jahre, eine Langzeitbeobachtung in Wittenberge. Das liegt zwischen Berlin und Hamburg. Da haben wir das gleiche Phänomen schon studieren können. Dort gibt es Leute, denen es relativ gut geht, die einen netten Immobilienbesitz haben. Und das Interessante ist, dass wir das in Wittenberge studieren konnten, dass diejenigen mit ihren ostdeutschen Kollegen, die nebenan wohnen, eigentlich immer weniger zu tun haben wollen, wenn das die Verlierer der Wende sind. Das heißt, es gibt so etwas wie eine wechselseitige Abstandnahme, die aktiv unternommen wird innerhalb, wenn Sie so wollen, der ostdeutschen Bevölkerung.

Und jetzt taucht das Problem auf, alle Leute erzählen, Deutschland geht es so gut, Deutschland ist das wirtschaftlich erfolgreichste Land Europas, möglicherweise auch das politisch führende Land. Und alle Leute gucken auf Deutschland und sagen, mein Gott, wie die Deutschen es gut gemacht haben. – Es gibt aber ganz viele in Ostdeutschland, die sagen, wir haben getan und gemacht, wir haben versucht unsere Energien zu entfalten. Wir haben versucht unsere Talente einzubringen. Aber es hat ja niemand gewollt.

Deutschlandradio Kultur: Und das sind die, die auf die Straße gehen jetzt?

Heinz Bude: Das sind die, die auf die Straße gehen und rufen in ihrer Verlorenheit, wir sind das Volk, weil sie das Gefühl haben, dass von ihren schwierigen Lebensbilanzen, wo sie jetzt wissen, wer jetzt nicht so eine Raketenkarriere wie Angela Merkel gemacht hat, wird sie nicht mehr machen. Wer jetzt nicht sein Schäfchen ins Trockene gebracht hat mit Immobilienbesitz, wird es nicht mehr machen. Und wer in der Zeit des langen Wartens zwischen 1992 und 2010 nicht irgendwie sein Ding gemacht hat, wird es auch nicht mehr machen.

Und die haben das Gefühl, für unsere Bedürfnislage, unsere Wünsche, unsere Degradierungen, unser Gefühl, am Ende doch zurückgesetzt worden zu sein, dafür interessiert sich kein Mensch mehr. Und das Interessante ist, auch in Ostdeutschland interessiert sich von der politischen Klasse Ostdeutschlands auch keiner wirklich mehr dafür.

Für mich war es sehr merkwürdig, den sächsischen Ministerpräsidenten zu sehen, der nur dieses islamophobe Motiv aufgenommen hat.

Deutschlandradio Kultur: Stanislaw Tillich von der CDU.

Heinz Bude: Genau, der gesagt hat, der Islam gehört nicht zu Sachsen, und es verpasst hat, dass es eigentlich um etwas ganz anderes geht. Es geht um dieses Gefühl des Zurückgesetzt-worden-Seins, auch das Gefühl, dass man, wenn wir schon zu den Verlierern von einer Entwicklung gehören oder jedenfalls zu denen, die nicht in der Weise davon profitiert haben wie Leute, die ich auch kenne, dass wir eigentlich keine würdevolle Abfindung für unsere Position gekriegt haben. Es geht eigentlich um so etwas wie verletzte Ehre.

Und das erklärt auch, wenn Sie da waren, wann wird den Leuten anders? Wann wird die Menge unruhig und fühlt sich stark? Wenn sie rufen: Wir sind das Volk! – Es ist eigentlich egal, zu welchem anderen Aufruf, wenn sie sagen, wir sind das Volk, dann haben sie ein Gefühl ihrer sozialen Größe.

Deutschlandradio Kultur: Sie sind ja auch das Volk, wenn man einfach mal sagt, das Volk ist die Gruppe von Menschen, die einfach wählt. Nun wählen aber in Sachsen ganz viele nicht. Über die Hälfte hat nicht gewählt bei der letzten Wahl. Trotzdem wird als Hauptmotiv genannt, wenn man dort zu Pegida gegangen ist, wir haben ein Problem mit der Politik. Dann kommen die Medien. Und dann kommen erst die Zuwanderer und Asylbewerber.

Heinz Bude: So ist es.

Deutschlandradio Kultur: Warum wählt man dann nicht einfach und bleibt nicht zu Hause und kann dann ja auch viel verändern?

Heinz Bude: Sie wählen doch nur diejenige Person, von der sie das Gefühl haben, dass es eine alltagsmoralische Anschlussfähigkeit an ihre Lebenslage gibt. Sie wählen nicht einen Interessensvertreter. Das ist eine merkwürdige Vorstellung, die immer wieder rumgereicht wird, die im Sozialkundeunterricht in der Schule erzählt wird. Das ist ganz falsch. Sie brauchen so etwas wie eine Korrespondenz zu ihren Wünschen, zu ihren Lebensweisen, zu ihren Vorstellungen einer glücklichen Existenz. Und das Interessante ist, dass offenbar eine erhebliche Anzahl von Menschen in Ostdeutschland der Meinung ist, dass es Repräsentanten ihres Lebensgefühls eigentlich nicht mehr gibt. Denn das ist der Ausdruck der zurückgehenden Wahlbeteiligung.

Der Ausdruck der zurückgehenden Wahlbeteiligung ist in diesem Fall, wenn Sie so wollen, der Schrei, der stille Schrei: Warum redet eigentlich keiner über uns?

Und das ist auch völlig klar. Die Linke sagt, nee, mit denen wollen wir nix zu tun haben. Die CDU arrangiert sich irgendwann so langsam, ja, wir müssen doch mal reden usw. und die Dinge ernst nehmen. Die SPD ziert sich, führt ihren Vorsitzenden vor, der sich einfach nun mal hingewetzt hat, weil er eine ostdeutsche Frau hat, und dachte, muss ich mir doch mal angucken. Und das ist eine ganz schwierige Lage. Ich habe auch das Gefühl, ich bin nun ein klassischer Westdeutscher, es ist sehr, sehr schwierig mit Leuten zu reden, die eigentlich das Gefühl haben, die Wahrheit unseres Lebens gehört uns. Wir müssen sie eigentlich verteidigen gegen so eine komische Presse, gegen

solche komische politische Klasse und natürlich gegenüber so naseweisen Westdeutschen, wie ich das einer bin.

Ich verstehe das in gewisser Weise auch, weil, es ist eine ganz schwierige Bilanz zu sagen, wir sind enttäuscht worden im Jahre 1990 bis 1992. Dann haben wir ewig gewartet, dass sich irgendetwas ändert. Ein Investor war immer die Idee. Endlich kommt ein Investor und bringt die Sache wieder in Ordnung. Und jetzt muss man sagen, es hat keinen Sinn weiter zu warten. Denn wer jetzt noch wartet, wird lange warten. Und dieses Gefühl zu akzeptieren, dass das Leben und die Lebenschancen, so wie sie jetzt sind, dass daraus jetzt kein großes Feuer mehr zu schlagen ist, das ist auch nicht so ganz einfach, wenn sie die Idee hatten, es wird im vereinten Deutschland eine Orientierung auf eine gemeinsame Kraft geben. Man hat doch gehört, was hatte Gerhard Schröder gesagt? Wir müssen unsere Konkurrenzfähigkeit stärken. – Ja, ich bin dabei, aber mich fragt ja keiner.

Und das ist eine ganz schwierige Situation. Und ich bin überrascht darüber, dass es eigentlich in Ostdeutschland fast keinen Sprecher dieses Gefühls gibt, meiner Meinung nach, nicht in der politischen Klasse, aber auch nicht im Bereich der Kunst, auch nicht bei den Intellektuellen. Ich habe das Gefühl, dass Jean-Luc Godard, der 1990 einen sehr schönen Film über Deutschland gemacht hat, wo er gesagt hat, die DDR hat ein einsames Volk produziert, dass das in Teilen jetzt wieder da ist. Dieses einsame und verlorene Volk, jedenfalls die Reste davon, die rufen: Wir sind das Volk! Und keiner interessiert sich wirklich dafür.

Deutschlandradio Kultur: Das wollen wir jetzt aber nicht so stehen lassen hier in der Sendung, sondern noch ein bisschen weiter gucken, wie es jetzt weiter geht. Also, mit dem Führungsteam von Pegida wahrscheinlich nicht. Die haben sich ja in dieser Woche zerlegt. Aber wie kommt man jetzt dieser diffusen Angst und dieser Gefühlslage, die Sie beschrieben haben, entgegen?

Wir haben ja alle noch die Neujahrsansprache von Angela Merkel im Kopf, die gesagt hat, "in deren Herzen sind Vorurteile, Kälte und Hass". – Wie wirkt sich aus Ihrer Sicht als Soziologe so ein Spruch aus auf diese Gruppe?

Heinz Bude: Die fühlen sich genau darin bestärkt.

Deutschlandradio Kultur: Unter sich zu bleiben oder jetzt mal den Dialog zu beginnen und zu schauen, wie sie da rauskommen?

Heinz Bude: Nein, natürlich bleibt man unter sich. Man bleibt nicht wirklich unter sich. Das ist auch die falsche Formulierung. Pegida hat sicherlich seinen Höhepunkt überschritten. Und das wird jetzt nach und nach auseinandergehen. Manche von denen werden wieder NPD wählen, wie sie vorher NPD gewählt haben. Das ist eine Minderheit, aber die gibt es natürlich. Es werden manche sagen, okay, tun wir es doch, probieren wir es doch mal bei der AfD. Die Mehrheit allerdings wird verstockt verstummen. Die Mehrheit wird ins Lager der Nichtwähler wechseln, in dem sie auch vorher schon gewesen sind, und dort wieder bleiben.

Und das wird sich auflösen in eine merkwürdige Befindlichkeit des Defensiven, des Abblockens, des Verstocktseins. Und ich fürchte, wir werden da wieder so einen merkwürdigen Block in der Bevölkerung haben, wo Ungutes rumort, das aber in der Öffentlichkeit eigentlich keinen Ausdruck findet.

Das ist deshalb eine relativ problematische Entwicklung, weil ich glaube, dass viele unserer europäischen Nachbarn nach Deutschland schauen und sich fragen: Wie machen die Deutschen das jetzt eigentlich unter sich klar? Warum ist das so interessant? Weil wir natürlich diese Problematik

in fast allen Ländern Europas haben. Jetzt schauen alle nach Deutschland und sagen: Wie kriegt ihr das eigentlich hin, dass Leute, die das Gefühl haben, sie haben nicht den Teil des Kuchens abgekriegt, der da so wunderbar aufgetischt worden ist, wie wird man die eigentlich in die gesellschaftliche Gemeinschaft zurückbringen? Oder wie kriegen die einen Platz da drin?

Und wenn wir in Deutschland nicht in der Lage sind, das umzumünzen in eine Idee von Zukunft, in der auch die einen Platz haben, die vielleicht doch die zweite und dritte Chance haben nehmen müssen, obwohl sie eigentlich die erste haben wollten, und dass wir ein bisschen von der Vorstellung abrücken, dass die Gewinner immer alles nehmen, also, dass wir nicht alle Philipp Lahms sind, das ist, glaube ich, eine Entwicklung und ist eine Interpretation, die uns in der nächsten Zeit bevorsteht. Und unsere europäischen Nachbarn schauen deshalb so gespannt, weil sie fragen: Kriegen die Deutschen das jetzt hin? Denn wenn es jemand hinkriegen sollte in Europa, diese Art, die Enttäuschten, die Zurückgebliebenen zusammenzuführen in einer gewissen Art von gesellschaftlicher Gemeinschaft, dann kann das doch nur in Deutschland passieren.

Wenn es dazu führt, dass wir die wieder links liegen lassen, dass Verliererabfindung kein Thema für uns ist, dann haben wir unsere Lektion nicht verstanden.

Deutschlandradio Kultur: Ist das denn eine Aufgabe, die jetzt die Politik betrifft? Ist das eine Aufgabe, die die Wirtschaft betrifft? Dieser Gedanke Wettbewerb, Konkurrenz, Verlierer, Gewinner ist ja eigentlich ziemlich implementiert bei uns, dass man da versucht ranzugehen? Oder wie lässt sich sowas gestalten?

Heinz Bude: Ich glaube schon, wir haben ja die Situation, dass viele Arbeitsmärkte leer gefegt sind, dass unsicher ist, wo eigentlich das Potenzial herkommen soll, mit dem Deutschland noch in 20 oder 30 Jahren vorne mitspielen kann, und ich glaube schon, dass es zur Schröderschen Idee der Stärkung der Konkurrenzfähigkeit keine Alternative gibt aus Deutschland.

Das gilt übrigens auch für Europa, was in mittlerer Frist vielleicht noch vier Prozent der Weltbevölkerung stellen wird. Da wird schon die Frage stehen: Mit was wollen wir hier eigentlich noch punkten? Und ich glaube, und das ist ein Punkt, wenn ich jetzt zum drittem Mal den Namen Gerhard Schröder nehme, der das in seiner Regierungszeit irgendwie nicht hingekriegt hat, den Leuten zu sagen, ja, ja, jeder muss versuchen seine Energien zu entfalten. Jeder muss versuchen seine Talente einzubringen. Und es gibt kein Recht auf Faulheit. Aber wir können auf niemanden verzichten. Und wir können auch nicht auf Leute verzichten, die dumme Sprüche sagen, die gar nicht wissen, was sie da tun und die eigentlich darauf warten, dass jemand zu ihnen kommt und sagt, jetzt sei doch mal vernünftig.

Das ist eine ganz schwierige Situation. Von wem lässt man sich eigentlich sagen, jetzt sei doch mal vernünftig? Denn vernünftig zu sein, heißt: Du kannst doch nicht Leute, die dir nicht gefallen, rausschmeißen aus dem Land. Es mag sein, dass es da ein paar Leute gibt, die du nicht magst, aber du musst auch in einem Land mit Leuten zusammenleben, die du nicht magst. Warum? Weil wir nur gemeinsam eine Zukunft haben.

Und das ist, glaube ich, das Problem. Gibt es Leute, die sagen, wir müssen hier ein klein wenig eine Tür aufmachen, damit wir eine gemeinsame Zukunft haben. Und so sehr ich Angela Merkel bewundere, das sage ich in aller Bewusstheit, ich glaube, ihr Regime der immerwährenden Gegenwart, dass wir immer nur die kleinen Probleme lösen und die großen auf sich beruhen lassen, diese Zeit des emotionalen Managements von Deutschland ist vorbei.

Deutschlandradio Kultur: Sagt Heinz Bude. Das war Tacheles. Für weitere Fragen an ihn empfehle ich die Universität Kassel. Dort lehrt er Makrosoziologie und schreibt auch Bücher wie

"Bildungspanik" oder "Gesellschaft der Angst". Herzlichen Dank für Ihren Besuch Herr Heinz Bude.

Heinz Bude: Ich danke Ihnen.

Die gefährlichen Ängste der Alten

zeit, 31.01.2015, Laura Meschede

Wir 20-Jährigen sind nicht verantwortlich für den demografischen Wandel. Wir demonstrieren auch nicht gegen Zuwanderung. Aber meine Generation wird das ausbaden müssen.

Mein Onkel findet, es gebe zu viele Muslime in Deutschland. Er findet, die Islamisierung Europas sei eine ernstzunehmende Gefahr für die deutsche Zukunft. Und dass man die Zuwanderung begrenzen müsse, bevor wir von Flüchtlingen überrollt werden.

Ich finde, mein Onkel ist eine ernstzunehmende Gefahr für meine Zukunft.

Ich bin 20. Mein Onkel ist Ende 40. In zwanzig Jahren werde ich seine Rente bezahlen müssen. Dann wird nicht mehr ein Rentner auf zwei Beitragszahler kommen, wie es jetzt ist. Sondern ein Rentner auf einen Beitragszahler. Dieser Beitragszahler werde ich sein. Und jetzt erzählt mir mein Onkel, er wolle noch schnell die Zuwanderung begrenzen? Und damit die einzigen, die mir helfen könnten, seine Rente zu bezahlen, aus Deutschland fernhalten? "Ich habe ja nichts gegen ältere Menschen", sage ich. "Aber sie sollen bitte nicht mit ihrem Rassismus unsere Sozialsysteme belasten."

Die Pegida-Demonstranten haben Angst vor dem Islam, Sarrazin hat Angst vor kriminellen Ausländern und eine ganze Generation von Stammtisch-Deutschen hat Angst um ihre Kultur. Das ist bedauerlich. Aber ich habe auch Angst: Angst, dass meine Freunde und ich in zwanzig Jahren nicht genug Geld haben, um die Rente unserer Eltern zu bezahlen. Der Unterschied zwischen unseren Ängsten ist: Meine lässt sich belegen.

Deutschland sucht Fachkräfte – Flüchtlinge starren die Wand an

Der "demografische Wandel" ist so ein Schlagwort, mit dem ich aufgewachsen bin. Im Wirtschaftsunterricht haben wir ausführlich darüber gesprochen. Wir haben Karikaturen zum Thema analysiert und Statistiken ausgewertet. Und gelernt: Es gibt viel mehr alte als junge Menschen in Deutschland. Das wird zum Problem werden, wenn die alten Menschen in Rente gehen und wir, die jungen, ihre Pflege finanzieren müssen. So weit, so logisch.

Den kleinen Bruder des demografischen Wandels, den Fachkräftemangel, treffe ich jetzt häufig in der Zeitung wieder. Die FAZ berichtet von einem Arzneimittelhersteller, der neuerdings Bäcker umschult, weil er nicht genug Chemikanten findet. Gefühlt alle fünf Tage gibt es Konferenzen zum Thema und in der Welt fordert BA-Chef Weise, dass die Menschen doch bitte freiwillig arbeiten sollen, bis sie 70 sind. Dabei sind die Babyboomer gerade mal Anfang 50.

Wir suchen also händeringend nach Fachkräften. Aber in deutschen Flüchtlingslagern sitzen Tausende motivierte junge Menschen und starren die Wand an, weil sie keine Arbeitserlaubnis bekommen. Weil sich ja in drei Jahren herausstellen könnte, dass sie Wirtschaftsflüchtlinge sind. Und Wirtschaftsflüchtlinge wollen wir nicht, da geht es ums Prinzip, lieber bleiben wir

arbeitskräftelos.

Ich habe einen Freund, Mustafa heißt er. Mustafa ist vor vier Jahren von Afghanistan nach Deutschland geflohen. Nach nur anderthalb Jahren hat er hier seinen Hauptschulabschluss mit einem Schnitt von 1,8 gemacht. Mustafa würde gerne Arzt werden. Aber weil er permanent von der Abschiebung bedroht ist, macht er lieber eine Ausbildung zum Einzelhandelskaufmann. Während der Ausbildungszeit wird man nämlich für gewöhnlich nicht abgeschoben – während der Schulzeit schon.

Mustafa ist so alt wie ich. Er könnte eines Tages das Altersheim für einen der kinderlosen deutschen Rassisten finanzieren – aber die demonstrieren lieber dafür, ihn vorher aus dem Land zu schmeißen.

Und ich sage bewusst "die". Nicht "wir". Denn es ist nicht meine Generation, die allmorgendlich gegen eine "Islamisierung" aufmarschiert und sich in Talkshows und Zeitungen über "Integrationsprobleme" und die "Asylschwemme" auslässt. Persönlich kenne ich niemanden in meinem Alter, der Probleme mit Muslimen hat. Der Grund dafür ist: Wir wissen, wovon wir reden.

Keinen Kontakt zu Zuwanderern

Natürlich, auch in früheren Generationen gab es Zuwanderung. Aber diese Zuwanderer sind als Erwachsene nach Deutschland gekommen. Leute wie mein Onkel, so stelle ich mir das vor, haben in den 1990ern hin und wieder einen muslimischen Gastarbeiter in der Autowerkstatt getroffen und ihn misstrauisch beäugt. Und seither erzählen sie sich gegenseitig, dass die alle kriminell seien. Und beschließen, sie besser nicht in ihrem Betrieb einzustellen. Nach einer Unternehmensbefragung bilden nur 15 Prozent aller Betriebe Jugendliche mit Migrationshintergrund aus.

Das ist bei uns anders: Wir wachsen gemeinsam auf. In jeder Schulklasse finden sich heute ein paar Muslime, in jedem Freundeskreis, in jedem Fußballverein. Wir wissen: Wenn ich einen gläubigen Muslim treffe, ist die größte Gefahr, dass der keine Schweinehaxe mitessen will. Ein Problem, dessen Dramatik sich in überschaubaren Grenzen hält – nicht zuletzt angesichts der hohen Vegetarierzahl in meinem Freundeskreis. Kein Wunder, dass nach dem "Religionsmonitor" der Stiftung Bertelsmann von den 16 bis 24-Jährigen knapp 30 Prozent den Islam bedrohlich finden, von den 40 bis 54-Jährigen aber mehr als 60 Prozent.

Liebe Generationen über mir, ihr habt Angst um unsere Sozialsysteme? Ich auch. Ihr wollt eine Zukunft für die deutsche Jugend? Ich auch. Also: Schließen wir uns doch zusammen. Verhindern wir, dass ihr arbeiten müsst, bis ihr 90 seid, verhindern wir, dass mich eure Rente arm macht. Gehen wir gemeinsam auf die Straße: Fordern wir Ausbildungsplätze für Wirtschaftsflüchtlinge.

Bruder von Maria P. nennt Pegida-Vorwürfe "abscheulich"

morgenpost, 31.01.2015, Nele Obermueller

Zum ersten Mal spricht der Bruder der ermordeten Maria P. Er stellt klar: Seine Schwester sei nicht zum Islam konvertiert. Am Sonntag soll ein Gedenkmarsch für die ermordete junge Frau stattfinden.

Etwas über eine Woche ist es her, dass die 19 Jahre alte, hochschwangere Maria P. in einem Waldstück in Adlershof getötet wurde. Ihr Ex-Freund Eren T., der gleichaltrige Vater des Kindes, soll ihr mehrmals in den Unterleib gestochen, sie dann mit Benzin überschüttet und bei lebendigem

Leib angezündet haben. Ein Schulfreund, Daniel M., ebenfalls 19, soll bei der grausigen Tat geholfen haben. Die Brutalität dieses Mordes ist erschütternd. Auf die Frage, wie jemand so etwas tun kann, kann es keine befriedigende Antwort geben. Aber auch, wer Maria P. war, blieb bislang größtenteils unbekannt. Nun spricht ein Familienmitglied.

Der Bruder der Ermordeten, der nicht namentlich genannt werden möchte, sagte, dass Maria P. nicht zum Islam konvertiert sei. "Nicht aus Liebe und auch nicht aus irgendeinem anderen Grund", so der Bruder. Maria P. habe sich zwar für den Islam interessiert und über die Religion informiert. "Aber einen Gebetsteppich oder so gibt es bei uns nicht."

Entsprechende Vermutungen gab es, nachdem einige Fotos über Marias Facebook-Seite bekannt geworden waren. Ihr ehemals öffentliches Profil – das mittlerweile gesperrt wurde – zeigte Bilder, auf denen das hübsche Mädchen mit den graugrünen Augen einen bunten Schleier trug. Ihre Hände waren mit Henna bemalt, so wie es auch Bräute in orientalischen Hochzeiten tun. Sie schien sich nach Frieden zwischen den Religionen zu sehnen, postete zum Beispiel ein Bild einer Männerhand, auf der ein Halbmond-Tattoo zu sehen war, die nach einer mit einem christlichen Kreuz gezeichneten Frauenhand griff. Ein Grund für ihr Interesse am Islam könnte sein, dass Marias Stiefvater türkische Wurzeln hat. Wie auch ihr ehemaliger Freund. Ein Lehrer, der vor einigen Jahren Maria unterrichtet hatte, hatte gesagt, dass sie sich deutlich verändert habe.

Marias Bruder zeigt sich gegenüber der Berliner Morgenpost wütend über Äußerungen eines Pegida-Organisators. Es sei einfach "abscheulich", was da verbreitet werde. Auch das sei ein Grund, wieso er nun an die Öffentlichkeit gegangen sei, so der Bruder.

Er bezog sich dabei auf Aussagen von einem der Organisatoren der Dresdner Pegida-Demonstrationen, Siegfried Däbritz. Die "B.Z." hatte über die inzwischen gelöschten Facebook-Einträge des Pegida-Mitorganisators berichtet, in denen Däbritz schrieb, Maria P. sei "selbst Schuld", weil sie sich "sehr erfolgreich in die Gesellschaft der Zuwanderer integriert/assimiliert hat".

Der Facebook-Eintrag ist inzwischen gelöscht worden. Auf "B.Z."-Anfrage hat Däbritz seinen Eintrag verteidigt: "Ich will niemanden verhöhnen. Ich wollte nur mit drastischen Worten darauf aufmerksam machen, welche schrecklichen Dinge passieren können, wenn man in einen fremden Kulturkreis eintaucht, ohne sich der Konsequenzen, die dadurch entstehen können, bewusst zu sein." Die Pegida-Bewegung gilt als Sammelbecken islamfeindlicher Menschen. Bisher gibt es aber keine Hinweise, dass der Mord an der hochschwangeren Maria P. etwas mit der Religion zu tun hat. Vielmehr gehen die Ermittler davon aus, dass der Vater des Ungeborenen, Eren T., das Kind ablehnte und es deswegen zum tödlichen Konflikt kam.

Wegen Eren T.s ethnischer Herkunft kam auch die Frage auf, ob es sich in diesem Fall um einen sogenannten Ehrenmord handeln könnte. Martin Steltner, Sprecher der Berliner Staatsanwaltschaft, gab an, es würde geprüft werden, ob noch weitere Personen an dem Mord beteiligt waren. "Bislang haben wir aber keinen Hinweis darauf, dass jemand aus der Familie beteiligt war", sagte Steltner. Auch Marias Familie glaubt nicht, dass es sich hier um einen solchen Mord handelt. Die Beziehung zwischen Eren T. und Maria sei schon seit einigen Monaten zu Ende gewesen. Wie es zum Schluss zwischen den beiden war, wollten sie nicht sagen. Maria habe aber keine Anzeige gegen Eren T. erstattet und sei vermutlich freiwillig in das Auto gestiegen. Eren T. hatte das spätere Opfer mit Daniel M. mit einem Kastenwagen abgeholt, bevor sich die schreckliche Tat ereignete.

"Wenn er sie bedrängt hätte, hätte sie geschrien. Und das hätten wir sofort gemerkt", so der Bruder. Maria wohnte nämlich bis zu ihrem Tod mit ihren Eltern zusammen und wurde nach Angaben der Familie am Donnerstagabend von zu Hause aus abgeholt.

Die Staatsanwaltschaft und Berliner Polizei machten bis Freitagnachmittag keine weiteren Details über das Verbrechen bekannt, das in Berlin als eines der schlimmsten der vergangenen Jahre gilt. Auch eine Woche nach dem Mord an der 19-Jährigen werden Blumen und Kerzen am Tatort in der Köllnischen Heide niedergelegt. Neben den zwei weißen Kreuzen, die jeweils an Maria P. und an ihre ungeborene Tochter erinnern, sind an einem Baum Girlanden, Plüschtiere und Blumen angebracht.

Vergangenen Dienstag wurde zudem in sozialen Netzwerken eine Gedenkversammlung für die 19-Jährige angekündigt. Sie soll am Sonntag um 18 Uhr am Malchower See stattfinden. Bis Freitagnachmittag hatten sich bereits 1000 Menschen über Facebook für den "Marsch für Maria" angemeldet, der von Freunden organisiert wird. Die Familie zeigte sich gerührt, dass "so viele Menschen Teilnahme zeigen, indem sie mitlaufen", so Marias Bruder.

Oertel gründet rechten Verein

fr-online, 02.02.2015, Markus Decker

Ex-Pegida-Sprecherin Kathrin Oertel will sich künftig rechts neben der CDU positionieren. Ihr neues Bündnis „Direkte Demokratie für Europa“ aus ehemaligen Pegida-Organisatoren will an diesem Sonntag eine erste Kundgebung auf dem Dresdner Neumarkt abhalten.

Das neue Bündnis „Direkte Demokratie für Europa“ aus ehemaligen Pegida-Organisatoren will an diesem Sonntag eine erste Kundgebung auf dem Dresdner Neumarkt abhalten. Ziel der Bewegung sei die „Einführung einer direkten Demokratie in Deutschland auf allen Ebenen“, sagte Ex-Pegida-Sprecherin Kathrin Oertel am Montag bei einer Pressekonferenz in Dresden. Zu der Kundgebung würden rund 5000 Menschen erwartet. Die Themen Asyl und Zuwanderung stünden auch auf dem Positionspapier des Bündnisses, fuhr Oertel fort. Zudem solle „jeder Bürger eines EU-Landes Mitsprache in der Regierung haben“. Man verstehe sich nicht als Gegenbewegung zu Pegida, aber als „bürgernah“, „konservativ“ und rechts von der CDU.

Die 37-Jährige hatte sich zuletzt zusammen mit fünf anderen Mitgliedern aus dem Organisationsteam von Pegida zurückgezogen. Die „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ hatten die Republik zuvor wochenlang in Atem gehalten. Oertel zufolge laufen derzeit die Formalitäten für den Austritt der insgesamt sechs Personen aus dem Pegida-Verein. Wer den Vorsitz in der neuen Bürgerbewegung übernimmt, ließ sie offen. Als Gründe für den Rückzug nannte sie die kontroverse Debatte über den Schulterchluss mit der fremdenfeindlichen Bewegung Legida in Leipzig und über die Personalie Lutz Bachmann. Der frühere Pegida-Chef wollte weiter im Organisations-Team mitarbeiten, was Oertel und die anderen fünf nicht akzeptieren mochten. Über den Schulterchluss der Legida-Bewegung mit Hooligans sei sie „entsetzt“, sagte sie.

Ex-Pegida-Sprecherin: Oertel plant neue Bewegung "rechts von der CDU"

spiegel, 02.02.2015, fab

Die Pegida-Abtrünnigen gründen eine neue konservative Bewegung namens "Direkte Demokratie in Europa". Sprecherin Kathrin Oertel betont, man wolle keine Gegenveranstaltung zu Pegida abhalten.

Die neue Bewegung der Ex-Sprecherin von Pegida, Kathrin Oertel, heißt "Direkte Demokratie für Europa". Der Verein will weiter für Volksentscheide eintreten und sich zu Fragen von Einwanderung und Asyl äußern.

"Wir werden ein bürgernaher, konservativer Verein sein und uns rechts von der CDU positionieren", sagte Oertel auf einer Pressekonferenz in Dresden.

Die 37-Jährige betonte, man wolle keine Gegenveranstaltung zu Pegida sein und nicht am selben Tag demonstrieren. Zuvor hatte Oertel eine erste Demonstration für den kommenden Montag, traditionell der Tag der Pegida-Märsche, angemeldet. Nun soll stattdessen die erste Kundgebung am kommenden Sonntag in Dresden stattfinden.

Oertel gab ihre Erklärung auch im Namen der fünf anderen Zurückgetretenen ab. Sie hatten sich in der vergangenen Woche von Pegida losgesagt: Sie traten aus dem Verein aus und zogen sich aus dem Orga-Team zurück. Das Gremium, das die Märsche der "Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes" seit Oktober organisiert hatte, schrumpfte von zwölf auf fünf Mitglieder.

Die frühere Pressesprecherin von Pegida erklärte noch einmal, der Rückzug habe mit Unstimmigkeiten über den Umgang mit dem Ableger Legida in Leipzig sowie mit "Meinungsverschiedenheiten über den Verbleib Lutz Bachmanns im Orga-Team" zu tun. Man habe die Abstimmung darüber verloren und sich "sofort zurückgezogen".

Am Vortag des Rückzugs hatten sich Oertel und Joachim Exner im Namen Pegidas mit Sachsen Innenminister Markus Ulbig (CDU) getroffen. Wie der SPIEGEL berichtet, ging es dabei nicht nur, wie zunächst von der Landesregierung behauptet, um Sicherheitsfragen bei den Demos. Unter anderem habe Ulbig auch seine Dialogbereitschaft gegenüber Anhängern der Protestbewegung bekräftigt, sagte sein Sprecher. Der Minister habe die Pegida-Spitze darum gebeten, ihre Sympathisanten auf Informationsangebote der Landesregierung hinzuweisen.

Oertel kritisierte den Bericht des SPIEGEL auf der Pressekonferenz. Sie sei nicht zu den "angeblichen SMS-Absprachen" befragt worden. Sie räumte aber ein, dass es mehrfachen Kontakt zu Ulbigs Sprecher gegeben hatte.

Oertel wehrte sich auch gegen Gerüchte, sie habe einen Mitgliedsantrag bei der AfD gestellt. Deren Parteivorsitzender Bernd Lucke hatte dies am Wochenende in einem "Bild"-Interview gesagt. Dies sei eine "falsche Behauptung", sagte Oertel.

Dem Online-Portal "FAZ.NET" bestätigte die AfD wenig später, dass sich ihr Vorsitzender geirrt habe, als er den vermeintlichen Antrag öffentlich erwähnte. Lucke habe "eine Pressemeldung gelesen und das aufgenommen", sagte AfD-Pressesprecher Christian Lüth laut dem Bericht.

Hooligans als Schutztruppe

faz, 02.02.2015, Olaf Sundermayer

Den Erfolg fremdenfeindlicher Bewegungen wie Pegida haben „rechtsmotiviert“ Fans von Fußballvereinen ermöglicht. Manche der Hooligans verstehen sich als eine Art moderne SA. An diesem Montag beginnt der erste Prozess gegen eine von ihnen.

Vereinzelt fallen Schneeflocken auf die Köpfe derjenigen, die sich auf dem von Polizisten mit Helmen eingefassten Augustusplatz in Leipzig versammelt haben. Es sind sehr viel weniger

Menschen als in den Vorwochen bei Legida, dem lokalen Ableger von Pegida. Es hat sich reduziert auf einen radikalen Rest, auf 1500 zumeist männliche Protestierer. Geblieben sind vor allem „rechtsmotivierte“ Hooligans und Neonazis aus freien Kameradschaften, die von Anfang an dabei sind, und die sich an diesem nasskalten Abend an der Zuneigung wärmen, die ihnen mit gepresster Stimme von der Bühne aus zuteilwird: „Nun ein Wort an euch Hools, die ihr heute Abend wieder hier seid, weil ihr versprochen habt, das Volk vor der Antifa zu schützen.“ Jubel und Applaus bei den Angesprochenen.

Legida-Redner Friedrich Fröbel stellt damit öffentlich klar, was sich bei den Demonstrationen der Pegida-Bewegung, ob in Leipzig oder Düsseldorf, vor allem aber auch in Dresden, deutlich gezeigt hat: dass „rechtsmotivierte“ Hooligans als Schutztruppe und lautstarke Einpeitscher dieser bundesweiten fremdenfeindlichen Bewegung auftreten. An diesem Abend werden sie öffentlich zu einer allgemeinen Bürgerwehr stilisiert: „Wenn die Politik unsere Polizei weiter so kaputt spart, dann werdet ihr noch einmal gefordert sein, Seite an Seite mit diesen Polizisten Recht und Gesetz zu verteidigen“, brüllt Fröbel. Die angesprochenen Hooligans, von denen sich nicht wenige als eine Art moderne SA verstehen, brüllen ihre Antwort zu Hunderten in den Nachthimmel: „Wir sind da! Wir sind da!“

Seit Wochen waren sie da. In Leipzig und in Dresden, die meisten von ihnen aus Sachsen, von Lokomotive Leipzig und Dynamo Dresden, aber auch aus Chemnitz, Erfurt, Magdeburg, Braunschweig, Cottbus und vom BFC Dynamo aus Berlin. Sie waren es, die Journalisten auf Distanz hielten, unliebsame Reporter und Fotografen sogar körperlich angriffen, die Kameramänner bedrängten, die immer wieder, auch an diesem Abend in Leipzig, den „völkischen“ Ruf von der „Lügenpresse“ intonieren, der es nur durch sie zum Unwort des Jahres gebracht hat. Die über Wochen das gefühlte Gewaltmonopol bei den Pegida-Demonstrationen in Dresden innehatten, überlassen von einer Polizei, die sich dort auffallend zurückhielt, wo die Masse am größten war.

„Ihr müsst heute alle Ordner sein“, rief die damalige Pegida-Sprecherin Kathrin Oertel noch in der vergangenen Woche den Demonstranten auf dem Theaterplatz vor der Semperoper in Dresden zu. Und die Hooligans unter ihnen, die auch dort wieder zahlreich erschienen waren, wussten, was gemeint war. Sie haben den zwischenzeitlichen Erfolg von Pegida erst ermöglicht. Weil sie den Gegenprotest ferngehalten und die Pressefreiheit während der Demonstrationen eingeschränkt hatten. Sie haben dafür gesorgt, dass sich Tausende Pegida-Demonstranten für rund drei Stunden als eine Art Volksgemeinschaft fühlen und sich dem Irrglauben „Wir sind das Volk“ in erstaunlicher Selbstüberschätzung hingeben konnten.

In Dresden hat sich ihnen niemand in den Weg gestellt, nicht die Gegendemonstranten, aus Angst und weil sie dort zu wenige waren, nicht die Polizei, aus taktischen Gründen, wie es hieß, nicht der Sächsische Fußball-Verband und auch nicht der Verein, dessen Hooligans von Beginn an ein wesentlicher Faktor im Pegida-Konzept waren. Dynamo Dresden, dessen Geschäftsführung keine Notwendigkeit darin sah, sich zu diesem Einfluss zu positionieren, will den Rechtsextremismus bei manchen Anhängern des Vereins nicht mal wahrgenommen haben. Sie alle haben die Hooligans und damit Pegida stark gemacht.

Begonnen hat alles im Stadion von Dynamo Dresden im Frühsommer 2013, als dort wegen der Elbe-Flut ein Fluthilfezentrum organisiert wurde. Auch die Erinnerung an diese Zeit der „Solidarität“ mahnt Redner Fröbel vor den Hooligans an: Haben sie sich doch schon damals als ehrenamtliche Helfer zusammengefunden, mit anderen Rechtsextremisten und fremdenfeindlichen Aktivisten aus West- und Ostdeutschland, mit dem umtriebigen späteren Pegida-Chef Lutz Bachmann und einigen anderen aus dem Orga-Team dieser Bewegung, das sich inzwischen heillos zerstritten hat.

Damals haben sie zueinander gefunden in ihrer selbstverstandenen Solidarität für das „deutsche Volk“. Aus diesem Gedanken hat man schließlich weitere Ideen entwickelt, daraus ist Pegida entstanden, aber früher noch die „Hooligans gegen Salafisten“ (Hogesa), beide Initiativen Teil ein und derselben fremdenfeindlichen Bewegung. Und auch dafür wird in Leipzig eine Bestätigung geliefert, der sich Pegida bislang verweigerte aus dem Bemühen um ein bürgerliches Antlitz: „Die Ersten, die für die Freiheit in Deutschland auf die Straße gegangen sind, waren nicht Pegida, sondern es waren die Hooligans in Köln“, ruft Fröbel seinen Zuhörern zu. Wieder Jubel unter den rechtsextremen Fußballanhängern, nach deren Interpretation von Freiheit Fröbel in der Sache recht hat. Denn die massiven Krawalle der Hogesa Ende Oktober in Köln waren der Auftakt eines bundesweiten zusammenhängenden rechten Kulturkampfes, der an verschiedenen Orten unterschiedlich geführt, aber stets von Hooligans begleitet und forciert wird.

In Köln hatten nach Polizeiangaben 4800 Protestierer aus dem „rechtsmotivierten“ Fußballmilieu nach einer Demonstration randaliert, dabei sollen 45 Polizisten verletzt worden sein. An diesem Montag beginnt in Köln der erste Prozess gegen eine Hogesa-Aktivistin. Ausgerechnet eine junge Frau. Sie soll eine Flasche auf Polizisten geworfen haben, den Hitlergruß gezeigt und einige Beamte nach ihrer Festnahme beleidigt haben.

Die meisten der 330 Gewalttäter, gegen die ermittelt wird, wurden mittels der umfangreichen Videoaufzeichnungen identifiziert. In ihrer Einschätzung ist die Kölner Staatsanwaltschaft eindeutig: „Die meisten dieser Personen kommen aus dem Bereich der Gewalttäter Sport oder aus der rechtsmotivierten Szene“, sagt Oberstaatsanwalt Ulf Willuhn auf Anfrage. Wie viele Verhandlungen noch folgen werden, ist bislang unklar. Drei Anklagen seien erst verfasst worden. Inzwischen korrigiert man in Düsseldorfer Regierungskreisen die Einschätzung, die im unmittelbaren Nachgang der Krawalle von der Polizei abgegeben wurde. So ordnete der Staatsschutz nur rund zehn Prozent der Kundgebungsteilnehmer der rechten Szene zu. Aber längst ist klar, dass der politisch homogene Hogesa-Protest Teil der rechtsextremen Bewegung ist.

Auch die Polizei in Nordrhein-Westfalen wird sich über ihre Zentrale Informationsstelle Sporeinsätze (ZiS) mutmaßlich korrigieren müssen. Denn noch unmittelbar vor den Kölner Krawallen ging man dort davon aus, dass die Schnittmenge der sogenannten Gewalttäter Sport mit bekannten Rechtsextremisten bei bundesweit 400 liegt. Die Betrachtung von Pegida und Hogesa in den zurückliegenden Monaten hat zu einem gänzlich anderen Lagebild geführt. Vorsichtshalber hat die Landesinnenministerkonferenz bis zu ihrer Frühjahrssitzung einen Bericht über „Verbindungen zwischen der rechtsextremistischen und der Hooliganszene“ gefordert.

Im politischen Spektrum festgekrallt

sueddeutsche, 03.02.2015, Thomas Kirchner

Es hat etwas gedauert, aber nun ist das Phänomen in Gestalt von AfD und Pegida offensichtlich auch in Deutschland angekommen: eine Protestbewegung, die ganz Europa erfasst hat. Es ist ein Protest gegen das politische Establishment, deren Vertreter als abgehobene Elite gesehen werden, die die Interessen der "einfachen Bürger" nicht mehr wahrnehme.

Mitunter gerät das ganze politische und wirtschaftliche System ins Visier - repräsentative Demokratie und Marktwirtschaft. Der Protest kommt von rechts wie von links, und oft bedient er sich populistischer Methoden.

Um zu verstehen, was gerade in der deutschen Politik passiert, muss man den Blick also weiten.

Vergleichbares erleben viele Länder seit den Achtzigerjahren, in Wellenbewegungen. Den Anfang machte der Rechtspopulist Jörg Haider, es folgten der französische Front National, der belgische Vlaams Blok, die italienische Lega Nord, Christoph Blochers Schweizerische Volkspartei. Nach dem Fall der Mauer hatte der Kontinent eine Weile andere Sorgen, doch im Jahr 2000 stürmten Haiders Freiheitliche sogar an die Macht, Jean-Marie Le Pen schaffte es bald darauf in die zweite Runde der französischen Präsidentschaftswahl, in den Niederlanden wirbelte der Islamskeptiker Pim Fortuyn bis zu seiner Ermordung die Politik durcheinander. Kurzzeitig wurde es wieder ruhiger um die Protestparteien, bis sie sich seit Ende des vergangenen Jahrzehnts endgültig im politischen Spektrum des Kontinents festkrallten.

Kaum ein Staat ohne Anti-Partei

Zusätzlichen Schub gab die Dauerkrise Europas. Sie schenkte Identitätspolitikern wie Marine Le Pen, dem Niederländer Geert Wilders oder dem Ungarn Viktor Orbán ein zweites starkes Thema und ließ neue, speziell gegen die EU und die Euro-Rettungspolitik gerichtete Bewegungen entstehen. Während diese in Nordeuropa - wie die AfD - vor allem die Sorge um "unser Geld" zum Ausdruck bringen, richten sie sich im Süden (Podemos in Spanien, Syriza in Griechenland, 5 Sterne in Italien) gegen die von der Regierung Merkel maßgeblich durchgesetzte Austeritätspolitik und deren soziale Folgen. In Großbritannien wiederum bricht die ohnehin starke Europaskepsis in Form von Ukip durch.

Inzwischen gibt es in Europa fast keinen Staat mehr, in dem die Anti-Parteien nicht die Diskussionen bestimmen, die Etablierten vor sich hertreiben. In den Niederlanden oder in Dänemark stützten sie Minderheitskabinette; in Norwegen, Österreich, Italien waren oder sind sie sogar Teil von Regierungen. In Griechenland haben sie die Macht nun für sich allein. Die Protestpolitiker sind gut vernetzt und haben viel gelernt. Sie wissen, wie radikal sie sein können, ohne zu weit zu gehen. Wilders bewegt sich mit seinen anti-islamischen Filmen und Sprüchen ständig entlang der pluralistischen Schmerzgrenze. Hin und wieder übertritt er sie, um Aufmerksamkeit zu provozieren. Tabubrüche und gezielte Regelverstöße stärken das "Wir-gegen-sie"-Gefühl. Nicht alle können das so virtuos wie der blonde Holländer. Aber AfD-Chef Bernd Lucke nutzte denselben Trick, als er Thilo Sarrazin zu einem Parteitreffen einladen wollte, um die "linke Presse" in Rage zu bringen.

Und: Die Protestparteien sind ideologisch biegsam. Der gemeinsame Feind Brüssel schweißt Israel-Freund Wilders und den antisemitischen Front National zusammen oder griechische Links- und Rechtspopulisten zu einem Anti-Spar-Bündnis. EU-Skeptiker aller Couleur haben den Sieg der Linken in Athen bejubelt. Dass in Deutschland bis vor Kurzem trotz einiger Versuche (Schönhuber, Brunner, Schill) keine derartige Partei Fuß gefasst hat, stellt eine historische Ausnahme dar. Das ist vorbei. Parteienforscher sprechen von "Normalisierung" oder "nachholender Entwicklung". Einige Gründe für die Verspätung liegen auf der Hand: der Schatten der NS-Vergangenheit, der Extremismus stärker als anderswo unter Tabu stellte; die Tatsache, dass Deutschland eher profitierte von der Euro-Krise, als an ihr zu leiden; die Integrationskraft der Unionsparteien; vielleicht, so Karsten Grabow von der Adenauer-Stiftung, ist es auch schlicht "Zufall", dass in jüngerer Zeit kein charismatischer deutscher Anti-Politiker die Bühne betrat.

Die Reaktion auf die Protestparteien war bisher in ganz Europa ähnlich. Man hat sie erst ignoriert, dann dämonisiert. Das hat ihnen eher mehr Wähler beschert. Buh-Rufe waren so vergeblich wie die Hoffnung, die Neuen würden an ihren Widersprüchen und Flügelkämpfen zerbrechen. Sie standen wieder auf. In Skandinavien glaubte man, ihnen das Wasser abzugraben, indem man ihre Forderungen übernahm. Das hat wenig gebracht. Es gibt kein Patentrezept.

Gewiss, die Protestpolitiker schüren Ängste, weil sie eben meistens Populisten sind, sie diffamieren, grenzen aus, vereinfachen, bieten keine tauglichen Lösungen an. "Raus aus dem Euro!" lässt sich

leicht skandieren und kaum umsetzen. Aber: Sie sprechen reale Sorgen vieler Bürger an, die sich hilflos fühlen in der Globalisierung, die nicht mehr wissen, wo sie hingehören. Und sie profitieren davon, dass die anderen Parteien manche Probleme ignoriert oder unter den Teppich gekehrt haben.

So war absehbar, dass die auch in Deutschland verbreitete Europaskepsis irgendwann einen politischen Ausdruck suchen würde. Die Merkelsche Euro-Politik steht weltweit in der Kritik. Wo ist die Debatte darüber in Deutschland? Wer spricht noch über Tempo und Ausmaß der europäischen Integration, die vielen zu weit geht? Mit mehr Mut hätte etwa die SPD eine Alternative bieten können. Die soziale Ungleichheit nimmt unaufhaltsam zu. In der Einwanderungspolitik wurden Fehler gemacht, wurde Zeit verschenkt.

Was den Umgang mit muslimischen Einwandern betrifft, gibt es viel guten Willen, aber auch Blauäugigkeit. "Wenn sich in manchen deutschen Stadtteilen Parallelgesellschaften bilden, wenn manche Jungs aus türkischen Familien eine zum Teil frauenfeindliche Machokultur pflegen", dann sollte das nicht nur Otto Schily (im Spiegel) ansprechen. Es wäre schön, wenn eine muslimische Leitfigur in Deutschland so kraftvoll aufträte wie der Rotterdamer Bürgermeister Ahmed Aboutaleb, der fanatischen Glaubensbrüdern zuruft, sie sollten abhauen, wenn sie mit zentralen westlichen Werten nicht leben könnten.

Hilfreich wäre auch, wenn Politiker seltener "Wir haben recht" sagten und öfter "Machen wir alles richtig?" fragten. Was sicher nicht hilft - das ist eine zentrale Lehre aus dreißig Jahren Protest und Populismus in Europa -, ist Wählerbeschimpfung sowie jene Arroganz, wie sie in der Häme über Luckes braune Tischdecken und Butterstullen zutage tritt oder in manchen Äußerungen zu Pegida. "Man muss nicht mit jedem Idioten reden", sagt der ehemalige DDR-Bürgerrechtler Friedrich Schorlemmer. Sigmar Gabriel hat die Strategie geändert und will genauer hinhören, was jene Menschen bewegt, die AfD wählen oder das Abendland verteidigen wollen. Das ist ein gutes Zeichen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund fordert zu Recht mehr soziale Sicherheit und eine "breite Debatte über Freiheit, Toleranz und Menschenrechte". Ermutigend ist zudem, dass so viele für ein buntes Deutschland auf die Straße ziehen.

Mindestens genauso wichtig aber ist die Einsicht, dass der Protest der Verdrossenen - selbst wenn sich Pegida nun selbst zersetzt - kein bloßer Spuk ist, kein Schnupfen, der schnell vorübergeht. Die AfD wird demnächst in weitere Landtage und vielleicht in den Bundestag einziehen. Das politische Klima wird rauer werden. Europa stünden "politische Erdbeben" bevor, meint der Thinktank "Economist Intelligence Unit" mit Blick auf anstehende Wahlen in Schweden, Dänemark, Finnland, Irland. Und Großbritannien. Und Frankreich. Und Deutschland.

Es wird Zeit für die etablierten Parteien, die Herausforderung als solche zu erkennen - und sie wirklich ernst zu nehmen. Nur dann finden sie vielleicht auch ein Gegenmittel.

31.01.2015 - 03.02.2015, regional, Pressespiegel dresden_nazifrei

AUFSTAND GEGEN DEN PEGIDA-VERSTEHER PROF. PATZELT

mopo, 31.01.2015, Juliane Morgenroth

Seit Wochen und auf allen Kanälen erklärt der Dresdner Politikwissenschaftler Werner Patzelt (61) das Phänomen „PEGIDA“.

Doch seine Lesart sorgt jetzt für einen Aufstand bei seinen Kollegen und Studenten.

Vorwurf: Er sei zu sehr Sprachrohr der Bewegung „Patrioten gegen die Islamisierung des Abendlandes“.

In Talkshows, im Radio und in Zeitungen ist Professor Patzelt derzeit ein gern gesehener Gast - er gilt als der „PEGIDA-Versteher“.

Dort warb der Inhaber des Lehrstuhls für Politische Systeme und Systemvergleich an der TU Dresden vor allem darum, die Sorgen der PEGIDA-Anhänger ernstzunehmen.

Doch Studenten und Kollegen der TU Dresden wehren sich gegen Patzelts Interpretationen.

„Wer für Weltoffenheit und Toleranz auf die Straße geht, betreibt keine Feindbildpflege, ist mitnichten ‚hysterisch‘ und sieht nicht reflexhaft nur Rechtsextremisten und Faschisten bei PEGIDA mitlaufen“, heißt es in einem offenen Brief, der von zwölf Politikwissenschaftlern der TU Dresden unterschrieben ist - darunter Mark Arenhövel (55), Professor am Lehrstuhl für Politische Theorie und Ideengeschichte.

Patzelt habe der Initiative „Dresden für Alle!“ - die von der TU unterstützt wird - und anderen Solidaritätskundgebungen für Flüchtlingen geschadet, heißt es weiter.

Zuvor hatten bereits Studenten ihren Professor per Flugblatt heftig kritisiert: „Herr Patzelt ist in der gesamten PEGIDA-Debatte mehr politischer Akteur denn Wissenschaftler. Wir wollen eine Verharmlosung von PEGIDA im Namen der Politikwissenschaft nicht hinnehmen.“

Patzelt selbst gibt sich entspannt: „Es freut mich sehr, dass eine inhaltliche Diskussion über Professionelles und Politisches an unserem Institut zustande zu kommen scheint.“

Einiges sei wohl missverstanden worden. Bei anderen Vorhaltungen könne man durchaus unterschiedlicher Ansicht sein.

Übrigens: Am Dienstag stellt der Forscher eine neue Studie zu PEGIDA-Anhängern vor.

Hunderte Dresdner demonstrieren auf dem Postplatz

sz-online, 02.02.2015, SZ/nr

Etwa 400 Dresdner kamen Montagabend zu einer Kundgebung des Bündnisses „Dresden für alle“ und des Netzwerks Kultur. Mit Musik, Reden und Straßenkunst wollten die zumeist jungen Menschen eine Stunde lang Weltoffenheit und Toleranz demonstrieren. Viele hatten Warnwesten an

und Besen dabei, obwohl die symbolische Reinigung der Stadt dieses Mal ausfiel. Die Veranstaltung soll auch an den kommenden Montagen fortgeführt werden.

Das Mikrofon auf dem Bühnentruck war nicht nur für Musiker, sondern auch für Bürger freigegeben. Mit kurzen Statements richteten sich die Sprecher an die Demonstranten. „Ich möchte Frieden, Vernunft und gegenseitige Achtung“, sagte ein älterer Herr. Eine junge Frau wünscht sich ein Dresden, „das weder in Selbstlob, noch in Selbstmitleid versinkt, sondern Stärke zeigt.“ Die Bands Baran Butz und Offbeat Cooperative spielten zwischen den Reden, der Dresdner Kneipenchor sang auf dem Balkon des Staatsschauspiels.

Eric Hattke, Pressesprecher von „Dresden für alle“, kündigte während der Veranstaltung eine Onlineplattform an, die in den kommenden Wochen freigeschaltet wird. „Auf dieser können Bürger und Vereine Projekte für Flüchtlinge und Asylbewerber anbieten, beispielsweise Sprachkurse. In den letzten Wochen haben viele ihre Hilfe angeboten.“ In seiner Ansprache kritisierte Hattke zudem, dass Politiker zwar mit Pegida in Dialog treten, nicht aber mit den Gegendemonstranten. Er spielte damit auf das kürzliche Treffen des sächsischen Innenministers Markus Ulbig (CDU) mit der ehemaligen Pressesprecherin von Pegida, Kathrin Oertel, an.

Über das Leben in Dresden

addn, 02.02.2015, Paul

Nachdem die Stadt Dresden mit dem Aufkommen der PEGIDA-Demonstrationen weit über Sachsens Ländergrenzen hinaus bekannt geworden ist, sind die Zeitungen nicht nur hierzulande voll mit Stellungnahmen und Erklärungsversuchen aus Politik, Wissenschaft und Kultur. Auf einmal, so der Eindruck, fühlt sich jede Person bemüßigt, ihre Sicht auf die Dinge zu schildern. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, kommen in der vor allem medial geführten Auseinandersetzung allerdings fast ausschließlich weiße Deutsche zu Wort. Viel zu selten findet die migrantische Perspektive in der Betrachtung zu PEGIDA Gehör. Aus diesem Grund hatten wir uns schon vor einigen Wochen mit einer in Dresden lebenden jungen Frau unterhalten, die sich, im Unterschied zu den wenigen in der Stadt lebenden geflüchteten Menschen, aus freien Stücken dafür entschieden hat, hier ihren neuen Lebensmittelpunkt zu suchen. Ihre Eindrücke und Erlebnisse sollen einen Eindruck davon geben, welche Rolle Rassismus und ausgrenzendes Verhalten im Alltag von Migrantinnen und Migranten spielen.

Hi Asha, wie hat es dich nach Dresden verschlagen?

Asha: Ich bin im August 2011 aus Indien hergezogen. Aber ich war davor auch schon zweimal hier, 2009 und 2010.

Wie war es für dich 2011 herzuziehen?

Asha: Ich bin wegen der Liebe hergezogen. Es war schön und meine Schwiegereltern haben mich sehr gut aufgenommen und haben mir bei allem geholfen. Freunde und Bekannte hatte ich hier schon, ich kannte schon die Freunde meines Mannes und einige Studenten, die ich in Indien kennengelernt hatte. So hatte ich hier auch schon vor dem Studium einen kleinen Freundeskreis. Während einem fünfmonatigen Intensivkurs Deutsch habe ich dann weitere Leute kennengelernt, das war sehr gut. Inzwischen studiere ich auf Lehramt und nach meinem Studium möchte ich hier unterrichten und leben.

Wie ist es, wenn du hier in der Stadt unterwegs bist? Wie fühlst du dich wahrgenommen?

Asha: Am Anfang habe ich mehr sehr gut gefühlt, da alles hier so grün war und schön und ich viel zu entdecken hatte. Ich war begeistert. Schwierig fand ich nur so Sachen wie das Einkaufen beim Bäcker und so etwas. Da hat mir anfangs ein bisschen das Selbstvertrauen gefehlt. Bei Telefonaten war das ähnlich. Ich habe mich auch immer sehr gefreut, wenn ich andere Leute aus Indien gesehen habe. Dann hatte ich sofort das Gefühl, ok, ich bin hier nicht alleine. Ich bin auch von Anfang an immer sehr offen auf die Leute zugegangen und habe "Hallo" gesagt, wie ich es aus der Stadt kannte, aus der ich komme. Das hat hier aber nicht immer funktioniert.

Aber jetzt, seit PEGIDA seit einigen Wochen läuft, fühle ich mich nicht mehr so wohl. Vorher habe ich mich gar nicht unbedingt als Ausländerin gesehen, sondern zuallererst als Mensch. Das hat sich verändert. Jetzt habe ich den Eindruck, dass die Gesellschaft hier zweigeteilt ist. Es sind auch in der Vergangenheit und neulich Sachen passiert, die mir gezeigt haben, dass ich hier von einigen nicht so gern aufgenommen werde.

Erlebst du dabei offene Anfeindungen?

Asha: Naja, nicht so oft, aber ich habe das schon erlebt. Manchmal ist es sehr sehr offen und manchmal auch nicht. Einmal in einer Straßenbahn am Abend war ich mit meinem Mann unterwegs. Die Bahn war ziemlich voll und ich wollte mich hinsetzen und dabei hat jemand den Sitz blockiert und gesagt: "Nur für Deutsche." Sie waren vielleicht vier Leute und haben dann auch noch gelacht. Ich wusste überhaupt nicht, wie ich damit umgehen sollte. Und niemand der Umstehenden hat darauf reagiert. Nur so: "Er meint das doch nicht so." und das kam auch nur von ein oder zwei Leuten und auch nur ganz leise. Ich habe mich dann irgendwie darauf eingelassen und gesagt: "Ich weiß, dass ihr das nicht so meint, ist OK." und habe versucht, weiter freundlich zu sein. Das war so ein bisschen meine Schutzreaktion. Mein Mann und ich waren geschockt, dass niemand sonst reagiert hat. Wir haben uns bedroht gefühlt, dann haben diese Leute noch Nazigrüße dazu gemacht und wir hatten das Gefühl, dass niemand uns helfen würde, selbst wenn es um unser Leben ginge. Solche Erlebnisse traumatisieren einen, und man fährt danach anders Straßenbahn.

Und dann neulich, vor zwei Wochen etwa, bin ich nach Hause über einen ruhigen Parkplatz gelaufen und auf einmal explodierte hinter mir ein Böller oder so etwas. Ich hatte mich furchtbar erschrocken und hatte auch einen Schock und versuchte, Leute anzusprechen, aber deren Autofenster waren zu und sie haben mich gar nicht gehört. Ich hatte starke Schmerzen im Ohr und es war auch niemand weiter dort und erst zu Hause konnte mich mein Mann beruhigen.

Ich kenne aber auch andere Leute, die so etwas erlebt haben. Zum Beispiel zwei junge Asiaten die ich gesehen habe, auf der Straße die hoch zur Uni führt. Die hatten einen großen Koffer dabei und plötzlich schreit die junge Frau auf und fängt an zu weinen und beginnt, sich mit ihrem Begleiter zu streiten. Eine Person kam zügig an mir vorbeigelaufen und ich bin zu den beiden gerannt, weil irgendetwas nicht richtig war. Und dann hat mir dieses Mädchen in gebrochenem Deutsch erzählt, dass der Mann der eben an mir vorbeigekommen war, ihren Arm ganz doll verdreht hat und gesagt hat "Geh zurück nach Hause." Sie hat stark geweint, weil sie wahrscheinlich noch Schmerzen hatte und hat vermutlich ihrem Begleiter Vorwürfe gemacht hat, weil er nichts getan hat.

Abgeschwächt passiert es mir manchmal zum Beispiel im Supermarkt, wenn ich merke, dass die Kassiererin zu den anderen Kunden freundlich ist und zur mir plötzlich nicht mehr. So kleine Sachen, dass sie mir den Gruß oder das Guten Morgen verweigert und wahrscheinlich denkt, sie müsse es nur minimal machen. Manchmal merke ich so etwas, aber das kann ja verschiedene Ursachen haben.

Und wie würdest du das Klima an der Universität einschätzen? Schließlich verbringst du ja auch sehr viel Zeit dort.

Asha: Das Klima an der Uni gefällt mir und ich nehme meine Teilnahme an Kursen als sehr bereichernd für mich wahr. Dort fühle ich mich wohl. Aber in einigen Seminaren fällt mir eine etwas einfache Sicht auf die Dinge bei einigen Kommilitonen auf. Zum Beispiel wenn es um verschiedene Kulturen geht. Oder auch um Religion, dann merke ich einfach, dass wir noch nicht so viel voneinander wissen und wir auch vom Wissen der anderen profitieren können. Die Uni ist im Großen und Ganzen ein Ort an dem ich mich wohlfühle.

Nach Vorfällen wie diesem Böllerwurf, bewegst du dich da jetzt anders auf der Straße?

Asha: Ja, also ich fühle jetzt, dass ich Ausländerin bin und dass man mir das gleich ansieht. Ich frage mich jetzt auch immer, was denn die Leute über mich denken. Vorher dachte ich, dass es in der Wahrnehmung keinen Unterschied gibt und Menschen als Menschen gesehen werden. Und jetzt mit den 15.000 Demonstrierenden [von PEGIDA], frage ich mich manchmal, ob einzelne Personen denen ich begegne, nicht auch deren Ansichten teilen. So bin ich zuerst einmal traurig. Aber auch vorsichtiger wenn ich an Gruppen von Leuten vorbeigehe die laut reden und so. Dann mache ich mir schon Gedanken, was diese Leute für Einstellungen haben könnten. Außerdem lastet auch ein gewisser Druck auf mir und ich fühle mich als Repräsentantin der hiesigen Ausländer und mache mir Gedanken darüber, wie der Eindruck den die Leute von mir haben, den Blick auf andere Ausländer beeinflussen könnte. Und dabei bin ich schon privilegiert, weil ich die Sprache spreche.

Ein anderes Thema, was ich oft von ausländischen Freunden hier höre ist, dass sie von der Polizei sehr häufig kontrolliert werden. Am Bahnhof vor allem. Ich kenne da ein Mädchen, die aus Indien hier war, die wurde nicht nur kontrolliert von der Polizei, sondern sie haben ihr auch viele Fragen gestellt. Wieso sie denn alleine reise und wo sie überall war und solche Sachen. Ein junge Frau hier würden sie niemals danach fragen. Die hat die Polizei hier total verdächtigt, vielleicht dass sie Prostituierte sei oder so etwas. Dabei ist sie nur in ihren Semesterferien herumgereist. Als ob eine Frau aus Indien nicht alleine reisen könnte. Das hat mich echt aufgeregt. Weißt du, sie nimmt sich diese Freiheit, was sehr mutig und toll ist, und wird dafür ewig lange von deutschen Polizisten befragt, und das, obwohl sie nur wenig Deutsch spricht. Fast alle von meinen Freunden berichten von solchen Ausweiskontrollen. Ich habe es auch selbst erlebt, ich war nur mit meinem Partner für kurze Zeit auf dem Bahnhof und er ist zum Ticketautomat gegangen, da kamen schon zwei Beamte auf mich zu gelaufen, weil ich alleine stand. Und als mein Mann dann wieder bei mir aufgetaucht ist, haben sie eine 180°-Drehung gemacht und sich in die entgegengesetzte Richtung entfernt.

Möchtest du sonst noch etwas loswerden?

Asha: Ich finde es toll, dass so viele Leute sich auch für ein weltoffenes Dresden einsetzen. Und ich komme eben aus einem Ort, wo viele Religionen, Sprachen und Denkweisen nebeneinander existieren. Ich habe das immer als bereichernd empfunden, man hat viel voneinander gelernt und miteinander gefeiert. So eine Offenheit würde ich mir auch für Dresden sehr wünschen, einfach dass Vielfalt als Bereicherung empfunden wird.

Pegida-Ableger „Direkte Demokratie für Europa“ will sich „rechts von der CDU“ einsortieren

dnn, 02.02.2015, dpa

Die zurückgetretenen Pegida-Mitglieder wollen künftig unter dem Namen „Direkte Demokratie für Europa“ weitermachen. Kathrin Oertel, bisherige Sprecherin bei Pegida, teilte am Montag in Dresden mit, dass man eine eigenständige Bewegung „rechts von der CDU“ sein wolle. Die Gründung eines Vereins sei in Planung. Man sehe sich aber nicht als Konkurrenz zu Pegida.

Pegida hatte sich in der Vorwoche in zwei Lager gespalten. Oertel widersprach ausdrücklich der Darstellung von Pegida, ihr Rücktritt sei auf Druck von außen erfolgt. Die Abspalter hätten den Verein verlassen, weil sie in zwei Gründen anderer Meinung seien. Konkret ging es nach Oertels Darstellung um die Zusammenarbeit mit Legida in Leipzig und um den Verbleib von Lutz Bachmann im Organisationsteam. Bei einer internen Abstimmung am Dienstag seien beide Punkte zu Ungunsten der fünf entschieden worden, die Abstimmungsverlierer hätten Pegida daraufhin verlassen.

Man teile viele der Forderungen weiter, wolle diese aber auf einem anderen Weg weiter verfolgen. Daher habe das neue Bündnis die eigentlich für Montag geplante Veranstaltung um einen Tag vorgezogen. Nun gibt es am Sonntag ab 14.30 Uhr auf dem Neumarkt eine Kundgebung von „Direkte Demokratie für Europa“ und am Montag voraussichtlich eine Kundgebung von Pegida.

Bei den Zielen gab sich Oertel einmal mehr vage. Bürgernah wolle man sein, und direkte Demokratie auf allen Ebenen fordern. Asyl und Zuwanderung sollen laut Oertel „auf jeden Fall“ ein Thema bleiben. Zudem wolle der neue Verein Sprachrohr für alle möglichen Anliegen der eigenen Anhänger sein, solange man diese selbst teile. Ein entsprechendes Positionspapier sei noch in Arbeit. Auch einen eigenen Internetauftritt gab es zum Zeitpunkt der Pressekonferenz noch nicht, wurde aber am Abend freigeschaltet.

Dass Oertel AfD-Mitglied werden wolle, wies sie am Montag strikt zurück. Die Behauptung von AfD-Chef Bernd Lucke, wonach sie einen Aufnahmeantrag gestellt hatte, nannte sie eine unwahre Tatsachenbehauptung. Ebenfalls unwahr sei, dass der Austritt der fünf Ex-Pegida-Organisatoren mit dem Gespräch mit Innenminister Markus Ulbig (CDU) zusammenhänge. Hier sagte Oertel zudem, dass die Initiative für das Treffen vom Innenministerium ausgegangen sei.

„Ich werde nicht Teil einer Öffentlichkeitsarbeit von Pegida“

sz-online, 02.02.2015, Gespräch führte Ulf Mallek

Ursprünglich wollte Sachsens SPD-Chef Martin Dulig am Dienstagabend in Meißen über Pegida diskutieren. Doch dann machte er einen Rückzieher.

Herr Dulig, warum haben Sie das von vielen mit Spannung erwartete Forum am Dienstag in Meißen abgesagt?

Nachdem klar war, dass die fünf ehemaligen Pegida-Organisatoren teilnehmen werden und Provokationen zu erwarten sind, war die Entscheidung für mich klar. Denen geht es nicht um Dialog, sondern um eine PR-Maßnahme, um ihre neue Gruppe bekannt zu machen. Die EAM und ich haben daraus die Konsequenz einer Absage gezogen. Ich will mit den Bürgerinnen und Bürgern

reden, über ihre Sorgen, Erwartungen und Ängste sprechen, Meinungen austauschen und diskutieren. Aber ich werde nicht Teil einer Öffentlichkeitsarbeit von Pegida oder ihrer Nachfolgeorganisation sein. Man muss klar zwischen den Organisatoren unterscheiden und den Menschen, die berechnete Sorgen haben. Ich sehe keinen Sinn darin, mit den verantwortlichen Leuten zu reden, die sich abfällig und aggressiv über Asylbewerber, Presse und Politik äußern und sämtliche Spielregeln eines demokratischen Miteinanders brechen.

Was ist so schlimm, mit Kathrin Oertel vor Publikum zu sprechen? Das könnte als Drückebergerei ausgelegt werden.

Wer mich und meine Biografie kennt der weiß, dass ich mich nie gedrückt habe, meine Meinung zu vertreten. Doch der Sinn der Veranstaltung war nicht ein Gespräch Dulig-Oertel zu inszenieren, sondern mit den Menschen ins Gespräch zu kommen. Ich springe nicht über das Stöckchen, das mir Pegida jetzt hindert. Ich kämpfe seit Jahren dafür, dass es den Menschen in unserem Land, egal wo sie herkommen oder geboren sind, besser geht. Ich habe einen Eid geleistet, dass ich Schaden von unserem Land abwenden werde. Und Schaden ist leider bereits entstanden, für die Stadt Dresden und auch für Sachsen. Diesen Schaden werde ich nicht durch ein Gespräch mit den einstigen Organisatoren noch legitimieren.

Werden Sie Meißen ein neues Angebot zum Gespräch mit Pegida-Anhängern machen? Vielleicht ohne das Fishbowl-System?

Gern stehe ich den Meißnerinnen und Meißnern für ein Gespräch über die Entfremdung von der Demokratie und die notwendigen Schritte für eine andere politische Kultur zur Verfügung. Das sind die Fragen, die so viele Menschen bei uns in Sachsen gerade umtreiben. Zudem werde ich am 10. März beim Dialogforum „Miteinander in Sachsen“ allen Menschen ein Angebot zum Dialog machen, die über die bestehenden Formate hinaus Bedarf nach Austausch haben. Denn eines wird ja gern übersehen: Seit Jahren existieren die verschiedensten Gesprächsangebote und Veranstaltungen einzelner Politiker, der Parteien, der Fraktionen oder der Staatsregierung. Oft mangelt es nicht an Gelegenheiten für den Dialog, sondern an einer Haltung des Zuhörens und Austauschs.

Welche Erkenntnisse haben Sie, wie es jetzt mit Pegida und Neu-Pegida weiter geht?

Das müssen Sie die dortigen Organisatoren fragen. Meine Aufgabe ist es, Politik für die Menschen in unserem Land zu machen. Dazu gehören soziale Gerechtigkeit, gute Bildung, eine starke Wirtschaft, faire Arbeit. Und natürlich auch ein Politikstil, der nah bei den Menschen ist und verstanden wird. Diesen Job mache ich aber unabhängig von Pegida.

Auch ohne Pegida-Marsch: "Dresden für Alle" hält an Kundgebung am Montag fest

dnn, 02.02.2015, Katrin Tominski

Das Dresdner Bündnis „Dresden für Alle“ hält trotz Absage der Pegida-Demo für Montag an einer eigenen geplanten Kundgebung fest. Zusammen mit Dresdner Kulturschaffenden lädt das Bündnis am Montag um 18 Uhr auf den Postplatz ein, sich für die Würde des Menschen und eine Willkommenskultur für Flüchtlinge zu engagieren. „Pegida geht diesen Montag nicht auf die Straße. Trotzdem ist es wichtig, für die Würde des Menschen einzustehen“, sagte Bündnissprecher Eric Hattke. „Es darf und kann nicht sein, dass Unmut über politische Defizite auf dem Rücken von Flüchtlingen ausgetragen werden.“

Neben Redebeiträgen von „engagierten Menschen, die ihre Sichtweisen aufzeigen“, gibt es am Montag in Tradition an den Neujahrspatz mit den Dresdner Bands „Banda Comunale und „Yellow Umbrella“ zahlreiche Musikbeiträge. Es spielen die Dresdner Bands Baran Butz, Offbeat Cooperative und der Dresdner Kneipenchor. Die Bürgerbühne zeigt eine Performance, Straßenkünstler ihre Künste. Hattke betont: „Dresden für Alle“ verstehe sich nicht in erster Linie als Bewegung, die lediglich reagiert. „Wir stehen aktiv für Toleranz, Respekt und Weltoffenheit ein und sensibilisieren für ein stärkeres Bewusstsein genau dieser Werte.“ Neben der Mobilisierung von Menschen sei es wichtig, auch gesellschaftliche Prozesse anzustoßen. Um die Situation von Flüchtlingen zu verbessern, würde derzeit eine Internetplattform erarbeitet. Hier könnten sich die vielgestaltigen Initiativen zukünftig vernetzen und direkten Kontakt mit Asylbewerbern und deren Vertretern aufnehmen. „Wir wollen Flüchtlingen eine Stimme geben“, sagte Hattke. Dafür organisiere die Initiative derzeit eine große Demonstration von Flüchtlingen, die Ende Februar stattfinden soll. Erstmals hatte es am vergangenen Montag auf der Kundgebung „Offen und Bunt – Für ein weltoffenes Dresden“ einen öffentlichen Aufruf gegeben, sich dem Protest auf dem Postplatz anzuschließen.

Vor knapp 25.000 Menschen lud Moderatorin Alexandra Gerlach ein, auch in den nächsten Wochen für Toleranz und Weltoffenheit einzustehen. „Wir hoffen, dass sich der Protest durch den bürgerlichen Aufruf verbreitet“, erklärt David Adam, Künstler und Mitinitiator des Dresdner Neujahrspatzes.

Ein breites bürgerliches Engagement für den Protest fehle bislang. In der Vergangenheit hatte es immer wieder Probleme mit der Akzeptanz des Protestes gegeben. Viele Dresdner setzten die Veranstaltungen mit der Antifa gleich. Dabei organisierte das Bündnis „Dresden Nazifrei“ den Protest schon ab dem 1. Dezember, eine Woche später luden das Bündnis „Dresden für alle“ und „Dresden Nazifrei“ zusammen zum Sternmarsch, es folgten weitere Veranstaltungen in Kooperation. Dann musste Eric Hattke wegen Drohungen zur Polizei und das „Bündnis Nazifrei“ wegen Erschöpfung pausieren. Der Protest steckte in der Sackgasse, Dresden stand jedoch im Fokus überregionaler Medien. In dieses Vakuum trat die Initiative Dresdner Kulturschaffender zusammen mit den Bands „Banda Comunale und „Yellow Umbrella“.

Die erste Veranstaltung am 5. Januar war mit 4000 Menschen ein voller Erfolg. „Niemand dachte wir, von null auf hundert so viele Menschen zu mobilisieren“, erinnert sich Künstler David. Der Neujahrspatz verstand sich nicht als Konkurrenz zu Pegida und verzichtete bewusst auf Präsenz in Hör- und Sichtweite. „Wir wollen keine direkte Konfrontation“, erklärte auch Mitinitiator Alfred. Ziel sei es gewesen, mit viel positiver Energie Menschen auf der Straße zu versammeln, sei es „nur, um den Dissens mit Pegida auszudrücken“. Die Initiative erfreut sich breiter Unterstützung. Die Oper stellt einen Lkw bereit, das Schauspielhaus den Strom. „Wir wehren uns gegen eine rückwärtsgewandte Bewegung, die Dresden seine Zukunft nimmt“, betonte David. „Wir wollten etwas Fröhliches machen. Etwas, das unterschiedliche Leute ansprechen und aktivieren kann.“ Man habe auf das energetische Moment der Musik gesetzt. Diese wirke „immer total deeskalierend“. Warnweste für Luther David und seine Mitstreiter sind froh, dass sich der Protest gerade auf einer breiteren Basis formiert. Sie selbst ziehen sich zur Erholung zurück, schließen künstlerische Aktionen in Zukunft jedoch nicht aus. „Wir wünschen uns, dass das zivile Bewusstsein weiter wächst“, sagte David. „Wir haben getan, was wir konnten und die Lücke im Protest gefüllt.“ Symbol des Neujahrspatz sind Warnwesten geworden, mit der symbolisch Vorurteile und Ressentiments weggekehrt werden sollten. Eine Warnweste trug am vergangenen Montag zum Konzert an der Frauenkirche auch Martin Luther. Die Figuren auf dem Dach der Kunsthochschule am Terrassenufer leuchten mit ihren orangenen Warnwesten bis heute über die Elbe. „Das wird auch noch eine Weile so bleiben“, erklärte der Künstler David. „Das Problem ist nicht aus der Welt.“

Oertel stellt neuen Verein vor

sz-online, 02.02.2015, dpa

Die Ex-Pegida-Organisatoren um Kathrin Oertel wollen mit dem Verein „Direkte Demokratie für Europa“ ein „Sprachrohr“ der Bürger bleiben. Bislang ist alles ziemlich nebulös, aber die erste Veranstaltung ist schon geplant

Im Verein „Direkte Demokratie für Europa“ wollen die sechs Pegida-Abtrünnigen um Ex-Sprecherin Kathrin Oertel weiter rechts von der CDU Politik machen. Für kommenden Sonntag kündigten sie eine Kundgebung vor der Dresdner Frauenkirche an. Angemeldet sind 5 000 Teilnehmer. „Wir wollen, dass die Menschen in uns ein Sprachrohr finden“, sagte Oertel am Montag in Dresden. Zu den politischen Zielsetzungen wollte sie sich konkret nicht äußern. Nur so viel: Es gehe um direkte Demokratie und Meinungsfreiheit. Auch Asyl und Einwanderung seien „auf jeden Fall“ weitere Themen. In Kürze wolle der Verein in Gründung auf einer Facebookseite ein Positionspapier veröffentlichen.

„Wir sind keine Gegenveranstaltung zur Pegida“, sagte Oertel. Die Kundgebungen sollten deshalb auch nicht zeitgleich abgehalten werden. Die erste Veranstaltung ihres Vereins finde am kommenden Sonntag auf dem Neumarkt statt - ursprünglich war sie für nächsten Montag geplant. Ob dies jetzt immer sonntags so sein soll, sei noch nicht entscheiden. „Wir planen jetzt erst einmal von Woche zu Woche“, sagte Oertel. Die selbst ernannten „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (Pegida) demonstrieren seit Monaten regelmäßig montagabends in Dresden. Auch für kommenden Montag ist eine Kundgebung angekündigt.

Verein rechts der CDU

Der neue Verein solle bürgernah und konservativ sein, sagte Oertel. „Aber ganz klar möchten wir uns rechts neben der CDU positionieren.“ Bei den Themen werde es auch Schnittmengen mit der AfD geben. Dennoch trete man bewusst als Verein und nicht als Partei an.

Oertel bestätigte, dass die künftige Rolle von Pegida-Gründer Lutz Bachmann im Organisationsteam und die Abgrenzung zur radikaleren Leipziger Legida am vergangenen Dienstag zum Bruch in der Pegida-Spitze geführt hätten. Sie, Vereinsvize René Jahn, Achim Exner, Bernd-Volker Lincke und Thomas Tallacker hätten daraufhin ihren Austritt angekündigt. Schon am Sonntag zuvor habe sich Ingo Friedemann aus Verein und Organisationsteam zurückgezogen.

Rolle Bachmanns unklar

Sie spreche im Namen aller sechs Pegida-Aussteiger, sagte Oertel, die trotz anderslautender Einladung allein zur Pressekonferenz gekommen war. Ob sie im neuen Verein den Vorsitz übernehmen wird, ließ sie offen.

Mit Bachmann, der nach Bekanntwerden eines „Hitler-Selfies“ und menschenverachtender Beleidigungen gegen Ausländer vom Pegida-Vereinsvorsitz zurückgetreten war, verbinde sie eine jahrzehntelange Freundschaft, sagte Oertel. Sie seien gemeinsam in Coswig aufgewachsen. Fragen zu ihrem aktuellen Verhältnis wich die 37-Jährige aus. „Die politische Ebene ist die eine Seite, die private Ebene die andere“, sagte Oertel. Und private Fragen beantworte sie nicht.

PEGIDA UND LEGIDA DEMONSTRIEREN NICHT MEHR JEDE WOCHE

mopo, 03.02.2015

Leipzig - Die islamkritische LEGIDA-Bewegung hat bis Jahresende alle für Freitag geplanten Demonstrationen in Leipzig überraschend abgesagt.

Gleichzeitig teilte LEGIDA auf seiner Facebookseite mit, dass künftig abwechselnd mit PEGIDA demonstriert wird.

Demnach wird auch PEGIDA nicht mehr wöchentlich auf die Straße gehen, sondern nur alle zwei Wochen. "Diese Entscheidung entlastet PEGIDA/LEGIDA und eine gegenseitige Unterstützung wäre somit auch gegeben", heißt es in der Erklärung.

PEGIDA äußerte sich zu diesen Plänen bisher nicht. In Dresden ist die nächste Demonstration für Montag, den 9. Februar geplant.

Der nächste Termin für Leipzig steht noch nicht fest. Das Ordnungsamt hatte am späten Montagnachmittag mit LEGIDA-Wortführern über die Route und Auflagen für die geplante Freitag-Demonstration gesprochen, sagte der Sprecher der Leipziger Stadtverwaltung, Matthias Hasberg.

Danach hätten die LEGIDA-Organisatoren die Veranstaltung abgesagt, und zwar ohne Begründung. "Das haben wir gern zur Kenntnis genommen", sagte Hasberg.

Nach Angaben der Stadtverwaltung wurde noch kein konkreter Ausweichtermin von den Anmeldern genannt.

Die LEGIDA-Anhänger sollen nun in den sozialen Netzwerken wie Facebook diskutieren und abstimmen, wie es mit den Protesten weitergehen soll.

Entweder soll am 9. Februar, parallel zur Pegida-Demo in Dresden, oder am 11. Februar die nächste LEGIDA-Demo in Leipzig auf dem Augustusplatz stattfinden.

Danach soll dann im wöchentlichen Wechsel spazieren gegangen werden.